



8. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 15. September 2005

Mitteilungen der Präsidentin591

1 Aktuelle Stunde

Thema: **Drohende Lehrerlücke verhindern - Junge Menschen für das Lehramt motivieren**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO.....591

Klaus Kaiser (CDU).....591
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP).....593
Ute Schäfer (SPD).....594
607
Sigrid Beer (GRÜNE)595
600
Ministerin Barbara Sommer.....597
603
Renate Hendricks (SPD).....598
Bernhard Recker (CDU).....599
Ralf Witzel (FDP).....601
Sören Link (SPD)604
Ursula Doppmeier (CDU)606

2 Belastung für Landeshaushalt durch unsinnige Steuerpolitik vermeiden - Kirchhof-Modell verhindern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/204

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/254.....608

Gisela Walsken (SPD)..... 608
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 611
Volkmar Klein (CDU) 613
623
Angela Freimuth (FDP)..... 616
Minister Dr. Helmut Linssen 617
Rainer Schmeltzer (SPD) 622
Rüdiger Sagel (GRÜNE) 624
Dr. Robert Orth (FDP) 625

Ergebnis..... 626

3 Nationale Exzellenzinitiative - eine neue Chance für den Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/213

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/246..... 626

Dr. Michael Brinkmeier (CDU)..... 626
Christian Lindner (FDP)..... 628
Karl Schultheis (SPD)..... 630
Dr. Michael Vesper (GRÜNE)..... 632
Minister Dr. Andreas Pinkwart..... 633
Heike Gebhard (SPD)..... 635
Manfred Kuhmichel (CDU) 637

Ergebnis..... 637

4 Vorbeugenden Hochwasserschutz endlich umsetzen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/209

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/247..... 637

Johannes Rimmel (GRÜNE)..... 638
651
Marie-Luise Fasse (CDU)..... 639
Svenja Schulze (SPD)..... 641
649
Holger Ellerbrock (FDP) 642
Minister Eckhard Uhlenberg 645
Clemens Pick (CDU) 649

Ergebnis..... 652

**5 Krankenhaus-Investitionsprogramm 2005
jetzt umsetzen!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/197

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/251..... 652

Heike Gebhard (SPD) 652
Rudolf Henke (CDU) 653
663
Barbara Steffens (GRÜNE)..... 656
664
Dr. Stefan Romberg (FDP)..... 658
Minister Karl-Josef Laumann..... 660
664
Birgit Fischer (SPD)..... 662
Rainer Bischoff (SPD) 665

Ergebnis..... 666

**6 „Weltjugendtagshügel“ erhalten und Er-
innerung an Weltjugendtag bewahren**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/212..... 666

Dr. Thomas Sternberg (CDU)..... 666
Angela Freimuth (FDP) 668
Wolfram Kuschke (SPD) 669
Reiner Priggen (GRÜNE)..... 670
Minister Michael Breuer..... 671

Ergebnis..... 672

**7 80.000 Betreuungsplätze bis 2010 schaf-
fen - Ausbau der Betreuung von Unterdrei-
jährigen beschleunigen**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/195..... 672

Ingrid Hack (SPD)..... 672
Marie-Theres Kastner (CDU)..... 674
Andrea Asch (GRÜNE)..... 675
Christian Lindner (FDP)..... 676
681
Minister Armin Laschet 678
Britta Altenkamp (SPD) 679

Ergebnis..... 681

**8 Die Abschiebep Praxis in NRW muss drin-
gend geändert werden**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/206..... 682

Monika Düker (GRÜNE)..... 682
Theo Kruse (CDU)..... 683
Dr. Karsten Rudolph (SPD) 684
Dr. Robert Orth (FDP) 685
Minister Dr. Ingo Wolf 686
Johannes Rimmel (GRÜNE)
(zur GeschO) 688

Ergebnis..... 688
Siehe auch Anlage 719

**9 Zwangsheirat ächten - Opfer unterstützen -
Zwangsehen vorbeugen**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/198

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/252 688

Monika Ruff-Händelkes (SPD) 688
Maria Westerhorstmann (CDU)..... 689
Barbara Steffens (GRÜNE) 691
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 692
Minister Armin Laschet 693

Ergebnis..... 694

10 Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen als Erfolgsmodell für die Zukunft sichern!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/194..... 694

Cornelia Ruhkemper (SPD)..... 694
700

Reinhold Sendker (CDU)..... 695

Reiner Priggen (GRÜNE)..... 697

Holger Ellerbrock (FDP) 698

Minister Eckhard Uhlenberg..... 699

Ergebnis..... 702

11 Ein deutliches Nein den CDU-Planspielen zur Einführung einer PKW-Maut!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/193

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/257..... 702

Bodo Wißen (SPD)..... 702

Wolfgang Aßbrock (CDU)..... 703

Horst Becker (GRÜNE) 705

Christof Rasche (FDP) 707
710

Minister Oliver Wittke 708
711

Ergebnis..... 711

12 Öffentliche Fußballübertragungen zur WM 2006 dürfen nicht an Immissionschutzrechtlichen Voraussetzungen scheitern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/200..... 711

Hans-Theodor Peschkes (SPD) 712

Holger Müller (CDU) 713

Dr. Michael Vesper (GRÜNE)..... 714

Christof Rasche (FDP) 715

Minister Eckhard Uhlenberg 715

Ergebnis..... 717

13 Einsetzung eines Unterausschusses „Bergbausicherheit“

Antrag
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
auf Zustimmung zur Einsetzung
eines Unterausschusses
gemäß § 47 Abs. 2 GeschO

Vorlage 14/45..... 717

Ergebnis..... 717

Nächste Sitzung 717

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(ab 17:30 Uhr)

Minister Michael Breuer
(ab 15:00 Uhr)

Minister Armin Laschet
(bis 12:30 Uhr)

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter

Minister Dr. Ingo Wolf
(bis 13:00 Uhr)

Christian Weisbrich (CDU)
(bis 15:00 Uhr)

Karl-Heinz Haseloh (SPD)
(bis 14:00 Uhr)

Dieter Hilser (SPD)
(bis 14:00 Uhr)

Reinhard Jung (SPD)
(bis 14:00 Uhr)

Hubertus Kramer

Wolfgang Röken (SPD)
(bis 14:00 Uhr)

Monika Ruff-Händelkes (SPD)
(bis 14:00 Uhr)

Markus Töns (SPD)
(ab 14:00 Uhr)

Helga Schwarz-Schumann (SPD)

André Stinka (SPD)

Bodo Wißen (SPD)
(bis 14:00 Uhr)

Bärbel Höhn (GRÜNE)

Oliver Keymis (GRÜNE)

Horst Engel (FDP)

Beginn: 10:01 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich zur achten Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 17 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben heute ein Geburtstagskind. Seinen **Geburtstag** feiert Herr Dr. Stefan Berger. Da er noch ein junger Mann ist, kann ich das Alter verraten: Er wird 36 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde

Thema: **Drohende Lehrerlücke verhindern - Junge Menschen für das Lehramt motivieren**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben mit Schreiben vom 12. September 2005 zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion Herrn Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde heute Morgen befasst sich mit der Nachwuchsförderung für Lehrerinnen und Lehrer. Hier ist Handeln angesagt. Immer wieder wurde in der Vergangenheit zwar darauf verwiesen, aber es wurde wenig getan. Aktuelle Zeitungsberichte beweisen es: Es ist wirklich Zeit zum Handeln. Die Versorgung der Schulen mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern wird immer schwieriger. Aber Lehrermangel können wir uns schon allein aus Standortgesichtspunkten nicht mehr leisten.

Dabei sind insbesondere die Ursachen für die mangelnde Attraktivität des Lehrerberufs zu untersuchen. Es ist die Frage zu stellen, ob in der Vergangenheit wirklich genügend getan worden ist, um dem Lehrerengpass entgegenzuwirken. Meine Kollegin Uschi Doppmeier wird sich später noch genauer damit befassen.

Mit aller Vorsicht kann hier nur gesagt werden, dass nicht genügend getan worden ist. Deshalb müssen wir künftig folgende Punkte dringend anpacken:

Wir brauchen eine bessere gesellschaftliche Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer. Die beste und langfristige Strategie für einen ausreichenden Lehrernachwuchs ist die, dass wir die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in aller Öffentlichkeit stärker wertschätzen.

(Beifall von der CDU)

Ich kann in dieser Frage auch hier im Hause trotz aller Kontroversen in anderen Fragen zunächst einen Konsens aller Fraktionen feststellen. Hier hat es auch bei Rot-Grün immer eine deutliche Distanzierung von der populistischen, diffamierenden Äußerung des damaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen und heutigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder gegeben, der bekanntlich von Lehrern als faulen Säcken gesprochen hat. Dies hat dem Ansehen des Berufs extrem geschadet.

Diese Aktuelle Stunde ist wichtig, weil wir von hier aus zwei Signale aussenden wollen:

Die neue Koalition der Mitte geht die Frage der Behebung der Lehrerlücke, des Lehrermangels engagiert an. Man kann der Vorgängerregierung den Vorwurf nicht ersparen, hier nur unzureichend agiert zu haben.

(Beifall von der CDU)

Zur Erinnerung: Die Einführung des Faches Naturwissenschaften der alten Landesregierung war nicht zuletzt verwaltungsmäßig motiviert, weil der eklatante Mangel an Chemie- und Physiklehrern so kaschiert werden konnte.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist absurd, was Sie da sagen!)

Des Weiteren betont die neue Koalition immer wieder die Priorität von Bildung. Die Neueinstellung von 1.000 Lehrerinnen und Lehrern zum neuen Schuljahr ist Beleg dafür. Wir stellen uns vor unsere Lehrerinnen und Lehrer und widerstehen auch in Wahlkampfzeiten populistischen Klischees.

(Lachen von Sören Link [SPD])

- Wer war das jetzt?

(Sören Link [SPD] hebt eine Hand. - Allgemeine Heiterkeit)

- Eine Freude, dass Sie da sind! Gleich wird es qualifizierter.

(Beifall von der CDU)

Ich wiederhole: Wir stellen uns vor unsere Lehrerinnen und Lehrer und widerstehen auch in Wahlkampfzeiten populistischen Klischees. Denn eines gilt: Die Koalition aus CDU und FDP stellt sich vor die Lehrerinnen und Lehrer und stärkt ihnen den Rücken. Dazu gehört auch, dass wir das Kerngeschäft des Lehrers wieder in den Mittelpunkt stellen, nämlich den Umgang mit Kindern und Jugendlichen, ihre Erziehung und die Wissensvermittlung. Ich höre immer wieder, dass das richtigerweise gesagt wird: Lasst uns doch einfach unterrichten und gängelt uns nicht ständig mit neuen bürokratischen Vorschriften!

Die Koalition der Mitte hat sich die Entbürokratisierung auf die Fahne geschrieben. Wir sehen gerade im Bereich der Schule ein umfassendes Feld für bürokratische Entrümpelungen, was auch zu einer anderen Wertschätzung selbstständig arbeitender Akademiker führen wird.

Bei meiner Internetrecherche habe ich eine Passage gefunden, die aus Niedersachsen noch zu SPD-Zeiten stammen soll. Dabei sage ich ausdrücklich, dass es mir jetzt nicht um eine parteipolitische Zuordnung geht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wer hätte das gedacht!)

- Lassen Sie mich doch einmal erzählen! - Das Beispiel ist schön: Man weiß nicht genau, ob einem die Tränen kommen sollen oder ob man lachen soll. Der Autor im Internet hat nämlich nach eigenen Aussagen eine Order über pädagogisches Verhalten in FKK-Bereichen zitiert. Es heißt dort:

„Ein unbedeckter Lehrer sollte herannahenden Schülern ausweichen, etwa, indem er sich hinter einem Gebüsch verbirgt oder ins Wasser springt. Grundsätzlich gilt, dass ein unbedeckter Schüler ausnahmslos nur ins Gesicht schauen darf. Der Lehrer sollte mit der linken Hand wie zufällig seine ‚primären Geschlechtsteile‘ bedecken und mit der rechten Hand dem Schüler leicht zuwinken und dabei einen alterstypischen Gruß aussprechen, etwa: ‚Hi‘ oder ‚Hallo‘.“

(Lachen von CDU und FDP. - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das wird der Sache nicht gerecht!)

- Frau Löhrmann, es geht mir schon darum zu argumentieren. - Bei einer kritischen Durchsicht unserer Vorschriften würden wir sicherlich Ähnliches finden. Deshalb ist es umso nötiger, dass wir auch hier entsprechend entrümpeln und dass wir sagen: Wir brauchen selbstständige Lehrer in selbstständigen Schulen mit Selbstverantwortung. Da muss nicht jedes Detail geregelt werden. Ich glaube, das können die Lehrer selber. Das ist das Wichtigste, um wieder entsprechenden Lehrernachwuchs zu bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Wir brauchen ein transparentes System mit genauen Angaben zum zukünftigen Bedarf.

(Carina Gödecke [SPD]: Wir haben eine Aktuelle Stunde beantragt!)

- Frau Gödecke, bei Ihnen merkt man, dass der Humor restlos verschwunden ist. Vielleicht würde der Ihnen ein bisschen helfen. Wir betreiben diese Diskussion alle ernsthaft, aber trotzdem kann man die fröhliche Laune behalten.

(Zurufe von der SPD)

Wir brauchen eine Lehrerausbildung in einem gewissen Maß über den eigentlichen Bedarf hinaus, um schulscharfen Ausschreibungen agieren und insbesondere den ländlichen Raum dauerhaft versorgen zu können. Wir brauchen Schulen, die eine Auswahlmöglichkeit haben. Deshalb ist es umso wichtiger, dass das System transparent ist und dass deutlich wird, welche Lehrämter gesucht werden und welche Stellen frei sind. Daran müssen wir arbeiten.

Drittens. Wir brauchen gezielte Werbemaßnahmen für Lehrer in Mangelfächern. Wir müssen dafür sorgen, dass schon in der Schule in den Ingenieurwissenschaften Schnupper- und Praktikumsmöglichkeiten bestehen, damit wir qualifizierten Nachwuchs gerade in den Naturwissenschaften gewinnen können.

Viertens. Wir müssen dafür sorgen, dass es verlässliche Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer gibt. In den vergangenen Jahren wurde gängelt. Es wurden Zeitverträge vor den Ferien beendet und nach den Ferien wieder begonnen. Es gab keine Verlässlichkeit über Einstellungskorridore. Die Studenten in der zweiten Ausbildungsphase wurden gängelt. Wir brauchen Verlässlichkeit, um dafür zu sorgen, dass Lehrerinnen und Lehrer, die diesen Beruf ergreifen wol-

len, wissen: Wir werden in Nordrhein-Westfalen gesellschaftlich anerkannt. Es wird anerkannt, dass wir für den Standort Nordrhein-Westfalen wichtig sind. - Wir sorgen dafür, dass die Lehrerinnen und Lehrer dafür zuverlässige Bedingungen finden. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kaiser. - Frau Pieper-von Heiden hat nun für die FDP-Fraktion das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Zeitungsmeldungen dieser Tage rütteln uns auf: Die Rede ist von einem dramatischen Lehrermangel, auf den wir zusteuern, der vor allem durch die auf uns zurollende Pensionierungswelle bedingt ist. Aber Lehrer werden ja nicht plötzlich, einfach so von heute auf morgen, pensioniert. Das hat in der Regel schon mit ihrem Lebensalter zu tun, das bei den zuständigen Stellen doch hoffentlich aktenkundig ist. Über die Pensionierungen brauchte sich daher keiner der Verantwortlichen zu wundern, und deshalb konnte sich diesbezüglich keiner aus der Verantwortung stehlen. Die alte rot-grüne Landesregierung hat eine solche Statistik entweder offensichtlich nicht geführt oder zumindest keine Konsequenzen daraus gezogen.

Eigentlicher Anlass für diese Aktuelle Stunde sind in der Tat die Versäumnisse der abgewählten rot-grünen Landesregierung. Es wurde am tatsächlichen Bedarf vorbei ausgebildet; zu wenig Lehramtsstudenten waren und sind für die sogenannten Mangelfächer zu begeistern, weil genau diese bereits Mangelfächer in der eigenen Schulzeit der Lehramtsstudenten waren. Sie konnten keine Begeisterung für Naturwissenschaften und Technik entwickeln, weil ihnen diese in ihrer eigenen Schulzeit nicht vermittelt wurde. Und von Sachen, bei denen man sich nicht auskennt, lässt man doch lieber die Finger.

Darüber hinaus hat die alte Landesregierung noch vor wenigen Jahren nichts ausgelassen, was die unterrichtende Zunft verschrecken musste. Lehrerschelte von der früheren obersten Dienstherrin, Exministerin Gabriele Behler, die sich aus dem Fenster lehnte und öffentlich über ihr Lehrpersonal herzog, so als wenn sich ein Unternehmer aus dem Fenster lehnen und den Passanten zurufen würde, wie unbrauchbar und weinerlich sein Personal doch sei. Lehrerschelte übelster Art gab es auch von dem noch amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder, wie Klaus Kaiser bereits angesprochen hat. Er scheute sich nicht, unsere Leh-

rerinnen und Lehrer als faule Säcke zu beschimpfen.

Hinzu kam die restriktive Einstellungspolitik unter Rot-Grün:

(Sylvia Lohrmann [GRÜNE]: Das ist doch absurd!)

Um den Schülerberg abzufangen, schickte man sich an, Vorgriffsstellen zu schaffen, also vorübergehend die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern unter der Zusage zu erhöhen, diesen zusätzlichen Arbeitseinsatz zu einem späteren Zeitpunkt gutzuschreiben. Fakt ist: Rot-Grün hat einen Unterrichtsausfall von 5 Millionen Stunden jährlich angehäuft und dabei nicht versäumt, dem am Lehramtsstudium interessierten jungen Menschen den sicheren Eindruck zu vermitteln, dass der Lehrerberuf kaum Aussicht auf tatsächliche Übernahme in den Schuldienst habe. Von Lehrerschwemme war die Rede.

(Beifall von der FDP)

Die FDP-Landtagsfraktion hat in den vergangenen Jahren aus der Opposition heraus wiederholt gefordert, den Lehrerberuf durch vernünftige Rahmenbedingungen und Laufbahnperspektiven endlich wieder attraktiv zu machen und auf die hohe Bedeutung von Bildung und ergänzender Erziehung in Schulen hinzuweisen. Stets haben wir ein frühes Unterrichtskontinuum auch in den naturwissenschaftlichen Fächern gefordert, um Schülerinnen und Schüler für diese Fächer zu begeistern. Denn aus Begeisterung leiten sich Berufswünsche ab.

Das funktioniert aber nur, wenn man ständig am Ball bleibt, also keine Unterbrechungen im Lehrplan hat. Sonst wird viel zu viel vergessen, und der Wiederbeginn gestaltet sich mühsam. Das Brennen für eine Sache geht dabei verloren.

Nun haben wir die Situation: An Lehrernachwuchs fehlt es vor allem für Hauptschulen, für Berufskollegs, für die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer an Gymnasien, aber auch für die musisch-künstlerischen Fächer. Ich begrüße es deshalb, dass die Ministerin für Schule und Weiterbildung eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, um belastbare Zahlen zum tatsächlich drohenden Lehrermangel herauszufinden.

Darüber hinaus ist es richtig und wichtig, dass die neue Landesregierung genau hinsehen will, was es mit der rot-grünen Hinterlassenschaft von rund 19.000 Lehrerfreistellungen auf sich hat, inwieweit diese gerechtfertigt sind und wie viele davon dem Unterricht wieder zugeführt werden können. Es ist ebenso hilfreich zu prüfen und anschließend ent-

sprechend zu handeln, in welchem Ausmaß unsere Lehrerinnen und Lehrer von Bürokratie befreit werden können, um sich in der Hauptsache wieder dem Unterricht zu widmen. „Vorfahrt für Unterricht“, das ist das Motto der neuen Landesregierung im Bildungsbereich.

(Beifall von der FDP)

Die schnelle und reibungslose Einstellung von 977 Lehrerinnen und Lehrern war hierfür ein eindrucksvoller Auftakt, der nicht im ersten Akt stecken bleiben wird. Dafür stehen wir in Vorsorge und Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler in diesem Land. - Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke, Frau Pieper-von Heiden. - Frau Schäfer von der SPD-Fraktion hat nun das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seitens der SPD-Fraktion haben wir uns gefragt, warum Sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben gerade gehört, was Sie damit bezweckt haben. Sie wollten der ehemaligen rot-grünen Landesregierung richtig einen mitgeben und Ihre 1.000 Lehrerstellen abfeiern. Das war anscheinend der Hintergrund dieser Aktuellen Stunde. Ich habe mich allerdings sehr gewundert, dass Sie dann einen Artikel als Grundlage zur Beantragung der Aktuellen Stunde erstellen, in dem es um den Lehrermangel in Deutschland und am Ende dieses Artikels um den Lehrermangel in Bayern geht, weil nämlich in Bayern an den Gymnasien die Lehrer fehlen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Donnerwetter, habe ich gedacht. Ob die rot-grüne Landesregierung vielleicht auch noch für Bayern verantwortlich war? Ich weiß es nicht. Nachdem Sie die Aktuelle Stunde beantragt haben und dieses Thema durch die Gazetten ging, ist Frau Ministerin Sommer schnell zurückgerudert und hat gesagt, dass es in Nordrhein-Westfalen nicht so dramatisch ist. Herr Kaiser, es wäre wichtig gewesen, Sie hätten bei der Internetrecherche nicht in Niedersachsen herumgesurft und dann die Erlasse aus Niedersachsen zitiert, sondern Sie hätten einmal ins Bildungsportal des Landes gesehen.

(Beifall von der SPD)

Herr Kaiser, haben Sie das einmal gemacht? - Dort steht nämlich, dass bis zum Jahre 2020 88.000 Lehrer in Nordrhein-Westfalen ersetzt werden müssen. Dort steht auch, dass an den Berufskollegs und in der Sekundarstufe I ein Lehrermangel sowie für die Grundschule, die Sekundarstufe II und für die Förderschule ein deutlicher Bewerberüberhang entstehen wird. Wenn Sie diese Zahlen einmal addieren, Herr Kaiser, dann finden Sie heraus, dass bis zum Jahre 2020 in toto ungefähr 20.000 Kolleginnen und Kollegen ohne Chance wären, wenn sie sich im Vorfeld nicht darüber informieren würden, welche Fächerkombination und welche Schulform geeignet ist. Deswegen sage ich: Wir brauchen Lehrer, aber nicht für jedes Fach und für jede Schulform. Darauf kommt es jetzt an. Hierzu habe ich von Ihnen allerdings nur wenig gehört.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen jetzt einmal, was die alte Landesregierung gemacht hat, damit das klar ist und damit Sie sich nicht herausmogeln können. Was haben wir getan?

(Zurufe von der CDU: Nichts! - Unruhe)

- Vielleicht hören Sie einmal zu. Haben Sie vielleicht die Höflichkeit, zuzuhören?

Nordrhein-Westfalen war das erste Bundesland, das im Jahre 2000 eine Lehrbedarfsstudie erstellt hat.

Nordrhein-Westfalen war das erste Bundesland, das eine Imagekampagne und eine Werbekampagne für Lehrer durchgeführt hat, nämlich mit allen schulischen Verbänden begonnen im Jahre 2000, fortgesetzt im Jahre 2001 und neu aufgelegt im Jahre 2004, und zwar mit der spezifischen Aussage darüber, welche Fächer an welchen Schulen erforderlich sind, um junge Menschen darauf vorzubereiten, welche Fächer sie wählen sollten, wenn sie Lehrer werden wollen.

Nordrhein-Westfalen war das erste Bundesland, das die Einstellungstermine für Referendare auf bis zu drei Einstellungstermine pro Jahr erweitert hat, damit uns niemand auf der Strecke zum Lehrerberuf verloren geht.

Im Jahre 2004 hat Rot-Grün im Landtag beschlossen, die Anzahl der Referendarstellen auszuweiten, weil es in NRW 1.000 Bewerbungen aus anderen Bundesländern gab. Dafür haben wir die Finanzen zur Verfügung gestellt.

Wir sind das einzige Bundesland, das über das ganze Jahr hinweg jede freiwerdende Stelle sofort

neu besetzt hat. Andere Bundesländer haben gesperrt und gespart.

Ich will damit deutlich machen, dass wir sehr viele Akzente gesetzt haben, um Vorsorge zu treffen, damit unsere Lehrersituation ausgeglichen ist.

Wenn Sie sagen, in der Vergangenheit sei nichts passiert, dann erinnere ich Sie daran, dass Sie bei der Werbekampagne und beim Seiteneinsteigerprogramm gemäkelt haben. Bei all diesen Dingen ist die CDU über das Land gelaufen und hat gesagt, wie schlecht alles laufe und dass das alles unnötig sei. Unsere ganzen Anstrengungen haben sie madig gemacht. Heute sagen Sie, es drohe uns eine Lehrerlücke. Lassen Sie sich einmal von Frau Ministerin Sommer sagen, wie die Zahlen aussehen, Herr Kaiser. Wo ist er eigentlich?

(Klaus Kaiser [CDU]: Hier!)

- Ach dort. Sie haben sich schon nach hinten verzogen.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Lassen Sie sich von Frau Ministerin Sommer sagen, wie der aktuelle Bedarf ist, bevor Sie sich aufblasen, eine Aktuelle Stunde beantragen und dieses mit Entwicklungen in Bayern und Niedersachsen begründen. Ich war vorhin fassungslos. Ich habe mein Redemanuskript an die Seite gelegt und gedacht, dass das nicht wahr sein kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schauen Sie einmal nach, was in der Vergangenheit gelaufen ist und was wir in Nordrhein-Westfalen gemacht haben. Ich bin gespannt, was Frau Ministerin Sommer anderes machen wird als schulscharfe Ausschreibungen, zusätzliche Einstellungstermine, Hinweise im Internetportal, Imagekampagnen. Das alles haben wir bereits in der Vergangenheit aufgelegt. Sie können daran anknüpfen, und wir helfen Ihnen gerne dabei.

Es ist ja schön, wenn Sie ständig Herrn Schröder zitieren. Das Zitat über die faulen Säcke, das uns allen natürlich nicht behagt, ist über zehn Jahre alt. Langsam hat es auch der gute Herr Schröder verdient, dass er dieses Zitat nicht ständig vorgehalten bekommt.

(Zurufe von der CDU)

Er hat übrigens auch gelernt. Auch ein Bundeskanzler ist nicht beratungsresistent. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Sie wissen auch so gut wie ich, dass wir uns gemeinsam - hier stimme ich Herrn Kaiser zu - ... Wo ist er denn jetzt?

(Klaus Kaiser [CDU]: Hier!)

- Noch weiter hinten; er ist ja schon gar nicht mehr da. -

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich stimme Herrn Kaiser zu, dass wir uns vor oder hinter unsere Lehrer im Land Nordrhein-Westfalen stellen. Das versteht sich doch von selbst.

Wir werben für den Lehrerberuf. Ich habe immer gesagt: Dafür ist nicht die Tatsache entscheidend, dass Sie, Frau Sommer oder ich dafür werben,

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

sondern dass die Menschen in Deutschland über Lehrerinnen und Lehrer wieder anders sprechen, als sie es in der Vergangenheit getan haben.

Wir brauchen jeden Menschen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen mit einer positiven Aussage zum Lehrerberuf. Ich bin die erste an der Spitze der Bewegung, die das gern nach vorn tragen wird. Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Aber diese Aktuelle Stunde war so überflüssig wie ein Kropf. Ich kann mich an den Artikel im „Focus“ vom Anfang dieser Woche erinnern. Darin steht: „Es läuft nicht so ganz rund.“ - Den Eindruck habe ich heute auch. - Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Das Wort hat nun Frau Beer von Bündnis 90/Die Grünen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über den Sinn dieser Aktuellen Stunde hat Kollegin Schäfer schon eindringlich gesprochen. Ich frage mich, Herr Kaiser, welchen aktuellen Anlass es wirklich gibt, um das Parlament heute Morgen mit diesem Klein-Klein zu belästigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Lachen von der FDP)

Ich habe allerdings noch eine zweite Interpretationsmöglichkeit neben dem bereits vorgebrachten Argument, es handele sich um eine weitere Wahlkampfveranstaltung für Schwarz-Gelb. Diese zweite Begründung finde ich sehr viel interessanter.

Ich glaube, dass Sie mit dem Thema dieser Aktuellen Stunde einen Offenbarungseid in Sachen „schwarz-gelbe Sandkastenspiele zur Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern“ leisten.

(Lachen von CDU und FDP)

Wir erleben doch heute die ersten Distanzierungsversuche, sich aus den vollmundigen Versprechen und der Koalitionslyrik zu schleichen.

(Klaus Kaiser [CDU]: Wie bitte?)

Sie deuten in der Formulierung bereits an, dass die Fachlehrerbedarfe in vielen Fällen nicht ausreichend durch den Lehrernachwuchs gedeckt werden könnten. Die Ministerin hat jedoch in der Debatte um den integrierten naturwissenschaftlichen Unterricht unverdrossen genau diese Karte gespielt und den Schulen mehr Fachlehrerinnen und Fachlehrer in den verschiedenen Naturwissenschaften versprochen.

Unverdrossen und offensichtlich frei von jeglicher schulischer Kenntnis und Erfahrung wurden und werden von der FDP Tiraden gegen fachfremden Unterricht geführt. Herr Witzel gefiel sich in der letzten Sitzung des Schulausschusses mit seiner Zwischenrufpolemik zu den sogenannten Nicht-Erfüllern.

Dabei spricht selbst Herr Meidinger vom Philologenverband angesichts von 10.000 bundesweit fehlenden Lehrerinnen und Lehrern inzwischen von den Chancen durch Seiteneinsteiger.

Die Ministerin hat auf die schnell enttäuschte Erwartung der Schulen nach mehr Fachlehrern im Rahmen der 1.000-Stellen-Kampagne im Fernsehen mit dem Spruch reagiert: „Ein Lehrer ist ein Lehrer.“ Unbeantwortet ist auch die Frage, woher Sie die Lehrerinnen und Lehrer für die Koalitionsaussagen wie unter anderem „Englisch ab der ersten Klasse“, „vorgezogene Einschulung“, „mehr Ganztage“, „kleinere Klassen“ und „Stellenreserve“ nehmen wollen.

Sie wissen hoffentlich nach den ausführlich geführten Debatten und Berechnungen, die Ihnen schon mehrfach vorgehalten worden sind, dass Sie last but not least mehr als viermal 4.000 zusätzliche Stellen realisieren müssen, um alle Planungen und Versprechen einzulösen.

Denken Sie bitte auch daran, Frau Ministerin: Die im Rahmen des „Düsseldorfer Signals“ vereinbarte Mehrarbeit muss auch ab 2008 zurückgegeben werden. Bitte rechnen Sie diese Stellen mit ein.

Das alles spielt sich vor dem Hintergrund der anlaufenden Pensionierungswelle ab. Ich habe Ihnen die Frage zur aktuellen Lage schon einmal gestellt. Auch darauf habe ich noch immer keine Antwort erhalten. Ist für das Jahr 2005 der gesamte Einstellungsbedarf durch das Ausscheiden aus Alters- und Krankheitsgründen mit knapp 2.400 Einstellungen wirklich gedeckt?

Damit erinnere noch einmal an den durchschnittlichen prognostizierten Grundeinstellungsbedarf von 2006 bis 2010 von 7.000 Stellen, um die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer im System zu erhalten.

Aber vielleicht ist das alles Schnee von gestern, sodass wir uns endlich einer differenzierten und gründlichen Debatte um die kurz-, mittel- und langfristigen Perspektiven der Unterrichtsversorgung zuwenden können. Genau das liegt im Interesse der Grünen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die OECD hat uns gerade wiederum vorgelegt, dass wir uns in Deutschland zwar langsam in Sachen „Bildungsinvestitionen“ verbessern, aber die schon jetzt erfolgreichen OECD-Bildungsländer schreiten noch dynamischer voran. Ich zitiere aus den Briefing-Notes der OECD vom 13. September 2005 zur Vorlage der Bildungsindikatoren „Education at a Glance 2005“:

„Im Primar- und Sekundarbereich stiegen die Ausgaben pro Schüler zwischen 1995 und 2002 in den OECD-Staaten durchschnittlich um 26 %, viele Staaten haben sinkende Schülerzahlen genutzt, um die Ausgaben pro Schüler zu erhöhen. In Deutschland betrug der Anstieg 4 %.“

Wer international Anschluss halten will und sogar aufholen muss, der muss sich darüber im Klaren sein, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen der Einstellungsbedarf nicht absinken kann und darf. Es gibt also keine Entspannung beim Lehrerberauf, auch nicht mittelfristig. Deswegen ist es völlig daneben, die Grundschulen in den Wettbewerb ums Überleben mit dem Ziel zu schicken, um zu klären, welche Schulen geschlossen werden sollen. Dahinter steckt doch nichts anderes als die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer zu kürzen.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Gerade umgekehrt besteht die Notwendigkeit, uns darum zu kümmern, das Schulangebot vor Ort - auch bei weniger Schülerinnen und Schülern - zu erhalten und seine Qualität zu fördern. Ich wiederhole, was die OECD sagt: Viele Staaten haben sinkende Schülerzahlen in solcher Weise genutzt, um die Ausgaben pro Schüler zu erhöhen.

Zu den für die Grünen interessanten Themen gehört auch, dass wir die Fragen nicht allein quantitativ betrachten, sondern es muss gleichzeitig um die Reform der Lehrerbildung gehen.

Wir können nicht dabei stehen bleiben, Zahlen bei den Einstellungen abzuhaken. Es muss darum

gehen, mit welcher Qualifikation, mit welcher professionellen Haltung und mit welcher Einstellung zu Schülerinnen und Schülern Menschen den Beruf der Lehrerin beziehungsweise des Lehrers ergreifen. Dabei ist es wichtig, dass wir wirksame Instrumente entwickeln, die vermeiden helfen, dass Menschen den Beruf ergreifen, die das den Schülerinnen und Schülern, den Eltern, ihren potenziellen Kolleginnen und Kollegen und - ganz wichtig - auch sich selbst besser nicht antun sollten.

Ich weiß das sehr genau - sowohl als langjährige Elternvertreterin als auch aus meiner Beschäftigung in der Lehreraus- und -fortbildung. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Beer. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Guten Morgen. Die Presse der vergangenen Tage macht zu Recht auf ein wichtiges Problem aufmerksam: Schon heute besteht ein großer Bedarf an Lehrkräften für bestimmte Schulformen und Fächer. Er wird sich in den kommenden Jahren sogar noch weiter verstärken. Dieser Lehrermangel ist allerdings - Frau Pieper-von Heiden hat darauf hingewiesen - nicht über Nacht entstanden. Die Ursachen liegen etliche Jahre zurück. Denn der Zeitraum von der Entscheidung für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums bis zum Bestehen der zweiten Staatsprüfung umfasst je nach Lehramt mindestens sechs Jahre, in der Regel sogar länger.

Wenn wir also feststellen, dass uns heute und in den nächsten Jahren zu wenige Lehrkräfte an Hauptschulen, an Berufskollegs und für das Fach Mathematik zur Verfügung stehen, dann reden wir auch von Fehlentscheidungen seit Mitte der 90er-Jahre. Damit meine ich nicht nur gesellschaftliche Entwicklungen, die wir zukünftig korrigieren müssen. Ich meine vor allem politische Entscheidungen, die die neue Landesregierung nicht zu verantworten hat.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns folgende Fragen stellen: Warum ist die Hauptschule als Einsatzort in den vergangenen Jahren immer unattraktiver geworden?

(Beifall von CDU und FDP)

Warum hat die Schule an sich einen so massiven Ansehensverlust erlitten? Warum entscheiden sich immer weniger junge Leute für den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers? Warum haben Mathematik sowie die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer bei der Studienwahl einen so geringen Stellenwert?

Ich frage weiter: Warum werden junge Leute von einer Wahl des Lehramtsstudiums abgehalten? Welchen Anteil daran hat die Einstellungspolitik der letzten Jahre? Wie hoch ist der Einfluss der Lehrerausbildungsreform der letzten Legislaturperiode gewesen?

Meine Damen und Herren, wir werden darauf eine Antwort geben. Wir werden die Sache rund machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zudem ist festzustellen: Die gesellschaftliche Wertschätzung von Bildung und Erziehung lässt zu wünschen übrig. Sie motiviert junge Leute nicht. Medien, gesellschaftliche Gruppen, aber auch - und das bedauere ich sehr - Teile der Elternschaft bringen der Schule und dem Lehrerberuf zu wenig Wertschätzung entgegen.

Klagen und Ursachenbeschreibung sind zwar erlaubt, helfen aber den Kindern und Jugendlichen nicht weiter, die in den kommenden Jahren unsere Schulen besuchen werden. Und diese Schülerinnen und Schüler haben ebenso wie die Eltern ein Recht auf Antworten.

Nicht alles von dem, was ich Ihnen im Folgenden sage, ist neu. Das ist auch nicht schlimm. Wir denken aber - das hat mir der Beitrag insbesondere von Frau Schäfer gezeigt -: Es ist ein gemeinsames Tun, es ist ein gemeinsames Ringen. Wir müssen hier meiner Meinung nach noch einen deutlicheren Akzent setzen. Wir müssen mehr tun als zuvor:

1. Attraktivitätssteigerung des mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereichs,
2. Errichtung eines Weiterbildungsprogramms zum Erwerb eines dritten Unterrichtsfaches,
3. Gewinnen von Grundschullehrkräften für die Hauptschule in stärkerem Maße als bisher,
4. Erweiterung des Seiteneinsteigerpotenzials,
5. zielgenaue Werbung um Lehrernachwuchs,
6. konsequente Ausnutzung der Stellen für den Vorbereitungsdienst.

Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke, Frau Ministerin Sommer. - Als Nächste hat Frau Hendricks von der SPD-Fraktion das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Drohende Lehrerlücke verhindern - junge Menschen zum Lehramt motivieren: Das ist zweifellos ein wichtiges Thema, aus meiner Sicht ein viel zu wichtiges Thema, um es in eine Aktuelle Stunde zu packen.

(Zurufe von der CDU)

Frau Kollegin Schäfer hat schon darauf hingewiesen, dass sich die vorige Landesregierung schlecht als Zielscheibe eignet. Tatsächlich handelt es sich um ein ernsthaftes Problem, das bereits langfristig und sorgfältig angegangen wurde und weiter verfolgt werden muss.

Das Wort Lehrerlücke spricht zunächst einmal die Quantität an. Ohne eine ausreichende Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen können wir eine qualitativ hochwertige Schule nicht machen. Wenn es aber um den genauen Bedarf geht, ist die Sprachlosigkeit Ihrer Regierung schon auffallend, insbesondere wenn man die letzte Sitzung des Schulausschusses betrachtet. Denn den tatsächlichen Lehrerbedarf für NRW können Sie erst abschätzen, wenn Sie wissen, welche Maßnahmen Sie in welchem Zeitraum auch tatsächlich umsetzen wollen. Hier bleiben Sie aber herzlich unkonkret. Und erstaunlich ist der Mut zur Lücke von Frau Ministerin Sommer.

Die Lehrerlücke beruht auf einem elementaren Nachfrage- und Angebotseffekt, der empirisch-wissenschaftlich vielfach bekannt ist und den man salopp als Schweine-Zyklus bezeichnet. Nachdem in den 60er-Jahren fast alle ausgebildeten Lehrer und Lehrerinnen eine Stelle fanden, bestanden über viele Jahre schlicht und einfach keine Einstellungsmöglichkeiten mehr. Eine völlig unausgeglichenen Altersstruktur in den Lehrerkollegien war die Folge. Das müssten Sie doch wissen. Sie stellen an diesem Punkt fest, dass die Marktmechanismen offensichtlich nicht ausreichen, wenn es um die Frage der Besetzung von Lehrerstellen in den Schulen geht.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Derzeit findet der Generationenwechsel in großem Umfang statt. Dieser Generationenwechsel braucht aber intelligente, flexible Konzepte für die Lehrereinstellung, damit wir dauerhaft einen Ein-

stellungskorridor an den Schulen behalten. Zugleich hat NRW nun die Chance, auf eine qualitative Veränderung der Lehrerschaft hinzuwirken.

Frau Sommer, lassen Sie mich eine Anmerkung machen. Die „dramatische Situation“ an der Hauptschule kann nicht so dramatisch sein, wenn Sie jetzt in den Neueinstellungen nur fünf Stellen haben besetzen müssen.

(Beifall von der SPD)

Die jungen Lehrkräfte, die vor 30 Jahren in die Schulen gekommen sind, haben erhebliche Veränderungen in Gang gesetzt. Von der Reformfreude haben die Schulen lange profitiert. Nun mahnt die OECD weiter gehende Reformen an. Der derzeitige breite Zugang von jungen Lehrkräften mit frischen Ideen und Elan bietet den Schulen und dem Schulsystem NRW eine gute Möglichkeit der Runderneuerung.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir bereits bei der Qualität, die mir sehr am Herzen liegt. Ich möchte dazu einige Aspekte anführen: Mit der Werbung für den Lehrerberuf muss zugleich die Vermittlung eines neuen und realistischen Lehrerbildes einhergehen. Es scheint derzeit eine Diskrepanz zwischen den allgemeinen Berufserwartungen an Lehrkräfte und der Realität ihrer Arbeit zu geben.

Die Aufgaben der Schule und die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer sind gestiegen. Allein die Debatte über die Ganztagschule macht die tief greifenden Veränderungen deutlich, vor denen wir stehen. Angesichts dieser Veränderungen ist es sicherlich notwendig, die Maßnahmen zu ergreifen, die den Nachwuchs an qualifizierten und hoch motivierten Lehrern und Lehrerinnen langfristig in ausreichender Zahl sichern. Das Land braucht kreative, belastbare, engagierte und verantwortlich handelnde junge Menschen, die Kinder mögen - was nicht immer der Fall gewesen ist; denn Lehrerbildung dient im Wesentlichen der Schulentwicklung.

Es ist bedauerlich, dass wir es in Deutschland aus unterschiedlichen Gründen nicht geschafft haben, den Lehrerberuf so attraktiv zu machen, dass sich die Besten eines Jahrgangs für ihn entscheiden. Es ist auch bedauerlich, dass sich zu wenige junge Männer für diesen Beruf entscheiden. Dabei steht ein direkter Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Anerkennung dieses Berufes und der Bewerbung von Männern.

Die Bürger erwarten heutzutage Schulen, die effektiv mit unterschiedlichen familiären, sozialen und Begabungshintergründen von Schülern und

Schülerinnen umgehen können. Sie erwarten Lehrer, die in selbstständigen Schulen arbeiten und sich für benachteiligte Schüler ebenso wie für hoch begabte einsetzen, die neue Ansätze von Schülerbeurteilung, Motivation und Förderung praktizieren können. Dazu, meine Damen und Herren, sind neue Leitbilder erforderlich.

Meine Damen und Herren aus den Regierungsfractionen, bei der Entwicklung dieser Leitbilder arbeiten wir gerne mit Ihnen zusammen. Dazu ist freilich mehr erforderlich, als eine Bedarfsanalyse zu erstellen und Lücken zu schließen oder eine Aktuelle Stunde zu beantragen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Hendricks. - Als Nächster hat Herr Recker von der CDU-Fraktion das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schäfer, es ist nicht entscheidend, irgendeine Imagekampagne nach vorne zu bringen. Entscheidend ist vielmehr, was Sie getan und was Sie nicht getan haben. Und wenn alles hier in Ordnung wäre, müsste ich nicht fragen, wieso wir 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall gehabt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Beer, der Unterrichtsausfall wäre noch dramatischer ausgefallen, wenn wir hier nicht in einem einmaligen Kraftakt in kurzer Zeit 1.000 neue Lehrerstellen geschaffen hätten. Das sind doch die Fakten hier in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, zur Aktualität. Wir alle wurden in den letzten Tagen durch Meldungen in verschiedenen Tageszeitungen aufgeschreckt, in denen von einer drohenden Lehrerlücke die Rede war, und Nordrhein-Westfalen ist dabei in der Tat keine Insel.

Ich will hier einige Hinweise und Fakten deutlich machen. Der Deutsche Philologenverband schätzt, dass bundesweit schon 10.000 Lehrer fehlen. Der Mangel breite sich an allen Schulformen aus. Bis 2010 bestehe unter anderem durch Pensionierung ein Einstellungsbedarf von 50.000 neuen Lehrkräften. Die Dramatik der Lage sei bisher durch Arbeitszeitverlängerung und eine Anhebung des Pensionierungsalters verschleiert.

Es heißt weiter, es fehle an Nachwuchs. Über Jahre sei von Lehrerschwemme die Rede gewesen. Des Weiteren wird das schlechte Image des

Lehrerberufs bei deutlich gestiegenen Erwartungen der Gesellschaft an die Schule generell beklagt. Außer Acht sei auch geblieben, dass gut ausgebildete Lehrer gute Jobs in der Wirtschaft gefunden hätten und abgewandert seien. Studierende seien durch unstete Einstellungen und aufgrund der schlechten Bezahlung von Referendaren vom Lehramtsstudium abgehalten worden.

Die GEW warnt vor einer weiteren Verschärfung des Problems: Von den derzeit 750.000 Lehrkräften gingen in den kommenden sieben Jahren 50 % in Ruhestand - also knapp die Hälfte aller zurzeit Unterrichtenden -, an den Universitäten würden aber nur halb so viele Lehrer ausgebildet, wie die Schulen bräuchten.

Meine Damen und Herren, das sind ganz alarmierende Hinweise aus den letzten Tagen, und diese alarmierenden Hinweise haben uns veranlasst,

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

ganz zügig und aktuell diese Problematik hier im Parlament aufzubereiten, um gemeinsam nach Ursachen, aber auch nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn all unsere Überlegungen im Hinblick auf eine Verbesserung des Bildungssystem sind mehr als gefährdet und ad absurdum geführt, wenn wir nicht die Personen in genügender Zahl vorhalten, die den jungen Menschen das Wissen überhaupt vermitteln können, meine Damen und Herren.

Bevor wir über Lösungen nachdenken, erlauben Sie mir eine kurze Analyse der Hintergründe der aktuellen Situation. Denn Fakt ist auch: Viele der Gründe für die drohende Lehrerlücke sind hausgemacht - auch hier in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, wundern wir uns über diese drohende Entwicklung, wenn das Image der Lehrer auch durch führende Politiker - Herr Kaiser hat dies eben schon angeprangert - in unverantwortlicher Weise diffamiert wird? Auch Sie, Frau Hendricks, äußerten sich dahin gehend, dass viele Lehrer Kinder nicht mögen würden. Das geht genau in diese Richtung. Ich halte das für unverantwortlich; das muss ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wundern wir uns über diese Entwicklung, meine Damen und Herren, wenn im Zeitraum von 1995 bis 2000 laut GEW-Untersuchung bei gleich bleibenden Parametern gut 17.000 Stellen in Nordrhein-Westfalen gestrichen wurden? Wundern wir uns über diese Entwicklung, wenn jahre-, ja jahr-

zehntelang die Nachwuchskräfte für den Lehrerberuf hier in Nordrhein-Westfalen absolut keine Perspektive hatten, weil sie immer nur mit Zeitverträgen vertröstet wurden und ihnen keinerlei berufliche Perspektive in der entscheidenden Lebensphase, in der die berufliche Sicherheit eine ganz wichtige Grundvoraussetzung auch für die weitere Lebensplanung darstellt, aufgezeigt wurde?

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wundern wir uns über diese drohende Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, wenn Lehramtsanwärter beziehungsweise sogenannte Junglehrer in anderen Bundesländern im Hinblick auf die Besoldung, das Alter der Verbeamtung usw. bessere Möglichkeiten hatten?

Ein letzter Punkt: Wundern wir uns darüber, wenn Lehrer bei uns in verschiedenen Schulformen ohne jede Aufstiegschance blieben? - Ich denke hier an die Hauptschulen. Frau Hendricks, Sie sagten eben, nach Aussage der Ministerin würden nur wenige Lehrer für die Hauptschule benötigt. Ja, dann müssen wir doch erst einmal fragen, warum so wenige Schüler an den Hauptschulen sind. Wir müssen nach den Ursachen fragen. Die Hauptschulen haben Sie kaputtgemacht, meine Damen und Herren. Das ist doch letztlich der Grund.

(Beifall von der CDU)

Übrigens, diese Fakten sollten wir nicht außer Acht lassen, wenn wir über Lösungsmöglichkeiten nachdenken.

Einige Schritte sind bereits erwähnt worden. Das ist erstens die wirklich wichtige Zusage der Landesregierung, insgesamt zusätzlich 4.000 neue Stellen zu schaffen. Wichtig ist auch die Einrichtung eines Weiterbildungsprogramms zum Erwerb eines dritten Unterrichtsfaches; darüber sollten wir reden.

Wichtig ist des Weiteren, zum Beispiel Grundschullehrkräfte für den Einsatz in Hauptschulen zu gewinnen, indem wir versuchen, sie weiterzubilden. Auch unsere Werbung für diesen Beruf muss intensiver, zielgenauer und attraktiver werden. Und wir sollten bei all unseren Überlegungen berücksichtigen, meine Damen und Herren, dass wir in vielen neuen Bundesländern aufgrund der demographischen Entwicklung sehr häufig die Situation antreffen, dass sich zwei oder sogar drei Lehrpersonen eine Stelle teilen.

Wir alle hier müssen gemeinsam viel Hirnschmalz aufwenden, um zu befriedigenden Lösungen zu kommen, meine Damen und Herren. Es ist fünf

vor zwölf, Zeit zum Handeln. Die Aktualität ist mehr denn je gegeben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Recker. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat erneut Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Recker, wo waren Sie eigentlich die letzten Jahre? Klaus Klemm hat diese Zahlen immer wieder vorgelegt. Wenn Sie sie offensichtlich aufgrund der Wahlen erst heute wahrnehmen, um noch einmal Ihre Sicht der Dinge wie mit tibetanischer Gebetsmühle vorzutragen, weist das nicht gerade Kompetenz aus.

Welch eingeschränkte Wahrnehmung haben Sie eigentlich? Das Land Nordrhein-Westfalen hat im letzten Zyklus allein 1.000 zusätzlichen Lehramtsanwärterinnen aus anderen Bundesländern Ausbildungsmöglichkeiten geboten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich möchte deutlich machen, wie zum Beispiel das Land Hessen in NRW die Lehrer abgesaugt hat. Hessen hatte die zusätzlichen Mittel, weil es solche Ausbildungskapazitäten gar nicht vorhält, auch nicht im universitären Bereich. Das, was das Land Nordrhein-Westfalen an Ausbildung in allen Phasen leistet, müssen uns andere erst einmal nachmachen. Was die Lehrereinstellungspolitik und vor allen Dingen die Mehrbelastung von Lehrerinnen und Lehrern angeht, wollen Sie jetzt sicherlich in die Fußstapfen Hessens treten. Herzlichen Glückwunsch, liebe Lehrer und Lehrerinnen!

Zu dem Thema, das Sie heute mit Gewichtigkeit eingebracht haben, würde ich gerne konzeptionell etwas sagen und nicht den platten Wahlkampf-floskeln folgen. Wir wissen aus der OECD-Lehrerstudie, dass deutsche Lehrerinnen im internationalen Vergleich sehr gut verdienen. Obwohl wir Weltmeister im Sortieren der Kinder sind und die homogensten Lerngruppen produzieren - auch das sagt die OECD-Lehrerstudie -, sind bei uns die Klagen über Schwierigkeit und Heterogenität der Kinder am größten. Frau Sommer, wir sollten uns vielleicht wirklich einmal über eine Schule für alle unterhalten. Denn dann brauchten Sie die Lehrerverschiebungen, die Sie eben vorgetragen haben, nicht vorzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die meiste Wertschätzung in der Bevölkerung - das sagen uns die Statistiken interessanterweise

immer wieder - genießen die Grundschullehrer und -lehrerinnen, die bekanntlich mit den heterogensten Gruppen umgehen und in internationalen Vergleichsstudien die besseren Ergebnisse erzielen, Stichwort: Iglu. Dafür erhalten sie in unserem System bezeichnenderweise die geringste Besoldung. Das dürfte gerade der Frau Ministerin bekannt sein.

Dazu sage ich Ihnen grundsätzlich: Wir können es uns in Zukunft überhaupt nicht mehr leisten, dass die am längsten ausgebildeten und am besten besoldeten Lehrer und Lehrerinnen im System, nämlich diejenigen, die am Gymnasium arbeiten, sagen können: „Mit diesem Kind will ich nicht arbeiten; das gehört nicht in meine Klasse“,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

wenn wir wirklich alle Potenziale von Kindern entwickeln und ihre Talente fördern wollen. Um die Anerkennung und Wertschätzung für Lehrerinnen und Lehrer zu stärken, ist es erforderlich, die Verantwortungsgemeinschaft von Schule und Elternhaus zu stärken. Der Weg über Bündnisse für Erziehung und Bildungsvereinbarungen in den Schulen muss konsequent weiterentwickelt werden, aber mit dem Ziel von echter Partizipation von Eltern und Schülerinnen und Schülern in der Schule.

In diesem Sinne, Frau Ministerin, möchte ich Sie auch als langjährige Elternvertreterin bitten, überholte Konzepte und Begrifflichkeiten wie „Elternsprechstunde“, wie Sie im Amtsblatt vom 15. August ausführen, nicht mehr zu verbreiten. Eine gute Schule spricht längst von Beratungstagen; selbstverständlich gehören die Schülerinnen und Schüler dazu. Die Situation, dass sich Eltern wie in einer Patientenrolle die oft nicht verständlichen Diagnosen und Urteile abholen, sollten wir gemeinsam überwinden helfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eltern müssen sich jederzeit in der Schule willkommen fühlen, und gerade bildungsfernen Eltern muss der Zugang zur Schule wieder eröffnet werden.

Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen Unterstützung, damit die Schule diese Herausforderungen auch meistern kann. Deswegen ist ein Unterstützungssystem unter anderem mit Sozialarbeit, Familienförderung und Gesundheitsexperten notwendig. Ich begrüße an dieser Stelle ausdrücklich die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien, RAA, in NRW und beglückwünsche sie, die

heute 25-jährigen Geburtstag feiern. Sie gehören zu diesem Unterstützungssystem.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie arbeiten engagiert dafür, dass die Entwicklung interkultureller Kompetenz wie der produktive und konstruktive Umgang mit Heterogenität auch in der Frage der Lehrerbildung einen festen Stellenwert erhält und unverzichtbar ist.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei Bereiche herausgreifen, an die wir uns machen müssen. Wir brauchen ein neues Lehrerarbeitszeitmodell, das die vielfältigen Aufgaben von der Elternarbeit bis zur Schulentwicklung würdigt und Lehrerarbeit nicht nur nach Unterrichtsstunden bemisst. Dazu gehört das Thema Präsenzzeit in der Schule mit den entsprechenden Lehrerarbeitsplätzen - ein Beitrag zur Teamentwicklung, zur Hilfe für Schüler, die ihre Lehrerinnen und Lehrer auch am Nachmittag treffen, für verlässliche Ansprechzeiten für Eltern und schließlich besonders für die hilfreiche gesundheitsfördernde Trennung von Dienstzeit und Privatzeit von Lehrern und Lehrerinnen, wie uns der Blick in die Schweiz zeigt.

Das Thema gesundheitsförderndes Selbstmanagement gehört auch in die Grundausbildung und die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern.

Außerdem brauchen wir eine von Grund auf reformierte Besoldung, die sich nicht am Status, sondern an der Leistung und am Engagement der Lehrer und Lehrerinnen ausrichtet. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Beer. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zahlen, die wir regelmäßig und nicht erst seit vorgestern immer wieder auf den Tisch bekommen, zum Lehrermangel in Deutschland insgesamt, aber auch hier in Nordrhein-Westfalen, zeigen, wie dringend notwendig es ist, sich dieser Thematik anzunehmen und auch einmal über den Tag und über kurzfristige Aktionen hinaus Gesamtlösungen zu erarbeiten.

Der in diesem Zusammenhang kreativste Vorschlag kam von meiner grünen Vorrednerin, Frau Beer, die dafür plädiert hat, die Debatte über die Einheitsschule neu aufzunehmen, mit dem Hinweis, so würde es möglich, mehr Lehrer für den Schuldienst zu rekrutieren.

Ich glaube, das Gegenteil wird der Fall sein. Wenn Sie sehen, Frau Beer, dass sich über 80 % der Lehrer in Nordrhein-Westfalen im Aktionsbündnis Schule zusammengeschlossen und deutlich gemacht haben, dass sie das für den falschen Weg halten, wird deutlich, dass es kein geeigneter Vorschlag ist, auf die Einheitsschule zu setzen, was die Frage von Lehrerrekutierungsperspektiven angeht - unabhängig davon, wie Sie ideologisch dazu stehen.

Zum Zweiten hätten Sie das, was Sie hier gefordert haben, auch Ihren Kollegen von den Grünen in der letzten Legislaturperiode sagen können. Denn die Ansätze, die in der Tat diskussionswürdig sind, zum Beispiel Ihre Ausführungen zu einem neuen Lehrerarbeitsmodell, von der FDP-Landtagsfraktion in der letzten Legislaturperiode beantragt, sind von den Grünen bekämpft worden.

(Beifall von der FDP)

Insofern tun Sie jetzt nicht so, als hätten Sie über Nacht den Stein des Weisen gefunden. Sie hatten unsere Konzepte auf dem Tisch liegen. Wir haben uns regelmäßig jedes Jahr erneut des Themas gewidmet, die Attraktivität des Lehrerberufs in Nordrhein-Westfalen zu steigern. Sie vonseiten der Grünen haben zusammen mit der SPD in der letzten Legislaturperiode alle Bemühungen in diese Richtung abgelehnt.

Deshalb, Frau Beer, ist es richtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine recht hohe Ausbildungsleistung haben, was die Befähigung angeht, den Lehrerberuf anzutreten. Umso mehr müssen Sie sich die Frage stellen: Was war in den letzten Jahren der Grund dafür, dass wir zwar zahlreiche Leute ausbilden, aber viel zu wenige nachher tatsächlich ihre Stelle im Schuldienst antreten?

Es gibt die unterschiedlichsten Gründe für die mangelnde Stellensituation, die Rot-Grün zu vertreten hat. Die Stellen, die es gab, waren zu wenig attraktiv ausgestaltet. Deshalb sind viele Lehrer - wie Sie zu Recht beschrieben haben - in andere Bundesländer oder direkt in die Wirtschaft abgewandert. Das ist ein Kernproblem. Längst nicht jeder, der in Nordrhein-Westfalen mit großem staatlichem, auch finanziellem Engagement für den Lehrerberuf qualifiziert ausgebildet wird, ist nachher bereit, eine Stelle im Schuldienst hier anzutreten.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Witzel, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Ralf Witzel (FDP): Ich glaube, das ist in der aktuellen Stunde nicht üblich.

Präsidentin Regina van Dinter: Ja, okay.

Ralf Witzel (FDP): Insofern schauen Sie einmal auf Ihre Instrumente: Was haben Sie praktiziert? - Sie haben Vorgriffsstunden, Lehrermehrarbeit und Zwangsteilzeit eingeführt. Leistungsprämien wurden gestrichen. Sie haben regulären Planstellenersatz für Tausende von Planstellen durch bedarfsdeckenden Referendarsunterricht angeordnet und damit die Ausbildungsleistung entsprechend herabgesetzt. Sie haben Lehrern, die Sie zur Fortbildung geschickt haben, Bescheide über Studiengebühren zugestellt, weil die Maßnahmen an Hochschulen stattfinden. All das sind Maßnahmen, die Sie die letzten fünf Jahre praktiziert haben; also sollten Sie an der Stelle nicht so unkundig tun.

Ich bin der Meinung, dass die Attraktivität des Lehrerberufs nicht allein eine Frage der Finanzen ist. Das wäre zu kurz gegriffen. Das hängt auch insgesamt von den Arbeitsbedingungen ab. Das hängt zusammen mit den Fragen:

Welche disziplinarischen Rechte hat ein Lehrer heute, der es mit einer immer schwierigeren Schülerschaft zu tun hat, sich auch einmal selber durchzusetzen? Welche Kompetenzen räumt man ihm ein? Muss sich jeder Lehrer, der pflichtbewusst seiner Arbeit nachgehen will, der sachgerecht zensiert und ein Minimum an Disziplin im Unterricht erwartet, nachher mit monatelangen Verfahren vor Gericht auseinandersetzen? Wie sehen die Klassengrößen aus? Warum haben Sie die Frequenzwerte heraufgesetzt? Warum haben Sie die Schüler-Lehrer-Relation in den letzten Jahren erhöht? Warum „verbrennen“ so viele Lehrer unnötige, wertvolle Arbeitsstunden mit Bürokratie? Warum finden Sie keine Schulleiter mehr? Gerade Leitungspositionen in der Schule müssten doch begehrt sein für Leute, die einen Aufstieg suchen.

Überall herrscht Mangel, weil immer mehr Leute sagen: Wir kommen durch den Verordnungswahn der letzten Jahre zu weniger Unterricht. Wir verwalten uns nur noch selber. Zu der eigentlichen pädagogischen Arbeit, für die wir uns einmal entschieden haben und die uns Freude bereitet, kommen wir immer weniger.

Insofern: Wir müssen hier umsteuern. Lassen Sie uns alles dafür tun, die Attraktivität des Lehrerberufs in den nächsten Jahren zu steigern. Wir werden unsere Vorschläge unterbreiten und unseren Lösungsbeitrag dazu leisten. Es würde mich freuen - auch wenn Sie in den letzten fünf Jahren nicht dazu bereit waren -, wenn Sie jetzt in Ihrer neuen Rolle mitziehen, damit wir insgesamt für

die Schüler unseres Landes dauerhaft eine bessere Lehrerversorgung in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. - Das Wort hat nun noch einmal für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Meine Damen und Herren, zum zweiten Mal! Ich darf zusammenfassen, was unstrittig ist: In den kommenden Jahren werden wir in Nordrhein-Westfalen einen hohen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern haben. Es wird Aufgabe der Landesregierung sein, diesen Bedarf zu decken.

Insgesamt gibt es bis 2010 einen Einstellungsbedarf von geschätzten 41.000 Lehrerinnen und Lehrern. Diese Zahl ergibt sich dadurch, dass wir alle 38.000 bis dahin frei werdenden Lehrerstellen wieder besetzen und im Laufe der Legislaturperiode noch weitere 3.000 Stellen zusätzlich schaffen werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Bei diesem Einstellungsbedarf ist aber noch nicht berücksichtigt, dass wir 2.400 Stellenäquivalente für Ganztagsangebote in Grund- und Hauptschulen ausweisen werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Dem Bedarf von rund 41.000 Lehrerinnen und Lehrern steht derzeit ein Potenzial von rund 36.500 Bewerberinnen und Bewerbern aus Nordrhein-Westfalen gegenüber. Nicht berücksichtigt ist dabei das Potenzial an Seiteneinsteigern sowie Bewerbern aus anderen Bundesländern.

Wir sehen jedoch heute das große Problem darin, dass vor allem der Bedarf an Lehrkräften für die Schulen der Sekundarstufe I und für das Berufskolleg gedeckt werden muss.

Ich darf einen Einwurf machen: Sehr geehrte Frau Hendricks, Sie sprachen eben von der Einstellungssituation in der Hauptschule. Wir müssen berücksichtigen, dass der Bedarf 2008 da sein wird. Das kann man errechnen, und das muss man vorher wissen. Das muss geregelt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Gleiche gilt für einzelne Fächer: Mathematik, Physik, Latein, Informatik, Musik und Kunst. Die Landesregierung stellt sich dieser Herausforderung und will gezielt gegensteuern. Mit einem Sechspunkteprogramm wollen wir auf das Prob-

lem reagieren. Ich habe es eben schon erwähnt, ich möchte es kurz erläutern:

Punkt 1: die Attraktivitätssteigerung des mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereichs. Wir benötigen einen Mentalitätswandel. Die Hemmschwelle gegenüber naturwissenschaftlich-technischen Fächern muss abgebaut werden. Das kann weder mein Ressort noch die Landesregierung allein schaffen. In einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft, Berufsverbänden, Medien und Bildungsinstitutionen sollte es aber gelingen, diese Fehlentwicklung zu korrigieren.

Punkt 2: die Einrichtung eines Weiterbildungsprogramms zum Erwerb eines dritten Unterrichtsfachs. Wir wollen auch Lehrkräften mit weniger gefragten Fächern eine dauerhafte Perspektive im Schuldienst bieten. Deshalb überlegen wir, gute Absolventinnen und Absolventen der zweiten Staatsprüfung nachträglich in Mangelfächern zu qualifizieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Punkt 3: das verstärkte Gewinnen von Grundschullehrkräften für den Einsatz in der Hauptschule. Wir wollen die Hauptschule wieder zu einem attraktiven Ort des Lernens machen - für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte, aber auch für Ausbildungsbetriebe der Wirtschaft. Hier spielt das Ganztagsprogramm eine wesentliche Rolle. In den nächsten Jahren wollen wir einen Teil der ausgebildeten Grundschullehrkräfte gezielt für eine Tätigkeit in der Hauptschule und in anderen Schulen der Sekundarstufe I gewinnen.

Punkt 4: die Erweiterung des Seiteneinsteigerpotenzials. Gerade an den Berufskollegs werden wir auch künftig auf Seiteneinsteiger nicht verzichten können. Darum prüfen wir, ob wir durch eine Reform des bestehenden Seiteneinsteigermodells mehr frisch ausgebildete Hochschulabsolventen mit Mangelfächern für die Arbeit an der Schule gewinnen können.

Punkt 5: die zielgenaue Werbung um Lehrernachwuchs. Unter den Studienberechtigten müssen wir eine bessere Werbung für den Lehrerberuf betreiben, als es bisher geschehen ist. Hier sind die Studien- und Berufsberatung und die Arbeitsagentur gefragt. Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen verbessert werden. Nur so können wir das eigentliche Problem lösen, dass nämlich der Lehrkräftebedarf vor allem schulformspezifischer und fachspezifischer Natur ist.

Punkt 6: die konsequente Ausnutzung der Stellen für den Vorbereitungsdienst. Wir wollen aus-

nahmslos alle Kapazitäten der grundständigen Lehrerausbildung nutzen und so viele Lehrkräfte wie möglich ausbilden. Als Sofortmaßnahme gilt dies bereits für den jetzt beginnenden Vorbereitungsdienst für die Lehrämter des Berufskollegs und der Hauptschule und Realschule. Zurzeit besetzen die Bezirksregierungen in einem zweiten Nachrückverfahren jeden freien Ausbildungsplatz.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Für den Vorbereitungsdienst, der am 1. Februar 2006 beginnt, hat Nordrhein-Westfalen mit 6.670 Bewerbern den höchsten Stand seit Jahren erreicht. Sehr geehrte Frau Beer, ich möchte noch eine Zahl toppen. Ich toppe die von Ihnen genannte Zahl und sage: 1.200 dieser Bewerberinnen und Bewerber stammen aus anderen Bundesländern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen auch diesen Bewerbern eine Perspektive in unserem Land geben und sie dauerhaft in Nordrhein-Westfalen halten. Wir geben den Bewerbern von vornherein die Sicherheit, dass alle ein Einstellungsangebot erhalten. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden wir darauf besonders achten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie die hohen Bewerberzahlen für den Vorbereitungsdienst zeigen, haben wir in Nordrhein-Westfalen das Potenzial, unser Land als Standort des Lernens und Lehrens zu stärken und damit die Herausforderung des Lehrermangels zu bewältigen.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist leider zu Ende.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Gestatten Sie mir noch einen abschließenden Satz?

Vizepräsident Edgar Moron: Natürlich, einen Satz auf jeden Fall.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Für diese Ziele bitte ich alle Beteiligten um ihre Unterstützung, besonders die Lehrerinnen und Lehrer, die meine Botschafter sind, wenn es darum geht, für die neue Lehrergeneration zu werben. Ich danke auch denen, die heute dazugehören. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Sören Link.

Sören Link (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben heute eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Drohende Lehrerlücke verhindern - Junge Menschen für das Lehramt motivieren“, bei der über alle möglichen Probleme geredet wird: Lehrermangel in Bayern, Lehrermangel in Deutschland. Ich wundere mich ein bisschen darüber, dass Sie nicht insbesondere auf den Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen eingehen.

So schlimm kann er nicht sein, wenn man dem folgt, was von Ihrem Schulministerium mittlerweile veröffentlicht wird. Lesen Sie einmal die Pressechau, beispielsweise vom 13. September! Dort äußert Frau Ministerin Sommer - durchaus fachkompetent beraten, wie ich meine -, sie glaube nicht, dass in Nordrhein-Westfalen so viele Lehrer fehlen würden. Des Weiteren verkündet das Ministerium - ebenfalls am 13. September -, in Nordrhein-Westfalen werde kein dramatischer Lehrermangel erwartet. - Ganz so schlimm, wie Sie es hier darstellen, kann es also nicht sein.

Dabei bestreite ich nicht das grundsätzliche Problem. Natürlich haben wir auch in Nordrhein-Westfalen einen Lehrermangel. Ich will auch gar nicht behaupten, dass wir in der Vergangenheit alles richtig gemacht hätten. Umgekehrt wäre es aber doch auch nur mehr als fair, wenn Sie nicht so täten, als hätten wir alles falsch gemacht; denn so schlimm kann es nicht sein, wenn Leute aus anderen Ländern versuchen, in Nordrhein-Westfalen ein Lehramtsreferendariat zu beginnen und hier Karriere zu machen. Dann kann es so schlimm wirklich nicht sein. Ich glaube, es gehört zur politischen Fairness dazu, dass man das auch vernünftig darstellt.

Herr Kaiser, Sie haben gerade gesagt, Populismus vor der Wahl sei Ihre Sache nicht. - Darüber kann ich nur herzlich lachen. Diese Aktuelle Stunde zeigt das genaue Gegenteil. Auch ist die von Ihnen vollzogene Einstellung von 1.000 Lehrern das genaue Beispiel für Populismus. Das habe ich schon in den letzten Runden erklärt. Hätten Sie auf Qualität Wert gelegt, dann hätten Sie die bewährten Grundsätze der schulscharfen Ausschreibung beachtet und nicht auf dieses Listenverfahren zurückgegriffen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Aber sei es, wie es ist. Von Ihnen haben wir heute noch nicht viel gehört. Auch von Ihnen, Frau Pie-

per-von Heiden, haben wir nicht viel Konkretes vernommen. Sie haben zwar viel geredet, aber leider kaum Inhalt hinterlassen.

(Beifall von der SPD)

Von dieser Kritik möchte ich ausdrücklich Frau Sommer ausnehmen, die am Ende ihrer Ausführungen zumindest ihre sechs Punkte etwas erläutert hat. Es mag für Sie vielleicht neu sein - Sie regieren noch nicht so lange -, aber Sie müssen sich daran gewöhnen, dass Sie hier nicht nur Allgemeinplätze fabrizieren können, sondern irgendwann auch einmal konkret mitteilen müssen, was Sie tun wollen.

An dieser Stelle gebe ich Ihnen - ob Sie es möchten oder nicht - ein paar Hinweise, was man möglicherweise konkret machen könnte. Sie haben als Landesregierung ein paar Stellschrauben, an denen Sie durchaus drehen können.

Zum Beispiel können Sie finanzielle Anreize für Lehrer schaffen. Sie können auch Anreize schaffen, die nicht finanzieller Art sind.

Nehmen wir doch exemplarisch etwas heraus:

Herr Kaiser hat gefordert, das Programm „Geld statt Stellen“ dringend auszubauen; Lehrer müssten durch die Ferien hindurch beschäftigt werden. - Ja, wunderbar! Sie regieren doch. Dann machen Sie es doch! Herr Laumann, der Arbeitsminister, hat es doch auch gesagt. Machen Sie es! Sie werden den Beifall der Personalabteilungen der Bezirksregierungen bekommen. Ich habe selber dort gearbeitet. Ich weiß, dass es verdammt viel Aufwand ist, die Lehrer in den Ferien auszugliedern und anschließend wieder einzugliedern. Machen Sie es! Auch die Lehrer werden sich freuen. Schauen wir einmal, was Ihr Finanzminister dazu sagen wird.

Sie können natürlich auch die von uns eingeführten Imagekampagnen fortsetzen. Wunderbar! Machen Sie es! Sie regieren doch.

Sie können eine höhere Besoldung festsetzen, beispielsweise für Lehrer an Haupt- und Realschulen. Ich kann Sie darüber aufklären, warum keine Lehrer dorthin gehen wollen. Sie werden da schlechter besoldet als am Gymnasium - ganz einfach. Sie als Regierungspartei oder als Regierungsfaktionen können jetzt doch wunderbar die Besoldung für Lehrer an Haupt- und Realschulen erhöhen, Frau Pieper. Sie nicken. Machen Sie es. Wunderbar!

Sie können auch Zuschläge einführen.

Sie können die Stundenzahl für Lehrer in Mangel-fächern runtersetzen. Auch das können Sie machen. Sie sind Erlassgeber. Tun Sie es.

Sie können auch Zuschläge für Lehrer in Mangel-fächern zahlen.

Sie können die Unterrichtsstunden für Lehrer mit Korrekturfächern runtersetzen. Das können Sie landesweit regeln. Das liegt alles in Ihrer Möglichkeit.

Sie können ein einheitliches Dienstrecht einführen, wie wir es mit der Bull-Kommission vor einigen Jahren angedacht haben und angegangen sind. Das können Sie jetzt machen. Die Vorarbeit ist geleistet.

Sie können leistungsbezogene Zuschläge einführen. Sie können Anreize einführen. Alles wunderbar!

Sie können die Lehrer von Verwaltungsaufgaben entlasten. Auch das liegt alles in Ihrer Möglichkeit.

Bis auf Ankündigungen ist von Ihnen aber bis jetzt noch nichts gekommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Ja, das ist wahr. Da können Sie noch so oft den Kopf schütteln, Herr Recker. Das ist einfach so.

Sie können die Lehrer auch - so wie Sie es angekündigt haben und wie es beispielsweise Hessen gemacht hat - aus anderen Bundesländern abwerben. Hessen ist damit „brutalstmöglich“ gescheitert. Mittlerweile rudert unser „brutalstmöglicher“ Aufklärer da wunderbar zurück.

(Beifall von der SPD)

Aber auch das können Sie hier durchaus machen. Wobei ich persönlich das ziemlich unsolidarisch finde.

Sie können mehr Sozialpädagogen an die Schulen bringen.

Sie können das Weihnachtsgeld für Lehrer wieder anheben.

Sie können das Urlaubsgeld, was wir gestrichen haben, um den Haushalt zu konsolidieren, wieder einführen. Wunderbar! Das können Sie alles machen. Sie regieren jetzt.

Sie können die Studiengebühren abschaffen, die Sie gestern so vehement verteidigt haben,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

um mehr Studenten an die Universitäten zu bringen. Das ist alles in Ihrer Macht. Das können Sie alles tun.

Sie können Landeszuschüsse für die Studenten ausschütten, die ein Lehramtsstudium beginnen wollen. Das können Sie alles machen.

Dann müssten Sie sich aber vielleicht irgendwann einmal überlegen, jetzt tatsächlich zu regieren und nicht nur irgendwie nett in die Kamera zu lächeln.

(Beifall von der SPD)

Das müssten Sie dann allerdings mal machen.

Was immer Sie tun möchten, machen Sie es doch einfach konkret. Sagen Sie es hier, und dann setzen Sie es schnell um, so wie die neue Koalition der Mitte das immer wieder ankündigt.

Sie können sich sicher sein: Wir werden Sie bei diesem Prozess konstruktiv unterstützen, wenn Sie denn endlich konkrete Maßnahmen vorlegen. Wir werden uns da nicht pauschal verweigern.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben sich jahrelang verweigert!)

- Natürlich, Herr Witzel, das ist doch ganz klar.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Zuruf von der SPD: Schade!)

Sören Link (SPD): Ich komme sofort zum Schluss. - Übrigens geht es uns - das wollte ich heute noch einmal sagen, weil ich das ein bisschen vermisst habe - auch um das Wohl der Kinder. - Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Link. - Für die CDU-Fraktion hat Frau Doppmeier das Wort.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Link, nach Ihrer Rede wissen wir nur zu klar, warum die Lehrer aus Nordrhein-Westfalen alle weggelaufen sind. Das haben Sie hier deutlich dargestellt.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wer hat vormittags Recht und nachmittags frei? - Lehrer natürlich. Dieses landläufige Sprichwort zeigt leider, wo einer der Gründe für den Lehrermangel liegt. Das Image von Lehrern in Deutschland ist im Gegensatz zum europäischen Umland ähnlich schlecht

wie der gesellschaftliche Stellenwert von Bildung hier im Land. Daran hat auch der Pisa-Schock bisher nichts ändern können.

Von einigen real existierenden schwarzen Schafen auf die Gesamtheit eines Berufsstandes zu schließen und diesen dann pauschal zu verunglimpfen, ist wirklich unverzeihlich und katastrophal. Das muss natürlich schlimme Folgen haben. Das sehen wir doch jetzt.

Wir haben es alle in den Zeitungen gelesen. Der Philologenverband warnt: 10.000 Lehrer fehlen. Die Lehrerkollegien sind völlig überaltert. Bis 2012 geht jeder zweite Lehrer in Rente. Das sind 7.000 bis 8.000 Lehrer jährlich. 2012 fehlen somit voraussichtlich 37.000 Pädagogen.

Aber, meine Damen und Herren, das ist doch nicht vom Himmel gefallen. Hier zeigt sich doch, dass die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren versagt hat.

(Beifall von der CDU)

Denn die Schüler, die 2010 zur Schule kommen, die sind doch schon geboren. Und wie viele Lehrer jährlich pensioniert werden, das steht auch schon lange fest. Somit: Der Bedarf an Lehrern und die Zahl der Schüler lassen sich zumindest halbwegs solide schon im Voraus berechnen.

Aber fragen wir uns doch einmal: Was hat denn die Landesregierung in den letzten Jahren getan? - Sie hat den Nachwuchs abgeschreckt. Sie redete jahrelang von Lehrerschwemme. Planungszahlen wurden erhöht durch die Erhöhung der Arbeitszeit beziehungsweise durch die Verschleierung von Klassenfrequenzen. Junglehrer wurden unter viel schlechteren Bedingungen eingestellt.

Das heißt, die Entwicklungen auf beiden Seiten des Schulalltags, sprich die Schülerzahlen und die Lehrerzahlen, hat das Schulministerium in den letzten Jahren nicht in den Griff bekommen.

Darum begrüßen wir die Maßnahmen des 6-Punkte-Programms der Ministerin Sommer. Die Attraktivitätssteigerung des mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Bereichs, der Erwerb eines dritten Unterrichtsfaches in Mängelfächern, die Qualifizierung von Grundschulkräften für die Hauptschule oder die gezielte Werbung für Lehrernachwuchs mit entsprechender Fächer- und auch Schulformempfehlung - all dies ist sehr wichtig.

Es gilt also, junge Menschen zu motivieren zur Aufnahme des Lehramtsstudiums, zum Beispiel durch die Verbesserung des Lehrermage,

(Ralf Jäger [SPD]: Durch Studiengebühren!)

durch ein realitätsbezogenes Studium mit der Optimierung von Praxisanteilen im Studium, durch die Förderung der Kooperation zwischen Forschung und Lehre, durch die Offenheit für Innovationen in der Schulforschung, durch eine dringend notwendige Verbesserung des Referendariats, durch den Ausbau weiterer Fortbildungsmöglichkeiten und auch durch die Bekämpfung dieses Einzelkämpfersyndroms als Vorbeugung zur Verhinderung von Berufsmüdigkeit bei Lehrern.

Meine Damen und Herren, diese Liste ließe sich noch mit ganz vielen Beispielen fortsetzen. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden sie schrittweise sehr konkret angehen und umsetzen, um damit unser Ziel zu erreichen, den Lehrerberuf wieder attraktiver zu gestalten, das Lehrermage zu verbessern und junge und engagierte Frauen und Männer für diesen Beruf zu gewinnen.

Dies ist nämlich kein Populismus, wie uns Herr Link das vorwirft. Das ist eine wichtige Maßnahme zum Wohl der Kinder unseres Landes. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Doppmeier. - Für die SPD-Fraktion hat sich noch Frau Schäfer gemeldet. Bitte schön.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich konnte mir ein Schmunzeln nicht verkneifen. Frau Ministerin Sommer, ich bedanke mich dafür, dass Sie hier und heute als Kronzeugin für die gute Arbeit der alten Landesregierung an das Rednerpult getreten sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben stolz verkündet - Ihre Koalitionsfraktionen haben auch geklatscht -, dass es 6.670 Bewerber für den Referendardienst in Nordrhein-Westfalen gibt und davon 1.200 aus anderen Bundesländern stammen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Donnerwetter! Aber das haben Sie nicht in zwei Monaten Regierungszeit geschafft, sondern das sind die Früchte der von uns geleisteten Vorarbeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Lachen von CDU und FDP)

Es ist erstaunlich, Frau Doppmeier, dass Frau Ministerin Sommer diese Zahlen als ganz toll be-

zeichnet, Sie jedoch danach ans Rednerpult treten und aufzählen, was alles in Nordrhein-Westfalen so schlecht gelaufen wäre.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Ich verstehe diese Argumentation nicht und bringe diese beiden Dinge nicht zusammen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Geht auch nicht!)

Jetzt kommen wir zu den sechs Punkten. Sie möchten die Attraktivität der Naturwissenschaften erhöhen und fügen blumig und lyrisch hinzu, das müsse man im Gesamtbild der Gesellschaft entwickeln. - Das haben wir auch gesagt, aber die Entscheidung darüber, ob er überhaupt und, wenn ja, was er studiert, trifft jeder junge Mensch für sich allein. Wenn Sie Studiengebühren einführen, wird es den jungen Menschen schwerer fallen, demnächst eine Entscheidung für ein Studium zu treffen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie kündigen ein Weiterbildungsprogramm zur Qualifizierung für das dritte Fach an. - Ich bin in diesem Falle eine Kronzeugin, und zwar als Nachqualifizierte für Sport, weil es an Grundschulen Mangelfach war. Diese Weiterbildungsprogramme für Mangelfächer gibt es schon seit eh und je, und ich freue mich, dass Sie sie fortführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

Sie wollen Grundschullehrer für die Hauptschulen anwerben. - Auch das ist die Fortsetzung der Politik der rot-grünen Landesregierung, und dafür danke ich Ihnen.

Ich freue mich über Ihre Ankündigung, weiterhin gezielte Werbekampagnen starten zu wollen. - Auch das ist die Fortsetzung der Politik der rot-grünen Landesregierung.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Aber mit Hochglanz!)

Sie haben stolz erklärt, alle Referendarstellen ausnutzen zu wollen. - Das können Sie, weil wir im Jahre 2004 mit der rot-grünen Koalition in einer finanziell sehr schwierigen Zeit die Referendarstellenzahlen ausgeweitet haben. Wir haben letztes Mal schon 1.000 Referendare aus anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen ausgebildet.

(Zuruf von der CDU: Die haben Sie alle abgewählt!)

Ich will aber eines nicht verschweigen - Frau Hendricks hat es angemerkt -: Bei aller Euphorie über die vielen Maßnahmen, die Sie einführen wollen, dürfen wir nicht verkennen, dass wir wieder in folgende Situation hineinlaufen werden - das lässt unser Beamtengesetz gar nicht anders zu -:

Wir werden jetzt alle frei werdenden Lehrerstellen neu besetzen und zusätzliche Stellen schaffen. Diese Lehrer werden im Durchschnitt 30 Jahre an den Schulen bleiben. In dieser Zeit wird sich aber die Zahl der Schüler verringern.

Das heißt, wir alle laufen sehenden Auges wieder in eine Situation, in der wir irgendwann keine Lehrer mehr einstellen können und in der wir irgendwann wieder den Generationswechsel einklagen werden. Das lässt unser System zurzeit nicht anders zu. Ich weiß auch keine Lösung, weil wir nicht darauf verzichten können, jetzt Lehrer einzustellen. Insofern stehen Sie vor einer schwierigen Aufgabe.

Eine Zahl möchte ich noch ansprechen. Nach Ihrer Aussage beläuft sich der Bedarf an Lehrern bis 2010 auf 41.000. Zusätzlich wollten sie bis 2010 noch 3.000 Stellen schaffen. Diese 3.000 Stellen verkaufen Sie mindestens fünfmal:

Einmal verkaufen Sie sie als Instrument zur Minimierung des Unterrichtsausfalls. Und Sie verkaufen sie ein zweites Mal, und zwar zur Reduzierung der Klassenstärken. Ein drittes Mal verkaufen Sie sie mit dem Argument, die vorgezogene Einschulung damit finanzieren zu wollen. Sie verkaufen sie schließlich ein viertes Mal, weil Sie Englisch ab Klasse 1 einführen wollen. Jetzt habe ich das fünfte Mal vergessen, aber viermal reicht auch.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- Sie wollten damit noch die Schulleitungen entlasten.

Sie müssen sich irgendwann präzise dazu äußern, was genau Sie mit diesen noch 3.000 Lehrerstellen machen werden, denn über die 1.000, die Sie jetzt eingestellt haben, haben wir uns schon lange genug gestritten; das werden wir auch weiterhin tun.

Ich stelle hier und heute fest: Sie haben diese von Ihnen beantragte Aktuelle Stunde mit dem Verweis auf einen Zeitungsartikel, der sich auf Bayern und Berlin bezieht, begründet.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

- Sie können sagen, was Sie wollen. Schauen Sie in Ihren eigenen Antrag hinein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In Nordrhein-Westfalen haben wir alle Maßnahmen eingeleitet, die Sie fortsetzen wollen, worüber ich mich freue. Und auch Herr Witzel hat Absichten bekundet. Herr Link hat Ihnen ein Bündel von zusätzlichen Maßnahmen genannt.

Herr Linssen war leider draußen, aber wir sind gespannt darauf, wie er dazu steht und ob Sie dann all das Angekündigte - bedarfsdeckender Unterricht, Lehrer über die Ferien beschäftigen, Gehaltsstufen heraufsetzen, um das Lehramt attraktiver zu gestalten, Stundenkürzungen für andere - wieder zurücknehmen werden oder ob es Ihnen gelingt, es umzusetzen. Ich bin gespannt.

Ich sage Ihnen deutlich: Wir konnten es nicht umsetzen, weil wir Ehrlichkeit und Klarheit im Haushalt bewahren wollten.

(Lachen von CDU und FDP)

- Da müssen Sie jetzt nicht jaulen; seien Sie ganz leise. Ich bin gespannt auf Ihren Entwurf für 2006 und was Sie alles für die Lehrer und Lehrerinnen tun wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Schäfer. - Meine Damen und Herren, es liegen zur Aktuelle Stunde keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

2 Belastung für Landeshaushalt durch unsinnige Steuerpolitik vermeiden - Kirchhof-Modell verhindern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/204

Ich weise darauf hin, dass es hierzu einen **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gibt, **Drucksache 14/254**. Titel dieses Entschließungsantrages: „Chancen für Arbeitsplätze und Investitionen schaffen - Das Steuerrecht muss wieder transparent und gerecht werden!“

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Frau Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Kirchhof ist ein schönes Thema, auch wenn

es ein Tandem-Thema werden wird. Dazu kommen wir gleich noch. Kirchhof ist auch deshalb ein schönes Thema, weil der Herr Finanzminister uns bis heute überhaupt noch nicht verraten hat, wie er dazu steht und wie er die Auswirkungen des Kirchhof-Modells diskutieren möchte.

Deshalb waren wir der Ansicht, dass es Sinn macht, heute, noch vor dem 18. September, den Finanzminister aufzufordern, uns seine Position und die der Landesregierung darzustellen.

Herr Linssen, ich glaube nicht, dass es weiterhin mit Abtauchen funktioniert. Ich glaube nicht, dass es weiterhin möglich ist, einfach so zu tun, als wäre jetzt nicht der Zeitpunkt, über Dinge zu reden, die aktuell in der Diskussion sind und von den Medien aufgegriffen werden.

Bis jetzt hat der Finanzminister uns nur vorgeschlagen: Neuverschuldung. - Das wird Probleme geben, nicht nur mit der Opposition. Es wird erhebliche Probleme mit ganz anderen Kreisen geben, vielleicht auch mit Gerichten in diesem Land.

Da Probleme sicherlich etwas sind, Herr Linssen, wovon Sie im Moment genug haben,

(Minister Dr. Helmut Linssen: Sie haben doch angeblich alles sauber hinterlassen!)

zitiere ich ein paar Artikel: „WZ“: „Schwarz-Gelb rüstet beim Personal auf!“ „Rheinische Post“ von gestern: „Neue Schulden, mehr Stellen!“ „Tagespiegel“: „Rüttgers neue Jobs!“

Ist das die neue Variante der neuen Bescheidenheit der neuen Regierung? Waren Sie nicht eigentlich auf dem richtigen Wege, Herr Finanzminister, als sie gestern der „Westfalenpost“ erklärt haben: Vor allem die Explosion der Personalkosten bereitet mir Sorge. - Und wenn Sie, Herr Finanzminister, sogar täglich zwei Kerzen in Kevelaer aufstellen wollen, damit die Zinsen nicht steigen, muss dann nicht mindestens eine für das Ende der Begehrlichkeiten Ihrer Ministerkollegen dazukommen?

Meine Damen und Herren, das sind Fragen, die wir heute ganz gerne diskutieren wollen, denn uns ist jahrelang vonseiten der CDU und der FDP ein Konzept verkauft worden, mit dem der radikale Abbau von Personalstellen gefordert wurde, und zwar von 1,5 % in jedem Jahr.

Wir haben das noch einmal gerechnet. Das wären gemäß Ihrer damaligen Anträge über 5.000 Stellen gewesen. Dann haben Sie aus politischer Opportunität die Bereiche Polizei, Justiz und Bildung herausgenommen, aber damals völlig vergessen, die Zahlen zu korrigieren.

Nehmen wir die genannten Bereiche aus, kommen wir auf eine Zahl von insgesamt 37.000 Beschäftigten in den verbleibenden Bereichen der Landesverwaltung. Dann müssten Sie auf der Basis 1,5 %, wenn Sie sich selber ernst nähmen, 550 Stellen im laufenden Haushaltsjahr streichen. Da Sie erst im Juni die Regierung übernommen haben und wir fair sind, wären ca. 270 Stellen abzubauen. Aber nach dem Motto „Versprochen - gebrochen“ packen Sie zusätzlich rund 100 Stellen für den Regierungsapparat drauf. - Diese Aufblähung des Haushaltes werden wir nicht mitmachen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir werden Ihnen auf der Spur bleiben. Und daher werden Sie nicht wie heute Morgen in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses mit dem Spruch davonkommen: Warten Sie mal ab, was im Haushalt steht. Vielleicht sagen wir Ihnen was, vielleicht auch nichts.

Wenn Sie rechnen würden, wüssten Sie, dass für diese Stellen 80.000 € Jahresgehalt einschließlich Pensionsrückstellungen aufzubringen sind. Wenn Sie das dann auf fünf - wir sind ja fair -, auf vierhalb Jahre hochrechnen, sind Sie bei fast 30 Millionen € Mehraufwand. Heute Morgen haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt: Das sind Peanuts, darüber brauchen wir doch wohl nicht groß reden.

Für uns sind das keine Peanuts; denn 80.000 € sind viel Geld für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande. Und da werden wir nachhaken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Und ich behaupte, nicht einmal diese Summe werden Sie finanzieren können, geschweige denn - damit komme ich gerne wieder zum Thema - die Belastungen aus dem Kirchhof-Modell. Alle 16 Finanzminister - übrigens auch die aus Bayern und Baden-Württemberg - haben einstimmig erklärt: Kirchhof ist für uns Länder nicht finanzierbar.

Bereits im ersten Jahr würden allein für Nordrhein-Westfalen Einnahmedefizite in Höhe von 4 Milliarden € entstehen.

(Winfried Schittges [CDU]: Da sehen Sie, was Sie uns hinterlassen haben!)

- Wir „hinterlassen haben“? - 4 Milliarden € soll Ihr Kirchhof kosten, Herr Kollege! Aber es ist nicht so schlimm, wenn Sie das nicht verstehen; ich erlaudere es Ihnen gerne.

Was ist Ihnen bisher eingefallen? - Neue Schulden, ungedeckte Schecks auf die Zukunft. Ich behaupte einmal, Herr Kollege Schittges, Sie haben bis heute kein Konzept. Stattdessen sagen Sie - das ist doch leicht -: Ich kann keine verfassungsmäßigen Haushalte mehr vorlegen.

Einen politischen Offenbarungseid, die finanzpolitische Kapitulation, meine Damen und Herren, nenne ich das, was Sie uns bisher vorgeführt haben. Wir warten hoch gespannt auf nächste Woche Mittwoch, hoch gespannt auf den Nachtrag, ob Ihnen da noch etwas Neues einfällt.

Aber der Finanzminister oder vielleicht auch Herr Schittges befinden sich mit ihrer Unwissenheit in guter Gesellschaft. Denn es ist klar geworden, dass Frau Merkel offensichtlich auch nicht gerechnet hat, was das, was Ihr Bundesschatzenminister oder Tandeminister will, denn kostet.

Der Kurzzeitstar der Kanzlerkandidatin hat - das behauptet er zumindest - diese legendäre Liste, nach der er 400 bis 500 Steuervergünstigungen - dazu kursieren unterschiedliche Zahlen - zu Fall bringen will.

Selbst CDU-Politiker - ich schenke mir jetzt die Aufzählung derer, die ich hier gerne zitieren würde, denn dafür reicht die Redezeit nicht - schütteln den Kopf. Ich nehme nur einmal den CDU-Fraktionsvize im Bundestag, der gemeint hat: Ich gehe davon aus, dass, wenn Paul Kirchhof sagt, dass er diese Liste hat, er sie auch hat und dann auch umsetzen will.

Meine Damen und Herren, ich schließe mich dem an und gehe meinerseits davon aus, dass das, was Frau Merkel auf ihren Wahlkampftouren propagiert: „Ich sage vor der Wahl, was wir nach der Wahl tun!“, auch für die „Giftliste“ von Kirchhof gelten wird.

Sollte sie sie kennen, frage ich mich, warum sie die Öffentlichkeit nicht über den Inhalt informiert. Ich glaube nicht, dass die Kanzlerkandidatin wirklich genau weiß, was ihr Schattenminister vorhat. Es ist interessant zu lesen, wie die „Süddeutsche Zeitung“ zu Herrn Kirchhof berichtet:

„Zum Rätselraten, was Angela Merkel über die Streichliste wisse, sagte Kirchhof, sie müsse die Liste im Moment nicht kennen, da es zunächst auf das Wahlprogramm der Union ankomme.“

Meine Damen und Herren, wir stochern im Nebel. Trotzdem gibt es findige Journalisten, die gegraben haben. Deshalb will ich aus der Liste nur we-

nige Dinge ansprechen, damit auch die Zuhörerinnen und Zuhörer wissen, worum es geht:

- Streichung des Sparerfreibetrags,
- Streichung der Pendlerpauschale,
- Steuerpflichtigkeit der Übungsleiterpauschale,
- ersatzlose Streichung der Behindertenpauschbeträge,
- Streichung der Kinderbetreuungskosten,
- Steuerpflichtigkeit von Mutterschaftsgeld und Krankengeld.

Und so weiter, und so weiter.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, Kirchhofs steuerpolitische Totalrasur folgt dem Motto: „Ungerecht gegenüber - fast - allen ist auch gerecht!“ Und das machen wir nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist immer wieder beachtenswert, wenn man nachliest, wie sich Paul Kirchhof gegenüber den Medien äußert. Sehenswert war das, was er wenige Stunden nach seiner Nominierung im Fernsehen gesagt hat: Ihn ins Kompetenzteam zu holen sei eher eine programmatische als eine personelle Aussage. Die Union habe sich nicht für eine Person entschieden, sondern für das Programm, dass diese Person entwickelt habe.

Und die „Bild“-Zeitung legt nach und zitiert: „Entscheidend ist, dass am 1. Januar 2007 diese Reform“, aus der ich Ihnen gerade wenige Punkte genannt habe, „im Bundesgesetzblatt steht.“

Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit. Ich bin erschrocken darüber, dass diese Punkte von der Union entgegen dem Motto: „Ich sage vor der Wahl, was ich hinterher will!“, bis jetzt nicht deutlich gemacht wurden. Ich bin genauso erschrocken darüber, dass Sie hier so tun, als würden diese Dinge gar nicht existieren.

Meine Damen und Herren, die Kirchhof-Diskussion hat es leider Gottes geschafft, das Thema „Erhöhung der Mehrwertsteuer“ völlig in den Hintergrund rücken zu lassen. Wir wissen, dass bei einer Erhöhung um zwei Prozentpunkte alle Arbeitnehmer schlechter als bisher dastehen werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete Walsken, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Gisela Walsken (SPD): Natürlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Schittges, Sie sitzen zwar auf dem falschen Platz, aber ich gebe Ihnen trotzdem das Wort.

Winfried Schittges (CDU): Ich danke Ihnen, Herr Präsident. - Ich fühle mich der Frau Walsken auch so sehr verbunden.

Frau Walsken, ist Ihnen bekannt, dass es anonymisierte Steuertabellen gibt, denen zufolge die besten hundert Einkommensbezieher in den verschiedenen Bundesländern in Deutschland keine 15 % Einkommensteuer zahlen, sodass die Absenkung dem Bund bei Wegfall der Sondertatbestände eine viel höhere Einnahmechance bei der Einkommensteuer gewähren würde?

Gisela Walsken (SPD): Herr Schittges, das ist nicht nur mir bekannt, das ist breiten Teilen des Haushalts- und Finanzausschusses bekannt. Was hat das aber damit zu tun, dass Sie hingehen und die ganzen Freibeträge streichen? Das müssen Sie mir erklären. Was hat das damit zu tun? Wie so ist Kirchhof die Antwort auf diese Position? Das müssen Sie mir erklären.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Bleiben Sie logisch!)

- Herr Finanzminister, gerne bleibe ich logisch.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das war nicht logisch!)

- Doch, das war logisch.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Nein, überhaupt nicht!)

Was hat diese Position damit zu tun, dass Sie in der Steuerpolitik ein Modell umsetzen wollen, das großen Teilen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Nachteile beschert? Das müssen Sie mir erklären. Diese Frage ist so logisch, wie sie logischer nicht sein kann.

(Beifall von der SPD)

Mehrwertsteuererhöhung war mein Thema, und ich würde gerne daran anknüpfen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen angeblich um zwei Prozentpunkte sinken. Die Ersparnis beim Arbeitnehmeranteil beträgt aber nur die Hälfte, also einen Prozentpunkt. Das heißt - die Rechnung ist ganz einfach -: Wir werden auch aus dieser Operation weniger Geld zur Verfügung haben, weil die Mehrwertsteuer - hören Sie zu, Herr Minister - für alle um zwei Prozentpunkte steigt.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das stimmt nicht!)

Wie Frau Merkel das gegenüber ihren Landesfinanzministern umsetzen möchte, bleibt bis heute völlig schleierhaft. Sie haben bereits angekündigt, dass Sie an einer Erhöhung der Mehrwertsteuer partizipieren wollen. Auf Kosten der Arbeitnehmer soll also Geld in die Kassen der Landeshaushalte hineingespült werden. Warum sagen Sie das nicht deutlich? Warum tun Sie so, als ob Sie die Mehrwertsteuer erhöhen, um den Nettolohn zu senken? Herr Minister, diese Fragen möchte ich gerne beantwortet haben. Sie haben ja gleich die Chance, das hier in aller Deutlichkeit zu tun.

Meine Damen und Herren, wir alle wollen ein einfaches Steuerrecht. Einfachheit heißt aber nicht nur, Steuervergünstigungen zu streichen. Einige Steuervergünstigungen sind sogar verfassungsrechtlich geboten. Ich nenne hier nur die doppelte Haushaltsführung. Bei einer Vereinfachung auch in unserem Sinne geht es vielmehr darum, mutige Pauschalierungen und Typisierungen zu wagen, wenn man sie denn vertreten kann und wenn sie gerecht bleiben. Vereinfachung, wie wir sie verstehen, bedeutet auch die Überprüfung aller Steuervergünstigungen, die Unternehmer betreffen und von denen die Radikalvereinfacher selten sprechen.

Ich bin der Ansicht, ein Steuermodell à la Kirchhof in NRW ist nicht finanzierbar. Ich sage Ihnen zum Schluss: Dieses Modell muss endgültig und für alle Zeit vom Tisch. Eine solche Steuerreform kann sich dieses Land und können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land nicht erlauben. Deshalb: Schluss mit Kirchhof, weg mit diesem Modell! - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Walsken. - Für die zweite antragstellende Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, hat Frau Löhrmann das Wort.

(Volkmar Klein [CDU]: Jetzt kommt die Steuerexperten Frau Löhrmann!)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen in Sachen Steuerpolitik in der Tat eine wirklich erstaunliche Entwicklung miterlebt.

Vor gut vier Wochen hat Frau Merkel mit großem Tamtam ihr sogenanntes Kompetenzteam vorgestellt. Einer hat damals allen die Schau gestohlen, nämlich der Professor Paul Kirchhof. Ich muss sagen: Was danach passiert ist, habe ich noch nicht erlebt. Mit der Benennung von Paul Kirchhof brandete eine Welle der Begeisterung durch die

Union. Auch die FDP konnte sich vor Zustimmung gar nicht mehr einkriegen: Eigentlich gehört der Mann doch gar nicht der Union, eigentlich war der einer von der FDP.

Einige Kostproben! Christian Wulff:

„Ich hoffe sehr, dass er Bundesfinanzminister wird und dass er die große Steuerreform macht.“

Herr Stoiber:

„Ein Glücksfall für die Union!“

Jetzt kommt die FDP. Herr Pinkwart:

„Kirchhof steht steuerpolitisch mit dem, was er bisher vorgelegt hat, genau für das Konzept, das die FDP als Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht hat.“

Westerwelle:

„Prof. Kirchhof ist ein steuerpolitischer Verbündeter der FDP im Geiste ...“

Hermann Otto Solms: „Wenn Kirchhof es würde, wäre mir das lieber, als wenn es manch anderer machen würde.“ - Mit „manch anderer“ meinte er wohl „alle außer sich selbst“.

Und nun, knapp vier Wochen später? Jetzt geht das große Maulen um. Wie bitte? Der will das wirklich, was er immer schon gesagt hat? Aber das geht doch gar nicht. - Herr Präsident, Sie erlauben, dass ich die gleichen Herren erneut zitieren.

Wulff:

„Ein einheitlicher niedriger Steuersatz für alle widerspricht dem deutschen Gerechtigkeitsgefühl.“

Stoiber:

„Jeder darf seine Visionen haben.“

Beispielhaft für unsere sogenannten Liberalen sagt Herr Pinkwart:

„Die FDP verfügt über das beste Steuerkonzept und mit dem Finanzexperten Solms über einen Fachmann, der mir lieber ist als Kirchhof ... In Deutschland kann man Reformen nicht vermitteln, wenn sie nicht sozial flankiert werden.“

Meine Damen und Herren, wer solche Freunde hat, der braucht keine Feinde mehr.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es muss ja nicht meine Sorge sein, und Herr Kirchhof muss selber wissen, ob er sich das gefallen lässt. Aber die Art und Weise, wie Union und

FDP mit dem Menschen Paul Kirchhof umgehen, ist mehr als unanständig.

(Beifall von den GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Oh!)

Ihre Angriffe gegen den Bundeskanzler an dieser Stelle sind nichts als ein reines Ablenkungsmanöver.

Was sollen die Menschen von diesem Affentheater halten? Erst stellt man Kirchhof auf den höchsten Sockel, den man finden kann, dann, nachdem ein paar Leute mal nachgerechnet haben - Frau Walsken hat das aufgeführt -, merkt man plötzlich völlig überrascht, was Kirchhofs Vorschläge denn genau bedeuten, und dann wird der Star vom Sockel gestoßen und im Heizungskeller versteckt, wie es Joschka Fischer ausgedrückt hat.

Meine Damen und Herren, diese Woche wird es dann noch doller. Plötzlich wird Friedrich Merz wieder ausgegraben. Unser Ministerpräsident behauptet sogar: Der war nie weg, der war immer da. - Herr Rüttgers, dann haben wir das wohl geträumt. Halten Sie die Menschen eigentlich für völlig blind? Fünf Tage vor der Wahl wird uns der weggemobbte Radikalreformer Merz als Co-Partner von Kirchhof präsentiert. Ehrlich gesagt: Ich habe herzhaft gelacht. Die beiden passen ja wirklich prima zusammen. Beide sind vom Stamme der Jäger- und Sammlerpatriarchen. Diese Heimchen-am-Herd-Ideologen tun sich ja wirklich nichts.

Herr Rüttgers, in meiner Erwiderung auf Ihre Regierungserklärung habe ich gesagt, Ihr Rollenbild strotze vor Rüschen, Bluse und Faltenrock. - Gegen die beiden sind Sie aber ein echter Frauenversther.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese beiden erfüllten Familienernährer wollen jetzt etwas Supermodernes machen: Job-Sharing im Finanzministerium; denn auch in der Finanzpolitik verstehen sie sich blendend. Ja, wirklich: morgens Vision, nachmittags Politik.

Job-Sharing in der Bundesregierung - das wäre ja wirklich mal eine echte Innovation. Für Visionen habe ich viel übrig; das fände ich wirklich Klasse. Das Dumme bei diesen praxisorientierten Visionären ist nur: Die Dummen bleiben genau diejenigen, die schon bei Kirchhof pur die Dummen sind; denn Steuerreform à la Merz, das ist im Ergebnis doch genau dasselbe: Murks wie bei der Steuerreform à la Kirchhof. Ein Tandem mit zwei Platten, kann ich da nur sagen. Denn Steuersätze runter, alle Ausnahmetatbestände weg - das heißt nun

einmal: Die Nacht- und Schichtarbeiter finanzieren die Entlastung der Spitzenverdiener.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Widerspruch von der CDU)

Da können Sie noch so viel drum herumreden: Das bleibt so, das bleibt extrem ungerecht, und das merken die Menschen.

Die merken auch, dass das Gerede von der Aufkommensneutralität wirklich nichts anderes ist als unlauteres Gerede. Steuersenkungen für alle, das schafft mehr Einnahmen für den Staat. - So mies kann unser Bildungssystem gar nicht sein, dass die Menschen Ihnen den Quatsch glauben würden. Ihre Steuerpolitik heißt: Der Staat geht Pleite.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Der ist schon pleite!)

Was noch hinzukommt: Alle Ausnahmetatbestände weg! - Haben Sie eigentlich einmal überlegt, was das wirklich heißt, Herr Linssen? Ein Beispiel, damit die Dimension dieser Ideologie deutlich wird: Das hieße, Spenden an gemeinnützige Vereine, an Stiftungen usw. wären steuerlich nicht mehr absetzbar. Wissen Sie, was die Konsequenz wäre? Das wäre das Aus für nahezu alle Vereine, Verbände und Organisationen, ohne die unsere Gesellschaft im Sozialen, im Kulturellen, im Sport und auch in der politischen Gestaltung überhaupt nicht überlebensfähig wäre. Das wäre ein Dolchstoß für das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement in unserer Gesellschaft, für den Kitt in unserer Gesellschaft.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ach, das war nicht gemeint? Das wollen Sie natürlich nicht? Also doch nicht alle Ausnahmetatbestände weg? Aber dann heraus mit der Liste - mit Ihrer Liste, nicht mit der, die Ihre Leute aus dem Bundesfinanzministerium uns als Eichel-Liste unterjubeln wollen! Noch so eine Unverschämtheit, mit der die Union bewiesen hat, auf welches Niveau sie im Wahlkampf gesunken ist!

Nein, meine Damen und Herren, das passt alles vorne und hinten nicht zusammen. Ihre Politik ist eine Politik, die sich von den Fundamenten unseres Sozialstaates verabschiedet. Das ist nicht der Weg in die notwendige Modernisierung und Erneuerung unserer Sozialsysteme, des Arbeitsmarktes und auch unseres Steuersystems. Ihre Politik ist der Weg in den Abriss der sozialen Marktwirtschaft.

Wir mögen in Berlin in den letzten sieben Jahren nicht alles richtig gemacht haben.

(Zurufe von CDU und FDP: Ach?)

- Ja, das räume ich ein; das gehört dazu. - Aber auf dem schwierigen Weg der Anpassung unserer Gesellschaft an einen extrem verschärften globalen Wettbewerb haben wir, SPD und Grüne, vor allem bei den Kompromissen im Bundesrat mit Ihnen Fehler gemacht. Das haben uns viele übel genommen. Aber Ihre Politik ist schon im Ansatz keine Politik des Ausgleichs. Ihre Politik spaltet die Gesellschaft. Deswegen werden wir bis zum Letzten kämpfen, damit Sie am Sonntag in Berlin nicht die Verantwortung übernehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es ja grundsätzlich gut, dass sich hier jemand Gedanken macht um Landesfinanzen und auch um soziale Gerechtigkeit.

(Ralf Jäger [SPD]: Einer muss es ja tun, Herr Klein!)

Aber dass sich hier ausgerechnet jemand Gedanken um die Landesfinanzen macht - und das in dieser Form -, der die Finanzen in den letzten Jahrzehnten restlos gegen die Wand gefahren hat, das finde ich schon erstaunlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Heute die Zukunft der Landesfinanzen beklagen, selber aber 110 Milliarden € Schulden aufgetürmt haben, selber dafür gesorgt haben, dass jeder zehnte Euro aus dem Haushalt für Zinsen ausgegeben werden muss, selber dafür gesorgt haben, dass wir in diesem Land nur noch ganz schmale politische Spielräume haben - das ist schon erstaunlich.

(Beifall von CDU und FDP - Gisela Walsken [SPD]: Wie ist die Antwort? 2 Milliarden mehr Schulden!)

Es geht sogar noch weiter: Im vergangenen Jahr haben Sie 6,9 Milliarden € Schulden aufgetürmt, in diesem Jahr, im Jahr 2005, über 7 Milliarden €, und davon nur 5,2 Milliarden € im Haushalt zugegeben, sodass der Rest jetzt mit dem Nachtrags Haushaltsplan aufgedeckt und transparent gemacht werden muss - das zeigt doch, wie Sie in der Vergangenheit mit den Finanzen unseres Landes umgegangen sind.

(Beifall von der CDU)

Angesichts dieser Beträge ist es schon fast grotesk, liebe Frau Kollegin Walsken, wenn Sie über 80.000-€-Beträge - das ist natürlich viel Geld - lamentieren und offensichtlich erwarten, dass die Reden des neuen Ministerpräsidenten noch von den gleichen geschrieben werden, die früher die falschen Reden von Steinbrück geschrieben haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der hatte keine Redenschreiber! Nehmen Sie das mal zur Kenntnis!)

Das ist doch wohl Unsinn. Ich glaube, uns wurde heute Morgen im Haushalts- und Finanzausschuss vom Finanzminister ausreichend deutlich gemacht, dass das alles eine sehr vernünftige, eine vorübergehende Maßnahme mit zusätzlichen Leuten ist, die vertretbar ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fünf Redenschreiber, wo vorher keine waren!)

Dann will ich noch einen zweiten Aspekt anbringen: Hier macht sich jemand mit diesem Antrag Gedanken über soziale Ausgewogenheit in Deutschland, der selber durch unnötige handwerkliche Fehler dafür gesorgt hat, dass das Körperschaftsteueraufkommen praktisch komplett weggebrochen ist. Wir hatten üblicherweise rund 25 Milliarden € Körperschaftsteueraufkommen pro Jahr. Im Rahmen der Umstellung zur neuen Unternehmensbesteuerung ist dieses Aufkommen durch dumme handwerkliche Fehler der Bundesregierung so zusammengeschrumpft, dass wir über zwei Jahre sogar ein negatives Aufkommen hatten.

Es ist unsozial, wenn Großunternehmen die Dividenden auskehren, sozusagen von der Steuer völlig freigestellt werden. Und dann hier zu lamentieren, dass eventuell kleine Unausgewogenheiten im sozialen Bereich auftreten könnten - wenn man unsere Programme liest, stellt man fest, dass das völlig daneben liegt -, ist wirklich grotesk und unsinnig.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Meine Damen und Herren, hier gibt jemand Ratschläge und tut so, als ob er mit den Problemen überhaupt nichts zu tun hätte. Das ist wirklich ein weiterer Fall von politischer Fahrerflucht.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist nicht nur Fahrerflucht, sondern der Flüchtige geht anschließend auch noch zur Polizei und beklagt sich über den Schaden. Rot-Grün hat die

Finanzen unseres Landes und die des Bundes vor die Wand gefahren.

Dass wir einen erheblichen Schaden haben, dass wir unser Land reformieren müssen, das wird ganz aktuell in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung deutlich. Das kann jeder nachlesen unter „www.bertelsmann-stiftung.de“: Bei Wachstum und Beschäftigung liegt Deutschland auf Platz 21 von 21 untersuchten OECD-Ländern.

Prof. Meffert hat bei der Vorstellung - die Studie wird alle zwei Jahre vorgestellt - festgestellt: Seit dem Jahre 2000 herrscht Alarmstufe Rot bei Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. - Das sind doch die Probleme, die wir angehen müssen.

Auch das Steuersystem ist Teil dieses Problems. Natürlich gibt es viele andere Punkte. In diesen Tagen diskutieren wir über Lohnnebenkosten, über Arbeitsrechtsfragen und über vieles andere. Aber auch die Steuerpolitik muss eine Rolle dabei spielen, von Platz 21 wegzukommen und wieder eine Position zu erreichen, die Deutschland, den Menschen und ihrem Fleiß angemessen ist.

Wenn man von außen betrachtet, wie das deutsche Steuerrecht aussieht, wird es besonders deutlich. Ich habe aus meiner eigenen früheren beruflichen Erfahrung in einem ausländischen Unternehmen noch deutlich vor Augen, wie die Mitarbeiter des ausländischen Mutterunternehmens kamen und fragten: Wie ist das denn mit euren Steuern? - Die hören dann zunächst einmal von Steuersätzen von 40 %,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Die gibt es gar nicht mehr!)

kriegen einen Schreck und bekommen dann gesagt: Moment, das muss ja gar nicht so bezahlt werden. Denn es gibt die und die und die und die Abschreibungsmöglichkeiten, Möglichkeiten, Betriebsausgaben abzusetzen, die in anderen Ländern vielleicht nicht existieren, also müsst ihr hinterher weniger bezahlen.

Dann kommt die berechtigte Frage zurück: Wollen wir hier eigentlich unseren Geschäften nachgehen, oder wollen wir Steuerberater kennen lernen? - Wir müssen wieder dafür sorgen, dass die Unternehmer ihren Geschäften nachgehen können. Das generiert Steuern. Das bringt unser Land voran. Das ist keine Steuerberaterbeschäftigungsaktion.

Rot-Grün, meine Damen und Herren, schafft das nicht. Das haben wir auch in der heutigen Debatte erlebt. Vielleicht liegt das daran, dass Sie Eichel im Kreuz haben. Rot-Grün bewegt sich nicht. Wir

haben ein Konzept, das zum 1. Januar 2007 umgesetzt werden soll, das einfachere Lösungen bringt. Wir wollen ein Steuersystem, das niedrigere Sätze hat, die dann aber auch bezahlt werden müssen. Das ist etwas, was den gut Verdienenden nicht zugute kommt - denn die haben heute eben viele Möglichkeiten, die auf dem Papier hohen Sätze nicht für ihr gesamtes Einkommen zu bezahlen -, sondern sorgt für größere Steuergerechtigkeit.

Für größere Steuergerechtigkeit sorgt auch die Einführung eines wesentlich höheren Grundfreibetrages, der dazu führt, dass es gerade nicht zu der Benachteiligung der schwächer Verdienenden kommt. Im Gegenteil: Viele Familien mit zwei Kindern, die über ein doch schon erhebliches Einkommen verfügen - das kann man ja ausrechnen -, müssen in Zukunft überhaupt keine Steuern mehr bezahlen. Wo da die soziale Ungerechtigkeit besteht, müssten Sie mal erklären. Das ist nur Polemik, aber keine Sachauseinandersetzung. Sie können das alles im Übrigen in unserem Programm nachlesen.

(Gisela Walsken [SPD]: In welchem denn? - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Bei Ihnen oder bei Kirchhof? Was gilt denn?)

- Im Programm der CDU für die Bundestagswahl, wobei wir es geschafft haben, für die Umsetzung dieser Konzepte und dieser Programme die Wissenschaft mit einzubinden.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, das haben wir gesehen!)

Häufig ist es so - in der Vergangenheit ist es eigentlich immer so gewesen -, dass diejenigen, die sich mit Politik beschäftigt haben, eher despektierlich über die Wissenschaft geredet haben und umgekehrt auch. Jeder war in seinem Gatter. Die Einladung von Angela Merkel ist, die Gatter zu öffnen und zu mischen, Leute von dem einen in das andere Lager zu holen. Wir sind stolz darauf, dass wir einen der profiliertesten Wissenschaftler in diesem Bereich dafür gewonnen haben, aus dem Gatter Wissenschaft herauszukommen und in der Politik mitzumachen. Wir sind stolz darauf, dass Paul Kirchhof bei uns mitmacht.

(Gisela Walsken [SPD]: Fragen Sie mal die Kollegen!)

Er muss hier nicht von Frau Löhrmann verteidigt werden.

(Beifall von der CDU)

Paul Kirchhof wird als Bundesfinanzminister dazu beitragen, dieses Programm zum 1. Januar 2007

umzusetzen. Wir erwarten von einem so profilierten Mann, dass er nicht sein übriges Wissen, seine ganzen Bücher, alles das, was er wissenschaftlich zu dem Thema beigetragen hat, anschließend vergisst. Wir werden mit ihm weiter darüber diskutieren und ringen. Er kann einbringen, was er sonst noch für richtig hält und wo das System denn weiterentwickelt werden soll.

Meine Damen und Herren, wir können doch froh sein, dass das so ist, dass es Impulse von außerhalb der Politik gibt. Die SPD scheint da unter einem Trauma zu leiden. Liebe Frau Kollegin Walsken, Sie leiden unter dem Schiller-Trauma. Der letzte Professor, der letzte namhafte Wissenschaftler, den Sie gewinnen konnten, in der Politik mitzumachen, war Karl Schiller 1966, der nach kurzer Zeit entnervt davongelaufen ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Der Kirchhof ist ja jetzt schon platt!)

Wenn wir diese Konzepte umsetzen, werden wir dafür sorgen, dass es klare Linien gibt, auf die man sich verlassen kann und die von dem Verzetteln, vom steuerrechtlichen Hin und Her wegkommen, das in den vergangenen sieben Jahren in Berlin an der Tagesordnung war. Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich aus der, wie ich finde, sehr interessanten Drucksache des Bundestages 15/1548 zitieren, in der angesichts der unzähligen Änderungen allein im Einkommensteuerrecht gefragt wird, ob es denn auch einzelne Paragraphen im Einkommensteuergesetz gibt, die in dieser laufenden Legislaturperiode - also in den vergangenen drei Jahren - mehr als einmal verändert worden sind. Ich möchte Ihnen Punkt 9 der Antwort in dieser Drucksache vorlesen:

„Ja, mehrfach geändert wurden folgende Vorschriften: § 1a, § 2, § 2a, § 3, § 3c,“

(Gisela Walsken [SPD]: Was ist das?)

„§ 4, § 4d, § 5, § 5a, § 6, § 6a, § 6b, § 7, § 7g, § 8, § 9, § 9a, § 9b, § 10, § 10a, § 10b, § 10c, § 10d, § 12, § 13, § 13a, § 14a, § 15, § 16 ...“

(Demonstrativer Beifall von SPD und GRÜNEN - Lachen von CDU und FDP - Gisela Walsken [SPD]: Schön, sehr schön!)

- Ich freue mich, bereits mit ersten beiden Zeilen so viel Begeisterung ausgelöst zu haben, und erspare vor allen Dingen auch mir das Vorlesen der übrigen acht Zeilen. So viele Paragraphen im Einkommensteuergesetz sind mehr als einmal in dieser kurzen Legislaturperiode verändert worden.

Meine Damen und Herren, das ist unangemessen. Wir müssen alles dafür tun, dass wir ein ver-

lässlicheres und ein besseres Steuerrecht bekommen, damit es uns wirtschaftlich wieder besser geht, damit wir von diesem Platz 21 in der Bertelsmann-Studie wieder wegkommen und nach vorne blicken.

Das bringt höhere Steuereinnahmen, mehr Geld, das unbedingt gebraucht wird, um die Zukunft unseres Landes zu gewinnen. Deutschlands Chancen müssen genutzt werden, meine Damen und Herren. Das geht mit Rot-Grün nicht! - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Klein. - Für die FDP-Fraktion spricht Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Aspekt der plötzlich aufkommenden Sorge um die Landesfinanzen hat der Kollege Klein bereits hinreichend Stellung genommen. Ich finde, diejenigen, die im Glashaus sitzen, sollten vorsichtig sein beim Steinerwerfen;

(Beifall von der FDP)

denn Sie waren es, die uns über 110 Milliarden € Schulden hinterlassen haben, aber nicht nur uns - das wäre ja noch zu verschmerzen -, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere den nachfolgenden Generationen, die unter dieser Verschuldung nachhaltig leiden werden und sie abtragen müssen. Das ist unverantwortlich.

Der Antrag, den Sie heute eingebracht haben, ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Zunächst einmal enthält er mit der Forderung, dass man nun endlich zu einer gerechten Besteuerung kommen müsse, das Eingeständnis, dass bislang eine solche nicht gegeben ist. Das ist eindeutig das Eingeständnis des Versagens der rot-grünen Bundesregierung auch in der Steuerpolitik.

Sie fordern vollmundig die Kirchhof-Liste ein. Ich will zwar nicht unfair sein, aber dann hätte ich gerne die Eichel-Liste, die im Augenblick durch die Gegend geistert.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich wüsste gerne, und zwar noch vor dem 18. September, an welchen Stellen Sie streichen wollen. In der Liste, die im Augenblick kursiert, ist von Einsparungen in Höhe von 30 Milliarden € überwiegend im sozialen Bereich die Rede. Es

wäre doch interessant, dazu einige Erläuterungen zu hören.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Freimuth, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Walsken?

Angela Freimuth (FDP): Später vielleicht. Zunächst möchte ich meine Ausführungen zu Ende führen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Könnte unangenehm werden!)

Im vorgelegten Antrag wird darüber hinaus die Umstellung auf einen einheitlichen Steuersatz für unsozial erklärt, weil auf viele soziale Wohltaten verzichtet werden müsse. Meine Damen und Herren, wenn man das mit der Realität der Politik vergleicht, muss man sich allen Ernstes die Frage stellen, ob uns nicht gerade die Politik dieser rot-grünen Bundesregierung in den letzten sieben Jahren in die Nähe einer unsozialen Gesellschaft gebracht hat, einer Gesellschaft mit nach offiziellen Angaben mehr als fünf Millionen Menschen ohne eine bezahlte Beschäftigung und einer fast gewerbsmäßig organisierten Schwarzarbeit.

Ist das nicht viel unsozialer als alles das, was Sie infrage stellen? Nach meiner Überzeugung wird uns eine gute Wirtschaftspolitik in Kombination mit einem transparenten und modernen Steuerrecht, das auf gesunden wirtschaftlichen Prinzipien basiert, an dieser Stelle weiterbringen. Sie ist in keiner Weise inhuman oder unsozial.

Ich möchte mich nun damit auseinandersetzen, worum es im Augenblick tatsächlich geht, um einmal von der virtuellen Diskussion abzusehen. Es liegen konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Ein Gesetzentwurf der FDP zur Reform des Einkommensteuerrechts mit der Einführung eines Stufentarifs ist bereits in den Deutschen Bundestag eingebracht worden. Diese Vorschläge sind nach wie vor gültig. Die Spitzen von CDU und FDP haben klar verabredet, dass sie nach der Bundestagswahl zum 1. Januar 2007 ein Steuerreformkonzept umsetzen wollen, das einen Stufentarif mit drei Steuersätzen - aus Sicht der FDP 15 %, 25 % und 35 % - beinhaltet.

Meine Damen und Herren, wir tun das, weil wir in Deutschland wieder die Chance auf Arbeitsplätze und Investitionen erhöhen und schaffen wollen. Das deutsche Steuerrecht - das ist mehr oder weniger unstrittig - steht wie kein anderes in der Welt für Komplexität, Unübersichtlichkeit, überhöhte Steuersätze und verfestigte Besitzstände. Es wirkt leistungshemmend und lenkt die wirt-

schaftliche Leistungsfähigkeit der Menschen fehl. Für in- und ausländische Investoren stellt es ein gravierendes Investitionshindernis dar. Seine Unübersichtlichkeit führt zudem zu Ungerechtigkeit, fehlender Akzeptanz und noch dazu zu Demotivation bei Bürgerinnen und Bürgern, Arbeitnehmern und Unternehmern.

Das bestehende Steuerrecht, das wir im Augenblick in der Bundesrepublik haben, ist nicht transparent und nicht effizient. Es ist auch nicht wettbewerbsfähig und nicht gerecht. Das bestehende deutsche Steuerrecht ist ein echter Standortnachteil für Deutschland. Daran ändern auch die kleineren „Reförmchen“ nichts, weil Sie von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den vorgelegten Reformansätzen oder Reförmchen lediglich versucht haben, an den Symptomen herumzudrehen, aber nicht wirklich den Ursachen entgegengetreten sind.

Das gegenwärtige Einkommensteuerrecht und das gegenwärtige Unternehmensbesteuerungsrecht sind nicht mehr reformfähig. Deswegen werben wir als FDP bereits seit 1994 für ein grundlegend anderes Modell der Besteuerung. Wir wollen ein einfaches und gerechtes Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen und einer Nettoentlastung für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der FDP)

Was heißt das? - Wir wollen ein steuerfreies Jahreseinkommen von 7.700 € pro Person in einer Familie. Das heißt, eine vierköpfige Familie, zwei Erwachsene, zwei Kinder, wird erst bei einem Jahreseinkommen von mehr als 38.000 € den allerersten Cent Einkommensteuer bezahlen.

(Beifall von der CDU)

Das ist ein ganz wichtiger und ein echter Schritt zur Entlastung der Familien.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, bis zu einem Einkommen von 15.000 € pro Person wollen wir einen Steuersatz von 15 %, für den Bereich zwischen 15.000 € und 40.000 € einen Steuersatz von 25 % und darüber hinaus einen Steuersatz von 35 %. Die Bemessungsgrundlage wird durch den Abbau von Ausnahmetatbeständen verbreitert. Unsere Gegenfinanzierungsvorschläge dazu können Sie detailliert im Internet nachlesen. detailliert

Wir wollen, dass der gültige Steuersatz auch tatsächlich gezahlt wird und nicht nur auf dem Papier steht. Das ist der eigentliche Punkt und nicht die ganze Sozialneiddebatte, die uns SPD, Grüne und SED beziehungsweise PDS beziehungsweise

Linkspartei - oder wie auch immer sich diese Gruppierung nennt - immer aufzwingen wollen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Der Sachverständigenrat unterstützt diese Pläne. Er bestätigt den dringenden Handlungsbedarf in fast allen Punkten. Denn es ist absehbar, dass unsere Nachbarländer ebenfalls die Steuersätze senken wollen. Wir müssen Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen. Wir müssen Deutschland wieder eine Perspektive geben. Wir müssen den Menschen, die keine bezahlte Beschäftigung haben, wieder die Chance auf einen Arbeitsplatz eröffnen.

Meine Damen und Herren, deswegen haben wir als FDP dazu ein konsequentes und klares Steuerreformkonzept vorgelegt. Das steht am kommenden Sonntag neben vielen anderen Reformvorschlägen, die tatsächlich eine Perspektive für Arbeit und Beschäftigung in Deutschland eröffnen, zur Wahl. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Löhrmann hat in seltener Offenheit kundgetan, weshalb dieser Antrag gestellt worden ist: natürlich weil wir am Sonntag Bundestagswahl haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ist das!)

Das haben wir im Übrigen früher auch gemacht. Natürlich haben wir solche Bühnen genutzt, um bestimmte Themen noch einmal zu verstärken. Sie möchten gern eine bestimmte Facette aus dem großen Gebiet des Steuerrechts unter die Lupe genommen haben.

(Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Manfred Kuhmichel [CDU])

Natürlich verbinden Sie damit die Absicht, möglichst vom Thema Arbeitslosigkeit abzulenken. Das kann man sehr deutlich erkennen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben verschiedene große Baustellen. Die Antworten auf die vielen Fragen, die die Menschen haben, werden sicherlich auch darüber entscheiden, wie das Wahlergebnis aussieht.

Ich glaube, dass die Menschen kein Vertrauen mehr in die Politik haben, wie sie in diesem Staat

in Berlin in den letzten sieben Jahren betrieben worden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben kein Vertrauen in die Sozialsysteme und ihre Dauerhaftigkeit, weil sie wissen: Alles ist höchstens für ein halbes Jahr gültig. Danach sind sie wieder der Unsicherheit unterworfen.

Sie haben kein Vertrauen in die Arbeitsmarktpolitik dieser Bundesregierung. Sie haben kein Vertrauen in die Finanzpolitik. Sie haben auch kein Vertrauen in die Steuerpolitik, wie sie in den letzten Jahren praktiziert worden ist.

Das Beispiel der Körperschaftsteuerreform tut Ihnen weh. Das weiß ich. Sie ist 2001 in Kraft getreten. Das ist sicherlich eines der unangenehmsten Kapitel für Sie. Das hat auch dazu geführt, dass Lafontaine Sie - zu Recht - permanent der sozialen Ungerechtigkeit zeiht, weil Sie körperschaftsteuerzahlende Betriebe in einem Maße bevorzugt haben, dass der Staat zum auszahlenden Staat geworden ist anstatt zum Staat, der Steuern einnimmt - jedenfalls in diesem Bereich.

(Beifall von der CDU)

Am meisten hat mir der Beitrag von Frau Löhrmann imponiert, als sie betonte, wir würden mit Herrn Kirchhof in einer nicht mehr menschlichen Art und Weise umgehen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist doch so!)

Da kommen mir fast die Tränen. Frau Löhrmann, vielleicht erinnern Sie sich an diejenigen, die die Kampagne gegen Herrn Kirchhof gestartet haben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Es gibt gar keine Kampagne!)

Wie gehen sie mit ihm um? Vielleicht erinnern Sie sich an Michael Müller - das ist mir gerade eingefallen, während Sie vorgetragen haben. Er hat erklärt, Paul Kirchhof sei ein Neokonservativer so wie die Amerikaner, die den Irak-Krieg begonnen hätten. Das ist die letzte Unverschämtheit.

(Beifall von CDU und FDP)

So versucht man, Menschen fertig zu machen.

Dann haben Sie entschuldigend hinzugefügt: Wir haben ja vielleicht auch nicht alles richtig gemacht. - Sie haben das meiste falsch gemacht. Auch in Ihrer Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP - Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Mir sind drei Punkte aus Ihrer Rede besonders im Gedächtnis geblieben. Sie haben vor allen Dingen Tränen vergossen über das arme Land, das unter einer Kirchhofschen Steuerreform, die jetzt gar nicht ansteht, sicherlich leiden wird.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen der früheren Regierung, wer dieses Desaster an Finanzen in diesem Land angerichtet hat, der hat für Monate, wenn nicht für Jahre den Anspruch verloren, überhaupt noch über Finanzpolitik zu reden.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP - Gisela Walsken [SPD]: Das hätten Sie gern! - Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] - Weitere Zurufe)

Wenn sich die Fraktionsvorsitzende der SPD in den letzten Monaten hingestellt hat - gestern hat sie es wieder getan - und so tut, als ob die Schulden dieses Landes die Schulden der neuen Regierung sind, dann leiden Sie an Gedächtnisschwund, Frau Kraft; das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall von CDU und FDP - Gisela Walsken [SPD]: So einfach ist das! - Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sind Sie in den letzten 39 Jahren eigentlich nicht dabei gewesen?

(Zurufe von Hannelore Kraft [SPD] und von Gisela Walsken [SPD])

Zumindest in den letzten Jahren waren Sie als Ministerin tätig. Sie haben doch jedes Jahr mitgemacht: Einmal wurden 6,7 Milliarden € Neuverschuldung eingegangen, dann 6,8 Milliarden € Neuverschuldung. Jetzt betonen Sie, dass die 7,3 Milliarden € Neuverschuldung aus unserem Nachtragshaushalt unsere Schulden seien. Wo sind Sie denn eigentlich? Nicht einmal 5 % des Volumens dieses Nachtragshaushalts werden von dieser Regierung verursacht worden sein. Der Rest ist das Aufarbeiten der Vergangenheit, in der die Einnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angesetzt worden sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Zwei Milliarden!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger von der SPD-Fraktion?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja gerne, wenn es mir nicht angerechnet wird.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das tun wir nicht. - Herr Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Das ist sehr großzügig von Ihnen, Herr Linssen.

Herr Linssen, ist Ihnen bekannt, dass es ein Wahlprogramm zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 gab, in dem der Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen mit 117 Milliarden € beschrieben wurde und diesem Land zugleich große neue politische Wohltaten versprochen wurden? Ist Ihnen bekannt, dass das im CDU-Wahlprogramm stand?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Nein, Herr Kollege, das ist mir nicht bekannt.

(Beifall von CDU und FDP - Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

Mir ist nur bekannt, dass in unserem Wahlprogramm etwas steht von 110 Milliarden € Schulden, die sich jetzt - der Fairness halber sei das hinzugefügt - vermutlich auf 111 oder 112 Milliarden € erhöhen werden.

(Zurufe von der SPD)

Außerdem ist mir bekannt, dass die neue Regierung, als sie noch Opposition war, im Wahlkampf genauso gearbeitet hat wie jetzt: Sie hat ehrlich und offen dargelegt, welche Forderungen erhoben werden.

(Beifall von CDU und FDP - Lachen von SPD und GRÜNEN - Zurufe von Rainer Schmeltzer [SPD] und Gisela Walsken [SPD])

- Frau Walsken, lassen Sie mich das jetzt bitte ausführen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Studiengebühren für BAFöG-Empfänger!)

Meine Damen und Herren, was haben wir vorgebracht? Wir haben vorgetragen, dass wir 4.000 zusätzliche Lehrer einstellen werden. Das war unser Hauptversprechen.

Und das halten wir ein. Sie werden uns an der gesamten Legislaturperiode messen können.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Indem Sie diese Geschichten mit den Stellen aufzählen, tun Sie so, als wenn das der Untergang des Abendlandes wäre!

(Edgar Moron [SPD]: Das war ein Wahlversprechen!)

Hören Sie mal: Wir sprechen da über 0,2 % bis 0,3 % des Volumens des Nachtragshaushaltes.

(Hannelore Kraft [SPD]: Peanuts!)

Schämen Sie sich eigentlich nicht, dieses Thema so hochzujapsen, um vergessen zu machen, dass Sie die restlichen 99,8 % verursacht haben?

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Abgeordneten Walsken?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, das ist dann aber die letzte. Frau Walsken, ich muss ja im Zusammenhang vortragen können. Bitte schön.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte.

Gisela Walsken (SPD): Herzlichen Dank, Herr Minister. - Das Thema versprochen - gebrochen möchte ich gerne in eine Frage kleiden: 1,5 % Personalstellenabbau lautete Ihr Programm zum Haushalt seit Jahren. Das sind, wenn wir ein halbes Jahr Regierungszeit unterstellen, mindestens 250 Stellen noch in diesem Jahr 2005.

Herr Minister, Sie legen etwa 100 Stellen drauf. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass Sie Ihr Wahlversprechen gebrochen haben?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ach, nein, Frau Walsken, mir kommen fast die Tränen. Sie werden mir vermutlich nicht übel nehmen, wenn ich jetzt nicht mit Ihnen einverstanden bin.

(Gisela Walsken [SPD]: Doch! - Heiterkeit)

- Liebe Frau Walsken, messen Sie uns doch bitte an den Aussagen. Da steht 1,5 %. Wir haben auch hineingeschrieben, wo wir Ausnahmen machen werden. Dann kommen wir zur Endabrechnung im Jahre 2010 wieder zusammen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ach, so geht das!)

Dann werden Sie feststellen, dass wir alles buchstabengetreu erfüllt haben.

(Beifall von CDU und FDP - Gisela Walsken [SPD]: Ach, so!)

Wenn Sie ein marodes Unternehmen übernehmen - Frau Kraft, gehen Sie mal in die Wirtschaft, Sie kennen doch auch ein bisschen davon -, was passiert denn da? Da kommt eine Mannschaft an, die sich als Sanierungsmannschaft nicht nur generiert, sondern sich auch verantwortlich fühlt.

Das sind neue Leute, die Sie brauchen, weil die alten nicht immer den richtigen Geist haben. Sie brauchen sie, um dieses schlingende Schiff wieder auf Kurs zu bringen. Das ist unsere Aufgabe. Dafür brauchen wir die paar Leute, die im Vergleich zu 344.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes wirklich Peanuts sind.

(Beifall von CDU und FDP)

So, jetzt kommen wir zur Sache: Sie haben in diesem Wahlkampf versucht, zunächst das Mehrwertsteuerthema aufzuziehen. Vorhin klang es kurz an. Es ist Ihnen nicht so richtig gelungen. Sie versuchen zwar immer noch weiszumachen, dass das eine zweiprozentige Erhöhung ist. Sie wissen, dass es nominal eine zweiprozentige Erhöhung ist, die sich aber nur zu 1 % - das sagen alle Wissenschaftler - auswirkt, weil wir den verminderten Steuersatz von 7 % haben. Das zunächst einmal.

Dagegen steht, dass wir die Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte senken wollen. Ich habe Ihnen von diesem Pult aus schon gesagt: Eine Mehrwertsteuer zu erhöhen, ist eine Kröte, die man nur schlucken kann, wenn man sich dafür auf der anderen Seite wirklich etwas Besseres einhandelt.

Zur Senkung der Lohnnebenkosten lesen Sie all Ihre Papiere, vor allem das Bundeskanzleramtspapier von Ende Dezember 2002 zur Vorbereitung der Agenda 2010. So deutlich habe ich in keinem CDU-Papier jemals gelesen, wie sich eine Senkung der sozialen Nebenkosten auf Arbeitsplätze auswirkt: Alles bei Ihnen nachzulesen, alles von Herrn Steinmeier aufgeschrieben. Herr Schröder wusste damals nicht, ob er sich das Papier zu Eigen machen sollte, ja oder nein. In seltener Klarheit steht dort, dass die Senkung um einen Prozentpunkt 100.000 Arbeitsplätze schafft. Und das ist unsere Aufgabe. Bei der Aufgabe haben Sie nämlich gründlich versagt.

(Beifall von der CDU - Edgar Moron [SPD]:
Dass eine Mehrwertsteuererhöhung Arbeitsplätze schafft, ist auch etwas Neues!)

Sie haben bei der Hauptaufgabe versagt, Arbeitsplätze zu schaffen. Sie haben uns im Jahr 1998 bei der Bundestagswahl vorgeführt, weil wir so und so viele Arbeitslose hatten - weniger als heute. Dafür sind wir abgewählt worden. So werden Sie am Sonntag genau deswegen auch abgewählt.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Wenden wir uns dem Steuerrecht zu. Dieses Steuerrecht - das ist hier angeklungen - ist viel zu kompliziert. Es muss vereinfacht werden.

Das berühmte Bild, wonach 70 % der Steuerliteratur in Deutsch geschrieben wird, kennen Sie alle. Es sagt etwas aus über dieses Verhinderungsinstrument, über die Unübersichtlichkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie einmal an unseren eigenen Haushalt: 26.000 Finanzbeamte sind draußen tätig. Deren Sprecher standen früher vor Herrn Dieckmann, heute stehen sie vor mir und sagen: Könnt ihr das nicht endlich mal vereinfachen? Wir werden nicht mehr damit fertig.

300 bis 400 Schreiben des Bundesfinanzministers jedes Jahr, meine Damen und Herren. Sie können sie nicht mehr lesen, geschweige denn umsetzen. Auch deshalb müssen wir eine Vereinfachung haben. Aber wir brauchen das vor allen Dingen zur Belebung der Wirtschaft.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen diesen steuerpolitischen Neuanfang. Ich vermute, davon sind viele von Ihnen auch überzeugt. Wir brauchen ihn, um international wettbewerbsfähig zu sein, um Investitionen bei uns anzuregen. Ich glaube, dass das, was hier sowohl von FDP als auch von der CDU vorgetragen worden ist - ich nehme die Sätze der FDP - 15 %, 25 %, 35 % - ich nehme das CDU-Programm - 12 % bis 39 % - der richtige Weg ist, um zu einer Belebung zu kommen.

Aber noch wichtiger ist aus meiner Sicht die Vereinfachung. Ich sage ganz deutlich: Ich bin glücklich und froh darüber, dass Paul Kirchhof als ein parteineutraler Mann erklärt hat, in dieser Frage mitzuarbeiten und auf langfristige Sicht mit dafür zu sorgen, dass wir die ganzen Steuerschlupflöcher abschaffen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP] - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das glauben Sie selber nicht!)

Ich sage Ihnen mit voller Überzeugung, dass die Hauptleidtragenden bei einer Realisierung eines Kirchhof-Programms - vielleicht nach dem Jahre 2009 - die reichen Leute bei uns sein werden.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Jetzt kommen uns die Tränen!)

- Ja, Sie wollen es nicht hören. Wer zahlt denn - nach Besichtigung der Steuererklärungen dieser Leute - wirklich 42 % auf sein Einkommen? Vorhin hat Frau Walsken übrigens gesagt, sie kenne sol-

che Steuererklärungen. Sie hat bestätigt, dass der Ausschuss sie kennt.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo ist das Problem?)

Dann kennen Sie diese Leute ja auch! Dann wissen Sie doch, dass selbst 25 % nicht gezahlt werden, weil das Einkommen durch alle möglichen Modelle - über die Filmfonds und alles das, was Sie zugelassen haben - bis zum Gehnichtmehr heruntergerechnet wird. Und das wird abgeschafft. Das muss jedenfalls langfristig passieren.

(Gisela Walsken [SPD]: Was hat das mit Kirchhof zu tun?)

Wir werden ab 01. Januar 2007 anfangen, die Bemessungsgrundlage Schritt für Schritt zu erweitern, um dadurch zu einer Steuersenkung und zur Vereinfachung beizutragen.

Meine Damen und Herren, Sie beklagen immer wieder die Überlegungen zur Pendlerpauschale oder zur Eigenheimzulage. Es ist von Frau Freimuth klar erklärt worden: Nach dem FDP-Modell zahlt jemand, der 38.000 € verdient und zwei Kinder hat, überhaupt keine Steuern mehr.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Nach dem CDU-Modell sind es für eine Familie mit zwei Kindern 34.000 €, nämlich vier Freibeträge je 8.000 € plus der Steuervereinfachungsbetrag von 2.000 €. Das macht 34.000 €. Bis zu diesem Betrag zahlt niemand Steuern.

Sie fahren heute auf der gleichen Schiene, wie es geschehen ist, als Herr Schäuble 1997 sein Petersberger Modell vorgelegt hat. Dafür hat uns Lafontaine quer durch die Republik getrieben und die Krankenschwester als Beispiel angeführt, die nachts arbeitet, Nachtzuschläge bekommt, die unverteuert sind, und 50 km weit fährt. Genau das Modell fahren Sie heute. Das ist genau die gleiche Kiste. Das können Sie sich anschauen.

Damals wurde gesagt: Arbeitnehmer wie die als Beispiel immer wieder angeführte Krankenschwester haben ein bisschen weniger. - Wir haben daraus gelernt und deshalb gesagt: Wir verteilen das auf sechs Jahre. Dann haben die Tarifparteien auch Zeit, diese Subvention des Staates für Nachtarbeit, die eigentlich der Arbeitgeber zahlen muss, in Tarife umzusetzen und damit zu einer entsprechenden Entgeltleistung für die Arbeitnehmer zu kommen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit überschritten ist.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ist doch gut, was er sagt!)

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich würde gerne noch etwas sprechen, wenn ich darf, Herr Präsident. Dann bekommen die anderen auch noch etwas Redezeit.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Sie wissen ja aus Ihrer Zeit als Vizepräsident, dass die Redezeit irgendwann zu Ende ist.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Jawohl. - Wir werden dafür sorgen, dass dieses Steuermodell zwischen 12, 15, 35 oder 39 % umgesetzt wird.

Ich sage Ihnen, dass unser Haus, das Finanzministerium Nordrhein-Westfalen, auch unter den Vorgängern - Gott sei es gelobt - an der Arbeit der Stiftung Marktwirtschaft, die kurz vor Jahresende ihr Konzept vorlegen wird, sehr intensiv mitgearbeitet hat. Dieses Modell geht selbstverständlich auch in die Richtung Kirchhof; um es klar und deutlich zu sagen.

Nun möchte ich Ihnen vielleicht ganz zum Schluss - der Präsident hat mich ja gemahnt - doch noch etwas sehr Nettes, sehr Schönes, sehr Einleuchtendes vortragen. Hören Sie doch bitte sehr gut zu; ich meine insbesondere die Damen und Herren der früheren Regierungskoalition.

Meine Damen und Herren, Herr Kirchhof betreibt in Heidelberg ein Forschungsprojekt. Dieses wird in hohem Maße - dafür bin ich meinen Vorgängern sehr dankbar - auch von der nordrhein-westfälischen Landesregierung mitfinanziert.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Es gibt eine Kooperationsvereinbarung zwischen Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg, und wir haben in den Jahren 2004 und 2005 - völlig berechtigt aus meiner Sicht - unter der Anleitung meines Vorgängers 116.405,27 € ausgegeben für die Arbeit, die Herr Kirchhof leistet, um uns in Deutschland in die richtige Richtung voranzutreiben. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür

(Beifall von CDU und FDP)

und ich kann nur bestätigen, dass offensichtlich auch Rot und Grün in dieser früheren Landesregierung davon ausgegangen sind, dass Kirchhof

nicht so unsinnig und so unsozial sein kann, wie Sie es hier heute darzustellen versucht haben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Finanzminister Linssen hat die Redezeit um über drei Minuten überzogen. Deswegen gebe ich allen Fraktionen die Gelegenheit, ebenfalls noch einmal drei Minuten zusätzlich zu ihrer verbliebenen Redezeit Stellung zu nehmen.

Als nächster Redner hat der Abgeordnete Schmelzter für die SPD-Fraktion das Wort.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Linssen, gerne nehmen wir wissenschaftlichen Rat an, allerdings kommt es auf die politische Umsetzung an, und diesen wissenschaftlichen Rat würden wir politisch nicht umsetzen, weil er sich sozial ungerecht auswirkt. Deswegen werden wir diesen Rat abweisen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, da oben sitzen die Menschen, die die Kirchhof-Zeche demnächst zahlen sollen. Herr Prof. Kirchhof gilt als Schattenminister in einem möglichen Kabinett Merkel, der Kompetenz einbringen sollte, die Frau Merkel mittlerweile abgegangen ist. Hier stellen wir fest: Hier ist nur noch Schatten und wenig Minister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Unabhängig davon, wer denn nun Finanzminister in einem möglichen Merkel-Kabinett werden sollte, erscheint eines klar: Zahlen würde dies auf jeden Fall der Leistungsträger in unserem Land, und wir verstehen unter Leistungsträger die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, aber nicht die Einkommensmillionäre nach der Merkelschen Definition.

Unser Finanzminister Linssen äußerte sich auch in der „Rheinischen Post“ vom 13. September dahin gehend, er sei jedoch froh, dass Paul Kirchhof im Team von Angela Merkel sei, weil er die CDU in die richtige Richtung dränge. Drängen lassen Sie sich also. Das zeigte auch die Äußerung von Herrn Klein, er sei stolz auf Herrn Kirchhof. Er zählte eine Fülle von Paragraphen aus dem Steuerrecht auf, die geändert worden sind, verschwieg dabei aber die Inhalte, die zum überwiegenden Teil natürlich zum Wohle der Steuerzahler in diesem Lande geändert wurden.

(Beifall von der SPD - Lachen von der CDU)

Meine Damen und Herren, Frau Merkel sagte in der „Rheinischen Post“ vom 13. September: „Wenn es der Wähler erlaubt, wird Paul Kirchhof Finanzminister.“ - Das lässt uns hoffen. Denn es geht um das Geld der Wählerinnen und Wähler, an das Kirchhof und Merkel zugunsten der Besserverdienenden wollen, und der Wähler entscheidet am Sonntag darüber. Insofern gebe ich Frau Merkel Recht: Die Wählerinnen und Wähler werden darüber entscheiden, ob sie sich das Geld aus der Tasche ziehen lassen oder nicht.

(Beifall von der SPD)

Herr Linssen, es ist schon anmaßend, dass Sie die 100 Stellen hier als Peanuts abtun und mit Nullkomma-Prozentzahlen agieren. Wir sprechen über 28,8 Millionen € in diesem Haushalt, die diese 100 Stellen kosten werden. 28,8 Millionen €!

(Zurufe von der CDU - Minister Dr. Helmut Linssen: Was? Das ist doch Quatsch! - Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Fünf Jahre!)

- Rechnen Sie es nach! Es ist gegenüber den Steuerzahlern dieses Landes eine Frechheit, hier von Peanuts zu sprechen, Herr Linssen.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

- Sie lassen sich doch an fünf Jahren messen. Wir rechnen bezogen auf fünf Jahre.

Jetzt reden wir über ein von Kirchhof ins Spiel gebrachtes Tandem. Was zeichnet denn ein Tandem aus? - Nur einer lenkt, aber beide strampeln.

Da verwundert einen auch nicht die heutige Meldung in den „Ruhr Nachrichten“: „Angela Merkel läuft Tandem hinterher“. Denn dieses Tandem würde ja in Fahrt kommen - unaufhaltsam. Aber wer lenkt, wer strampelt? Hebt der Hintere die Füße hoch, weil er auch einmal klingeln will, aber nicht darf? Verteilt der vorne die Kürzungen und der hinten den Bierdeckel mit vielen Strichen, um zu kassieren,

(Beifall und Heiterkeit von der SPD)

Finanzminister Kirchhof oder Staatssekretär Merz oder umgekehrt oder ein Finanzminister der Reserve im Hinterhalt? - Das kann nicht sein, und wie die „Rheinische Post“ heute schreibt, sind auch CDU-Leute aus Berlin mittlerweile der Meinung, dass dies dilettantisch, naiv und überflüssig ist. Ihre Kollegen der CDU in Berlin haben mit dieser Aussage Recht.

(Beifall von der SPD)

Fakt ist - so Herr Rüttgers -, dass schon heute 70 % von Kirchhofs Konzept im CDU-Wahlprogramm stehen oder doch nur zwei Drittel, wie es Frau Merkel behauptet. Da müssen Sie sich einig werden. Fakt ist aber auch, es geht um Einschnitte, die die einfachen Menschen in unserem Land betreffen.

Zur Mehrwertsteuererhöhung, auf die Kollegin Walsken bereits eingegangen ist, will ich nicht weiter in die Tiefe gehen. Es dürfte sich bezüglich Ihrer Gegenrechnung, dass der Anteil des gekürzten Arbeitslosenversicherungsbeitrages bei den Arbeitgebern zu einem Investitionsboom führt, erweisen, dass es sich um ein reines Wunschkonzert Ihrerseits handelt. Fakt ist, die Arbeitnehmer bekommen eine Mehrwertsteuererhöhung, und dieser massive Eingriff in die Kaufkraft fehlt beim Wachstum, das wir dringend brauchen.

Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden gekürzt. Die Mehrwertsteuer wird erhöht. Die Damen und Herren Rentner, Studenten, die hier auf der Tribüne sitzen und im Lande die Debatte verfolgen, haben nichts von einer Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung. Sie werden eindeutig nur durch die Mehrwertsteuererhöhung belastet.

Rund 30 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind Berufspendler. Wir erwarten von unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Flexibilität. Diese Flexibilität, die diesen Menschen hoch anzurechnen ist, wird nunmehr mit Füßen getreten. Das gilt insbesondere dann, wenn Herr Kirchhof es durch seine Äußerungen auf dem FDP-Parteitag 2005 auch noch ins Lächerliche zieht:

Ich fahre ganz anders. Ich fahre vom Betrieb nach Hause, weil ich meine Frau sehen will. Und das ist eine Privatfahrt, und Privatfahrten werden nicht abgesetzt.

Eine absolute Frechheit, wie hier mit den Pendlern im Lande umgegangen wird.

(Beifall von der SPD)

Man kann sich nur freuen, dass er dies nicht für die morgendliche Fahrt im umgekehrten Sinne sieht. Denn dann täte es mir Leid um Frau Kirchhof.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rainer Schmeltzer (SPD): Gerne, Herr Präsident. - Die Schichtarbeiter in diesem Lande arbeiten zum Wohl der Menschen in unserem Lande

zu Zeiten, in denen wir überwiegend Freizeit haben. Die Schichtarbeiter leisten einen Dienst an den Menschen. Wenn Sie sagen: „Zeiten und Schichtzulagen sollten durch die Tarifparteien geregelt werden“ und die Arbeitszeit sollte so geregelt werden, dass keine Schichtarbeit mehr geleistet wird, dann möchte ich Sie sehen, wenn die Krankenschwester nachts ihren Dienst nicht mehr verzieht. und ich möchte die Tarifparteien sehen, die diese Schichtzulage mit Tarifierhöhungen um rund 19 bis 20 % herausholen.

(Beifall von der SPD)

Da würden Sie mit Ihrer Ansicht zur Tarifautonomie mit den Ohren schlackern. - Ich komme zum Schluss.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Kollege, das war schon ein ziemlich langer Schlusssatz. Kommen Sie jetzt bitte wirklich zum Schluss.

Rainer Schmeltzer (SPD): Jetzt kommt ein ganz kurzer Schluss, Herr Präsident. - Herr Rüttgers hat nach der Wahl für sich in Anspruch genommen, die CDU sei die Arbeitnehmerpartei. Die von Ihnen zur Kasse gebetenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden Ihnen dies am Sonntag sicherlich danken. Das Kirchhof-Modell ist Teufelswerk für die Binnennachfrage, für die Wirtschaft und insbesondere für die Menschen in unserem Land. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Klein für die CDU-Fraktion das Wort. Herr Klein, Sie haben, weil die Redezeit eben verbraucht war, noch drei Minuten Redezeit.

Volkmar Klein (CDU): Meine lieber Herr Kollege Schmeltzer, wenn Sie meinen, dass die Rotationsgeschwindigkeit des Steuerrechts die Qualität ausmacht, können Sie vielleicht an den vielen Steuerrechtsänderungen Freude haben. Ich habe den Eindruck, Klarheit brauchen wir. Das haben wir jetzt durch viele Beiträge deutlich gemacht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo sind die Streichlisten?)

Ich will noch einen abschließenden Satz zu dem sagen, was bei den zukünftigen Haushaltsberatungen ansteht. Dort werden wir natürlich auch über wenige Dutzend Leute reden, die die Arbeit der Landesregierung unterstützen und für eine gewisse Periode dafür sorgen werden, dass das Beschlossene auch umgesetzt wird.

Ein guter Ratschlag an Sie: Sortieren Sie bis zur Haushaltsberatung erst einmal Ihre Nullen! Dann erzählen Sie auch nicht mehr den Unsinn, dass die wenigen Mitarbeiter, die wir einstellen wollen, 28 Millionen € kosten würden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann rechnen Sie doch einmal!)

Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Es war sehr interessant, was der Herr Finanzminister gerade von sich gegeben hat. Herr Linssen, das wäre ja noch schöner, wenn wir den Forschern vorschreiben würden, was sie forschen sollen. Das hat es noch nie gegeben.

Interessant fand ich auch, was Sie über Vertrauen gesagt haben. Sie haben gesagt, es wäre kein Vertrauen mehr in Rot-Grün da.

(Demonstrativer Beifall von CDU und FDP)

Es ist aber so, es ist kein Vertrauen mehr in die Opposition vorhanden. Schauen Sie sich doch einmal die Wahlumfragen an! Seitdem konkreter geworden ist, was Sie wollen, befinden sich Ihre Umfragewerte im rasanten Sturzflug.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Realität. Es ist kein Vertrauen in Ihre Politik da. Heute Morgen konnte man sehen, wie Sie hier im Landtag vorgehen. Sie haben zum Beispiel 4.000 Lehrerstellen versprochen - sofort.

(Widerspruch von der CDU)

- „Sofort“ stand in Ihrem Wahlprogramm. Offensichtlich kennen Sie Ihr Wahlprogramm nicht. Von den 117 Milliarden € wussten Sie auch nichts. Wie uns heute Morgen im Haushalts- und Finanzausschuss vermittelt worden ist, dass jetzt 100 Stellen draufgepackt werden sollen, war ein Kabinettstückchen. Herr Linssen, das heißt, der Nachtragshaushalt wird mindestens um weitere 1,5 Millionen € aufgebläht. Realität ist, Sie machen schon in diesem Nachtragshaushalt eine Schuldenpolitik. Über die 2 Milliarden € werden wir uns noch im Detail unterhalten, was Sie damit alles vornehmen wollen. Diese Schulden sind Ihre Schulden.

(Heiterkeit von der CDU)

Es ist genau das Gegenteil von dem, was Sie den Wählerinnen und Wählern versprochen haben, dass nämlich die Schulden gesenkt werden.

Kommen wir zu dem Professor aus Heidelberg: Selten hat man die Demontage eines solchen Herrn so drastisch und in so kurzer Zeit erlebt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der eigenen Leute!)

Selten hat man erlebt, dass jemand von einer Lichtgestalt so schnell zu einer Unperson geworden ist. Nun ruft man noch nach Herrn Merz, um dann mit einem Tandem zu agieren, wobei niemand weiß - das ist gerade schon von meinem Kollegen Schmeltzer gesagt worden -, wohin das Tandem fahren soll.

Ich frage mich - diese Frage sollte sich jeder Finanzminister auch stellen -: Warum sind die Länderchefs der CDU-geführten Länder so heftig gegen das Steuerkonzept von Herrn Kirchhof? - Weil sie genau erkannt haben, welche negativen Auswirkungen das für ihre Länder hat. Genau dasselbe würde auch in Nordrhein-Westfalen passieren: 4 Milliarden € weniger Steuern, wenn Kirchhof tatsächlich Realität würde.

(Angela Freimuth [FDP]: Aber mit Ihrer Politik sind es noch weniger Steuereinnahmen!)

- Nein, ganz im Gegenteil: Sie sind diejenigen, die ständig nach Steuersenkungen schreien. Man sollte vielleicht einmal nach Schweden schauen. Dort hat soeben ein Ministerpräsident die Wahl gewonnen, weil er gesagt hat: Ich bleibe dabei;

(Widerspruch von der CDU)

wir brauchen die Steuereinnahmen des Landes, um das Land vernünftig dazu zu bringen, investieren zu können. Das ist die Realität.

Ihre Politik wird dazu führen, dass dieses Land völlig in den Abgrund rutscht. Das wird die Realität in den nächsten Jahren sein. Wir werden es erleben. Viele Leute haben das schon erkannt, und deswegen sinken Sie im Moment so drastisch in den Wahlumfragen.

(Heiterkeit von der FDP)

Das Volk ist nicht so blöde, wie Sie es gerne hätten. Die Leute haben sehr wohl erkannt, dass die Politik, die Sie machen wollen, sehr abträglich für ihre eigenen Geldbeutel und auch für die Länder ist. Das ist die Realität.

Das Kirchhofsche Steuermodell ist unfinanzierbar, unsozial und der Bankrott der öffentlichen Kassen. Ich fand es schon sehr interessant, dass Sie

als Finanzminister gerade behauptet haben, das CDU-Wahlprogramm würde gelten. Was Sie uns als Antrag vorgelegt haben, geht in eine andere Richtung. Das ist nicht mehr das CDU-Wahlprogramm.

Dort steht unter Punkt 3, erster Spiegelstrich: Wegfall des linear-progressiven Tarifs und Senkung der Steuersätze im Einkommensteuerrecht. Das, was Sie hier im Landtag offensichtlich schon fordern, entspricht nicht Ihrem Wahlprogramm. Ich weiß nicht, ob die FDP Ihnen das untergeschoben hat. Die Frage müssen Sie selber beantworten.

Aber Fakt ist: In dem Antrag, den Sie uns heute vorgelegt haben, steht etwas anderes als das, was Ihr Wahlprogramm verspricht. Das, was Sie wollen, ist offensichtlich mittlerweile Kirchhof, Herr Linsen. Das steht im Gegensatz zu der Aussage, die Sie gerade gemacht haben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Beifall von der CDU)

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Ich komme zum Schluss. - Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Ihre Politik ist völlig abträglich für das Land, von Haushaltskonsolidierung keine Spur. Es wird zu zusätzlichen Belastungen kommen, wenn das Kirchhof-Konzept umgesetzt wird. Aber ich bin sicher, das wird nicht passieren. Wir werden die Wahl am Sonntag gewinnen. Die Leute haben nämlich erkannt, was Sie vorhaben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Widerspruch von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Als nächster Redner hat der Abgeordnete Dr. Orth von der FDP-Fraktion das Wort. Sie haben vier Minuten, Herr Orth.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Rede von Herrn Sagel weiß man nicht, ob man zu den Inhalten Stellung nehmen oder doch nur die Polemik aufgreifen soll. Ich finde es schon erstaunlich, Herr Sagel, wenn jemand, der einer Partei angehört, deren Bundestagsfraktion durch Vertrauensentzug gegenüber dem Kanzler Neuwahlen herbeigeführt hat, über die Frage von Vertrauen oder Nichtvertrauen im Parlament spricht, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Für mich stellt es sich jedenfalls so dar, dass der Kanzler nicht einmal mehr seiner eigenen Fraktion vertrauen kann, wir von daher die Neuwahlen haben und eine neue Regierung bekommen werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Siehe Kompetenzteam!)

Auch Frau Walsken ist anscheinend schon so weit. Sie sagte eben, sie setzt darauf, dass sie den Nachtragshaushalt irgendwann nächste, übernächste Woche präsentiert bekommt. Das heißt, gedanklich hat sie den Wahltag schon ausgeblendet. Sie hofft auf neue Möglichkeiten für Erfolgserlebnisse, meine Damen und Herren.

(Gisela Walsken [SPD]: Was hat das mit dem Nachtragshaushalt zu tun?)

Wenn man vonseiten der SPD immer hört, dass es wichtig sei, dass wir Steuereinnahmen und keine Steuersenkungen haben, dann erlaube ich mir - mit Erlaubnis des Präsidenten -, einmal den Antrag vorzulesen, der uns heute vorgelegt wurde.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Darf ich Sie vorher fragen, Herr Abgeordneter, ob Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Walsken zulassen?

Dr. Robert Orth (FDP): Nein, ich möchte zunächst einmal den Antrag vorlesen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Also später.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Zunächst einmal“ heißt nachher!)

Dr. Robert Orth (FDP): Dort heißt es nämlich mit Bezug auf die Steuersenkungen der aktuellen Bundesregierung:

„Ohne diese massiven Steuerentlastungen wären die Folgen der seit dem Jahr 2001 weltweit zu beklagenden wirtschaftlichen Eintrübung noch drastischer gewesen, die Arbeitslosigkeit noch höher und die Schwäche der Binnennachfrage noch größer als heute.“

Das ist doch der Beleg, meine Damen und Herren, dass Steuersenkungen als solche ein richtiges Mittel sind, um die Arbeitslosigkeit abzusenken.

(Beifall von der FDP)

Wenn ich dann die Klassenkampfparolen Ihres Kollegen Schmeltzer höre, der davon spricht, dass die wahren Leistungsträger die Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer sind, dann frage ich mich:

(Hannelore Kraft [SPD]: Wer denn sonst? -
Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer denn sonst?
Wollen Sie das infrage stellen?)

Liebäugeln Sie eigentlich schon mit dem Übertritt in die Linke, oder was ist Ihre Intention?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie wollen doch wohl nicht in Zweifel stellen, dass die Leistungsträger die Arbeitnehmer sind?)

- Ich denke, Leistungsträger gibt es in allen gesellschaftlichen Gruppen, ob sie Arbeitnehmer, Selbstständige oder Beamte sind! Auch Beamte sind Leistungsträger,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, natürlich!)

nach Ihrer Definition aber anscheinend nicht.

(Beifall von der FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Beamte sind ja auch Arbeitnehmer!
Setzen Sie sich damit auseinander!)

- Nein, Beamte sind keine Arbeitnehmer.

Wenn ich dann höre, dass über den „potenziellen Finanzminister Merz“ oder den „potenziellen Finanzminister Kirchhof“ debattiert wird, wüsste ich gerne: Wen hätten Sie potenziell anzubieten, meine Damen und Herren aus der Opposition?

(Heiterkeit von FDP und CDU)

Da schweigen Sie doch lieber. Ich kann für die FDP jedenfalls sagen: Wir könnten locker und gut einen eigenen Finanzminister in Person von Herrn Solms präsentieren. Er wäre 30-mal besser als der amtierende und auch besser als ein Tandem Schmeltzer/Walsken, meine Damen und Herren. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU - Zuruf von der SPD: Ist das hier ein Casting, oder was ist das?)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deswegen die Beratung und komme zur Abstimmung.

Die Antragsteller haben direkte Abstimmung beantragt. Deswegen stimmen wir zuerst über den **Antrag** der Fraktionen von SPD und Grünen **Drucksache 13/204** ab. Wer spricht sich für diesen Antrag aus? - Das sind die Fraktionen von SPD und Grünen. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 14/254**. Wer spricht sich für diesen Antrag aus? - Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind SPD und Grüne. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Hier ergibt sich also genau das umgekehrte Bild. Damit ist der Entschließungsantrag **angenommen**.

Wir kommen jetzt zu:

3 Nationale Exzellenzinitiative - eine neue Chance für den Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/213

Ich weise hin auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/246** zum Thema „Der Pakt für Forschung braucht Planungssicherheit“.

Ich eröffne die Beratung. Als erster Redner hat der Abgeordnete Dr. Brinkmeier von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bund und die Länder haben im vergangenen Juni eine nationale Exzellenzinitiative sowie einen Pakt für Forschung und Innovation vereinbart. Ziel dieser beiden Vereinbarungen ist die Förderung von Spitzenforschung und die Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Deutschland. So weit, so gut.

Bevor ich gleich auf die konkreten Inhalte dieses Paketes und seine Folgen für die Landespolitik zu sprechen komme, will ich zunächst ein wenig die Historie des Zustandekommens dieser Vereinbarung wiedergeben. Versetzen wir uns einmal in das Jahr 2004, Anfang Januar, zurück. 2004 war das sogenannte Jahr der Innovation. Am Rande einer Kabinettsitzung in Berlin passierte Folgendes:

Bundeskanzler Schröder ruft Frau Bulmahn zu sich und sagt: „Edelgard, Herr Steinmeier meint, dass wir in diesem Innovationsjahr irgendetwas machen müssen - am besten etwas, was die Schwarzen ärgert.“ Frau Bulmahn sagt: „Ja, wir könnten ein paar Unis zu Eliteunis machen. Das macht sich als Schlagzeile immer gut.“ Schröder sagt: „Oh ja, das ärgert die Schwarzen sicherlich; denn damit nehmen wir ihnen den Elitebegriff

weg. Das können wir machen.“ Frau Bulmahn sagt: „Dann brauche ich aber noch 3 Milliarden € frisches Geld.“ Schröder sagt: „Ich wusste doch, dass bei dieser Sache ein Haken ist.“

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Er holt Hans Eichel dazu und sagt: „Hans, die Edelgard braucht noch 3 Milliarden € für Spitzenuniversität.“ Eichel sagt: „Die habe ich nicht. Ich habe kein Geld.“ Frau Bulmahn sagt: „Ich brauche das Geld aber. Ich brauche es wirklich. Deutschland soll Spitze werden.“ Schröder sagt: „Edelgard, lass mal das Rummeckern sein. Und du, Hans, stell dich doch nicht so an.“ Eichel sagt: „Reicht nicht vielleicht auch 1 Milliarde?“ Frau Bulmahn sagt: „Nein, niemals.“

(Gisela Walsken [SPD]: Sie wissen aber, dass Sie hier im Parlament sind?)

Schröder sagt: „Doch, das muss reichen. Die Länder können ja vielleicht noch etwas drauflegen. Außerdem strecken wir das Ganze über ein paar Jahre. Dann bekommen wir auch mehr Überschriften für das gleiche Geld.“

Alles in allem ist diese Geschichte ein typischer Schröder. So entstand dann die Initiative „Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“. Sie hieß wirklich so, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deutschland sucht also die Superuni.

Dieser famose Slogan „Brain up“ hat der Bildungsministerin auch eine Nominierung zur „Sprachpanscherin des Jahres“ eingebracht. Allein der Titel führte schon zu einem weiteren Ansehensverlust von Frau Bulmahn in der deutschen Wissenschaftsszene.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sie hat doch gar kein Ansehen!)

Was wollte Frau Bulmahn machen? Sie können es immer noch im Internet nachlesen. In diesem Wettbewerb wollte der Bund vier bis fünf einzelne Hochschulen herauspicken, ihnen das Etikett „Eliteuniversität“ anpappen und sie dann fünf Jahre mit jährlich etwa 50 Millionen € unterstützen. Das war natürlich völliger Nonsens; denn mit solchen Geldbeträgen wird man sicherlich keine Eliteuni schaffen. Vor allem kann man eine Uni bestimmt nicht plötzlich von oben herab zur Eliteuni befördern. Das ist typisch linke Denke.

(Beifall von der CDU)

Wahr ist, dass eine Universität dann eine Spitzenhochschule ist, wenn diejenigen, die fachlich etwas mit ihr zu tun haben, sie in der Mehrzahl als

solche bezeichnen. Dann kann man sich Eliteuni schimpfen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Außerdem hatten die Länder zu Recht etwas dagegen, dass der Bund über ihre Köpfe hinweg Forschungs- und Hochschulpolitik betreibt. Auch Sie, liebe Frau Kraft, hatten etwas dagegen. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass Sie sich unangenehm berührt geäußert haben - wie auch andere Ihrer SPD-Parteikollegen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich habe mich auch durchgesetzt, Herr Dr. Brinkmeier!)

- Sehr schön. Das steht aber nicht in Ihrem heutigen Antrag drin. Warum haben Sie in diesen Antrag nicht hineingeschrieben: „Frau Kraft hatte etwas gegen Frau Bulmahn“? Die erhöhte Einflussnahme des Bundes wäre dann nämlich vorprogrammiert gewesen.

Jetzt waren die Länder am Zug - SPD und CDU, auch Frau Kraft. Sie plädierten dafür, durch gezielte Förderung von einzelnen Wissenschaftsfeldern an deutschen Universitäten ein sogenanntes Netzwerk der Exzellenz zu schaffen. Die Verhandlungen gingen hin und her und hin und her. Im Sommer des letzten Jahres hatte man dann ein Konzept erstellt, welches der Wahrheit schon ziemlich nahe kam. Aber immer wieder versuchte Frau Bulmahn, den Einfluss des Bundes auf die Forschungspolitik und die Hochschulpolitik der Länder auszudehnen. Hätte sich nicht insbesondere der hessische Ministerpräsident Koch so hartnäckig gewehrt, wäre ihr das auch fast gelungen.

Nun siegte zum Schluss aber die Vernunft. Dabei ist dann Folgendes herausgekommen: Konkret geht es bei dem bundesweiten Wettbewerb um drei projektorientierte Förderlinien.

Zum Ersten werden ab Sommer nächsten Jahres etwa 40 Graduiertenschulen mit etwa 1 Million € pro Jahr unterstützt. Hier sollen Hochschulabsolventen, die sich für eine wissenschaftliche Laufbahn entscheiden, weiter auf ihrem Fachgebiet forschen können. Ich denke, das ist auch unstrittig.

Zum Zweiten wollen Bund und Länder die Forschung von Universitäten und Wissenschaftsorganisationen durch die Förderung herausragender Zentren in bestimmten Forschungsdisziplinen stärken. Vorgesehen ist, dass die Unis auch mit außeruniversitären Einrichtungen in sogenannten Exzellenzclustern zusammenarbeiten. Für jedes dieser etwa 30 Netzwerke stehen pro Jahr durchschnittlich 6,5 Millionen € zur Verfügung.

Zum Dritten wollen die Initiatoren des Wettbewerbs Zukunftskonzepte zu universitärer Spitzenforschung fördern. Mit diesem Programmteil soll das Forschungsprofil von bis zu zehn ausgewählten Unis weiter gestärkt werden. Dabei ist Voraussetzung, dass eine Uni ein wissenschaftliches Exzellenzzentrum, eine Graduiertenschule sowie eine schlüssige Gesamtstrategie vorweisen kann. Der Umfang jedes Fördervorhabens liegt bei 21 Millionen €.

Wir freuen uns, dass die Landesregierung alle diejenigen NRW-Hochschulen, die an dem Exzellenzwettbewerb teilnehmen wollen, bei ihren Bewerbungen unterstützen will.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] - Hannelore Kraft [SPD]: Die alte Landesregierung auch schon!)

Vor allem wird aber jetzt ein echter Wettbewerb unter den Fachdisziplinen gefördert. Man ist weg vom Etikett der staatlich verordneten Eliteuni.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ist das!)

Wir wissen aber auch, dass die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen noch viel stärker in die Lage versetzt werden müssen, diese wettbewerblichen Strukturen auch wirklich optimal zu nutzen. Darum fordern wir in unserem Antrag die Landesregierung auf, eben diese Rahmenbedingungen entscheidend zu verbessern.

Nun zum Antrag der SPD: Wenn es schon einmal eine Einigung zwischen dem Bund, den A-Ländern und den B-Ländern auch über einen Regierungswechsel hinweg gibt, dann sollten wir uns gemeinsam darüber freuen und der Landesregierung auch gemeinsam als Hausaufgabe die konstruktive Begleitung mit auf den Weg geben.

Aber mit Ihrem Antrag verschrecken Sie jeden Gutwilligen auf unserer Seite. Denn dadurch, dass Sie schreiben, dass die Bundesregierung irgendwo gesiegt hätte, wird der Wahrheit auch nicht gedient. Die Wahrheit ist: Frau Bulmahn musste zurückstecken. Das sagen auch alle Fachkommentatoren. Hier hat - wie ich es eben schon sagte - die Vernunft gesiegt.

Ihre Behauptung, in den 90er-Jahren wäre in der Forschungspolitik etwas blockiert oder versäumt worden, stimmt natürlich überhaupt nicht. In den 90er-Jahren war zum großen Teil der jetzige Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Forschungsminister,

(Hannelore Kraft [SPD]: Eben!)

und er hat die deutsche Wissenschaftslandschaft entscheidend nach vorne gebracht.

(Beifall von der CDU)

Fakt ist: Die rot-grüne Bundesregierung hat sich eben nicht durchgesetzt. Frau Kraft, da sind wir uns doch einig. Sie sind in Ihrem Herzen doch auch froh darüber. Da haben Sie Länderinteressen vertreten. Das finden wir ja auch gut. Was soll es? Das ist vergossene Milch. Nur der Versuch des Abfeierns der alten Landesregierung scheitert.

Der Antrag, den Sie jetzt stellen, noch einmal zusätzliche Mittel bereitzustellen, ist natürlich ein Griff in die Trickkiste, in die alte Wahlkampfkiste. So wird das nichts. Wir stimmen natürlich dennoch der Überweisung an die Ausschüsse zu. - Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Lindner das Wort. Bitte schön.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Innovationschancen in Nordrhein-Westfalen durch unzureichende Investitionen in Forschung und Entwicklung beeinträchtigt werden. Das betrifft insbesondere die privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben in diesem Land. Das haben wir im Übrigen - Frau Kraft, weil Sie sich da beömmeln - auch schon vor der Wahl gesagt.

Es ist ja auch die Frage erlaubt, wie es dazu kommt, dass Private weniger Forschungs- und Entwicklungsausgaben vornehmen. Das ist nach unserer Überzeugung und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, denen wir noch mehr Geltung in der öffentlichen Wahrnehmung verschaffen wollen, vor allen Dingen eine Folge des verzögerten, des verschleppten Strukturwandels in diesem Land.

Diese Investitionsschwäche in den wissenschaftlich basierten Spitzentechnologien und Dienstleistungen hängt eng zusammen mit der Struktur unserer Wirtschaft im Bereich der wachstumsstarken und beschäftigungsfördernden Spitzentechnologien - wenn man allein einmal sieht, dass wir beim Umsatz, bei der Zahl der Beschäftigten, bei der Zahl der Betriebe und bei den Investitionen zum Teil 50 % unter dem Bundesdurchschnitt in diesen Branchen liegen.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth**)

Deshalb: Dass wir jetzt bei der Zahl der Patentanmeldungen, beim wirtschaftlichen Wachstum und bei all dem, was mit Innovationen zu tun hat, im unteren Mittelfeld der Bundesrepublik liegen, hängt unmittelbar mit 39 Jahren roter und rot-grüner Regierungsverantwortung zusammen.

(Beifall von FDP und CDU)

Das kann man nicht in wenigen Tagen ungeschehen machen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kraft?

Christian Lindner (FDP): Ja. - Frau Staatsministerin a. D., bitte.

Hannelore Kraft (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass die Zurechnung der Zahlen immer am Hauptsitz des Unternehmens erfolgt, was dazu führt, dass beispielsweise sämtliche Forschungsaktivitäten des Siemens-Konzerns dem Hauptstandort zugerechnet werden, sodass überhaupt nicht erkennbar ist, wie viel Anteil dieser Forschungsleistung wirklich in Nordrhein-Westfalen erbracht wird, und dass das die Statistik nachweislich sehr verfälscht? Wenn man dies bereinigen würde, beispielsweise auch bei den Automobilunternehmen, läge Nordrhein-Westfalen in einer Größenordnung mit Bayern und Baden-Württemberg. Ist Ihnen das bekannt?

Christian Lindner (FDP): Frau Kraft, ich will Ihnen mit einer Gegenfrage antworten: Ist Ihnen die Quelle bekannt, aus der ich die Angaben entnommen habe? - Das ist der Bericht des ehemaligen Wirtschaftsministers Harald Schartau,

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja, ich kenne die Zahlen!)

der der Landesregierung angehört hat, in der auch Sie Verantwortung hatten.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie hätten Ihre Fragen in den Kabinettsitzungen stellen müssen und nicht hier im Landtagsplenum. Das ist vergossene Milch hier. Also: Da werden Sie sich nicht rausreden können.

Ich will gerne den Blick auf die öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben lenken. Da stellen wir in Nordrhein-Westfalen fest: Während die Grundmittel für die Wissenschaft zumindest bis 2002 leicht gestiegen sind, sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahresvergleich zum Teil sogar gesunken.

Wie sieht es auf der Bundesebene aus, die Sie in Ihrem Entschließungsantrag ja so gelobt haben für die Entwicklung dieses Haushaltstitels? Sie rühmen diese Forschungsausgaben, lassen aber unerwähnt, dass im Jahr 1998 die Sozialdemokraten die Verdoppelung der Ausgaben beschlossen und angekündigt hatten.

Jetzt stellen wir einen Zuwachs in Höhe von 7,7 % im Vergleich zum Haushaltsjahr 1998 fest. Bereinigt um die Inflationsrate im gleichen Zeitraum in Höhe von 8,4 % ist das sogar noch eine Kürzung, meine Damen und Herren. Sie versuchen hier, die Menschen mit statistischen Tricks zu veräppeln. In Wahrheit hat sich an der Schwerpunktsetzung für Forschung und Innovationen auch in der Bundesrepublik nichts getan.

(Beifall von der CDU - Hannelore Kraft [SPD]: Das ist falsch! Gucken Sie sich einmal die Zahlen an!)

- Ich habe Ihnen die Zahlen genannt: 7,7 % Zuwachs zu 8,4 % Inflationsrate. Das ist unter dem Strich weniger für Forschung, als Sie den Eindruck erwecken.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sollen wir die Zahlen noch einmal herausuchen? Das machen wir gerne!)

- Es wird auch Ihnen nicht gelingen, Frau Kraft, Adam Riese zu überlisten.

Die Exzellenzinitiative ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das sage ich ausdrücklich. Dass die Exzellenzinitiative aber tatsächlich eine Wirkung entfalten kann, ist ausdrücklich dem zähen Ringen in der Ministerpräsidentenkonferenz und auch in der Runde der Wissenschaftsminister zu verdanken.

Dadurch ist es erstens möglich geworden, dass der Sperrvermerk im Hochschulbau aufgehoben wird. Es war doch die ursprüngliche Absicht der Bundesregierung, kompensatorisch im Bereich des Hochschulbaus zu kürzen. Da gab es einen Sperrvermerk, der erst im Juni dieses Jahres aufgehoben worden ist.

Zweitens. Die dritte Förderlinie, die „Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung“, kam erst nach den Verhandlungen in der Ministerpräsidentenkonferenz neu hinzu.

Zum Dritten ist vor allem erreicht worden, dass das unsinnige Instrument der „Eliteuniversität“ zurückgewiesen worden ist.

Innovation lässt sich nicht staatlich verordnen, politisch planen oder schlicht erkaufen. Der Staat kann die Marktkompetenz der Wirtschaft und die Forschungskompetenz der Wissenschaft nicht ersetzen. Viel zu lange hat sich die rot-grüne Koalition das Wissen angemaßt, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit bürokratischen Vorgaben steuern zu wollen, auch im Innovationsbereich.

(Karl Schultheis [SPD]: Quatsch!)

Die wichtigste Voraussetzung für Neuerungen in Forschung und Technologie ist aber die Freiheit von Wissenschaftlern und Ingenieuren, ungehindert aus dem in der Gesellschaft vorhandenen Wissen Neues schöpfen zu können. Freiheit von Bürokratie ist damit Freiheit für Innovation. Dieser Erkenntnis wollen wir Geltung verschaffen. Um den Blick in die Zukunft zu wenden, müssen wir mehr tun, als nur zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wir müssen insbesondere im Bereich der Hochschulbürokratie ansetzen. Das müssen die nächsten Schritte auf dem Weg zu einem innovationsfreundlichen Nordrhein-Westfalen sein.

(Karl Schultheis [SPD]: Welche Schritte meinen Sie denn?)

Dank Ihrer Regierung steht in Nordrhein-Westfalen der dichtesten Hochschullandschaft auch die dichteste Hochschulbürokratie gegenüber.

(Hannelore Kraft [SPD]: Details!)

Detailregelungen der Landesregierung fesseln das Innovations- und Wachstumspotenzial - mit den Vorgaben des Dienst- und Tarifrechts, der unzureichenden Budgethoheit, der fehlenden Bauherren- und Dienstherreneigenschaft und nicht zuletzt wegen der Zuteilung von Studenten durch die ZVS.

(Hannelore Kraft [SPD]: Genau!)

Statt eines generellen Auswahlrechts werden die NRW-Hochschulen im Wettbewerb mit privaten und öffentlichen Wettbewerbern um die besten Köpfe behindert.

Exzellente Wissenschaftler werden mit starren Besoldungsvorgaben, unklaren Karriereperspektiven und bürokratischen Gängelungen zu Lehrumfang, Präsenz- und Mittelverwaltung aus Nordrhein-Westfalen vertrieben. Die Berufungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Hochschulen muss verbessert werden. Sie hält den nationalen

und internationalen Wettbewerbsanforderungen nicht stand.

Meine Damen und Herren, die Exzellenzinitiative - das ist mein Schlusssatz - ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dass es möglich geworden ist, trotz der angespannten Haushaltslage den NRW-Beitrag zu leisten, ist ein Verdienst der neuen Landesregierung. Aber all das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nur ein Einstieg in einen Prioritätenwechsel in diesem Land ist, der irgendwann mehr Innovation auf internationalem Niveau möglich macht, der dann auch zu neuen Arbeitsplatz- und Wachstumschancen führen kann. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. - Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion der Kollege Schultheis das Wort.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sowohl Kollege Brinkmeier als auch Kollege Lindner haben sich heute aufs Märchenerzählen verlegt. Das kann man besser oder schlechter machen, aber Märchen haben immer einen Kern, den man versteht. Bei Herrn Brinkmeier hatte ich große Probleme, den Kern dessen zu verstehen, was er wollte.

(Zuruf von der CDU)

Herr Lindner, ich glaube, Sie sollten einmal nach Bayern fahren und dort mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die entweder nach NRW zurückgekommen sind oder den anderen Weg gehen, über Hochschulbürokratie diskutieren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Genau!)

Reisen bildet auch in diesem Falle. Nicht alles, was es an Fehlentwicklungen geben mag, woran man arbeiten kann, hat sich auf Nordrhein-Westfalen gestürzt. Sie werden feststellen, dass es in vielen Bundesländern und darüber hinaus solche Entwicklungen gibt. Ich weiß aus meiner beruflichen Tätigkeit in der Auseinandersetzung mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern, dass man sehr viele Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen sehr positiv aufgenommen hat. Beispielsweise die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung, die Einführung der Globalhaushalte, überhaupt die Finanzautonomie sind Markenartikel, die ihren Ausgangspunkt in Nordrhein-Westfalen genommen haben. Viele Bundesländer wären froh, wenn sie in dieser Entwicklung so weit wären wie Nordrhein-Westfalen.

Es war ein ganzes Paket; Sie haben sich weniger zur Exzellenzinitiative geäußert. Wir sollten über die Frage der FuE-Ausgaben noch einmal diskutieren; da gibt es aus meiner Sicht Aufklärungsbedarf in Ihre Richtung.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Einigung von Bund und Ländern, die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung schlussendlich auf den Weg zu bringen. Es ist ein ganz wichtiger Schritt. Hier wurde leider viel Zeit vertan. Mit der Unterschrift aller Bundesländer vom 19. Juli kann nunmehr diese Initiative, der Pakt für Forschung, in Kraft treten.

Absolut unverständlich ist, dass CDU und FDP im Landtag den Eindruck erwecken wollen, dass sie in besonderer Weise zu diesem Erfolg beigetragen haben. Wir können nicht erkennen, wo dieser Beitrag erbracht worden sein soll. Im Gegenteil muss in Erinnerung gerufen werden, dass insbesondere der hessische Ministerpräsident Roland Koch weit über ein Jahr die Initiative der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Bulmahn, zum Schaden der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen aufgehalten hat. Das war bestimmt kein Beitrag zur Stärkung des Standorts Deutschland.

Man muss natürlich fragen, wieso unmittelbar nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen diese Einigung möglich war. Wir sind froh, dass sie zustande gekommen ist, aber wenn man bösgläubig ist, kann man sich denken, warum diese Initiative aufgehalten worden ist, und zwar immer zum Schaden derjenigen, die wir gemeinschaftlich - so sagen zumindest alle im Hause - unterstützen wollen.

Im Gegenteil: Der jetzige Ministerpräsident unseres Landes trägt die Verantwortung dafür, dass in den 90er-Jahren - Herr Stahl ist jetzt leider nicht hier; Rüttgers/Stahl war auch solch ein Tandem -....

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Erfolgreich!)

- Nein, das war nicht erfolgreich; es hat in den 90er-Jahren die Forschungsausgaben drastisch reduziert. Man hat ein paar elegante Schlenker gemacht, zum Beispiel im Bioregiowettbewerb, aber das ändert nichts daran,

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

dass die Forschungsausgaben insgesamt gekürzt worden sind. Erst die Regierung Schröder hat in den letzten sieben Jahren mit der Ministerin Bul-

mahn die Forschungsausgaben insgesamt um 37 % erhöht.

(Christian Lindner [FDP]: Unsinn! 7,7 %!)

Das ist eine Zahl, die steht. Um 37 % sind die Ausgaben angewachsen. Es könnte natürlich sein, dass die CDU/FDP-Regierung die Kürzungen gegenrechnet, aber die Steigerungen in diesem Haushalt liegen bei 37 %.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Brinkmeier?

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Herr Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Kollege, möchten Sie zur Kenntnis nehmen, dass diese von Ihnen gerade erwähnten 37 % zum größten Teil darauf zurückzuführen sind, dass Frau Bulmahn einen großen Ganztagssschultopf dort hineingepackt hat? Die Steigerungen sind nicht durch die Forschungsausgaben entstanden.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Sie meinen jetzt die 4 Milliarden €. Das ist allerdings auch gut angelegtes Geld. Sie müssen das Bildungssystem als Bildungskette sehen. Insofern ist dieses Geld auch eine hervorragende Investition für unsere Hochschulen. Sie müssen nicht so kurz denken, Herr Brinkmeier. Das ist nicht gut.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Keine Sorge!)

Sie beklagen also in Ihrem Antrag die Versäumnisse der Regierung Kohl und damit des vergangenen Zukunftsministers Rüttgers und natürlich auch des Herrn Stahl. Dass Sie hier Kritik üben, tun Sie meines Erachtens zu Recht, aber schieben Sie das Ganze nicht auf die falsche Seite.

Mit der Exzellenzinitiative und mit dem Pakt für Forschung stehen jetzt 1,9 Milliarden € bis 2011 für drei Förderlinien zur Verfügung. Die erste Tranche von 714 Millionen € ist bereits durch die Bundesregierung bewilligt. Der Bund - das wurde bereits erwähnt - wird die Finanzierung zu 75 % übernehmen.

So ist es nur folgerichtig - und die Vorgängerregierung, das heißt sowohl der ehemalige Ministerpräsident Steinbrück als auch die Forschungs- und Wissenschaftsministerin, hat klargemacht -: Wir werden für die Kofinanzierung zusätzliche Mittel bereitstellen und sie nicht aus irgendwelchen

Zentralmitteln oder aus den Hochschulhaushalten zusammenkratzen.

Noch die SPD-geführte Landesregierung hat gemeinsam mit den Hochschulen die Vorbereitungen getroffen, dass sich nordrhein-westfälische Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit der Aussicht auf Erfolg an diesem Wettbewerb, der jetzt anlaufen wird, beteiligen können.

Die Bildung von Exzellenzclustern und Kompetenzzentren, besonders in den Naturwissenschaften und in den Ingenieurwissenschaften, wurde vorangetrieben; der Aufbau der NRW-Graduate-Schools wurde für Nordrhein-Westfalen zum Markenzeichen und für die gesamte Republik zum Vorbild; er war Vorbild für den Aufbau weiterer Graduiertenschulen in den Hochschulen unseres Landes. Das ist ein Pfund, mit dem wir in diesem Wettbewerb wuchern können.

Schließlich fördert das Forschungskonzept 2010 den Prozess der Herausbildung und die Profilierung der Forschung aus Nordrhein-Westfalen. Hier waren und sind wir auf einem guten Wege, und wir können Sie nur auffordern, Herr Minister Pinkwart, auf diesem Weg fortzufahren.

Ziel ist es, die ausgewiesenen Kompetenzen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in NRW noch stärker für den Wettbewerb zu bündeln. Wir sind davon überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen in diesem Wettbewerb in allen drei Förderlinien, den Graduiertenschulen, den Exzellenzclustern und auch den Zukunftskonzepten für die universitäre Forschung, bestehen wird.

Wir jedenfalls, die SPD-Opposition hier im Landtag, werden alle Bemühungen dahin gehend unterstützen, dass unsere Hochschulen in die Lage versetzt werden, erfolgreich zu sein. Tun Sie das auch! - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. - Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich hätten Sie, Herr Brinkmeier, Ihre Jubelarie eben singen statt sprechen müssen. Dieser Antrag zeigt vor allem eines: dass Sie den Praxischock Ihres Wechsels von der Opposition in die Regierung noch nicht ganz überwunden haben und sich deshalb ins Märchenerzählen flüchten. Wie Sie sich, Herr Brinkmeier, Regierungshandeln

vorgestellt haben, so stellt sich das klein Fritzchen vor - das ist richtig -, aber ganz so geht es in Wirklichkeit nicht. Erkundigen Sie sich einmal bei Herrn Pinkwart oder auch bei Herrn Rüttgers, die in dem Bereich Erfahrungen haben.

Ich will zu diesem Antrag nur dreierlei kurz sagen und ihn dann im Ausschuss weiter diskutieren.

Zunächst einmal: In der Tat ist er eine Jubelarie. Sie machen genau das, was Sie uns in der letzten Wahlperiode immer vorgeworfen haben. Sie bejubeln nämlich das Regierungshandeln oberflächlich, allerdings mit dem kleinen Schönheitsfehler Ihrerseits, dass es hier nicht um Ihr Regierungshandeln geht, das noch gar nicht zum Tragen gekommen ist, sondern es geht, wie in der Debatte erkennbar, um die Fortführung dessen, was die rot-grüne Bundesregierung und die rot-grüne Landesregierung in der letzten Wahlperiode auf den Weg gebracht haben. Von daher ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie das so positiv sehen. Das sage ich gerade als Mitglied der ehemaligen Landesregierung.

Zweitens. Der vorliegende Antrag betrifft Inhalte, über die wir uns im Grundsatz weitestgehend einig sind.

Wir stimmen darin überein, dass sowohl die Exzellenzinitiative als auch der Pakt für Forschung eine Chance für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen bieten. Wir werden im Detail sicherlich manches zu klären haben, etwa die Frage, was Exzellenz eigentlich ist und wer die Definitionshoheit darüber besitzt. All diese Fragen müssen wir noch diskutieren und gemeinsam beantworten. Aber im Kern ist das nicht kontrovers.

Drittens ist mir allerdings, Herr Brinkmeier und Herr Lindner, ein etwas seltsames Parlamentsverständnis aufgefallen. Denn es geht hier letztlich auch um die Finanzierung dieser Exzellenzinitiative. Und da möchten Sie gern, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, in den kommenden Jahren bis 2011 den Landesanteil für die Exzellenzförderung in der notwendigen Höhe sicherzustellen.

(Christian Lindner [FDP]: Im Rahmen der Haushaltsinitiative der Regierung!)

- Herr Lindner - hören Sie jetzt einmal zu! -, ist Ihnen denn entgangen, dass das Haushaltsrecht, das Budgetrecht das oberste, das vornehmste Recht des Parlamentes ist? Das ist eine Forderung, die der Landtag nicht an die Landesregierung richtet, sondern bei der er selbst der Souverän ist. Er selber stellt die Mittel zur Verfügung.

Das ist, finde ich, ein seltsames Parlamentsverständnis, das Sie da offenbaren.

Auch die anderen im Antrag enthaltenen Forderungen sind blumig und weitschweifend und gehen teilweise über die Amtszeit dieses Landtags und sicherlich dieser Landesregierung hinaus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage lautet doch: Wird es tatsächlich zusätzliches Geld für diese Initiative geben und nicht Geld, das Sie den Hochschulen an anderer Stelle aus der Tasche ziehen? Genau um diese entscheidende Frage, ob Sie hier tatsächlich frisches Geld einstellen oder ob Sie nur im System umschichten wollen, drücken Sie sich in Ihrem Antrag herum. Vielleicht können wir darüber im Ausschuss diskutieren und dort zu Ergebnissen kommen. - Der Überweisung an die Ausschüsse stimmen wir selbstverständlich zu. Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. - Als nächster Redner hat der Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Dr. Pinkwart, das Wort.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin den antragstellenden Fraktionen dankbar dafür, dass sie die Aufmerksamkeit des Plenums und der interessierten Öffentlichkeit mit diesem Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung auf dieses wichtige Thema lenken.

Sie weisen in Ihrem Antrag zu Recht auf die Defizite am Forschungsstandort Deutschland aufgrund unzulänglicher Rahmenbedingungen und einer stetigen Unterfinanzierung hin.

Das gilt in besonderem Maße auch für Nordrhein-Westfalen. Wir haben zwar eine breite Forschungsinfrastruktur und vielfach auch ein ordentliches Leistungsniveau, aber wir brauchen mehr international sichtbare Spitzenforschung und Spitzenforscher. Auch verfügt Nordrhein-Westfalen über eine breite Hochschullandschaft. Aber wir haben noch zu wenige nationale und internationale Marktführer auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung.

Die Landesregierung ist fest entschlossen, diese Situation durch verbesserte Rahmenbedingungen und auf der Grundlage eines verlässlichen und auskömmlichen Finanzrahmens zu verbessern.

Hierzu wird auch die im Juni beschlossene und mittlerweile angelaufene Exzellenzinitiative einen

wichtigen Beitrag leisten. Allerdings waren zuvor lange Verhandlungsrunden zwischen Bund und Ländern notwendig - das hat die Debatte ja schon gezeigt -, um aus dem zentralistischen Ursprungsansatz der Bundesregierung doch noch zu einer durchdachten und erfolgversprechenden Konzeption für die Exzellenzinitiative zu gelangen.

Schon von daher war es nicht von vornherein ein großer Erfolg von Rot-Grün auf Bundes- und Landesebene, wie Herr Vesper eben ausführte. Selbst meine Vorgängerin - das gilt auch für die anderen Wissenschaftsminister der Länder - hat sich in der Öffentlichkeit, wie ich meine, völlig zu Recht außerordentlich kritisch zum rot-grünen Entwurf von Frau Bulmahn eingelassen.

Bis eine Einigung möglich wurde, waren zahlreiche grundlegende und durch die Länder - insbesondere durch die von CDU und FDP regierten Länder - initiierte Änderungen notwendig, um das Ergebnis zu verbessern, und zwar im Hinblick auf eine klare Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern, im Hinblick auf die Zuspitzung des Wettbewerbs auf sinnvolle Förderziele, im Hinblick auf die Ausgestaltung der Förderprinzipien und der Förderkriterien und schließlich im Hinblick auf die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel.

Die Prinzipien der neuen Exzellenzinitiative zur Förderung der Spitzenforschung in Deutschland, also der Initiative, die im Wesentlichen durch die Länder möglich geworden ist, sind jetzt mehr als früher Leistung und Wettbewerb.

(Beifall von der CDU)

Der ursprünglichen und geradezu naiven Vorstellung der Bundesregierung, man könne einige wenige Universitäten nach dem Motto „Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“ mit viel Geld überschwemmen und dann entstünden daraus in kurzer Zeit international sichtbare Eliteuniversitäten, wurde zu Recht eine Absage erteilt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Bundesregierung wollte wissenschaftliche Exzellenz politisch vorgeben und die Auswahl der Eliteuniversitäten im Stile der Castingshow „Deutschland sucht den Superstar“ gestalten. Wenn sich Frau Bulmahn mit einer solchen Vorgehensweise durchgesetzt hätte, wäre das Ergebnis wohl ähnlich bescheiden und überraschend wie beim Gesangswettbewerb mit Daniel Küblböck gewesen. Nein, dies war der falsche Weg und das musste wieder in Ordnung gebracht werden.

Die gezielte Förderung verschiedener Wissenschaftsbereiche und Forscherteams, wie sie nun beabsichtigt ist, ist hingegen der richtige Weg. Mit den drei Förderlinien Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung setzt die Exzellenzinitiative jetzt genau dort an, wo es notwendig ist, nämlich an der Ausbildung der nächsten Generation von Forschern, an der Vernetzung universitärer, außeruniversitärer und industrieller Forschung sowie an der Projektierung tragfähiger Zukunftskonzepte.

Wichtig ist auch: Die Initiative hat die richtige Balance zwischen Breite und Spitze gefunden. Einerseits sind die Förderkriterien kompromisslos - Leistung und Wettbewerb -, andererseits ist die Zahl der potenziellen Bewerber und Gewinner hoch, sodass Spitzenförderung mit Breitenwirkung stattfindet. Das Wettbewerbsverfahren wird in zwei Ausschreibungsrunden erfolgen, wobei die Bewilligungen für die erste Runde für Herbst 2006 und für die zweite Runde für Herbst 2007 vorgesehen sind.

Die Zahl der Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte, die unsere Universitäten letztlich einwerben können, bleibt abzuwarten. Das Ergebnis der auch international besetzten Jury kann niemand vorwegnehmen.

Nach der regen Resonanz auf den Wettbewerb bin ich aber zuversichtlich. Von den zum Stichtag 1. August bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft insgesamt eingegangenen 408 Bewerbungen beziehungsweise Absichtserklärungen entfallen 80 auf nordrhein-westfälische Hochschulen. 44 Hochschulen haben für Exzellenzcluster, 31 für Graduiertenschulen und fünf für das Gesamtkonzept als Spitzenuniversität Absichtserklärungen eingereicht. Die entsprechenden Antragsskizzen werden bis Ende September erwartet.

Die Landesregierung wird alle am nationalen Exzellenzwettbewerb teilnehmenden nordrhein-westfälischen Universitäten bei ihren Bewerbungen mit Rat und Tat zur Seite stehen und während des gesamten Verfahrens mit allen Kräften unterstützen.

Diese feste und verlässliche Zusage umfasst auch die Finanzierung des Landesanteils an der Exzellenzinitiative. Die Länder tragen ein Viertel der Kosten aller Exzellenzprojekte, die im eigenen Land gefördert werden. Wir haben diesen Finanzierungsanteil bereits durch einen entsprechenden Beschluss sichergestellt. Den Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen für den gleichfalls

unlängst beschlossenen Nationalen Pakt für Forschung werden wir ebenfalls sicherstellen.

Meine Damen und Herren, damit steht unmissverständlich fest: Die Landesregierung wird für unsere Universitäten in allen Belangen ein verlässlicher Partner sein. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Exzellenzinitiative und für bessere Innovationsbedingungen in unserem Land.

Doch allein der nationale Exzellenzwettbewerb und die damit verbundenen zusätzlichen Mittel für die Forschung werden nicht reichen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schultheis?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Nein, ich möchte meinen Beitrag gerne zu Ende führen und noch auf einen ganz zentralen Punkt eingehen. - Erst im Verbund mit weiteren rasch und entschlossen zu ergreifenden Maßnahmen wird es zu dem Innovationsschub kommen, den wir so dringend benötigen, um international wettbewerbsfähiger, ökonomisch stärker und technologisch wieder führend zu werden. Nur so werden wir die hohe Arbeitslosigkeit in unserem Land nachhaltig bekämpfen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Basis für einen nachhaltigen Erfolg ist die Verbesserung der wissenschaftlichen Ausbildung und Exzellenzförderung durch eine verbesserte Qualität der Lehre und bessere Studienbedingungen. Mit dem gestern debattierten Studienbeitragsgesetz, das in Arbeit ist, schaffen wir dafür eine wichtige Grundlage.

Gerne möchte ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur aktuellen Debatte über Studienanfängerzahlen in diesem Kontext noch einige aktuelle Informationen geben, nachdem die Opposition nichts unterlassen hat, um die deutsche Öffentlichkeit, wie ich meine, falsch zu informieren.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Lesen Sie die „Süddeutsche“ von heute, Herr Minister!)

Ich möchte Ihnen jedenfalls sagen, dass sich im Herbst des vergangenen Jahres, dann aber auch im Frühjahr dieses Jahres - also in einem Zeitraum, als gerade auch im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf eine heftige Studienbeitragsdebatte stattfand, weil die jetzt neuen Regierungsfractionen den Menschen im Wahlkampf ihre Ab-

sichten ehrlicher Weise vermittelt hatten - für das Sommersemester 2005 gegenüber dem Sommersemester 2004 eine deutliche Zunahme der Studienanfängerzahlen in Nordrhein-Westfalen abzeichnete.

Nach den uns vorliegenden Angaben sind die Studienanfängerzahlen zum Sommersemester um 6,9 % gestiegen, an den staatlichen Universitäten sogar um 10,7 %.

Dies zeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Während die Opposition ihre Antistudienbeitragskampagne betreibt, strömen die jungen Menschen an die Hochschulen, weil sie dort in Zukunft eine bessere Qualität erwarten.

(Beifall von CDU und FDP - Marc Jan Eumann [SPD]: Hoffentlich tritt diese Aussage nicht ein, Herr Minister!)

Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen zur Förderung von Exzellenz notwendig:

Die erste und wichtigste ist eine durchgreifende Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen. Neben dem Abbau von Bürokratie benötigen die Hochschulen mehr Freiheit und Selbstverantwortung, entsprechende Leistungsstrukturen sowie mehr Hochschulmanagement und weniger Hochschulverwaltung.

Als zweite Maßnahme nenne ich die bessere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in unserem Land.

Als dritte Maßnahme nenne ich weitere und gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wir wollen und wir müssen unsere Hochschul- und Forschungslandschaft national wie international wettbewerbsfähiger machen.

Im Bereich der Forschung benötigen wir dabei ein erheblich verstärktes Engagement unserer Wirtschaft. Dies wiederum ist beeinflusst von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen und von den wirtschaftlichen Einschätzungen der Unternehmen. Die Landesregierung wird jedenfalls alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um diesbezüglich deutliche Verbesserungen zu erreichen.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass Wohlstand, Arbeit und damit soziale Sicherheit Ziele sind, die wir dauerhaft vor allem über unsere Innovationskraft und technologische Leistungsfähigkeit erreichen können. Die öffentlichen Mittel, die ab 2006 für zunächst fünf Jahre in Etappen in die Exzellenz unserer Universitäten investiert

werden können, sind eine wichtige Hilfe auf dem Weg zu diesen gemeinsamen Zielen.

Deshalb wird die Landesregierung nichts unterlassen, was dem Erfolg der Exzellenzinitiative in unserem Land dient. Dabei setze ich auf die Unterstützung dieses Hauses, das natürlich das Recht hat, einzufordern, dass die Landesregierung ihrerseits initiativ wird, auch was die Haushaltsvorlage anbetrifft. Das Haushaltsrecht werden sich die Mehrheitsfraktionen in diesem Hause nicht nehmen lassen; dessen bin ich mir sicher. Wir werden uns bemühen, unsere Vorlagen so wohl zu begründen, dass sie vom ganzen Haus mitgetragen werden können. - Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. - Als nächste Rednerin hat für die SPD-Fraktion die Kollegin Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Mathematikerin möchte ich mich sehr dagegen verwahren, Herr Lindner, wie Sie die Mathematik benutzen.

Ob Sie Adam Riese, Weierstraß oder welchen Mathematiker auch immer bemühen, denken Sie bitte daran: Aus den Lehrsätzen leiten sich noch lange keine politischen Inhalte ab. Wie Mathematik angewandt wird, ist immer noch Sache der Menschen und nicht Sache der Mathematik. Die Mathematik sozusagen als Zeugin für die Richtigkeit von irgendwelchen Zahlen und politischen Interpretationen heranzuziehen, halte ich für sehr verwegen.

Wenn Sie das möchten, dann sollten Sie, denke ich, eines beherzigen: Regeln, die man auf Zahlen anwendet, muss man durchgängig anwenden, nicht nur für die letzten sieben Jahre, sondern auch für die davor zurückliegende Zeit.

Schauen Sie sich bitte einmal die Zahlen an, die Kohl bei seinem Regierungsantritt 1982 vorgefunden hat. Damals lag der Anteil für Bildung am Bundeshaushalt bei 4,7 %. Als Kohl die Macht an Rot-Grün abgab, waren es nur noch 3,4 %.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie dann auch noch die Inflation berücksichtigen würden - so, wie Sie das für die letzten sieben Jahre tun; wenden Sie die mathematischen Regeln also an! -, dann wüssten Sie, dass der Rückgang sogar noch um ein Vielfaches höher lag.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Widerspruch von Christian Lindner [FDP])

Ich kann Ihnen mit gleichen Mitteln antworten. Vielleicht sollten wir uns aber lieber darauf verständigen - Herr Schultheis hat schon darauf hingewiesen -, die Diskussion über die Ausgaben für FuE im Ausschuss zu vertiefen. Wenn Sie Nachhilfestunden beim Rechnen brauchen, erteile ich Ihnen die gerne.

(Christian Lindner [FDP]: Dann werden Sie mal belegen, wie die Ganztagschulen in FuE passen!)

- Damit können wir uns für die zurückliegende Kohl-Zeit genauso beschäftigen, denn damals erfolgten ebenfalls solche Einrechnungen, auch damals umfasste der Bildungshaushalt nicht nur Mittel für FuE-Maßnahmen. Auf die Auseinandersetzung freue ich mich, Herr Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Machen Sie mal eine Vorlage!)

Jetzt lassen Sie uns bitte schön zum eigentlichen Inhalt kommen: Es geht hier ja um die Exzellenzinitiative. Als neue Abgeordnete bin ich gezwungen, das, was in der Vergangenheit war, nachzulesen. Ich habe mir daher erlaubt, ins Protokoll vom 21. April dieses Jahres zu schauen. Da gab es diese Diskussion bereits. Das Interessante an dieser Diskussion war: Auch sie fand vor einer Wahl statt, und zwar vor der Landtagswahl, nicht der Bundestagswahl. Es ist noch keine fünf Monate her, dass sich CDU und FDP nicht in der Lage sahen, der Exzellenzinitiative zuzustimmen.

(Widerspruch von der CDU)

Das heißt: Im Prinzip haben wir schon seit einem Jahr die gleichen Inhalte auf dem Tisch.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, eben nicht!)

Koch aus Hessen musste damals den Buhmann spielen, um die Entscheidung aufzuhalten und so über den 22. Mai hinauszukommen.

(Beifall von der SPD)

Der einzige Hintergrund war, dass Sie Rot-Grün diesen Erfolg nicht gönnen wollten.

(Christian Lindner [FDP]: Sie sagten, Sie wollten sich einlesen! Dann machen Sie das doch!)

Gucken Sie mal nach, wie unzufrieden die anderen von Ihnen regierten Bundesländer damit waren; die sind froh, die Kuh jetzt endlich vom Eis zu haben.

Nun könnte man sich auf den Standpunkt stellen: Das ist alles Schnee von gestern. Lassen wir das. Freuen wir uns, dass wir gemeinsam dafür stehen, dass diese Exzellenzinitiative jetzt auf den Weg gekommen ist. Herr Pinkwart hat ja gerade die erfreuliche Antragslage beschrieben.

Problematisch wird es aber bei der Frage, ob wir nicht vor einem Jahr viel besser dagestanden hätten, sprich: ob Sie mit Ihrer Haltung nicht vehement gegen NRW-Interessen verstoßen haben.

Den Zeitvorsprung, den wir hatten, hätten wir verteidigen sollen. Ich will das an einem Vergleich zwischen NRW und Bayern - das Sie ja so lieben - deutlich machen: NRW betreibt Profilbildung nicht erst seit heute oder seit gestern.

Wir haben die Vereinbarung mit den Hochschulen bereits letztes Jahr getroffen. Wir haben damit einen Prozess abgeschlossen, der jetzt umgesetzt werden kann, während Bayern gerade einmal beabsichtigt, das zu tun.

NRW hat ein Konzept zur stärkeren leistungsorientierten Mittelvergabe erarbeitet. Es ist vereinbart, bereits ab 2006 20 % der Mittel erfolgsabhängig zu verteilen. Bayern plant das gerade einmal.

NRW hat bereits sechs Graduate-Schools und 59 Graduiertenkollegs, ist also bundesweit Spitze. Bayern plant.

NRW fördert bereits seit neun Jahren Forschungsverbände, aus denen inzwischen eine Reihe von Clustern gebildet worden sind. Bayern plant.

Nordrhein-Westfalen nimmt bundesweit die Spitzenstellung ein. Herr Pinkwart, auf Ihrer Homepage haben Sie die Spitzenstellung bei Sonderforschungsbereichen selber dargestellt. Wahrscheinlich haben Sie die erst in den letzten zwei Monaten geschaffen. Denn sonst müssten Sie hier erklären: Toll, ich führe die erfolgreiche Politik, die Rot-Grün in den letzten Jahrzehnten im Hochschulbereich betrieben hat, weiter. - Das wäre eine ehrliche Maßnahme. Das wäre eine glaubwürdige Position. Dann könnten wir prima zusammenarbeiten, was die Zukunft betrifft.

Sie haben gerade erklärt, das Land sei sehr wohl bereit, den Landesanteil zu übernehmen und die Hochschulen entsprechend darin zu unterstützen, die Exzellenzen herauszustellen. Der entscheidende Punkt ist für uns die Frage, die Sie klar mit Ja oder Nein beantworten können:

Stellen Sie diese Mittel zusätzlich zur Verfügung? Oder ziehen Sie die Mittel aus dem Bildungs-

haushalt an anderer Stelle heraus, nehmen Sie sie den Hochschulen an anderer Stelle weg, um sie anschließend für die Unterstützung dieser Anträge zu nutzen? Auf diese klare Frage erwarte ich eine klare Antwort. Wenn Sie die Mittel zusätzlich bereitstellen, dann freuen wir uns darauf und werden an diesem Punkt gut zusammen weiterarbeiten. - Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. - Als nächster Redner hat der Kollege Kuhmichel für die CDU-Fraktion das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte über die Zukunft unserer Hochschulen gibt mir die Gelegenheit, eine Behauptung zu korrigieren, die gestern der SPD-Abgeordnete Schmeltzer in einer Presseerklärung aufgestellt hat.

(Christian Lindner [FDP]: Sehr gut!)

Ich zitiere:

„Die SPD hat überhaupt erst die Universitäten für Arbeiterkinder im Ruhrgebiet gebaut. Ob Bochum, Dortmund oder Duisburg - hier haben Johannes Rau und seine SPD-Nachfolger den Studienstandort Nordrhein-Westfalen ausgebaut.“

(Lachen von Ministerin Christa Thoben und Minister Dr. Andreas Pinkwart)

Diese Behauptung ist falsch.

(Beifall von CDU und FDP - Ralf Witzel [FDP]: Das weiß jeder!)

Richtig ist: Die Gründung der Universitäten in Dortmund - Beschluss der Landesregierung vom 12. Juni 1962, Grundsteinlegung durch Ministerpräsident Franz Meyers, CDU, am 26. Mai 66 - und in Bochum - Beschluss des Landtags vom 18. Juli 61 - gehen auf den ehemaligen, verdienstvollen Kultusminister der CDU - Gott sei Dank lebt er noch und macht immer noch tolle Sachen -, Paul Mikat, zurück.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe eben, um 11:45 Uhr, mit Prof. Paul Mikat telefoniert. Er hat mich gebeten, Ihnen Folgendes auszurichten: Diese Gründungen - Dortmund und Bochum - gehen auf mein persönliches Engagement zurück. Alles andere zu behaupten, ist Schwindel - wohlgermerkt: Er hat nicht „Beschiss“

gesagt, aber „Schwindel“. - So ist es auch. Deswegen müssen Sie besser recherchieren.

Übrigens noch ein Aperçu: Der Gründungsrektor der Universität Bochum war Prof. Kurt Biedenkopf, der auch für die CDU, glaube ich, Entscheidendes getan hat und Hochschulgeschichte speziell im Ruhrgebiet geschrieben hat. Also schmücken Sie sich bitte nicht mit fremden Federn.

Die CDU - das habe ich gerade belegt - war schon damals der Motor für eine Verbesserung der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen und sie ist es heute wieder - 39 Jahre umsonst dazwischen. Aber jetzt sind wir dran. Und vergessen Sie bitte nicht: Das Ruhrgebiet gehört nicht der SPD und wird ihr nie gehören - uns auch nicht.

(Zuruf von der SPD: Sie wollten es doch nie haben!)

Das Land gehört auch keiner Partei. Das Land gehört den Menschen. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kuhmichel. - Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Eine mir angezeigte Wortmeldung ist zurückgezogen worden. Vorsichtshalber frage ich aber, ob ich eine Wortmeldung der Fraktionen übersehen habe. - Das ist nicht der Fall. Dann, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Schluss der heutigen Beratung.

(Zuruf von der SPD: Schade, Frau Präsidentin! - Allgemeine Heiterkeit)

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses **Antrags Drucksache 14/213** einschließlich des **Entschließungsantrages Drucksache 14/246** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** - federführend - sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu:

4 Vorbeugenden Hochwasserschutz endlich umsetzen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/209

Ich erlaube mir bereits jetzt den Hinweis auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/247**.

Ich eröffne die Beratung und gebe als erstem Redner für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Remmel das Wort.

Johannes Remmel^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit wir in der Debatte nicht aneinander vorbeireden und um Missverständnissen - bewussten oder unbewussten - vorzubeugen, erlauben Sie mir bitte zu Beginn drei Bemerkungen:

Erstens. Herr Uhlenberg, wir reden heute nicht, jedenfalls ist das nicht unsere Absicht, über die Ackerflächen, die angeblich der Landwirtschaft durch übertriebenen Hochwasserschutz verloren gehen.

Zweitens. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, Ihr Entschließungsantrag ist nicht falsch und wir können ihm in weiten Teilen zustimmen. Aber es geht heute nicht um eine umfassende Diskussion über den Hochwasserschutz, wie wir ihn in einem gemeinsamen Antrag aus dem Jahre 2002 festgelegt haben - davon gilt heute nach wie vor jeder Satz und jedes Komma -, sondern es geht heute um einen ganz bestimmten Punkt, nämlich um den Freiraumschutz und die Ausweisung von entsprechenden Überschwemmungsgebieten.

Drittens. Wir sind heute etwas wohlwollend und vernachlässigen den Koalitionsvertrag zu diesem Punkt. Denn wir haben gestern gerade gelernt, dass man das von Schwarz-Gelb Niedergeschriebene sozusagen als situativ empfundene Politik verstehen muss, die in einem dialektisch hermeneutischen Verhältnis zur Wirklichkeit steht. Deshalb legen wir das ein wenig zur Seite und gehen davon aus, dass wir den in den letzten Jahren in diesem Hause in Bezug auf den Hochwasserschutz bestehenden Konsens weiter pflegen wollen.

Meine Damen und Herren, die Flut im Alpenraum, Jahrhundertdürre in Portugal, der Hurrikan Katrina in den USA - es vergeht kaum ein Tag ohne Meldungen über neue Wetterextreme. Inzwischen ist es in der Wissenschaft unumstritten, dass dies die Folgen des von Menschen verursachten Klimawandels sind.

Die Bekämpfung der Ursachen, vor allem die drastische Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes und der Umgang mit den Folgen, ist die Menschheitsaufgabe für das 21. Jahrhundert. Dazu gehört auch, dass wir unsere komplette Infrastruktur zusehends auf extreme Hochwässer einstellen müssen.

So bezeichnet beispielsweise Klaus Töpfer in der „Financial Times Deutschland“ vom 25. August die Senkung des Kohlendioxidausstoßes, das Freihalten von Überschwemmungsgebieten, den Verzicht auf Flussbegradigungen und den Erhalt von Feuchtgebieten als entscheidende Strategien, die Schäden des Treibhauseffektes möglichst gering zu halten.

Obwohl wir seit mehreren Jahren Gott sei Dank von Rheinhochwässern wie in den Jahren 1993 und 1995 weitgehend verschont geblieben sind, ist die Situation nicht beruhigend, denn wir haben auf viele lokale Ereignisse zu verweisen, bei denen insbesondere Starkregen zu sintflutartigen Überschwemmungen geführt hat.

Deshalb gilt es, den Blick vom Rhein weg in das Land und in die Regionen zu richten, also dorthin, wo Hochwasserschutz konkret betrieben werden kann, und dort unsere Anstrengungen zu verstärken. Es ist unumgänglich, dass NRW konsequent und ohne unnötige zeitliche Verzögerung an einer ständigen Verbesserung des Hochwasserschutzes gerade in diesen Regionen arbeitet.

Mit der Vorlage 13/2961 vom 28. Januar 2003 hat die rot-grüne Landesregierung dem Landtag einen umfassenden Bericht über die Umsetzung von Maßnahmen und die weiteren Planungen zum Hochwasserschutz vorgelegt. Basis ist das Konzept für einen nachhaltigen Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 1996.

Konkret geht es in unserem Antrag um den nach wie vor fehlenden Schutz durch die Ausweisung von Überschwemmungsbereichen. Ein wesentliches Element dieses Konzeptes, nämlich des vorbeugenden Hochwasserschutzes, ist die Sicherung und Rückgewinnung von natürlichen Überschwemmungsflächen.

Dazu hat das Landesumweltamt eine landesweite Karte der hochwassergefährdeten Gebiete in NRW als Grundlage für die Regionalplanung erarbeitet. Diese Karte liegt seit geraumer Zeit vor und ist für alle im Internet einsehbar.

Auf der Grundlage dieser Karte sind die Bezirksplanungsbehörden mit Erlass vom 19. Juni 2002 aufgefordert worden, den vorbeugenden Hochwasserschutz in den Regionalplänen umzusetzen.

Überschwemmungsgebiete und potenzielle Bereiche zur Rückgewinnung von Retentionsräumen sollen in den Regionalplänen zeichnerisch als Überschwemmungsbereich ausgewiesen werden.

Darüber hinaus wurde den Bezirksplanungsbehörden empfohlen, die Überschwemmungsbereiche als Vorranggebiete mit besonderen wasserwirtschaftlichen Funktionen gemäß Raumordnungsgesetz auszuweisen. Damit werden Raumnutzungen ausgeschlossen, die die Funktion als Retentionsraum, als wiedergewinnbare und neu herzustellende Überschwemmungsfläche einschränken und zunichte machen würden.

Meine Damen und Herren, über drei Jahre nach Vorliegen des oben genannten Erlasses sind die überschwemmungsgefährdeten Bereiche erst in drei von insgesamt elf Teilabschnitten der Regionalpläne vor einer weiteren Bebauung gesichert. Zum Teil haben die dafür zuständigen Regionalräte offensichtlich noch nicht einmal die notwendigen Aufstellungsbeschlüsse herbeigeführt. Angesichts der realen Hochwassergefahren kann dies nur verwundern.

Stattdessen - auch das muss an dieser Stelle deutlich hervorgehoben werden - werden weitere Löcher in den Käse gebohrt. So fordert beispielsweise die Stadt Köln, eine Ausnahmeregelung in den Regionalplan hineinzuschreiben, um die von der Bebauung freizuhaltenden Flächen in 100- und 200-jährigen Überschwemmungsgebieten als Bauflächen zur Verfügung zu stellen. Es wird wolkig beschrieben, dass zukünftig ausnahmsweise Vorhaben zulässig sein sollen, die aus wirtschaftlichen, stadtgesterischen oder kulturpolitischen Gründen auf einen Standort im Überschwemmungsgebiet angewiesen sind.

Meine Damen und Herren, in dieser weiten Auslegung sind dann zukünftig quasi alle Vorhaben in Überschwemmungsgebieten möglich. Dies ist keine zukunftsweisende und nachhaltige Hochwasserpolitik, so wie wir sie gemeinsam vertreten haben. Damit wird ein zentraler Baustein des vorbeugenden Hochwasserschutzes ausgehöhlt. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Ich kann das aus kommunaler Sicht durchaus nachvollziehen. Aber das ist nicht im Interesse eines vorbeugenden, langfristigen Hochwasserschutzes.

Deshalb brauchen wir dringend den notwendigen Druck, um die Ausweisung in den Regionalplänen tatsächlich zu vollziehen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Frage - ich habe das eben schon unterstrichen -, die uns bisher gemeinsam beschäftigt hat. In diesem Punkt

sind die politischen Kontroversen in diesem Hause nicht besonders ausgeprägt.

Deshalb ist das die Gelegenheit für die CDU, für die FDP und für den Minister darzulegen, dass die meines Erachtens etwas falsch und krude formulierten Aussagen im Koalitionsvertrag, man wolle sich vom vorbeugenden Hochwasserschutz abwenden und dem Katastrophenschutz zuwenden, so nicht gemeint sind. Stellen Sie das heute richtig.

Gehen Sie den entsprechenden Schritt mit uns nach vorne. Lassen Sie uns gemeinsam auf die Regionalräte zugehen, um sie auf das Notwendige hinzuweisen und zu bitten, mit der Umsetzung zu beginnen, damit die schon in der letzten Legislaturperiode begonnene Politik der Ausweisung der Überschwemmungsgebieten ihre Fortsetzung findet. - Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Hannelore Kraft [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. - Als nächste Rednerin hat die Kollegin Fasse für die CDU-Fraktion das Wort.

Marie-Luise Fasse (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und von der SPD sind ein erneuter, konkreter Anlass, sich mit dem Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen zu beschäftigen.

Die Bedeutung eines effektiven Hochwasserschutzes - darauf ist Herr Rimmel schon eingegangen - ist durch die aktuellen Hochwasserkatastrophen in Süddeutschland, der Schweiz und Österreich und durch die täglichen Berichte und Bilder aus den Überschwemmungsgebieten in New Orleans in unser Bewusstsein getreten.

Schließlich sind solche Katastrophen, wie die Hochwasser von 1993 und 1995 gezeigt haben, existenzielle Bedrohungen für die betroffenen Menschen. Damit sind ein ganz erheblicher materieller Schaden und menschliches Leid verbunden. Deshalb sind wir für einen effektiven, nachhaltigen und vorsorgenden Hochwasserschutz verantwortlich.

Die „Westdeutsche Zeitung“ berichtete in der vergangenen Woche, dass hierzulande auch Katastrophen vergleichbar mit der in New Orleans möglich seien. Bei einem Katastrophenhochwasser wären allein in Köln - darauf ist Herr Rimmel auch eingegangen - als der am meisten betroffenen und bedrohten Stadt in Mitteleuropa deutlich

mehr als 300.000 Menschen betroffen. Diese Tatsachen erfordern unmittelbares Handeln.

Das vom Hochwasser gefährdete Gebiet macht rund 4 % der Fläche von Nordrhein-Westfalen aus. In diesem Gebiet leben 8 % der Menschen. Dort befinden sich 15 % der Arbeitsplätze, 10 % der Vermögensbestände und 14 % der Wertschöpfungsaktivitäten. Von extremen Rheinhochwässern können bis zu 46 Gemeinden betroffen sein. - In Zukunft muss sich Deutschland stärker auf Hochwasser einstellen.

Diese extremen Witterungsbedingungen sind nach Ansicht namhafter Wissenschaftler auch eine Folge des Klimawandels. In den kommenden 75 Jahren wird eine Erwärmung der Erdatmosphäre von 1,8 bis 3,6 °C erwartet. Stürme und Überschwemmungen haben sich im vergangenen Jahrzehnt im Vergleich zu den 60er-Jahren weltweit verdoppelt bis verdreifacht.

Der Klimawandel ist auch in Deutschland kein Zukunftsfänomen. Er findet bereits statt. Zukünftig wird es im Sommer mehr regnen. Die Zunahme der extremen Niederschläge wird in ganz Europa zu einem höheren Flutrisiko führen. Inzwischen ist davon auszugehen, dass heute das Hochwasserrisiko im Westen und Süden Deutschlands etwa zehnmal so hoch ist wie vor hundert Jahren. Das bedeutet insbesondere auch, dass Elbe-Ereignisse mit zunehmender Wahrscheinlichkeiten auch am Rhein eintreten könnten.

Nach einer in Auftrag gegebenen Studie der deutsch-niederländischen Arbeitsgruppe Hochwasser kommt es im heutigen Zustand bei den untersuchten extremen Hochwassern am Niederrhein ab einem Abflussbereich zwischen 11.100 und 11.600 m³ pro Sekunde zu großräumigen Überflutungen. Hierbei ist der südliche Niederrhein, nämlich der Großraum Köln-Bonn bis Düsseldorf-Dormagen, zuerst betroffen.

Mit zunehmender Höhe der Hochwasserscheitel wird auch der mittlere Teil zwischen Düsseldorf-Dormagen und der Einmündung der Ruhr überflutet.

Am unteren Niederrhein ergeben sich aus Steinkohle- und Salzbergbau für den Hochwasserschutz ganz besondere Probleme. Bergsenkungen führen dazu, dass es einer ständigen Kontrolle und Sanierung der Deiche bedarf.

Meine Damen und Herren, in diesem Bewusstsein war die Problematik des Hochwasserschutzes bereits häufiger Gegenstand eingehender Diskussionen im Plenum und im Fachausschuss. In seiner Rede vor dem Ausschuss hat Herr Minister Uh-

lenberg am 24. August 2005 den Hochwasserschutz als wesentlichen Teil der Gewässerschutzpolitik seines Ministeriums bezeichnet.

In der Umsetzung dieser Politik haben wir als ersten Schritt erreicht, dass zur Sicherung der Rheindeiche der Betrieb des Bergwerks Walsum ein halbes Jahr früher eingestellt wird als ursprünglich beschlossen.

Die Anfrage der Grünen nach Umsetzung des vorbeugenden Hochwasserschutzes beantwortet sich zum Teil schon durch die Bestimmungen des Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes des Bundes, das am 10. Mai 2005 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz stellt die Grundsätze des Hochwasserschutzes auf und weist den Landesgesetzgeber in Art. 1 bezüglich der Überschwemmungsgebiete, der überschwemmungsgefährdeten Gebiete und der Hochwasserschutzpläne zur gesetzlichen Regelung an.

Auch eine Kooperation in den Flussgebietseinheiten zwischen den betroffenen Ländern und Staaten ist nach diesem Gesetz beim Hochwasserschutz durch Landesrecht zu regeln. Vordringliche Aufgabe ist dabei meines Erachtens die schnelle Ausweisung von Retentionspoldern und Überschwemmungsgebieten. Ich glaube, dabei sind wir uns im Plenum einig.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Hochwasserschutzgesetzes wird auch eine landesübergreifende Regelung des Katastrophenschutzes getroffen werden müssen. Dabei ist wichtig, dass wir zusammenarbeiten, weil Hochwasser- und Katastrophenschutz eng miteinander verzahnt sind.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die bundesgesetzlichen Forderungen durch die Landesregierung in allen Punkten zügig erfüllt werden. Zur Gesetzestreue, meine Damen und Herren, bedarf es keiner Aufforderung.

Bei der Umsetzung dieses Gesetzes wird es in keinem Fall zu Grundstücksenteignungen kommen, wie es Bundesministerin Künast im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe in Bayern als möglich bezeichnet hat. Dass Eigentum verpflichtet, ist zwar eine Forderung des Grundgesetzes. Sie kann jedoch nicht so weit gehen, dass ein Bürger zum Schutz des Eigentums seines Nachbarn sein Eigentum verlieren muss.

Auch ein von den Grünen gefordertes ideologisches Ackerbauverbot in den Überschwemmungsgebieten wird es im Rahmen der Umset-

zung des Hochwassergesetzes in den zu erlassenden Landesgesetztes nicht geben.

Dass der Hochwasserschutz von der Regierungskoalition ernst genommen wird, ergibt sich schon aus der Koalitionsvereinbarung. CDU und FDP haben beschlossen, die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten auf das notwendige Maß zu beschränken. Der Grundsatz dabei ist, meine Damen und Herren: Gefahrenabwehr statt gestalteter Ökologie. Es gilt, den Katastrophenschutz zu verbessern und Maßnahmen zu vermeiden, die zur Entleerung ländlicher Räume führen.

In der Fortführung des Koalitionsvertrages wird die Landesregierung bis 2006 zur akuten Gefahrenabwehr flächendeckend Hochwassergefahrenkarten erarbeiten und für 25 hochwassergefährdete Fließgewässer Aktionspläne vorlegen.

Uns ist natürlich bewusst, dass das Augenmerk beim Hochwasserschutz nicht nur auf den Rhein mit seinen Nebenflüssen - da bin ich Herrn Remmel dankbar, dass er darauf hingewiesen hat -, sondern auch auf die vielen kleinen und dennoch hochwassergefährdeten Gewässer in Nordrhein-Westfalen gerichtet werden muss.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Fasse, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Marie-Luise Fasse (CDU): Ich bin gleich fertig. - Auch hier werden effektive Schutzmaßnahmen den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepasst.

Meine Damen und Herren, effektiver Hochwasserschutz ist sehr teuer und bedarf einer langfristigen Finanzplanung und Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes. Wie Sie sehen liegt nicht nur den Grünen, sondern auch uns der Hochwasserschutz zum Wohle der Bürger unseres Landes sehr am Herzen. Darin sind wir uns, glaube ich, mit allen hier vertretenen Parteien im Plenum einig. Wir werden alles tun, um die Lebensräume in hochwassergefährdeten Gebieten zu sichern.

Das Land wird nicht vor finanziellen Anstrengungen zurückschrecken dürfen. Der vorbeugende Hochwasserschutz ist, wie es sich in der Vergangenheit auch andernorts erwiesen hat, immer noch entschieden billiger als die Beseitigung der durch Hochwasser angerichteten Schäden.

Meine Damen und Herren, ich baue darauf, dass wir das Problem tatkräftig anpacken. Wir wollen die Lösung des Problems konstruktiv, ideologiefrei

und zum Wohle der Bürger unseres Landes zu einem guten Ende führen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Fasse. Die Zwischenfrage hat sich damit erledigt. - Als nächste Rednerin hat Kollegin Schulze von der SPD-Fraktion das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man über Hochwasserschutz diskutiert, ist es sinnvoll, darüber zu reden, welchen Einfluss der Klimawandel auf die extremen Wetterereignisse hat, die wir alle noch vor Augen haben.

Zu Beginn der Klimadebatte 1987 war es so, dass die wissenschaftlichen Fakten, ob es so etwas wie einen vom Menschen verursachten Klimawandel gibt, viel unsicherer waren. Heute wissen wir - das sagt uns die Wissenschaft zu 95 % -, dass wir uns in einem von Menschen verursachten Klimawandel befinden.

„Aus Politik und Zeitgeschehen“ von Anfang September hat das wie folgt formuliert - ich zitiere das mit Genehmigung der Präsidentin -:

„Dass der Klimawandel zu einem erheblichen Teil von Menschen verursacht ist, kann nicht mehr ernsthaft bestritten werden. ‚Jahrhundert-sommer‘ wie im Jahre 2003 könnten künftig in unseren Breiten zur Regel werden.“

Es gibt also keine Ausrede mehr, auch wenn Kollege Ellerbrock, der gleich nach mir sprechen wird, immer wieder gerne darauf hinweist, dass es vor 1.000 Jahren noch Weinbau in Pommern gab und dass das mit dem Klimawandel alles ganz normal sei.

Wir wissen heute: Klimawandel ist vom Menschen verursacht und verstärkt. Wir wissen, dass Hochwasser und Überschwemmungen durch Starkregen auch bei uns immer wieder auftreten können und auftreten werden. Schutz vor Hochwasser ist damit eine ganz wichtige Aufgabe, bei der es keinen Stillstand geben darf. Es gilt, sowohl für Schutzmaßnahmen in überschwemmungsgefährdeten Gebieten zu sorgen, als auch an den Ursachen anzusetzen. Eine nachhaltige und vorsorgende Hochwasserschutzpolitik ist ganz wichtig. Das hat die alte Landesregierung erkannt. Sie hat jährlich zuletzt über 40 Millionen € in diesen Bereich investiert.

Frau Fasse sagt, dass der Hochwasserschutz der neuen Landesregierung am Herzen liege. Die erste konkrete Maßnahme ist aber in diesem sensib-

len Bereich eine Haushaltssperre. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie den Hochwasserschutz ebenso konsequent voranbringt, wie wir das in den vergangenen Jahren gemacht haben. Es gilt mit Blick auf die vielen Menschen, die in hochwassergefährdeten Gebieten leben, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten.

Zu einer nachhaltigen Politik gehört es auch, Hochwasserschutz in einem Zusammenhang zu sehen. Verstärkt müssen Konzepte entwickelt werden, die verschiedene Maßnahmen und Instrumente besser aufeinander abstimmen und dabei auch Synergieeffekte nutzen. So kann zum Beispiel mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie ein wichtiger Beitrag für die Renaturierung von Flüssen geleistet werden, der auch gleichzeitig wieder Hochwasserschutz ist.

Notwendig bleibt es aber, an der Wurzel anzusetzen. Eine zukunftsweisende Klimapolitik und die konsequente Fortführung der ökologischen Ziele, die bisher unser Land verfolgt hat, und auch eine nachhaltige Energiepolitik sind unverzichtbar. Wenn man sich da die Debatten von gestern, den ideologischen Kampf gegen die Windräder oder -vielleicht sollte man sagen - "den Kampf gegen die Windmühlen" ansieht, dann erkennt man in dem Bereich sehr viel Ideologie und wenig Konkretes. Das darf aber nicht sein, wenn man wirklich nachhaltigen Umweltschutz und Hochwasserschutz betreiben will. Eine nachhaltige und vorsorgende Politik sieht jedenfalls anders aus.

Für uns als SPD ist es dabei wichtig, dass man die Betroffenen vor Ort und die Öffentlichkeit an der Erarbeitung und Realisierung von Konzepten und Maßnahmen beteiligt. Das war auch ein wichtiger Anlass, einen Entschließungsantrag zu diesem Thema zu stellen. Hochwasserschutz braucht Akzeptanz. Nur so kann er auch wirklich nachhaltig verankert werden. Nachhaltigkeit ist das zentrale Stichwort für den Hochwasserschutz.

Herr Minister Uhlenberg, ich möchte mich ganz besonders an Sie wenden, weil es gerade beim Hochwasserschutz nicht reicht, nur die Belange der Landwirte in den Blick zu nehmen. Es wäre in dem Bereich wirklich wichtig, dass sie sich von ihrem "Bauernbefreier-Image" befreien und diejenigen in den Blick nehmen, die von möglichen Hochwassern betroffen sind. Die Menschen in den hochwassergefährdeten Gebieten in unserem Land werden Ihnen das danken.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. - Als nächster Redner hat für die FDP-Fraktion Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Remmel, Sie sagen, in der Koalitionsvereinbarung stehe nichts zum Hochwasserschutz. Frau Fasse ist doch darauf eingegangen. Ich weiß ja, wovon ich rede. Sowohl Minister Uhlenberg als auch Frau Fasse für die CDU und ich für die FDP waren bei diesen Verhandlungen dabei. Wir haben gesagt - das hat Frau Fasse auch zitiert -: „Wir werden Überschwemmungsgebiete auf das notwendige Maß beschränken.“ Das ist richtig.

Denn wir haben bei der Festsetzung von Überschwemmungsgebieten festgestellt, dass wir mit ihrer Zielrichtung „gestaltende Ökologie“ das Übermaßverbot verletzen und das Vehikel Hochwasserschutz für etwas ganz anderes nutzen würden. Dies würde dazu führen, dass wir dem Hochwasserschutz einen Tott antun würden. Das wollten wir nicht!

(Beifall von der FDP)

Unser Grundsatz dabei ist: Gefahrenabwehr statt „gestaltender Ökologie“. Wir sagen Ja zum technischen Hochwasserschutz. Wir wollen die Deiche im Sinne der Gefahrenabwehr sicher machen. Wir sagen auch: Der Fluss muss Raum haben. Das wollen wir aber nicht im Sinne Ihrer Vorstellung der „gestaltenden Ökologie“ als Vehikel.

Es gilt, den Katastrophenschutz zu verbessern.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

- Natürlich, Herr Remmel, gilt es, den Katastrophenschutz zu verbessern. Ihre Regierung hat es in den letzten Jahren versäumt, Katastrophenschutzübungen vor Ort durchzuführen. Sie hat die Mittel nicht bereitgestellt und stattdessen ausschließlich Stabsrahmenübungen durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass vor Ort entsprechende Katastrophenschutzgeräte und Mittel gar nicht vorhanden waren. Das wollen wir nicht machen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Ellerbrock, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Holger Ellerbrock (FDP): Aber natürlich.

Johannes Remmel (GRÜNE): Vielleicht ist es nur ein Begriffsproblem, und Sie können mir bei diesem Begriffsproblem helfen.

Also, in Ihrem Koalitionsvertrag schreiben Sie: „Gefahrenabwehr statt gestaltende Ökologie“.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

Von gestaltender Ökologie haben wir nie gesprochen. Wir sprechen vielmehr von nachhaltigem und vorbeugendem Hochwasserschutz. Vielleicht können Sie mir den Unterschied erklären, damit ich es verstehe.

Holger Ellerbrock (FDP): Das werde ich gerne tun. - Der Begriff gestaltende Ökologie kommt aus Ihrem ideologisch gefestigten Gedankengebäude dahin gehend, ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Mir ist er nicht bekannt!)

- Lassen Sie mich doch ausreden. Sie können doch gleich noch einmal fragen.

... dass Ihnen jedes Mittel Recht ist, um weit über das notwendige Maß hinaus grüne ideologische Vorstellungen in den Raum zu stellen, die letztendlich auch dazu führen, den ländlichen Raum zu entleeren. Und diesbezüglich haben wir gesagt: Das wollen wir nicht. - Das ist völlig klar.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Ellerbrock, ich habe noch eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Priggen.

Holger Ellerbrock (FDP): Aber natürlich!

Reiner Priggen (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Ellerbrock. - Sie haben eben gesagt, der Innenminister der vorigen Regierung habe dort nur Stabsrahmenübungen gemacht, wo Sie Katastrophenschutzübungen für angemessen erachten. Das würde ich hinsichtlich der Gegend Bergwerk West, Niederrhein - wo Frau Fasse wohnt - für dringend geboten halten.

Meine Frage an Sie als Regierungsfraktionsvertreter: Gehen Sie davon aus, dass der neue Innenminister Katastrophenschutzübungen am Niederrhein, die der Bedrohungssituation angemessen sind, organisieren wird? Laufen da Vorbereitungen?

Holger Ellerbrock (FDP): Erste Vorbemerkung dazu: Nach meiner tiefen Überzeugung könnten wir in Nordrhein-Westfalen froh sein, wenn alle Deiche, die unter Ihrer Regierung straflässig vernachlässigt worden sind, den Schutzfaktor erhalten würden wie die Deiche, die im Bergsenkungsgebiet liegen. Denn dort haben wir immer einen Kostenträger gehabt und die Deiche pflegen können.

Zweitens. Die Schulden, die Erblast, die Sie uns mit 110 Milliarden € insgesamt und mit einer diesjährigen Verschuldung von mehr als 7 Milliarden € hinterlassen haben,

(Hannelore Kraft [SPD]: Auch bei Nennung bei jedem Tagesordnungspunkt wird es nicht richtig!)

werden viele Sachen zwingend auf den Prüfstand stellen, die ich als wirklich notwendig erachte. Allerdings muss man innerhalb des Notwendigen aufgrund der finanziellen Ausstattung Prioritäten setzen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sprich es auf Band, und lass es jede Plenardebatte abspulen!)

- Herr Kollege, wir kommen unter vier Augen doch immer gut aus. Wenn Sie jedoch hier sitzen, wirken bei Ihnen Luftinhaltsstoffe, die die mitteleuropäischen Umgangsformen, den anderen nämlich ausreden zu lassen, verletzen. Das bedaure ich außerordentlich.

(Beifall von FDP und CDU)

Frau Kollegin Schulze, Wissen ist Macht, Nichtwissen macht nichts. Das kann ich bei Ihnen hinsichtlich der Klimafrage nur sagen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist unverschäm! Ich bitte Sie, sich zu mäßigen!)

Ich habe mich jahrzehntelang damit beschäftigt. Wissen Sie eigentlich, dass ungefähr 5 % der CO₂-vergleichbaren und CO₂-relevanten Spurengase anthropogenen Einflusses sind und dass 95 % biogenen Einflusses sind? - Das muss man einfach wissen.

Wissen Sie auch, dass die submarinen Hangrutschungen in erheblichem Umfang dazu beitragen, Methan freizusetzen? - Das Wissen lässt manches in einer anderen Relation erscheinen. Dass man die natürliche Variabilität über den Lauf der Erde hinaus im Kopfe haben muss, dazu stehe ich.

Dann kommt bei Ihnen noch eine Sache hinzu ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Ellerbrock, gestatten Sie eine unmittelbare Nachfrage der Kollegin Schulze?

Holger Ellerbrock (FDP): Ja.

Svenja Schulze (SPD): Herr Ellerbrock, bestreiten Sie wirklich, dass wir uns zu 95%iger Sicherheit in der Wissenschaft darin einig sind, dass wir

uns in einem menschenverursachten Klimawandel befinden?

Holger Ellerbrock (FDP): Ja, das bestreite ich nachhaltig.

(Svenja Schulze [SPD]: Okay!)

Es wird mir auch durch viele Wissenschaftler bestätigt, dass dies eine offene Diskussion ist. Wir reden über viele Faktoren, die so einfach nicht kalkulierbar sind. Wir können uns irgendwann einmal über den Begriff Vorsorgeprinzip besprechen. Das gibt eine spannende Diskussion darüber, wo wir Grenzen und Chancen sehen.

Sie, Herr Rimmel, führen die tragischen Ereignisse in New Orleans an und sagen, diese hätten etwas mit Klimawandel zu tun. Ich zitiere hier mit Erlaubnis von Frau Freimuth den „Spiegel“:

„Einige der Computermodelle haben sogar ergeben, dass die Erwärmung die Bildung von Wirbelstürmen erschwert. Demnach entstehen durch den Treibhauseffekt auch stärkere vertikale Scherwinde, erklärt Bengtsson - und genau die verhindern die Geburt rotierender Orkane.“

Insofern wäre ich mit solchen Aussagen vorsichtig.

Wenn man Ihre Ausführungen über einen längeren Zeitraum hinaus betrachtet, kann man Ihnen Folgendes attestieren: Das Scheitelmaximum Ihrer Diskussionsbereitschaft über Hochwasser hängt mit regionalen Starkwasserereignissen und Wahlen zusammen. Wenn beides zusammen kommt - Starkwasserereignisse und Wahlen -, kommen hier Anträge. Das halte ich für nicht so gut.

Ich wehre mich nach wie vor dagegen, dass wir mit der Angst der Menschen Politik machen. Ich will ganz deutlich sagen: Sie nutzen eine solche Diskussion - gerade jetzt wieder vor der Wahl -, um Ängste bei den Menschen zu schüren. Das finde ich nicht richtig.

Ich meine, diese komplexe Debatte Hochwasserschutz/Klima werden wir vielleicht im Ausschuss erörtern, aber einen Aspekt möchte ich vorab ansprechen.

Der Antrag der Grünen stellt fest, dass mit Erlass vom 19. Juni 2002 die Bezirksplanungsbehörden aufgefordert worden seien, den vorbeugenden Hochwasserschutz in den Regionalplänen umzusetzen; das stimmt. Drei Jahre später, also heute, kommen Sie und sagen, Sie seien verwundert,

dass die Aufstellungsbeschlüsse nicht herbeigeführt worden seien.

Die neue Regierung wird jetzt auf einmal aufgefordert, das zu tun, was die alte Regierung versäumt hat. Das finde ich irgendwie komisch. Sie hätten ein bisschen auf den Zeitplan achten müssen; insofern finde ich Ihr Vorgehen nicht gut. Dann hätte man das doch in den Jahren 2003 und 2004 immer wieder thematisieren und über die eigenen Minister einspielen können. Sie haben das versäumt und versuchen nun, das jemandem anders, nämlich dem Kollegen Uhlenberg, anzuheften. Das finde ich nicht gut und auch nicht richtig.

Wir haben auch bestimmte Kriterien, nach denen wir diesem Problemkreis nachgehen wollen. Dazu haben wir 2004 einen Entschließungsantrag zu einem Antrag der CDU vorgelegt: Ein absoluter Schutz vor Hochwasser ist nicht möglich. Das müssen wir deutlich sagen. Das Leben ist lebensgefährlich.

Wir müssen alles tun - da stimme ich mit Ihnen, insbesondere mit dem Kollegen Priggen, überein -, die Begriffe „vorsorgenden Umweltschutz“ und „vorsorgenden Hochwasserschutz“ mit Leben zu erfüllen. Das ist völlig unstrittig. Eine optimale Vorsorge kann immer nur nach einer Analyse der lokalen und regionalen Gegebenheiten auf einen Abwägungsprozess hinauslaufen. Darin werden wir auch einig sein.

Wir sind da auch mit Ihnen einig, dass Hochwasserschutz grenzüberschreitend sein muss.

Wichtig ist aber - da unterscheiden wir uns wohl ein bisschen -, wir müssen uns immer vor Augen führen, dass Maßnahmen zum Hochwasserschutz gravierend in die Eigentumsrechte eingreifen. Da haben die Koalitionsfraktionen ein Prinzip - ich bin mir mit der CDU völlig einig -: Wir setzen auf Kooperation vor Ordnungsrecht. Ordnungsrecht muss sein, völlig klar, aber nur Ultima Ratio.

Dann verlangen Sie von der neuen Landesregierung bis Jahresende - Rot-Grün hat es letztlich versäumt - einen Gesetzentwurf zur Umsetzung des Hochwasserschutzes vorzulegen. Bis Jahresende sind es noch zwei Arbeitsmonate. Wenn ich die Haushaltsberatungen einbeziehe, ist es noch viel weniger. Leute, das, was ihr selbst nicht geschafft habt, von anderen zu verlangen, ist einfach unredlich. Das finde ich nicht gut.

Wir müssen zunächst eine einheitliche Definition von Überschwemmungsgebieten auf die Beine stellen. Auch das haben Sie nicht geschafft. Wir wollen auch die Flächennutzung auf ihre Bedeutung für den Hochwasserschutz prüfen und dabei

ökologische und ökonomische Ziele gegeneinander abwägen. Das müssen wir machen, wenn wir die Leute mitnehmen wollen. Da stimme ich Frau Kollegin Schulze ausdrücklich zu: Wir wollen die Leute vor Ort mitnehmen, wir wollen sie informieren, wir wollen sie partizipieren lassen, aber nicht mit einer ideologischen Brille, sondern in einem Abwägungsprozess.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Wir wollen auch im Rahmen der Bauleitplanung den Hochwasserschutz angemessen berücksichtigen. Dazu - darin unterstütze ich Sie vollkommen -, müssen wir die Überschwemmungsgebiete kennen. Nur: Das, was Sie nicht geschafft haben, soll die neue Regierung einfach mal eben so lässig vorlegen. Herr Rimmel, wenn ich mit dem Finger auf jemanden zeige, zeigen immer drei Finger auf mich zurück. Deswegen bin ich immer vorsichtig.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Bei mir vier!)

- Ja, lass es doch drei Finger sein.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Rimmel hat eine Zwischenfrage.

Holger Ellerbrock (FDP): Aber jetzt läuft mir die Redezeit weg.

Präsidentin Regina van Dinter: Nein, wir stoppen sie. - Herr Rimmel, bitte.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Ellerbrock, schön, dass Sie mir eine Bemerkung gestatten, um eine Klarstellung vorzunehmen. Ich habe überhaupt nicht auf die neue Regierung geschimpft. Ich frage Sie, ob Sie zur Kenntnis nehmen möchten, dass ich in gleicher Angelegenheit schon im Februar dieses Jahres eine Kleine Anfrage gestellt habe, um zu wissen, wie weit der Umsetzungsstand ist. Insofern unterscheide ich nicht zwischen der alten oder neuen Landesregierung.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich nehme Ihre Äußerung dankend zur Kenntnis. Ich lese aber einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Sie als Parlamentarischer Geschäftsführer angehört, der auf die von mir eben dargestellte Interpretation abzielt.

Meine Damen und Herren, die Zeit ist leider abgelaufen. Ich bin gerne bereit, darüber zu diskutieren. Ich möchte aber eigentlich Ihre Gedanken aufgreifen. Hochwasserschutz ist ein Thema, das sich nicht für einen parteipolitischen Streit eignet.

Beim Hochwasserschutz liegen wir in weiten Bereichen eng beieinander. Deswegen sollten wir auf eine parteipolitische Profilierung verzichten. Ein bisschen naturwissenschaftliches Verständnis muss nicht von vornherein diskriminierend bei der Diskussion sein. - Ich danke allerseits.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ellerbrock. - Als Nächster hat Herr Minister Uhlenberg für die Landesregierung das Wort. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt erleben wir tagein, tagaus diese schönen Anträge der Oppositionsfractionen. Das ist für Sie alles nicht so einfach. Denn wenn Sie in diesen Tagen die Anträge schreiben, zum Beispiel den Antrag zum Thema Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen, wird Ihnen so richtig bewusst, was Sie in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen alles vernachlässigt haben und wo die großen Defizite in Nordrhein-Westfalen liegen.

(Beifall von der FDP)

In der Opposition haben Sie jetzt Zeit dafür, sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen. Dabei kommen solche Geschichten heraus wie heute: Zum Teil ist es richtig, zum Teil ist es falsch, zum Teil wird es durch irgendwelche Phantomdiskussionen angereichert. Zum Beispiel sagt Kollege Rimmel, bei uns würde eine Abwendung vom vorbeugenden Hochwasserschutz stattfinden.

Davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein. Das steht auch nicht in der Koalitionsvereinbarung. Das heißt, weil man vor dem Hintergrund der miserablen Bilanz Ihrer Regierungstätigkeit der vergangenen Jahre so wenig Fakten hat, werden solche Gemälde gezeichnet und Behauptungen aufgestellt, die in der Praxis keinen Bestand haben.

Man bemüht auch noch, Frau Kollegin Schulze, die Haushaltssperre, die wir in Nordrhein-Westfalen verhängen müssen. Sie beschwerten sich darüber. Sie aber haben doch getrickt und getäuscht vor der Landtagswahl, was die Finanzsituation in Nordrhein-Westfalen angeht.

(Beifall von der CDU)

Sie haben doch die Menschen in Nordrhein-Westfalen belogen.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Nein!)

- Das sehen Sie doch an den aktuellen Zahlen, was die Nettoneuverschuldung in Nordrhein-Westfalen angeht. - Dass wir jetzt in Nordrhein-Westfalen mit einer Haushaltssperre in den verschiedenen Bereichen arbeiten, ist doch selbstverständlich, und Sie regen sich darüber auf. Am Sonntag werden Sie beim Ausgang der Bundestagswahl merken wie auch bei Ihrem Ergebnis in Nordrhein-Westfalen: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen werden so schnell nicht vergessen, welchen Schaden Sie in Nordrhein-Westfalen in allen Bereichen der Politik über lange Jahre angerichtet haben - auch beim Hochwasserschutz.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, das darf ich Ihnen auch noch einmal sagen: Nach Ihrer Rede, die Sie hier neulich gehalten haben, sollten Sie in all den Fragen mal etwas bescheidener auftreten. Denn das war schon peinlich, was Sie hier abgeliefert haben. Ich habe einfach den Eindruck, dass das jetzt auf die anderen Bereiche der Landespolitik übertragen werden soll. - Ich habe den Eindruck, hier ist eine Wortmeldung. - Ja, bitte schön.

(Zuruf: Das steht Ihnen nicht zu, das macht die Präsidentin. - Ralf Jäger [SPD]: Das erteilt die Präsidentin, nicht Sie!)

Hannelore Kraft (SPD): Das ist nämlich genau meine Frage. - Herr Minister Uhlenberg, haben Sie Ihren Rollenwechsel in die Regierung verstanden? So, wie Sie hier reden, das lasse ich mir als Mitglied des Parlaments von Ihnen nicht bieten, um das so klar zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Sie sind Minister einer Regierung.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Das müssen Sie mir als Abgeordneter noch selber überlassen, was ich hier sage und was ich nicht sage. Sie haben hier getrickst und getäuscht,

(Beifall von CDU und FDP)

was die Finanzsituation in Nordrhein-Westfalen angeht. Damit hängen auch die 37 % zusammen, die Sie bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bekommen haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie sind Regierungsvertreter! Sie haben sich hier zu maßigen!)

Das ist die Lage.

Wenn diese künstlichen Anträge gestellt werden, wenn im Grunde so getan wird, als sei die neue Landesregierung für den Klimawandel verantwortlich, ist das schlicht und einfach albern.

Meine Damen und Herren, Sie können davon ausgehen, dass der neuen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen alles bewusst ist, was im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz gerade in einem dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht werden muss.

Dass wir nicht nur über Hochwasserschutz reden, sondern handeln, haben wir bereits in den wenigen Tagen bewiesen, in denen wir in Nordrhein-Westfalen in der Regierung sind. Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel nennen: Was ist denn in Walsum passiert? - Die Bezirksregierungen Arnsberg und Düsseldorf hatten bereits den Stempel darunter gemacht. In den 80 Tagen, in denen wir an der Regierung sind, haben wir es erreicht, dass unter dem Rhein keine Kohle mehr abgebaut wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU - Zuruf von der SPD: Schlimm genug!)

Sie haben diesen Vorgang über Monate und Jahre laufen lassen. Wir haben unseren Kopf hingehalten und uns mit den Menschen dort unterhalten. Frau Thoben und ich sind da gewesen. Dass unter dem Rhein keine Kohle mehr abgebaut wird, ist Hochwasserschutz im wahrsten Sinne des Wortes. Das haben wir in diesen wenigen Tagen auf den Weg gebracht, um ein konkretes Beispiel zu nennen. Das ist die konkrete Situation.

(Sören Link [SPD]: Dummheit ist das, nichts anderes!)

Meine Vorgängerin hat in dieser Frage alles laufen lassen, vielleicht, weil sie sich bei der SPD in Sachen Kohlepolitik nicht durchsetzen konnte. Sie stand als Erste im Wahlkreis an der Spitze der Bewegung, um diesen Vorgang entsprechend zu kritisieren und darzustellen.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Kuschke?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte schön, Herr Kuschke.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Wird mir das angerechnet?

Präsidentin Regina van Dinter: Nein.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister Uhlenberg, die Tatsache, dass es in Walsum eine politische Vereinbarung gegeben hat, ist das eine.

Mich stört aber Ihre Formulierung, dass zwei Bezirksregierungen einen Stempel darunter gesetzt haben. Sind Sie bereit und in der Lage, ordnungsgemäße Verfahren anzuerkennen und diese auch zu respektieren? Treten Sie als Landesregierung - wie auch die alte Landesregierung - nach wie vor dafür ein, dass Verfahren in Nordrhein-Westfalen nach Recht und Gesetz durchgeführt werden?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Aber Herr Kuschke, das ist doch Rhetorik. Natürlich ist dort alles nach Recht und Gesetz abgelaufen; sonst hätten wir es nicht vollzogen.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Ich bin doch dorthin gegangen und habe gesagt: Was hier abläuft, geht nach Recht und Gesetz. Das ist völlig selbstverständlich.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Die Frage ist nur, ob Ihre Kohlepolitik in Nordrhein-Westfalen richtig war. Frau Thoben und ich machen doch keine Politik, die nicht nach Recht und Gesetz ist.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Da bin ich mir nicht sicher!)

Es ging um die Kohlepolitik der vergangenen Jahre und darum, dass Sie die Entwicklung haben weitertreiben lassen, dass unter dem Rhein Kohle abgebaut wird, und heute pharisäerhaft Anträge zum Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen stellen. Das muss einmal auf den Punkt gebracht werden. Das möchte ich in aller Bescheidenheit deutlich machen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist sich darüber bewusst - ich habe Walsum gerade angesprochen -, dass Hochwasserschutz nicht nur ein Thema am Rhein ist - das ist ein wichtiger Bereich, das ist der zentrale Strom in Nordrhein-Westfalen -, sondern ebenso viele kleinere, aber stark hochwasserbedrohte Gewässer im Lande betrifft.

Wenn es auch in Nordrhein-Westfalen keine Wetterlagen gibt, wie sie in den vergangenen Wochen zu den katastrophalen Hochwasserschäden in Bayern, der Schweiz und Österreich geführt haben, so müssen wir doch überall im Lande mit Sommergewittern rechnen, die zu vergleichbaren Situationen führen können. Ich erinnere nur an die Sturzfluten, die bei uns im Mai 2002 innerhalb von einer Stunde an Werse und Agger zu Hochwasserschäden in einer Größenordnung von 60 Millionen € geführt haben.

Gegen solche örtlichen Gewittergewalten können technische Schutzbaumaßnahmen etwas bewirken - dafür gibt es auch die Hochwasserrückhaltebecken in Nordrhein-Westfalen -, darauf muss hingewiesen werden. Aber wir sind nicht in der Lage, durch Hochwasserrückhaltebecken in Nordrhein-Westfalen den gesamten Bereich entsprechend abzudecken. Es ist einiges gemacht worden, aber das ist auch in dem Bereich sicherlich nicht ausreichend, zumal ich den Eindruck habe, dass nicht in der Größenordnung gebaut werden muss wie die Bauwerke seit 20 Jahren gebaut werden, die, wenn es einmal richtig regnet, nur zu 5 % mit Wasser gefüllt sind.

Um der Vielzahl der unterschiedlichen Anforderungen im Lande gerecht zu werden, wird unser zukunftsweisendes Hochwasserschutzkonzept in Nordrhein-Westfalen aus einem Bündel unterschiedlicher angepasster und effektiver Maßnahmen bestehen.

Den Flüssen muss Platz gelassen werden. Sie werden den Platz bekommen - schreiben Sie sich das auf, damit Sie nicht immer das Gegenteil behaupten -, den ein Hochwasser für einen schadlosen Aufstau und Abfluss benötigt. Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes, des natürlichen Wasserrückhaltes und der weitergehenden Hochwasservorsorge müssen enthalten sein.

Besonders wichtig ist es für mich, das Bewusstsein der Bevölkerung in den gefährdeten Gebieten für das Restrisiko einer Überflutung wach zu halten und die Eigenvorsorge zu stärken.

Meine Damen und Herren, für den Rhein bedeutet das, dass wir die Deiche an den Stand der Technik anpassen, damit man im Ballungsraum weiterhin sicher wohnen und arbeiten kann. Die aktuelle Bestandsaufnahme weist 125 Deichkilometer am Rhein als sanierungsbedürftig aus. Merken Sie sich diese Zahl bitte. Rheinlänge in Nordrhein-Westfalen: 226 km, Deichlänge: 330 km, sanierte Deiche: ca. 130 km.

Ein weiterer Punkt neben dieser großen Aufgabe, die jetzt vor uns steht, zu deren Bewältigung in

den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen zu wenig geschehen ist, sind die Rückhalteräume. Im früher aufgestellten Hochwasserschutzkonzept waren elf Standorte vorgesehen. Vier Deichrückverlegungen wurden bereits fertig gestellt. Die übrigen werden zurzeit auf Effektivität und Sozialverträglichkeit überprüft.

Bei den umstrittenen Rückhalteräumen soll gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort nach tragbaren Lösungen gesucht werden. Meine Damen und Herren, auch hier gibt es einen neuen Stil in der Politik: Wir bringen diese Lösungen, gerade was die Frage des Hochwasserschutzes angeht, vor Ort mit den Betroffenen gemeinsam auf den Weg; wir überlegen gemeinsam.

(Svenja Schulze [SPD]: Dann können Sie ja unserem Entschließungsantrag zustimmen!)

Ich habe in den vergangenen Jahren bei Ihnen etwas ganz anderes erlebt. Es hat nämlich keinen entsprechenden Dialog gegeben.

Frau Schulze, Sie brauchen doch nicht alles zu verantworten und zu vertreten, was in den vergangenen fünf Jahren in diesem Bereich an falscher Politik gemacht worden ist. Deswegen wundere ich mich, dass Sie das in dieser Form verteidigen. Das brauchen Sie nicht zu machen. Sie könnten doch jetzt auch einmal zu der Erkenntnis kommen, wie man mit dem Bereich Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen anständig umgeht.

(Svenja Schulze [SPD]: Für den Bereich werden wir landesweit gelobt!)

Man muss mit den Leuten reden, damit sie nicht jedes Mal Sorge und Angst haben,

(Beifall von CDU und FDP)

wenn jemand von der Landesregierung kommt und seine Hochwasserschutzkonzepte darlegt.

Meine Damen und Herren, am Rhein funktioniert der Hochwasserschutz, wenn er für die gesamte nordrhein-westfälische Rheinstraße möglichst aus einem Guss besteht. Hier nehmen wir die Aufgabe wahr, den konzeptionellen Rahmen zu setzen. Die Planung konkreter Projekte muss den örtlich zuständigen Stellen überlassen bleiben.

Für die vielen hochwasserbedrohten Gewässer im Lande bieten wir den gegen das Hochwasser in der Pflicht stehenden Planungsinstrumente an, die kostengünstige und effektive Maßnahmen und Strategien zur Verbesserung des Hochwasserschutzes aufzeigen. Dazu gehören unter anderem die Hochwasseraktionspläne, aber auch die Hochwassergefahrenkarten, die jetzt flächendeckend

erarbeitet werden und die es bis zur Stunde in Nordrhein-Westfalen noch nicht gibt. Sie informieren die Bevölkerung und die bei Hochwasser Verantwortlichen dann über mögliche Risikobereiche. Sie stellen Möglichkeiten vor, vorsorgend zu handeln und sich im Katastrophenfall gezielt gegen die Flut zu verteidigen zu können.

Meine Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Instrument für vorsorgenden Hochwasserschutz ist die Ermittlung und Festsetzung von Überschwemmungsgebieten, um die Betroffenen darüber zu informieren, wohin das Wasser bei bestimmten Hochwasserabflüssen, nämlich einem hundertjährigen Hochwasser, gelangen kann und wo vorbeugender Schutz geboten ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Folgendes hinzufügen - Frau Kollegin Fasse hat eben schon darauf hingewiesen -: Ein Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten wird es mit uns nicht geben, weil das auch nicht notwendig ist. Ich will hier nicht in Details gehen. Aber es ist doch nicht gesagt, dass es im Sinne des Hochwasserschutzes sinnvoller ist, dort eine Grassteppe zu haben, als diese Flächen auch noch weiter landwirtschaftlich zu nutzen.

Meine Damen und Herren, unsere Vorhaben, die wir hier im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen, stehen im Einklang mit dem Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes - es nennt sich so schön „Hochwasserartikelgesetz“ - des Bundes vom 10. Mai 2005.

Effektiver Hochwasserschutz braucht auch eine verlässliche Finanzierung und muss auf lange Sicht angelegt sein. Dazu wird die Landesregierung ein neues Hochwasserschutzkonzept für den Zeitraum bis 2015 mit Zielen, Mitteln und Investitionen dem Landtag zur Beratung vorlegen.

Meine Damen und Herren, das sind die wesentlichen Punkte. Ich sehe gerade, dass ich nur noch eine Minute Redezeit habe, Frau Präsidentin. Ich wäre gerne auf die einzelnen Punkte eingegangen, die insbesondere auch im Antrag der Grünen aufgeschrieben sind. Ich denke, dass wir das im Ausschuss gemeinsam behandeln werden.

Lassen Sie mich nur noch einmal zusammenfassen: Wir machen in Nordrhein-Westfalen einen aktiven Hochwasserschutz. Wir machen einen vorbeugenden Hochwasserschutz. Die alte Landesregierung hat im Zusammenhang mit der Walsum-Frage große Fehler begangen. Wir haben dafür gesorgt, dass keine neue Kohle unter dem Rhein abgebaut wird. Dafür machen wir eine Hochwasserschutzpolitik in der gesamten Breite

des Landes Nordrhein-Westfalen, insbesondere am Rhein entlang. Meine Damen und Herren, Sie werden in zwei oder drei Jahren kommen und sich durch Ihre Anträge, die Sie dann hier stellen werden, dafür bedanken, was für eine gute Hochwasserschutzpolitik wir in Nordrhein-Westfalen machen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke, Herr Uhlenberg. - Frau Schulze von der SPD hat nun das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Da wir jetzt ja die Rede des Abgeordneten Uhlenberg gehört haben, würde mich einmal interessieren, was denn die Landesregierung zu diesem Thema meint.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir waren uns in diesem Haus eigentlich einig, dass der Hochwasserschutz, der hier in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren geleistet wurde, beispielhaft ist. Es gibt viele andere Bundesländer, die uns um das beneiden, was da passiert ist.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Überhaupt nicht!)

Wenn Sie nach Bayern schauen, sehen Sie ja, was passiert, wenn man da zu wenig investiert.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine ganze Menge für den Hochwasserschutz getan. Ich erwarte von einer Regierung dann auch, dass sie das anerkennt und sagt, wie sie es weiterentwickeln will und wie das konkret laufen soll.

Herr Uhlenberg, Sie haben jetzt eine neue Rolle. Diese Rolle müssen Sie auch annehmen. Es geht nicht darum, weiter Opposition zu spielen - das dürfen jetzt wir tun -, sondern darum, als Regierung das, was vorher gelaufen ist, auch anzuerkennen und es jetzt konstruktiv weiterzuentwickeln.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich denke, es ist eine spannende Frage, die wir nicht nur mit Herrn Ellerbrock diskutieren müssen, wie Klimaschutz, Hochwasserschutz und Umweltschutz zusammenhängen. Das sollten wir dann im zuständigen Fachausschuss erörtern. Es reicht nämlich nicht, nur den Kompromiss zu Walsum anzuführen und so zu tun, als sei das nun das Hochwasserschutzkonzept. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Schulze. - Herr Pick von der CDU-Fraktion hat jetzt das Wort.

Clemens Pick (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Hochwasserschutz beschäftigt uns nicht erst seit heute, sondern schon seit langen Jahren. Auch Generationen vor uns haben schon Hochwasserschutz betrieben, um damit Schaden von den Menschen abzuwenden. Besonders deutlich geworden ist das vor einigen Tagen, als das hundertjährige Jubiläum des Baus der Urftalsperre in der Eifel gefeiert wurde. Bei diesem Bau handelt es sich um eine der größten Hochwasserschutzmaßnahmen des letzten Jahrhunderts. Dadurch ist das Industriegebiet an Urft und Rur nachhaltig geschützt worden. Daran sieht man, dass Hochwasserschutz kein neues Thema ist.

Man sieht in dieser Debatte allerdings, dass diese Diskussion immer wieder aufkommt, wenn irgendwo ein Ereignis stattgefunden hat. Dieses Ereignis wird dann zum Anlass genommen, um hier eine politische Debatte zu führen. Dafür ist das Thema aber zu wichtig und auch zu schade. Deswegen müssen wir uns mit diesem Thema fachlich-sachlich auseinander setzen - nicht dann, wenn es gerade irgendwo geregnet hat; denn dann kommen automatisch Emotionen auf. Emotionen führen oftmals dazu, dass man falsche Rückschlüsse zieht. So haben wir das in der Vergangenheit des Öfteren erlebt.

Frau Kollegin Schulze, Sie haben hier gesagt, wir sollten uns in die Regierungsrolle einfügen. Das gelingt der Regierung. Das gelingt auch den Koalitionsfraktionen. Liebe Frau Kollegin Schulze, dann müssen Sie und alle Ihre Kolleginnen und Kollegen aber auch die Courage und den Mut haben, für das, was Sie in 39 Jahren Regierung zu verantworten haben, hier auch die Verantwortung zu übernehmen.

(Svenja Schulze [SPD]: Das machen wir!)

Sie dürfen nicht so tun, als sei nichts passiert - wie ja unter anderem auch durch den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen offensichtlich wird. Herr Remmel, wenn Sie hier sechs Forderungen stellen und fünf dieser Forderungen noch in diesem Jahr erfüllt haben wollen, dann macht das doch deutlich, dass Sie dieses Thema gar nicht so ernst nehmen. Im Übrigen ist das auch ein Eingeständnis Ihres eigenen Versagens in den letzten Jahren, in denen eine Ministerin, die Ihrer Partei angehörte, hier für die Politik verantwortlich war.

Der Hochwasserschutz ist wesentlich weiter angelegt. Deswegen will ich hier nur einmal auf einige Dinge hinweisen.

Das Hochwasser entsteht in der Regel in den Mittelgebirgen, die wir auch in unserem Land haben. Dort sind entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Wenn es zu bestimmten Hochwässern kommt, dann geht es eben darum, nicht nur dort zu schützen, wo die Hochwasserereignisse in der Vergangenheit eingetreten sind, sondern auch vorbeugend zu wirken.

Diese vorbeugende Wirkung ist auch in der heutigen Zeit schon vielfach geschehen. Viele von Ihnen wissen ja, dass ich einem Wasserverband, der auch Hochwasserschutz macht, vorstehe. Es gibt ja auch kleine Verbände. Wenn man sich zum Beispiel diese harmlose Erft anschaut, wie sie in Neuss in den Rhein läuft, und sieht, was dahinter steht, auch ohne das, was Sie jetzt hier fordern, und was geschehen ist, dann heißt das, dass Gott weiß was an Rückhaltebecken gebaut worden ist. Allein an diesem kleinen Gewässer sind in den letzten fünf Jahren 12 Millionen m³ Staufläche entstanden. Da sind Investitionen mit den Mitteln der Städte, Gemeinden und Kreise und natürlich auch des Landes getätigt worden in Höhe von 25 Millionen €, die im Ansatz schon darauf hinwirken, dass es eben nicht zu diesen Schäden kommt.

Sie können nicht behaupten, im vorbeugenden Hochwasserschutz gäbe es keine Ansätze. Sie sind da. Nur hier findet immer eine Konzentration auf das statt, was am Rhein und in den urbanen Gebieten geschehen kann.

Die Rückgewinnung der Retentionsflächen ist nachdrücklich in Gang gesetzt worden. Ob jetzt die entsprechenden Planungen bei den Bezirksregierungen schon vorgenommen sind oder nur auf dem Papier vollzogen sind, das spielt dabei überhaupt keine Rolle. In der Praxis ist es so, dass dies schon geschehen ist. Das gilt genauso für die Überschwemmungsgebiete.

Das gilt auch für die Hochwassergefahrenkarten, wie eben vom Minister richtigerweise gesagt worden ist. Diese Hochwassergefahrenkarten gibt es in vielen Bereichen unseres Landes, weil diejenigen, die für den Hochwasserschutz vor Ort verantwortlich sind, sich dieser Verantwortung gestellt haben. Diese Karten sind heute schon mit finanziellem Aufwand der Verbände, der Kreise und Kommunen erstellt worden. Da ist auch mit den Katastrophenschutzbehörden und mit den Rettungsdiensten festgelegt, wo zu welchen Zeiten dann auch vorbeugend gewirkt werden kann.

Das sind natürlich enorme Leistungen, die hier erbracht worden sind und die auch besser hätten unterstützt werden können seitens der Landesregierung. Aber um die Menschen vor Ort zu schützen und auch in den Ballungsgebieten ist das schon heute geschehen und befindet sich im weiteren Ausbau - bis hin zu radargestützten Hochwasservorhersageinformationssystemen, über die man verfügt und die heute schon eingesetzt werden. Mit diesem Einsatz, der ja heute noch nirgendwo in der Politik eine Rolle spielt - ich habe so etwas bis heute noch nirgendwo gehört -, wird ja deutlich, dass diejenigen, die vor Ort Hochwasserschutz betreiben, vor Ort die entsprechenden Systeme entwickeln, um Schaden abzuwenden. Das geschieht auch mit einem enormen finanziellen Aufwand.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Außerdem liegt eine Wortmeldung für eine Zwischenfrage vor.

Clemens Pick (CDU): Wenn meine Redezeit abgelaufen ist, kann ich die Zwischenfrage ja wohl nicht mehr zulassen.

Präsidentin Regina van Dinther: Ja, aber Frau Schulze darf hier gerne noch sprechen, weil die SPD noch über genügend Redezeit verfügt.

Clemens Pick (CDU): Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, diejenigen, die vor Ort die Verantwortung tragen, sorgen auch dafür, dass ein tatsächlich vorbeugender Hochwasserschutz möglich wird.

Deswegen ist die Politik, die die jetzige Landesregierung macht und auch in der Koalitionsvereinbarung und ihren bisherigen Beiträgen angekündigt hat, ein Zeichen dafür, dass man Hochwasserschutzpolitik mit den Betroffenen macht und nicht gegen die Betroffenen. Dadurch wird die Identifikation mit der Aufgabenstellung auch noch wesentlich höher werden.

Ich bin sicher, dass wir diese Diskussion im Ausschuss fortsetzen werden. Sie werden da auch noch zu mancherlei Erkenntnissen kommen, die dann auch deutlich machen, dass die Anträge, so wie sie gestellt sind, im Prinzip überflüssig waren. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Pick. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Herr Rimmel gemeldet. Bitte schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uhlenberg, Herr Pick, Herr Ellerbrock, ich hatte eigentlich gehofft oder zumindest gewagt zu hoffen, dass es auch Sachverhalte gibt, die man jenseits der jetzt offensichtlich immer wieder vorgebrachten Rhetorik diskutieren kann: Auf der einen Seite gibt es die Regierung. Auf der anderen Seite gibt es die Opposition. Da gibt es Schwarz. Da gibt es Weiß.

Ich hatte gehofft, dass es in diesem Hause auch Menschen gibt, die verantwortungsvoll und an der Sache orientiert bestimmte Fragestellungen diskutieren wollen. Dazu gehört insbesondere der Hochwasserschutz.

Da laufen die Konfliktlinien, Herr Uhlenberg, nämlich nicht so, wie Sie diese dargestellt haben zwischen Rot, Grün und Schwarz in diesem Hause. Da gibt es vielmehr eine Konfliktlinie, die Sie zur Kenntnis nehmen müssen, zwischen Landesinteressen an einem umfassenden und vorbeugenden Hochwasserschutz und kommunalen Eigeninteressen. An dieser Konfliktlinie bricht sich auch vieles.

Deshalb hat es in der Vergangenheit auch nie an Geld gemangelt, wenn es um den Hochwasserschutz ging.

(Clemens Pick [CDU]: Sicher?)

- Es hat nie an Geld gemangelt. Es hat keine kommunale Initiative gegeben, für die nicht auch Geld zur Verfügung gestanden hätte. Die Kommunen sind mit ihren Bauleitplänen nicht vorangekommen, weil es örtliche Konfliktlagen gibt, die auch durchaus teilweise verständlich sind.

Deshalb kommen wir auch nicht weiter bei der Frage der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten. Da liegen die Konfliktlagen. Dazu erwartete ich eine Antwort der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen.

Eines können Sie mir an dieser Stelle nun nicht absprechen, nämlich eine kritische Distanz in dieser Frage zu allen bisherigen Regierungen in diesem Hause. Ich habe immer diese Nachfragen gestellt: Wie sieht es aus? Wie geht Ihr damit um? Wie geht Ihr mit den Regionalplänen um? Wie geht Ihr mit den kommunalen Bauleitplanungen um? Stellt Ihr entsprechende Anforderungen?

Genau diese Frage richte ich mit diesem Antrag heute auch an Sie. Vielleicht können Sie diese Frage dann im Ausschuss beantworten. Ich würde gern auch konkret von Ihnen wissen, wann Sie denn das entsprechende Gesetz vorlegen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Remmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Johannes Remmel (GRÜNE): Das wäre schön, wenn Sie tatsächlich konkret werden würden, anstatt hier nur die übliche Koalitionsrhetorik zu präsentieren.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Remmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ellerbrock, bitte.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Remmel, ich hatte eben versucht, deutlich zu machen, dass auch mir - aber ich bin sicher, auch den Kollegen der CDU - daran liegt, den Hochwasserschutz auf eine sachgerechte und möglichst emotionsfreie Diskussionsbasis zu stellen. Darüber hatten wir Einvernehmen.

Der zweite Punkt ist jetzt aber - und das ist meine Frage -: Mir ist Ihre von Ihnen gerade so betonte kritische Distanz zur Vorgängerregierung in Sachen Hochwasserschutz bislang nicht so deutlich geworden. Könnten Sie bitte belegen, wo Sie in diesem Plenum die kritische Distanz zur Vorgängerregierung deutlich gemacht haben?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe ja eben in der Zwischenfrage dargestellt, dass ich beispielsweise im Januar/Februar eine Kleine Anfrage zu der Frage gestellt habe, wie schnell und wann die Überschwemmungsgebiete endlich ausgewiesen werden und was die Landesregierung entsprechend unternimmt. Wir haben die Berichte von der Landesregierung gefordert, ihre Pläne und ihre weiteren Vorstellungen im Zusammenhang mit nachhaltigem und vorbeugendem Hochwasserschutz darzulegen.

Ich meine, das ist unsere Aufgabe als Abgeordnete, da in einer kritischen und kontrollierenden Distanz zur Landesregierung im Interesse der Sache voranzukommen. Da habe ich mir nichts vorzuwerfen. - Vielen Dank.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Remmel, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende. Ich schlage vor, im Ausschuss weiterzureden, es sei denn, die SPD möchte noch etwas sagen; da sind noch Redezeiten vorhanden.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist nicht der Fall!)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/209** einschließlich des **Entschließungsantrages Drucksache 14/247** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer Enthalt sich? - Dann ist es so überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

5 Krankenhaus-Investitionsprogramm 2005 jetzt umsetzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/197

Es gibt dazu einen **Entschließungsantrag** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/251**.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Frau Gebhard von der SPD-Fraktion.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich an dieser Stelle direkt an Sie, Herr Minister Laumann, wenden, weil Ihnen der Ruf vorausgeht, dass Sie eine klare Sprache sprechen, sagen, was Sache ist.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Guter Minister!)

Ich denke, wir haben einen Punkt, wo das insbesondere gefordert ist, denn all die Krankenhäuser, die auf der am 6. April 2005 veröffentlichten Liste des Investitionsprogramms 2005 stehen, warten seit Ihrer Ankündigung vom 23. August dieses Jahres, dass sie keine neuen Bewilligungsbescheide in den nächsten zwei Jahren mehr erteilen wollen, vergeblich auf eine klare Aussage.

Da lassen Sie Ihre Fraktionskollegen eine Aktuelle Stunde zur Krankenhausfinanzierung beantragen,

(Minister Karl-Josef Laumann: Gute Fraktion!)

nicht etwa mit dem Ziel, den Krankenhäusern zu sagen, wie die neue Landesregierung gedenkt, zukünftig ihrem gesetzlichen Auftrag im Krankenhausbau und in der Ausstattung nachzukommen, sondern ihre Absicht war es, einzig und allein der

Vorgängerregierung anzuheften, sie habe haushaltsmäßig unsolide gearbeitet.

(Minister Karl-Josef Laumann: So ist es! - Rudolf Henke [CDU]: Was stimmt!)

Was glauben Sie, hat diese Diskussion den Patienten und Patientinnen und den Krankenhausträgern in unserem Lande gebracht? Nichts, nur Show! Dabei fragt sich selbst der Präsident der KGNW, Herr Dr. Kramer - er wird Ihnen nicht unbekannt sein -, warum der Stopp überhaupt notwendig ist. In der Pressemitteilung können Sie nachlesen, was er gesagt hat:

„Nach Kramers Worten müsse im Detail geprüft werden, ob ein Stopp überhaupt notwendig sei, da zum Beispiel bewilligte Investitionsmaßnahmen von der Bewilligung bis zum Abschluss einige Jahre dauern und deshalb die Haushaltsmittel nur in entsprechenden Raten abfließen.“

Stattdessen wäre es sehr hilfreich gewesen, wenn Sie Ihre unpräzise Ankündigung, nämlich: keine neuen Bewilligungen in den nächsten zwei Jahren, konkretisiert hätten. Ich erinnere daran: In der entsprechenden Aktuellen Stunde habe ich bereits selbst in dieser Debatte das Problem der Abwicklung des Investitionsprogramms 2005 angesprochen. Sie haben aber leider bis heute nicht die Gelegenheit genutzt, für Klarheit zu sorgen.

Möglicherweise - ich weiß es nicht - hielten Sie das nicht für nötig, weil Ihnen das Prozedere nicht ganz klar war oder ist. Das Dumme ist nur, dass die Krankenhausträger das Verfahren sehr gut kennen. Sie, die Krankenhausträger, haben nach der Veröffentlichung der IP-Liste 2005, also im April, im Vertrauen darauf, dass im Herbst - wie bisher immer -, spätestens im November, die rechtsverbindliche Bewilligung kommt, je nach Falllage Architekten und Planer beauftragt, um Ihrem Hause über die Bezirksregierung die konkreten Anträge vorzulegen.

Nun gibt es einige wenige, die bereits eine Bewilligung haben. Die sind natürlich aus dem Schneider; das ist rechtlich verbindlich, da gibt es kein Zurück. Aber diejenigen, die noch keine Bewilligung im Hause und somit auch noch keinen Rechtsanspruch haben, sind zurzeit völlig im Unklaren.

Wenn, Herr Laumann, Ihre letzte Pressemeldung vom 8. September 2005 so zu verstehen ist, dass für Sie die IP-Liste 2005 verbindlich ist, dann lösen Sie hier und heute diesen Nebel auf und erklären, dass Sie die noch ausstehenden Bewilligungsbescheide alle noch erteilen werden. Dann

dürfte es für Sie als Abgeordneter dieses Hauses auch kein Problem sein, unserem Antrag zuzustimmen.

Es wäre ein tolles Signal für die Menschen im Lande und gäbe diesen Menschen ein Stück Vertrauen in die Politik zurück, wenn wir hier trotz Wahlkampf alle miteinander dieses sinnvolle Vorgehen für unsere Krankenhäuser beschließen könnten.

Wenn wir schon dabei sind, Klarheit zu schaffen, dann teilen Sie diesem Hause doch auch mit, ob Ihre oben zitierte Einlassung vom 23. August 2005, zwei Jahre keine Bewilligung mehr erteilen zu wollen, noch gilt, oder ob Sie dies inzwischen nur noch für das Jahr 2006 vorhaben, wie Ihre Ausführungen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und die Ausführungen gestern Abend von Ihrem Staatssekretär Prof. Winter beim Empfang der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein nahe legen.

Ich erwarte eine klare Antwort: „Ja“, „nein“ oder vielleicht „ich weiß nicht“, aber ich denke, es kann eine kurze, knappe Antwort werden. - Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Gebhard. - Das Wort hat nun Herr Henke von der CDU-Fraktion.

Rudolf Henke (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit wir alle verstehen, worum es der SPD in dieser Debatte geht,

(Minister Karl-Josef Laumann: Verschleierung!)

beginne ich mit einem SPD-Zitat. Es lautet so:

„CDU-Minister Laumann lässt Kranke und Krankenhäuser im Stich. Der von der neuen Landesregierung geplante Investitionsstopp für neue Baumaßnahmen an den Krankenhäusern bedeutet ein Desaster für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen.“

(Beifall von der SPD)

So begann nämlich die Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 23. August 2005, mit der Sie den Versuch unternommen haben, sich vor der Bundestagswahl als Retter der „enterbten“ Krankenhäuser aufzuplustern und ein Phantom zu erzeugen, nämlich den behaupteten Investitionsstopp für die Krankenhäuser, auf den Sie dann an ver-

schiedenen Stellen im Land in medialen Scheingefechten kräftig eindreschen konnten.

Jetzt greifen Sie das Thema noch einmal neu auf und haben dazu den Antrag 14/197 eingebracht, über den wir heute direkt abstimmen sollen. Dieser Antrag der SPD-Fraktion ist überflüssig. Deshalb wird die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Ich will Ihnen gerne erläutern, warum, obwohl ich daran erinnere, dass das Thema auf Antrag der CDU-Fraktion Gegenstand der Aktuellen Stunde am 1. September 2005 war. Aber offenbar hat die Aktuelle Stunde nicht ausgereicht, um die falschen Behauptungen der SPD von einem Investitionsstopp für die Krankenhäuser zu beseitigen.

Es gibt keinen Investitionsstopp für die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen. Der Investitionsstopp ist eine Einbildung einiger Menschen, die es besser wissen, die sich mit der Behauptung vom Investitionsstopp persönlich profilieren wollen und die mit ihrer Ablehnung eines nicht existenten, aber behaupteten Investitionsstopps kurzfristig ihren eigenen Bundestagswahlkampf verstärken wollen.

Natürlich gibt es auch den einen oder anderen, der auf die Behauptung vom Investitionsstopp hereinfällt. Deshalb kann man der SPD-Fraktion dankbar sein, dass sie das Thema noch einmal auf die Tagesordnung bringt, sodass wir es jetzt vielleicht schaffen, die Falschaussagen der SPD zu beseitigen.

Alle im Rahmen der Verpflichtungsermächtigungen der alten Landesregierung bereits bewilligten Mittel werden weiter ausgezahlt. Auch die pauschalen Fördermittel fließen ungeschmälert weiter. Sie wissen sehr genau, dass das Investitionsprogramm 2005 durch eine Bekanntgabe des damaligen Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie vom 6. April 2005 veröffentlicht und in Kraft gesetzt worden ist und dass niemand - erst recht nicht unser neuer Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann - dieses Investitionsprogramm 2005 zurückgenommen hat.

Wenn Sie Kontakte zu den Krankenhäusern und zu den Bezirksregierungen und zur Landesregierung unterhalten, dann müssen Sie auch wissen, dass die meisten Maßnahmen dieses Investitionsprogramms längst auf dem Weg sind.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Henke, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Garbrecht?

Rudolf Henke (CDU): Ja.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Garbrecht.

Günter Garbrecht (SPD): Herr Henke, darf ich Sie so verstehen, dass Sie diejenigen, die Befürchtungen im Zusammenhang mit den Krankenhausinvestitionen für 2005 und auch für die Zukunft erhoben haben, als Institutionen bezeichnen, die Wahlkampf für die SPD betreiben? Und dann frage ich Sie konkret: Meinen Sie, dass die Krankenhausgesellschaft zu den Institutionen gehört, die Wahlkampfhilfe für die SPD betreiben würden?

Rudolf Henke (CDU): Es gibt zwei Sorten: Es gibt welche, die Wahlkampf betreiben, Verunsicherung in die Welt säen und die mit sehr falschen Aussagen versuchen, ihren Wahlkampf aufzupeppen, und es gibt natürlich welche, die da einen Klärungsbedarf haben.

Ich habe nirgendwo ein Zitat gefunden, in dem von der Krankenhausgesellschaft behauptet wird, dass es einen Investitionsstopp gäbe. Es gibt eine Forderung, dass es keinen Investitionsstopp geben darf. Diese Forderung ist dadurch ausgelöst worden, dass manche aus populistischen Wahlkampfgründen die Falschaussage verbreiten, es gäbe einen Investitionsstopp.

(Beifall von CDU und FDP)

Diesen Investitionsstopp gibt es nicht. Das ist die Aussage, die an der Stelle notwendig ist. Das wissen Sie auch sehr genau. Weil Sie das wissen, wissen Sie, dass Sie mit Ihrer Forderung nach der Umsetzung der im Investitionsprogramm 2005 geplanten Maßnahmen an einem weit offen stehenden Scheunentor vorbeirennen.

Sie wissen auch, dass Ihre Forderung nach dem Erlass der entsprechenden Bewilligungen albern ist, weil Sie selbst schon einen großen Teil dieser Bewilligungen mit voller Absicht vor dem 22. Mai 2005 getätigt haben und weil die in Ihrem Antrag geforderte Abstimmung mit den Regionalräten und dem Landeskrankenhausausschuss bereits erfolgen musste, ehe Sie als Regierung dieses Investitionsprogramm 2005 überhaupt veröffentlichen durften. Deswegen geht dieser SPD-Antrag ins Leere.

Die Fakten sind die: Im Landeshaushalt sind für die Krankenhausförderung im Wesentlichen drei Positionen vorgesehen.

Erstens nenne ich die Einzelförderung, über deren Vergabe im Rahmen eines jährlich aufzustellenden Investitionsprogramms entschieden wird. Sie haben die Entscheidungen darüber bereits getroffen. Sie sind am 6. April publiziert und nicht zurückgenommen worden. Sie stehen im Investitionsprogramm; es gibt keinen Grund, sich darüber aufzuregen.

Zweitens ist das die pauschale Förderung, die der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter dient.

Drittens sind das die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke.

Die Finanzierungsconstellation ist die, dass wir uns mit den laufenden Zwecken von 6 Millionen € nicht so sehr befassen müssen. Auch mit der pauschalen Förderung müssen wir uns nicht befassen, weil sie im Einzelnen gesetzlich festgelegt ist, weil die vom Disziplinspiegel, vom Versorgungsgrad, von der Größe und der Bettenstärke der Häuser abhängt; da sind 311 Millionen € gebunden.

Dann geht es um die Einzelförderung. Die alte Landesregierung hat eben - diese Kritik bleibt aufrechterhalten - im Haushalt 169 Millionen € dafür angesetzt. Es wird ja nicht mehr dadurch, dass wir darüber reden, ob es schön wäre, wenn es mehr wäre, sondern es sind 169 Millionen €. Ich muss mich korrigieren: Es sind 168.638.500 €.

Diesen Barmitteln stehen die Verpflichtungsermächtigungen für Einzelinvestitionen gegenüber. Die betragen im Jahr 2005 255 Millionen € und waren in den Jahren 2000 bis 2005 um 363,2 Millionen € höher als die Mittel, die in den Haushaltsplänen zur Verfügung standen.

Das war vermessen, das war großspurig, das war von dem Wunsch geprägt, segnend durch das Land zu ziehen, sich feiern zu lassen und dafür Lob und Anerkennung einzuheimsen, dass man da gut sein und entsprechende Wünsche befriedigen konnte. Weil sie aber keine Rücklagen gebildet haben, war das nichts anderes als eine verdeckte Form vorgezogener Kreditaufnahme auf die Zukunft und der Verbrauch künftiger Einnahmen zu einem Zeitpunkt, als diese Einnahmen noch gar nicht erzielt waren.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Henke, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

Rudolf Henke (CDU): Nein, im Moment nicht.

Ich will noch einmal auf die Ausschusssitzung eingehen, auf die bereits Frau Steffens in der Ak-

tuellen Stunde der letzten Plenardebatte Bezug genommen und unter großem Applaus von der roten und grünen Fraktion zitiert hat:

„Rudolf Henke (CDU) begrüßt die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für den investiven Krankenhausbereich.“

Sie hätten damals aus dem Protokoll vollständig zitieren sollen und hätten dann als Nächstes diesen Satz vorlesen müssen:

„Gleichwohl bleibe offen, woher die Mittel stammten.“

Sie hätten auch den nächsten Satz vorlesen müssen:

„Mit einem Vorwegabzug bei den Kommunen schränke man die kommunale Leistungsfähigkeit an anderer Stelle ein, was selbst für diejenigen Kommunen, die gleichzeitig Krankenhausträger und Förderempfänger seien, eine Verschlechterung bedeuten könne.“

Dann hätten Sie auch aus dem Protokoll der Ausschusssitzung vom 31. Oktober 2001 zitieren müssen. Da heißt es nämlich:

„Die Ministerin“

- damals Frau Fischer -

„äußert sich zufrieden über die um 56 % gestiegenen Verpflichtungsermächtigungen.“

Und dann lesen Sie in meiner Einlassung dazu:

„Nicht verkennen dürfe man, gibt Rudolf Henke (CDU) zu bedenken, dass es sich bei den Änderungen des Haushalts im Wesentlichen um Verpflichtungsermächtigungen handle, die künftige Haushalte belasteten. Die Landesregierung biete keine Gewähr für kontinuierliche und nachhaltige Entwicklungen im Haushalt.“

Das war die Einlassung der CDU, das war unsere Einlassung, als wir 2001 darüber diskutiert haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Verehrte Frau Steffens, ich schätze Sie als gradlinig. An dieser Stelle haben Sie aber unter bewusster Auslassung von wesentlichen Aspekten unserer damaligen Einlassung versucht, einen Eindruck zu erwecken, der zurückzuweisen ist.

Jetzt aber noch einmal zurück zur Sache. Ich meine, man muss sich ja auch noch einmal des Klimas erinnern, in dem das damals entstanden ist. Verehrte Kollegin Fischer, Sie haben uns im Ausschuss damals - im Januar 2001 - den Satz hinterlassen, bei der Krankenhausfinanzierung seien Verpflichtungsermächtigungen, mit denen

neue Vorhaben begonnen werden könnten, ungleich wichtiger als Barmittel, mit denen bereits begonnene Maßnahmen ausfinanziert würden. - Damals haben Sie uns außerdem erklärt:

„Für neue Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen, da die Krankenhäuser in der Vorbereitungszeit zwischen Aufnahme in ein Investitionsprogramm und Baubeginn nur in äußerst seltenen Fällen Fördermittel anfordern.“

Das ist damals Ihre Information an den Ausschuss gewesen.

Den ersten Satz habe ich ja schon damals für falsch gehalten. Der zweite Satz ist auch heute noch zutreffend. Deshalb entsteht auch keinem Krankenhaus, keinem Krankenhausbeschäftigten, keinem Krankenhauspatienten und keiner Kommune irgendein Schaden, wenn wir die große Bewilligungsmaschine alter rot-grüner Prägung bei ohnehin bereits bis zum Jahr 2007 ausgeschöpften und darüber hinaus bis 2011 oder 2012 teilweise gebundenen Barmittelansätzen jetzt für zwei Jahre ein bisschen abbremsen, ohne das Investitionsprogramm 2005 einzuschränken und ohne Probleme mit den im Haushalt bewilligten Mittel zu haben.

Wir bremsen ein bisschen ab, weil wir davon überzeugt sind, dass man den Stapel erteilter Verpflichtungsermächtigungen nicht immer weiter wachsen lassen darf; denn für das, was man den Krankenhäusern konkret auszahlen kann, sind in Wirklichkeit die Barmittel der entscheidende Punkt. Es ist eben sehr unwahrscheinlich, dass der Landtag sich dazu entschließen wird, die Barmittel zu erhöhen, weil wir halt die Haushaltslage haben, die wir haben und die ja auch schon diskutiert und geschildert worden ist. Ich weiß, dass Sie gestern gesagt haben, Sie hätten uns ja nicht gezwungen, die Regierung zu übernehmen. Das ist einer dieser Sätze, die umhergeistern und von Wirklichkeitsverkennung zeugen.

Die CDU-Fraktion wäre gerne bereit gewesen, diese ganze Diskussion im Ausschuss fortzusetzen. Dies gilt auch für den inzwischen zusätzlich eingebrachten Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, der aber auf den gleichen falschen Voraussetzungen basiert wie der Antrag der Fraktion der SPD. Sie haben aber direkte Abstimmung beantragt. So werden wir beide Anträge hier im Plenum ablehnen.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Das Krankenhausinvestitionsprogramm 2005 wird um-

gesetzt. Das gilt auch für die Krankenhausinvestitionsprogramme der Jahre zuvor. Weitere Bewilligungen werden so schnell erteilt, wie es die Haushaltslage zulässt. Die möglichen Barmittel der Jahre 2006 und 2007 sind infolge der Zusagen der vergangenen Jahre bereits jetzt gebunden. Einen Investitionsstopp gibt es nicht. Das entsprechende Wort ist eine pure Erfindung der abgewählten SPD zum Aufpeppen des Bundestagswahlkampfes. Den Krankenhäusern und allen anderen Beteiligten an der Krankenhausversorgung stehen die Landesregierung und die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen gerne für fortführende und zusätzlich klärende Gespräche zur Verfügung.

Lassen Sie sich nicht von einer verunsicherten SPD verunsichern, die Zuflucht sucht und zu solchen Mitteln wie dem Erfinden eines Investitionsstopps greifen muss. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Henke. - Frau Steffens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort.

Barbara Steffens* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Henke, ich hätte jetzt noch viele Punkte von Ihnen aus früheren Haushaltsberatungen zitieren können. Es gibt zahlreiche Aufforderungen von Ihnen, in denen Sie sagen, wir müssten auch vor dem Hintergrund eines sehr engen Haushalts genau diese Finanzmittel im Krankenhausbereich erhöhen.

Das haben Sie immer gefordert. Auch Herr Arentz, Ihr Vorgänger im Ausschuss in dem Bereich, hat das immer wieder gefordert. Die Haushaltslage, mit der Sie sich hier jetzt immer wieder rausreden, war zu dem Zeitpunkt, als Sie in der Opposition waren, nicht anders als jetzt, hier und heute.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben die Schulen doch explodieren lassen!)

- Jetzt lassen Sie mich einmal ausreden. Hören Sie zu und dann können Sie gerne wieder in den Dialog einsteigen.

Also: Sie kannten die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen. In jeder Finanz- und Haushaltsdebatte haben Sie sie hier klar aufgezeigt. Sie haben uns schon da immer beschimpft, wie schrecklich der Haushalt sei.

(Ralf Witzel [FDP]: Noch schlimmer ist er!)

Trotzdem haben Sie gefordert, dass im Krankenhausbereich mehr Mittel eingestellt würden. Da frage ich Sie doch: Wenn wir das mit einem engen Haushalt sollten, wieso ziehen Sie sich dann jetzt heraus und sagen, dass der Haushalt so eng sei, dass Sie das nicht könnten? Sie haben das den Menschen in diesem Land in Ihrem Wahlprogramm und bei etlichen Wahlkampfveranstaltungen angekündigt. Ich erwarte, dass Sie zu Ihren Wahlversprechen stehen, sie umsetzen und sich jetzt nicht herausziehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der andere Punkt ist: Natürlich geht es im Moment nicht darum, dass Sie einen Investitionsstopp vollziehen. Das habe ich nie vertreten und nie gesagt.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben das gehört!)

- Ich rede hier für mich. Ich rede nicht für die SPD. Wir haben keine Koalition mehr. Sie haben jetzt eine. - Also: Ich habe nie von einem Investitionsstopp geredet. Ich habe davon geredet, dass Sie jetzt einen Bewilligungsstopp machen wollen. Ich sage einmal: Ein Bewilligungsstopp - keine neuen Bewilligungen zu erteilen - ist für die Krankenhaushauslandschaft genauso problematisch wie ein Investitionsstopp. Es ist problematisch, weil - ich habe schon beim letzten Mal versucht, Ihnen das zu erklären - es natürlich mehrere Phasen gibt: die Planungsphase, die Bauphase. Sie hebeln die Planungsphase damit aus. Deswegen ist es ein Problem, an dieser Stelle keine Bewilligungen zu erteilen.

Ich akzeptiere aber, dass Sie hier sagen: Das ist alles ganz furchtbar, wir können das nicht. - Nur: Sie haben früher in der Opposition immer Transparenz gefordert, damit man das nachvollziehen kann. Nichts anderes - Sie haben ja eben gegen unseren Antrag geredet - erwarte ich jetzt auch von Ihnen.

Seit der Aktuellen Stunde war ich ja nicht untätig. Es gibt Träger in diesem Land, denen einmal eine solche Bewilligung erteilt wurde. Sie stehen also auf der Liste des Herrn Ministers. Diese Träger sagen jetzt aber: Ich weiß gar nicht, dass ich auf irgendwelchen Bewilligungslisten stehe. Ich will das Geld gar nicht mehr. - Das heißt: Zumindest für mich reden Sie hier von einer fiktiven Liste, nämlich einer Liste von auf dem Papier bestehenden Bewilligungen, weil es Träger gibt, die ihre Projekte geändert haben, die den Umfang ihrer Projekte reduziert haben und die die ihnen zugesagten Bewilligungen heute gar nicht mehr haben wollen.

Deswegen bitte ich heute darum - ich möchte das jetzt schon bekannt geben -, dass die Punkte 2 und 3 getrennt abgestimmt und insofern aus dem Antrag herausgenommen werden. Bei diesen beiden Punkten bitte ich nämlich um nichts anderes als darum, dass Transparenz hergestellt wird, dass uns das Ministerium also zum Ersten die Zahlen über die Bewilligungen und den Abschluss vorlegt und zum Zweiten klar sagt, welche Bewilligungen auch am heutigen Tag überhaupt noch Bestand haben.

Sie reden hier von einer Bugwelle von Anträgen, die noch auf uns zukommt. Gestern Abend war ein größerer Empfang im Lande, auf dem auch viele aus der Gesundheitsszene waren, wo viele Krankenhausträger gesagt haben: Wir glauben alle nicht an diese Bugwelle; die gibt es so nicht. - Deswegen bitte ich Sie: Stellen Sie es klar! Wir beantragen das hier. Sie, die ja immer transparenzpolitische Forderungen aufgestellt haben, werden ja wohl keine Probleme damit haben, gleich den Punkten 2 und 3 des Antrags zuzustimmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich denke, wir werden das nachvollziehen können, wenn Sie uns die Zahlen vorgelegt haben. Wenn Sie dem heute nicht zustimmen, Herr Henke, dann können wir unsere Forderung auch in einer Kleinen Anfrage formulieren. Die Zahlen werden Sie dem Parlament also vorlegen müssen, damit wir das nachvollziehen können.

Ich glaube nicht an diese Zahlen, und es gibt viele im Land - das habe ich gerade schon einmal gesagt -, die an diese Zahlen auch nicht glauben. Es stellt sich die Frage: Was wollen Sie eigentlich? Da ist der Schrei: Wir müssen sparen, wir müssen sparen! Wir wollen das Geld für andere Sachen, an anderen Stellen ausgeben. - Sie sagen jedes Mal, ein Running Gag: Die Schulden, die Schulden! - Sie haben sehr große Versprechen gemacht, Sie können diese Versprechen nicht einhalten, also müssen Sie an diesem Punkt versuchen, wie Sie die Kosten drücken können.

Ich stelle mir schon die Frage: Wie sollen die Krankenhausinvestitionen in Zukunft aussehen? Was haben Sie in dem Bereich vor? Wollen Sie der FDP folgen und so die Privatisierung von Krankenhäusern auf dem schleichenden Weg, indirekt einleiten? Oder wollen Sie vielleicht die Krankenhausfinanzierung in Gänze auf gesetzlichem Weg auf Bundesebene abschaffen? Wollen Sie vielleicht die NRW-Bank zur neuen Kreditgeberin für die Krankenhäuser machen? Was wollen Sie? Auf jeden Fall habe ich nicht das Gefühl,

dass es hier seriös um das geht, was Sie vorgeben, sondern ich glaube, die Absichten, die dahinter stehen, sind andere. Aber bitte stellen Sie die Transparenz her, dann können wir das nachvollziehen.

Ein letzter Punkt, auf den wir auch in unserem Antrag eingehen: Es werden immer in einem Atemzug - auch gestern wieder - die Krankenhausinvestitionsmittel und die notwendige Veränderung der Krankenhausversorgung erwähnt. Da werden dann zwei Punkte genannt, nämlich: Die Geburtshilfe muss aus der wohnortnahen Versorgung heraus und die Geriatrie hinein.

Dass wir die Geriatrie - das sage ich als Mitglied der ehemaligen Enquetekommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ - ein Stück weit in die Grundversorgung einbeziehen müssen - ob als geriatrische Station oder als Querschnitt, darüber kann man fachlich streiten -, ist klar, da gibt es einen Konsens. Aber das mit der Geburtshilfe ist, finde ich, schon ein starkes Stück! Wenn ich mir in Erinnerung rufe, was Ärzte und Krankenhäuser dazu gestern aus fachlicher Sicht geäußert haben - da gab es eigentlich keinen, der gesagt hat: „Das ist aber eine gute Idee“, sondern es gab eher die Frage: Was heißt das denn für den ländlichen Raum?

Wir haben ja nun gerade bei der Grundversorgung festgeschrieben, wie viele Kilometer das nächste Krankenhaus mit Grundversorgung entfernt sein darf. Bei der regionalen Versorgung, wohin die Geburtshilfe soll, haben wir das nicht. Das heißt, das nächste Krankenhaus mit Geburtshilfe könnte dann 50 km entfernt sein. Dass Sie in der CDU das vielleicht begrüßen, weil Sie jetzt eine stark männerdominierte Fraktion haben, die nicht so das Problem hat, mit Wehen dazustehen, kann sein!

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Widerspruch von CDU und FDP)

Bei uns ist es so: Unsere Männer sind genderpolitisch mittlerweile PC. Die können sich vorstellen, wie das ist. Ich finde, das ist eine Katastrophe. Wir brauchen Geburtshilfe auch weiterhin in der Nähe. Denn ein Bildungsprogramm für Taxifahrer zur Geburtshilfe kann es auch nicht die Lösung sein. Von daher möchten wir, dass die Geburtshilfe in der Grundversorgung verankert bleibt.

Natürlich kann man überlegen, ob im städtischen Raum, in der Großstadt wirklich zwei Kliniken nebeneinander Geburtshilfe anbieten müssen. Aber das wird sich im Rahmen des DRG-Systems und der neuen Finanzierung sowieso erübrigen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das wollen wir auch!)

- Dann sagen Sie es auch so, wie es ist, und sagen Sie nicht, die sollten aus der Grundversorgung heraus. Die Grundversorgung ist klar definiert. Da brauchen Sie nicht mit dem Kopf zu schütteln, Herr Minister. Es ist klar definiert, was Grundversorgung heißt. Das ist festgelegt an der Kilometerzahl, der Erreichbarkeit, den räumlichen Bedingungen. Sagen Sie dazu klar etwas! Wir reden hier doch, damit Sie sich dazu äußern können. Ich will Ihnen ja gar nicht unterstellen, dass Sie lauter Taxikinder haben wollen. Stellen Sie doch einfach klar, was Sie wirklich wollen, und gehen Sie mit den Begriffen eindeutig um! - Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Dr. Romberg von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Frau Steffens, ich spreche Sie ganz konkret an, es geht Ihnen doch um eine sachliche Auseinandersetzung.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Bei Ihnen ist das ja nicht immer so!)

So hatte ich das von Ihnen zumindest vernommen. Nun hätten wir das ja im Ausschuss vernünftig und in Ruhe beraten können. Aber Sie verweigern das, indem Sie direkte Abstimmung über einzelne Spiegelstriche beantragen, wo es um Dinge geht wie das Vorlegen von Informationen seitens der Landesregierung. Dabei stellt sie die Ihnen auf Bitten in jeder Ausschusssitzung ohnehin zur Verfügung. Das ist hier doch ein einziges Wahlkampfgetöse; Herr Henke hat es richtig gesagt. Darauf fallen wir wirklich nicht herein.

Weshalb wollen Sie diese Anträge denn jetzt direkt abstimmen? Weshalb steht die SPD derzeit mit Anträgen an Infoständen vor den Krankenhäusern und sagt: „Ihr Patienten werdet nicht mehr vernünftig versorgt; CDU und FDP sorgen dafür, dass hier mit der Gesundheit alles zugrunde geht“? - So machen das Parteikollegen von Ihnen jetzt im Wahlkampf. Das finde ich einfach unlauter.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Das ist für mich keine politische Kultur.

(Beifall von FDP und CDU - Rainer Schmelzer [SPD]: Können wir mal über die Kultur der FDP im Wahlkampf reden?)

Meine lieben Kollegen, wer hat eigentlich hier im Land in den letzten 40 Jahren Krankenhauspolitik gestaltet? Wenn Ihr Herz so stark für die Krankenhäuser geschlagen hätte, hätten Sie dann nicht auch schon Dinge umsetzen können, die den Krankenhäusern wirklich unter den Nägeln brennen?

Wie ist denn die Situation? Die Wissenschaftler sagen deutlich: Es gibt seit vielen Jahren einen Investitionsstau in erheblicher Höhe gerade in Nordrhein-Westfalen. Die Wissenschaftler sprechen von über 13 Millionen €. Da ist NRW Spitze. Dann folgt lange nichts. Ich nenne Ihnen einmal Zahlen anderer Länder: Niedersachsen hat 3,7 Millionen, Baden-Württemberg 3,4 Millionen, Sachsen-Anhalt 0,9 Millionen. Da regiert seit längerer Zeit Schwarz-Gelb und nicht Rot-Grün. Also: Diese Krankenhauspolitik haben erst einmal Sie zu verantworten und nicht wir.

(Beifall von der FDP)

Und es geht ja auch darum, dass keine Investitionen zurückgefahren werden. Das hat Herr Henke noch einmal deutlich gesagt. Und letztlich wird darüber doch bei den Haushaltsberatungen im Landtag entschieden, oder etwa nicht?

(Rainer Bischoff [SPD]: Das hat der Minister angekündigt!)

Sind von uns Haushaltsansätze zurückgefahren worden? - Das ist nicht der Fall.

Sie fordern, es müsse mehr Geld für den in Rede stehenden Zweck ausgegeben werden. - Aber Haushaltsansätze haben Sie auch nicht erhöht. Sie haben nur ungedeckte Schecks ausgeschrieben, und das war nicht korrekt. So kann man keine Politik machen.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Dr. Romberg, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Gebhard?

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Aber gerne doch.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte, Frau Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Herr Romberg, können Sie mir den Widerspruch in Ihren Aussagen erklären, wonach wir einerseits einen Investitionsstau von 30 Millionen haben, Sie uns andererseits aber gleichzeitig vorwerfen, wir hätten zuviel ausgege-

ben? Wie kann es gleichzeitig ein Zuwenig und ein Zuviel sein?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Romberg, bitte.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Sie haben nur ungedeckte Schecks ausgestellt; Barmittel im Haushalt standen in dieser Höhe nicht zur Verfügung. Das ist das Unlautere. Diesen Investitionsstau haben Sie zu verantworten. Den gibt es in vielen anderen Bereichen im Land auch.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die Kassen sind bei -nicht von uns in den letzten Jahren angesammelten - Schulden von 110 Milliarden € mehr noch als leer. Dafür tragen Sie die Verantwortung. Wenn wir deshalb jetzt gucken müssen, wo Schwerpunkte zu setzen sind, sagen wir: In den Schulen sind die Probleme im Moment noch größer als in den Krankenhäusern.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] - Zuruf von der SPD: Das ist ein Anschlag auf die Intelligenz!)

Deshalb können wir wahrscheinlich im nächsten Haushalt den entsprechenden Ansatz nicht erhöhen.

(Zuruf von der SPD: Junge, Junge, Junge!)

Aber was alles, was gar nichts kostet, hätten Sie nicht schon längst für die Krankenhäuser tun können? - Überall wird in den Krankenhäusern über die bürokratischen Hürden geklagt, mit denen sie zu kämpfen haben. Ein Krankenhausarzt kämpft durchschnittlich drei Stunden lang täglich nur mit Bürokratie. Das ist Zeit, die er nicht für die Patienten einsetzen kann, sondern die er am Schreibtisch verbringen muss.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie können ja mal einen Antrag schreiben!)

- Wir werden dafür sorgen, Frau Steffens, dass die Bürokratie wirklich abgesenkt wird.

(Zuruf von der SPD: Damit Kunstfehler hinterher nicht nachgewiesen werden können!)

Es gibt viele Vorschriften, beispielsweise auf den Gebieten Qualitätssicherung, Arbeitsschutz, im Medizinproduktegesetz, auch im Krankenhausgesetz Nordrhein-Westfalen, die ausgemistet gehören. Diese Bürokratie muss heruntergefahren werden. Damit kann man für die Krankenhäuser kostengünstig Gutes tun. Das haben Sie nicht gemacht.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Die Aufhebung der Trennung von ambulantem und stationärem Bereich liegt in der Bundesverantwortung. Dort ist Rot-Grün immer noch in der Regierung.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Aber nicht mehr lange!)

Da hätte zum Wohle der Patienten und zum Wohle der Krankenhäuser etwas geschehen können. Krankenhäuser könnten dann längst zusätzlich ambulant behandeln und müssten Patienten, die sich nach einer stationären Behandlung von dem Krankenhausarzt ihres Vertrauens noch einige Wochen weiter behandeln lassen möchten, nicht wegzuschicken.

(Zuruf von der SPD: Mit der Aussage nehmen wir Sie noch beim Wort!)

- Das können Sie gerne tun.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Steffens. Würden Sie die zulassen?

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Ja.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Steffens, bitte.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Romberg, sind Sie sich darüber im Klaren, dass auch die Bundes-FDP immer wieder im Rahmen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes die Öffnung der Krankenhäuser nicht wollte?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Romberg, bitte.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Frau Steffens, Sie wollten in diesem Bereich eigentlich etwas tun. Das haben Sie hier immer verkündet.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Wir haben Sie gefragt, wie Sie das sehen!)

Aber es ist nichts passiert. Ich denke, die Krankenhäuser müssen sich in dem Bereich öffnen. Da können sich Liberale auch entwickeln.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

- Da können Sie lachen, Frau Steffens; Grüne können sich schlecht entwickeln.

Der Krankenhausbetrieb ist personalintensiv. Was bedeutet das? Sie hätten auf Bundesebene dafür sorgen können, dass die Lohnzusatzkosten endlich gesenkt werden. Auch das hätte den Krankenhäusern geholfen. Immer noch verliert Deutschland täglich 1.000 Arbeitsplätze, gerade in

den personalintensiven Sektoren. Das ist auch Ihre Verantwortung.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Dr. Romberg, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, jetzt von Herrn Abgeordneten Link?

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Ich würde ganz gerne noch einmal ein paar Ausführungen machen ...

Vizepräsident Edgar Moron: Also nein. Sie brauchen das nicht zu begründen. Sagen Sie nur Nein, dann ist das erledigt.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Auch für die Krankenhausplanung haben Sie einen Plan aufgestellt, Überkapazitäten ermittelt, darauf aber nicht reagiert. Sie haben die Verantwortung regional verschoben, aber nicht übernommen.

Wohnortnahe Versorgung: Sie ist in vielen Bereichen immer noch nicht optimal. Sie hatten die Geburtshilfe angesprochen: Das ist sicher ein Feld, über das man noch diskutieren kann. Das ist völlig richtig. Sie fordern allerdings, ein externes Gutachten in Sachen „komplizierte Geburten“ erstellen zu lassen. - Mit einer komplizierten Geburt geht man allerdings nicht in eine „einfache“ Geburtshilfeabteilung, sondern in ein Klinikum mit einer Intensivstation für Kinder und Säuglinge. Deshalb sollte man, meine ich, nicht weiter gutachtlich prüfen lassen.

Aber was ist mit den psychisch kranken Menschen in diesem Land? Sind die in den letzten Jahren wohnortnah versorgt worden? Über die Hälfte der Menschen, die stationär versorgt werden, wird immer noch in alten Anstaltsgebäuden untergebracht, die häufig an den Stadtgrenzen oder auf der grünen Wiese liegen. Das ist ein Bereich, in dem noch viel zu wenig getan wird, in dem wohnortnahe Versorgung noch immer nicht vernünftig umgesetzt worden ist.

Bei all den geschilderten Problemen muss man sagen: Ein bisschen mehr vornehme Zurückhaltung gerade vonseiten der SPD wäre sehr wünschenswert. Sie haben 40 Jahre dafür die Verantwortung getragen. Jetzt den Mund so weit aufzumachen, steht Ihnen nicht gut, meine Kollegen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Romberg. - Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Forderung, das Krankenhausinvestitionsprogramm 2005 umzusetzen, stimme ich natürlich zu. Das habe ich bereits mehrfach öffentlich in Pressemitteilungen meines Hauses, vorige Woche bei der Darstellung meiner politischen Ziele für die neue Wahlperiode im zuständigen Ausschuss des Landtags und in der Aktuellen Stunde zum gleichen Thema vor zwei Wochen hier im Plenum erklärt.

Aber da ich ein geduldiger Mensch bin, wiederhole ich meine Aussagen für die, die es immer noch nicht zur Kenntnis genommen haben oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen, gerne an dieser Stelle: Ich setze das Investitionsprogramm 2005 der Vorgängerregierung vom April dieses Jahres ohne jegliche Kürzungen um.

Ich tue das im Sinne der Krankenhäuser, die wichtige Baumaßnahmen durch dieses Programm finanzieren können, obwohl es rein finanztechnisch schmerzhaft ist.

Es ist schmerzhaft, weil sich durch die Umsetzung dieses Programmes - und jetzt hören Sie bitte zu - die Schere zwischen den Verpflichtungen, die die alte Regierung eingegangen ist, und den zu geringen Ausgabemitteln, die Rot-Grün zur Finanzierung der Investitionsprogramme in den Haushalten der letzten Jahre eingestellt hat, erneut vergrößert. Dadurch wird der Berg, von dem ich rede, noch einmal größer.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn die Verfahren in den Regionen nicht so weit wären, dann würde ich das nicht machen. Aber die Verfahren sind weit vorangeschritten.

Und Sie haben Recht damit, dass aufgrund der bei den Regierungspräsidenten liegenden Listen in den Krankenhäusern Entscheidungen getroffen worden sind, die ich natürlich zur Kenntnis nehme. Ich lasse die Krankenhäuser nicht hängen. Aber um es noch einmal klar zu sagen: Das Problem wird durch dieses Vorgehen noch einmal erheblich vergrößert.

Dass nun gerade Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, diesen Antrag stellen und damit dieses eigentlich ausdiskutierte Thema erneut aufgreifen, provoziert auch bei mir die Frage nach Ihrer Motivation. Haben Sie nicht begriffen, was Sie in den vergangenen Jahren mit Ihrer unsoliden Haushaltspolitik angerichtet haben?

(Beifall von der CDU)

Geht es Ihnen darum, vor den Bürgerinnen und Bürgern und den Krankenhäusern im Lande als Gutmenschen dazustehen und Ihre Hände in Unschuld zu waschen? Sind Sie wirklich so naiv, zu glauben, dass niemand merkt, in welcher Beziehung hier Ursache und Wirkung stehen?

Damit es alle im Lande und endlich auch alle SPD-Abgeordneten im Lande verstehen, nutze ich Ihren Antrag, um die Mogelpackung der ehemaligen Landesregierung noch einmal aufzuschnüren.

Mit dem Haushalt 2002 hat die rot-grüne Landesregierung für die Krankenhäuser im Land ein gutes Werk getan. Sie stockte das Finanzvolumen für neue Baumaßnahmen von 170 Millionen auf rund 255 Millionen auf. So konnten endlich mehr Baumaßnahmen bewilligt werden.

2002 und 2003 war es noch vernünftig, die für die zu bezahlenden Rechnungen vorgesehenen Barmittel im Haushalt nicht zu erhöhen. Schließlich brauchen die Krankenhäuser - das haben wir oft besprochen - für die technisch sehr komplexe Maßnahmen erhebliche zeitliche Vorläufe, bis dann die größeren Zahlungen anfallen.

Aber spätestens im Haushalt 2004 hätten Sie doch die Konsequenzen ziehen und mehr Barmittel zur Verfügung stellen müssen, um die VEs abzulösen, weil die Vorhaben zu diesem Zeitpunkt planungs- bzw. bereits baureif waren.

(Beifall von der CDU)

Aber das haben Sie unterlassen. Auch im Doppelhaushalt 2004/2005 schrieben Sie sowohl das Volumen für Neubewilligungen als auch den Ansatz für die Barmittel stur fort.

Um es noch einmal zu sagen, damit man es auch in der Grundschule versteht: Die alte Landesregierung hat den Krankenhäusern vier Jahre hintereinander 3 € versprochen und hatte nur 2 € in der Geldbörse, um das Versprechen einzulösen. Genau das haben Sie gemacht.

(Beifall von der CDU)

Dieser eine Euro fehlt in jedem Jahr. Deswegen ist die Situation so, wie sie nun leider ist.

Das, was Sie praktiziert haben, ist die Methode, mit ungedeckten Schecks zu bezahlen. Dies führt dazu, dass man einen Haushalt an die Wand fährt. Angesichts dieser Tatsachen würde wohl jeder erwarten, dass diejenigen, die dafür die Verantwortung tragen, schweigen.

Nicht so die SPD-Fraktion. Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ werden diejenigen, die für dieses Desaster verantwortlich zeichnen,

nicht müde, der neuen Landesregierung vorzuwerfen, sie betreibe eine Politik zulasten der Krankenhäuser. Diesen Vorwurf lasse ich schlicht und ergreifend nicht auf mir sitzen.

Mein Ziel ist eine solide Krankenhauspolitik mit einer soliden Finanzierung. Die CDU hat den Bürgerinnen und Bürgern im Lande eine ordentliche und verlässliche Politik versprochen. Dazu gehört auch, eingegangene Verpflichtungen der alten Landesregierung zu erfüllen. Hierfür braucht es nun wirklich nicht den Antrag der SPD-Fraktion von heute.

Noch einmal, damit Sie es auch in Ihren Wahlkreisen verkünden können: Das Investitionsprogramm 2005 wird ohne Abstriche umgesetzt.

(Beifall von der CDU)

Jetzt komme ich zu Ihnen, Frau Kollegin Steffens, und zwar zunächst zu den Themen Grundversorgung und Geburten. Im Krankenhausplan des Jahres 2001 - zu dieser Zeit war ich noch nicht auf der Landesebene tätig - ist die Geburtenhilfe von der damaligen Landesregierung in Klammern gesetzt worden. Das heißt rechtlich, dass sie damit nicht mehr im Regelfall in der Grundversorgung ist. Jetzt muss ich mir hier dafür Vorwürfe anhören. Das war doch Ihr Krankenhausplan!

(Beifall von der CDU)

Ich kritisiere das aber nicht, denn es ist die Wahrheit, dass die diagnosebezogene Fallpauschale - das sagt Ihnen jeder Krankenhausträger - dazu führt, dass man unter der Größenordnung von ca. 500 Geburten eine Geburtenstation nicht wirtschaftlich führen kann. Schon heute verfügt nicht jedes Krankenhaus in der Grundversorgung über eine Geburtenstation.

Diese Dinge werden sich durch die diagnosebezogenen Fallpauschalen, denen Ihre Partei im Deutschen Bundestag zugestimmt hat, denen ich im Deutschen Bundestag zugestimmt habe, nun einmal verändern, und die demographische Entwicklung kommt noch hinzu. Ich gebe Ihnen Recht, dass wir in bestimmten ländlichen Gebieten aufpassen müssen. Das machen wir auch.

Aber behaupten Sie doch bitte nicht, Sie hätten mit dem Krankenhausplan 2001 und dem In-Klammern-Setzen nichts zu tun. Dazu hätten Sie heute stehen müssen. Stattdessen vergießen Sie Krokodilstränen. Sie waren damals selber mit dabei.

(Beifall von CDU und FDP)

Den Punkt 4 Ihres Entschließungsantrages, dass wir Ihnen eine langfristige Planung der Krankenhausfinanzierung vorlegen sollen, kann ich nicht verstehen. Ich bin seit acht Wochen im Amt. Sie haben vier Jahre bei der Haushaltspolitik der alten Landesregierung und der damaligen Ministerin Schmiere gestanden. Ich finde eine solche Forderung nach acht Wochen schlicht und ergreifend eine Frechheit, um es einmal ganz deutlich zu sagen!

(Beifall von CDU und FDP)

Nun möchte ich noch etwas zitieren, und daran werde ich mich auch halten. § 14 Abs. 2 KHG NRW der alten Landesregierung von 1998 ist Folgendes zu entnehmen:

„Bei der Neuaufstellung und Fortschreibung der Rahmenvoraussetzungen ist der zuständige Landtagsausschuß zu hören.“

Außerdem steht im KHG NRW, dass inhaltliche Diskussionen das zuständige Ministerium mit dem Landesausschuss für Krankenhausplanung führt.

Ich werde mich, was die Krankenhausplanung angeht, genau an dieses KHG von Ihnen halten, nicht mehr und nicht weniger, und ich werde die Handlungsspielräume der Landesregierung in diesem Punkt wahren. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Fischer das Wort.

Birgit Fischer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe immer noch davon aus, dass Debatten im Landtag ein Ziel haben, nämlich Sachverhalte zu klären und aufzudecken, Festlegungen zu treffen und zu einem gemeinsamen Meinungsbild zu kommen. Ich muss ehrlich sagen, dass ich einzelne Aussagen - wer naiv ist, wer was begriffen oder nicht begriffen hat oder dass es eine Frechheit ist, eine andere Meinung in einer Sache zu vertreten - nicht begreifen kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, dass das nicht der richtige Stil für eine Debatte im Landtag ist.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist schlechtes Benehmen!)

Die Diskussion heute ist keine Diskussion, die von der SPD oder von Bündnis 90/Die Grünen angezettelt worden ist, sondern sie ist eine Diskussion, die Sie, Herr Minister Laumann, angezettelt ha-

ben, weil Sie in der Öffentlichkeit wiederholt gesagt haben: Es wird in den nächsten zwei Jahren kein Investitionsprogramm geben.

Dann gab es im Laufe der Zeit die Variante, es solle ein Jahr lang kein Investitionsprogramm geben, wir müssten ein Jahr eine Pause machen. Dann gab es Aussagen folgender Art: Selbstverständlich werden wir im Jahre 2005 die bereits bewilligten Maßnahmen auch weiter finanzieren. - Diese Aussage ist banal. Natürlich muss die Landesregierung den rechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Das ist selbstverständlich. Dabei gibt es überhaupt keinen Entscheidungsspielraum - auch nicht für eine neue Regierung.

Dieses Hin und Her - einmal ist von zwei Jahren die Rede,

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

dann von einem Jahr; einmal ist 2005 dabei, dann ist 2005 nicht dabei - hat erst recht zu Verunsicherung geführt. Wir bemühen uns, durch unsere Anträge für Klarheit zu sorgen. Es kommt ständig zu neuen Aussagen der Landesregierung in dieser Sache.

(Beifall von der SPD)

Der vorliegende Antrag ist keine Neuauflage der Diskussion in der Aktuellen Stunde. Wir haben uns bewusst auf das Jahr 2005 bezogen. Das haben wir getan, weil bisher keine Klarheit darüber besteht, ob die Maßnahmen, die im Investitionsprogramm 2005 stehen, in der Tat umgesetzt werden, und ob auch die Maßnahmen, für die es bisher keinen Bewilligungsbescheid gibt, noch in diesem Jahr bewilligt werden.

Wir reden über 55 Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen, die im Investitionsprogramm 2005 stehen. Nicht alle Maßnahmen haben bis zum heutigen Tag einen Bewilligungsbescheid erhalten. Genau um diese Maßnahmen geht es.

Ihre heutige Aussage, Herr Minister Laumann, dass alle Maßnahmen - ich gehe davon aus, dass damit alle 55 Maßnahmen gemeint sind - eine Bewilligung erhalten, ist eine Botschaft in die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen, die zumindest für dieses Jahr zu einer erheblichen Beruhigung beitragen kann. Das hat nichts mit Wahlkampfgetöse zu tun.

(Lachen von der CDU)

Es geht einfach darum, für Klarheit in der Sache zu sorgen.

Ich bitte allerdings weiter darum, deutlich zu sagen, warum Sie unserem Antrag nicht zustimmen.

Er bezieht sich nämlich nur auf das Jahr 2005, weil wir mit diesem Antrag im Parlament ein klares Votum herbeiführen wollen.

Ich frage Sie, Herr Kollege Henke: Was haben Sie vorhin hier erzählt? Was haben Sie gegen unseren Antrag vorzubringen, wenn der Minister eindeutig sagt: „Alle Maßnahmen, die im Investitionsprogramm 2005 stehen, werden bewilligt“?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie müssen diesem Antrag dann doch zustimmen. Man kann doch nicht auf der einen Seite sagen, dass man das selbstverständlich tut, und uns vorwerfen, wir würden eine Verunsicherung in die Landschaft bringen. Auf der anderen Seite sagen Sie: Dem Antrag können wir leider nicht zustimmen. - Dann müssen Sie mit einem Gegenantrag im Parlament Farbe bekennen und deutlich sagen, was Sie überhaupt beabsichtigen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es geht bei diesem Thema mit Sicherheit nicht um Rechthaberei. Es geht auch nicht um Verunsicherung - zumindest nicht vonseiten der Antragsteller. Aber Klarheit ist dringend geboten.

Ich wehre mich dagegen, dass Wortklauberei betrieben wird. Tatsache ist: Es geht um die Frage, ob es zukünftig noch Bewilligungsbescheide geben wird, ja oder nein. Für das Jahr 2006, gegebenenfalls für 2007, wissen wir nach den Ankündigungen, dass es zumindest keine neuen Bewilligungsbescheide geben soll. Das heißt: Es gibt kein Investitionsprogramm 2006 und voraussichtlich auch kein Investitionsprogramm 2007.

Dass man dies als „Investitionsstopp“ bezeichnen kann, steht doch außer Frage. Dass darüber hinaus pauschale Investitionen existieren, zu denen es eine rechtliche Verpflichtung des Landes gibt, liegt auch auf der Hand.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

In diesem Haus ist im Rahmen der Krankenhausplanung vollkommen klar, dass wir über Einzelförderung und über pauschale Förderung reden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ich nicht!)

Streitig ist zurzeit die Einzelförderung. Diese Maßnahmen sollen gestoppt werden. Ich halte das für die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen insgesamt für fatal.

Lassen Sie mich noch zum Thema Barmittel noch eins sagen: Barmittel sind in jedem Jahr nur darum wichtig, weil sie zur Ausfinanzierung der Maßnahmen der Vorjahre dienen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Richtig!)

Sie dienen nicht dazu, die Maßnahmen der kommenden Jahre zu finanzieren, sondern nur die Maßnahmen der Vorjahre. Die Barmittel, die 2005 im Haushalt stehen, sind für Maßnahmen aus den Jahren 2004 und weiter zurückliegender Jahre vorgesehen.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Darum ist es vollkommen absurd, im Landtag zu sagen, die bisherigen Verpflichtungsermächtigungen könnten nicht durch die Barmittel abgedeckt werden. Das ist eine Frage, die wir in den nächsten Haushaltsberatungen debattieren müssen. Das ist noch lange kein Grund, sich vor die Öffentlichkeit zu stellen und zu argumentieren, die alte Landesregierung habe die neue Landesregierung letztendlich dazu veranlasst, zu einem Bewilligungsstopp zu kommen.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen abschließenden Satz zur politischen Bewertung der Geschehnisse sagen: Es soll erstens einen Stopp der Bewilligungsbescheide geben. Es gibt zweitens Schuldzuweisungen an die alte Landesregierung. Das ist ein scheinbar einfacher Weg. Man setzt gleichzeitig darauf, dass die Öffentlichkeit, die Krankenhäuser und die Bürger und Bürgerinnen in Nordrhein-Westfalen schnell vergessen, dass es in den ersten Jahren der neuen Landesregierung einen Bewilligungsstopp gegeben hat, um dann in der Mitte der Legislaturperiode mit einem höheren Volumen in die Investitionen einsteigen und mehr Maßnahmen bewilligen zu können.

Das ist eine Mogelpackung. Das ist ein fauler Kompromiss zulasten Dritter, zulasten der Krankenhäuser und zulasten der Bürger und Bürgerinnen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Minister, nach Ihren Aussagen zumindest dem Antrag zu 2005 zustimmen können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Fischer. - Zu einer Kurzintervention hat Herr Henke für die CDU-Fraktion das Wort.

Rudolf Henke (CDU): So kommen wir doch noch zu den Kurzinterventionen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Investitionsprogramm 2005 gilt. Das hat der Minister gesagt. Das Investitionsprogramm 2005 wird weiter in Bewilligungen fließen, soweit das nicht schon längst geschehen ist. Deswegen gibt es keinerlei Anlass, den Antrag der SPD zu beschließen. Es besteht keineswegs die Notwendigkeit, bei dieser Praxis der Landesregierung zu intervenieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Henke. - Jetzt hat sich noch einmal Frau Steffens für die Grünen gemeldet.

(Zuruf: Ist das auch eine Kurzintervention?)

- Das ist auch eine Kurzintervention, ja.

(Zurufe von der CDU)

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Wenn man noch eine Minute hat, darf man diese auch nutzen. Sie können es ja auch gleich tun.

Herr Laumann, ich möchte etwas zu Ihrer sehr heftigen Äußerung sagen, dass es eine Frechheit sei, den Punkt 4 im Entschließungsantrag der Grünen zu beantragen, den Punkt nämlich, dass Sie dem Landtag ein langfristiges Finanzierungskonzept vorlegen sollen.

Ich finde es nicht angemessen und halte es sogar für etwas undemokratisch, wenn Sie mit Äußerungen wie, es sei eine Frechheit, so etwas zu beantragen, auf einen solchen Antrag reagieren. Es entspricht demokratischem Verfahren, dass man als Opposition Anträge stellt. Ich finde es selbstverständlich, dass Sie darauf sagen: Ich brauche dafür Zeit. Ich kann es jetzt nicht oder in dem Zeitrahmen nicht. - Darüber kann man gerne reden.

Dass man aber, wenn man in der Opposition ist, über ein Konzept der Regierung informiert sein möchte, finde ich völlig legitim. Dass Sie so darauf eingehen, ist für mich einfach unverständlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich verbitte mir für die Zukunft auch, dass Formulierungen benutzt werden, als hätte man als kleinerer Koalitionspartner in einem Ministerium - wie Sie es auch immer formulieren - „Schmiere gestanden bei politischen Entscheidungen“. Das finde ich ziemlich abstrus, gerade mit Blick auf den Punkt, über den wir geredet haben, weil es darum geht, dass dieser Bereich nicht aus der Grundversorgung genommen worden ist, sondern in Klammern

gesetzt worden ist. Das heißt, er ist Bestandteil der Grundversorgung. Es gibt aber Ausnahmefälle, gerade im städtischen Bereich.

Deswegen habe ich Ihnen eben schon gesagt: Wenn wir uns darauf verständigen, ...

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): ... dass das Ihre Linie ist, dann können wir das machen. Sagen Sie aber nicht, Sie nähmen es in die Regionalversorgung auf. Das bedeutet nämlich etwas anderes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Steffens, für Ihren Beitrag. - Jetzt hat sich Herr Minister Laumann noch einmal gemeldet. Bitte schön.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Kollegin Fischer, Sie sagen, man habe jedes Jahr knapp 170 Millionen € Barmittel und man könne für 255 Millionen € Bewilligungsbescheide verschicken. Das sei normal und das könne man immer so weiter machen.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass wir allein in diesem Jahr Rechnungen aus Ihren Bewilligungsbescheiden von rund 230 Millionen € zu bezahlen haben. Das ist die Konsequenz, die entsteht, wenn man mehr Bewilligungsbescheide verschickt, als man durch Barmittel jedes Jahr ablöst.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt habe ich aber nur 170 Millionen € Barmittel von Ihnen im Haushalt stehen. Sagen Sie mir einmal, wie das aufgehen soll. Das geht nächstes Jahr, übernächstes Jahr, das geht immer so weiter. Wir werden folglich eine Pause mit neuen Bewilligungsbescheiden machen, um das wieder in den Griff zu bekommen.

Natürlich wird das Parlament im Rahmen der Haushaltsberatungen 2006/2007 sehen, was wir an Barmitteln und an Mitteln für welche Bewilligungsbescheide in den Haushalt einstellen. Natürlich ist es das gute Recht des Parlaments, darüber informiert zu werden. Und das kann man dann diskutieren und auch kritisieren.

Aber noch einmal: Auch mit langen Planungszeiträumen kann man nicht jedes Jahr 255 VE herumschicken und 170 ablösen. Das holt einen ein. Wenn Sie noch im Amt wären, hätte es Sie auch

eingeholt. Das ist die Wahrheit; das wissen Sie ganz genau.

Noch ein Satz zu den Krankenhäusern: Auch im nächsten Jahr wird es - ich kann den Haushaltsberatungen nicht vorweggreifen - Ziel meines Hauses sein, dass die Mittel für das Investitionsprogramm in der Höhe verbleiben, die seit langen Jahren im Haushalt steht. Natürlich werden auch nächstes Jahr wieder in dieser Summe Rechnungen, die Krankenhäuser aufgrund von Investitionen haben, beglichen.

(Minister Dr. Helmut Linsen: Das kann ich bestätigen!)

Wir werden keinen Euro einsparen. Ich möchte nur, dass die Krankenhäuser Verpflichtungsermächtigungen bekommen, dass sie mit Geld rechnen können, dass sie Rechnungen einreichen können. Das darf aber nicht so weit auseinander liegen, wie es sich jetzt entwickelt hat. Hätten Sie diese Geschichte so weitergemacht, wären Sie irgendwann in einen sozialistischen Zehnjahresplan gekommen.

Damit wäre dann die Frage, ob die Krankenhäuser das überhaupt noch brauchen, was sie an VEs haben, und ob die Planung mit dem, was gebraucht wird, übereinstimmt, immer weiter auseinander gegangen.

Frau Steffens, Sie haben in Ihrer ersten Rede gesagt, Sie hätten gestern Abend mit Krankenhäusern gesprochen, die Geld zurückgeben würden. Nennen Sie uns bitte diese Krankenhäuser! Ich kann Ihnen nur sagen: Meine Fachabteilung hat mir vor einer Minute mitgeteilt, dass das in der Geschichte unseres Hauses noch nicht vorgekommen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Noch einmal: Sie haben hier im Landtag erklärt, es gäbe Krankenhäuser, die das Geld gar nicht mehr bräuchten, die es zurückgäben. Damit könnte ich andere Krankenhäuser bedienen. Nennen Sie uns die Krankenhäuser. Dann können wir gerne über weitere Förderprogramme reden. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. - Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Herr Bischoff gemeldet.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Zuruf von der CDU: Kurzintervention!)

- Der Kollege hat noch fast drei Minuten. Das ist keine Kurzintervention.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das mit den Kurzinterventionen hat Herr Henke vorgemacht. Ich fühle mich bemüßigt, das auch zu tun.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ist in Ordnung!)

Ich möchte auch ein Resümee der Debatte ziehen. Wir haben festgestellt - auch wenn Herr Henke offensichtlich nicht informiert war, denn er hat sich anders geäußert -, dass der Minister eine klare Aussage zu den Barmitteln und zu den Investitionsvorhaben 2005 gemacht hat. Das halten wir für einen Erfolg.

Jetzt kann man sich fragen: Sind das unsere Bemühungen? Sind das die Bemühungen der Krankenhausgesellschaft NRW gewesen?

(Lachen von der CDU)

- Sie brauchen nicht zu lachen. Ich frage ja nur. Jedenfalls sehen wir: Es hat sich etwas bewegt. Das war für mich unwidersprüchlich die erste klare Aussage des Ministers zum Jahr 2005. Für Herrn Henke schien das auch neu zu sein. Was er vorher ausgeführt hat, war etwas anderes. Das haben wir sehr wohl wahrgenommen. Herr Henke, wir können zusammen das Protokoll lesen, das erstellt wird.

(Beifall von der SPD)

Das Zweite, was ich feststelle, ist, dass zum Jahr 2006/2007, Herr Minister Laumann, nach wie vor in meinen Augen sich widersprechende Aussagen vorliegen.

Wir hatten vorhin die Aussage - Sie sagten es eingangs -: Das Problem wird sich noch verstärken. - Das klang eher so, als wollten Sie eine Pause für 2006/2007 machen. Im zweiten Redebeitrag habe ich das anders wahrgenommen. Da habe ich, Rainer Bischoff, wahrgenommen, dass Sie gesagt haben: Es wird so ähnlich weitergehen. - Wir werden also das Thema weiterhin im Auge behalten.

Wir sind ja ganz sachlich miteinander, Herr Laumann. Sie waren eben sachlich. Ich bin es auch. Wir werden das Thema weiterhin im Auge behalten, sicherlich gemeinsam mit den Interessierten. Wir werden Ihnen damit auch nachweisen, dass es sich nicht um eine Wahlkampfveranstaltung handelt. Da können Sie ganz sicher sein.

Wir werden die Jahre 2006/2007 ganz genau im Auge behalten, auch wenn keine Wahlkämpfe stattfinden. Den Vorwurf können Sie uns garantiert nicht mehr machen. Es wird so sein, dass wir das Thema weiter begleiten werden. Dann werden wir uns, Herr Henke, zu dem Thema wahrscheinlich ab und zu hier sprechen. Das ist mein Resümee der Veranstaltung.

Ich glaube, dass wir ein Stück weiter sind, was 2005 angeht. Dieser Klärungsbedarf ist durch unseren Antrag entstanden.

(Beifall von der SPD)

Das ist eine im Land, wie ich meine, sehr positive Botschaft, die wir jetzt hier im Parlament verkünden können: dass die Träger für dieses beziehungsweise das kommende Jahr eine entsprechende Bedarfsplanung vornehmen können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Bischoff. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redezeiten sind er- und ausgeschöpft. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den **Antrag** der Fraktion der SPD mit der **Drucksache 14/197** ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag**, der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebracht wurde. Das ist die **Drucksache 14/251**. Hier ist eine differenzierte Abstimmung beantragt worden, und zwar zuerst über die beiden Punkte 2 und 3 auf Seite 2 und anschließend über die verbleibenden vier Punkte. Danach findet eine Gesamtabstimmung statt. Ich denke, das Abstimmungsverfahren ist klar.

Wir stimmen nun über die **Punkte 2 und 3** in der Drucksache 14/251 ab. Wer diesen beiden Punkten seine Zustimmung geben will, den bitte um das Handzeichen. - Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit sind diese beiden Punkte mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Jetzt stimmen wir über die **Punkte 1, 4, 5 und 6** in der Drucksache 14/251 ab. Wer diesen vier Punkten seine Zustimmung geben will, den bitte um das Handzeichen. - SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit sind diese vier Punkte mit dem gleichen Stimmenverhältnis **abgelehnt**.

Eine Gesamtabstimmung brauchen wir nicht mehr vorzunehmen, weil alle Punkte abgelehnt worden sind.

(Vizepräsident Edgar Moron erhält einen Hinweis aus dem Präsidium.)

- Meine Damen und Herren, so leicht ist es nun doch nicht. Ein Blick in die Geschäftsordnung zeigt, dass eine Gesamtabstimmung immer erforderlich ist.

Ich stelle deshalb den **Entschließungsantrag Drucksache 14/251** in seiner Gesamtheit zur Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE] nimmt in den Reihen der CDU-Fraktion Platz und stimmt von diesem Platz aus ab. - Heiterkeit)

Wer ist dagegen? - CDU und FDP, und Herr Rimmel hat sich da als U-U-Boot hineingesetzt. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dieser etwas humoristischen Einlage kommen wir zu Tagesordnungspunkt

6 „Weltjugendtagshügel“ erhalten und Erinnerung an Weltjugendtag bewahren

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/212

Zur Einbringung hat Herr Prof. Dr. Sternberg von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Unruhe)

Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nun kommen wir nach dieser hitzigen Debatte zu einem kleineren Thema.

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, ich darf bitten, etwas mehr Aufmerksamkeit dem Redner zuteil werden zu lassen und etwas leiser - am besten gar nicht - zu reden.

Dr. Thomas Sternberg (CDU): Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht einmal einen Monat her, dass hier in Nordrhein-Westfalen ein erstrangiges internationales Ereignis stattfand: der katholische Weltjugendtag in Köln 2005. - Fast schon vergessen.

Wer denkt jetzt im Wahlkampfgetöse drei Tage vor der Bundestagswahl noch an dieses Ereignis? Und trotzdem lohnt es sich, dieses Ereignis in Erinnerung zu behalten. Aus 188 Nationen kamen junge Leute in unser Land, 410.000 waren für die Tage vom 16. bis 21. August offiziell eingeschrieben - mehr als drei Viertel von ihnen kamen übrigens aus dem Ausland -, und 23.000 halfen freiwillig.

Es fanden nicht nur in den rheinischen Städten, sondern im Vorlauf auch in einer ganzen Reihe von anderen nordrhein-westfälischen Städten Veranstaltungen statt, darunter ein großer Tag mit sozialen Engagements.

Einen besonderen Akzent bekam das Treffen durch die erste Auslandsreise des neuen Papstes und den ersten Besuch in Deutschland von Benedikt XVI. Seinen Höhepunkt fand das Treffen am Abend des 20. August und am Morgen des 21. August auf dem Marienfeld, einem rekultivierten ehemaligen Braunkohlentagebau in Frechen/Kerpen; 270 ha groß, 125 ha davon genutzt. 800.000 junge Leute schliefen auf dem Gelände. Am Sonntagmorgen waren es dann 1,1 Millionen Menschen, die mit dem Papst Gottesdienst feierten.

Noch ein paar Zahlen: 8.263 Journalisten ließen sich akkreditieren, und neben dem WDR übertrugen 56 internationale Anstalten in 120 Länder Fernsehbilder. Am 21. August verfolgten weltweit 250 Millionen Menschen das Geschehen im Rheinland.

Aber das Eine sind die großen Zahlen, das Andere sind die Begegnungen, die von dem eindrucksvollen Besuch des Papstes in der Kölner Synagoge bis zu vielen einzelnen persönlichen Freundschaften unter bis dahin Fremden reichen.

Auf dem Gelände waren temporäre Wege angelegt worden, die voll rückbaufähig sind, um den Boden nicht zu sehr zu verdichten. Mit einem eigenen Konzept „Bewahrung der Schöpfung“ wurden ökologische Belange bei der Ausgestaltung des Marienfeldes besonders ernst genommen.

Blickpunkt auf dem Marienfeld war aber ein künstlicher Hügel, auf dem die Gottesdienste stattfanden. Es handelt sich um eine Erdaufschüttung mit einer Fläche von 13.900 m² an der Basis und

3.000 m² oben. Erde aus vielen Ländern wurde symbolisch eingebracht, ganz ähnlich der viel diskutierten künstlerischen Intervention von Hans Haake für das Reichstagsgebäude in Berlin. Nach 55 Tagen Bauzeit war der Hügel im Mai aufgeschüttet und ist nunmehr begrünt.

Meine Damen und Herren, mit diesem Ort verbinden sich positive Erinnerungen von über 1 Million Menschen, die hier das Erlebnis einer internationalen Begegnung in einem religiösen Erlebnis hatten. Es ist ein Akt einer richtig verstandenen Erinnerungskultur, dass dieser Ort erhalten bleibt. Diejenigen, die vielleicht nach langen Jahren wieder einmal nach Deutschland kommen, nach Nordrhein-Westfalen, werden hier den Ort besuchen, an dem sie eine - vielleicht zu kalte - Nacht verbracht haben, an dem sie mit vielen anderen Jugendlichen aus vielen Ländern gemeinsam feierten, den Papst erlebten und vielleicht auch Unannehmlichkeiten zu überbrücken hatten, wie sie ein solches Großereignis natürlich auch mit sich bringt.

Diese Erinnerungen verbinden sich mit unserem Land Nordrhein-Westfalen, und wir haben die Chance, diese Erfahrungen in der Erhaltung dieses Ortes zu lokalisieren.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Nun hat es Stimmen gegeben, dieser Hügel müsse ganz im Gegenteil möglichst schnell wieder abgeräumt werden. Allen Ernstes heißt es einen Tag nach dem Großereignis - ich zitiere -:

Die Landschaft, Tiere und Pflanzen haben genug gelitten unter dem Weltjugendtag.

Das sind dieselben Stimmen, die schon einmal den vielleicht viel besser geeigneten Platz bei Hangelar für dieses Ereignis verhindert hatten. Eine solche Argumentation ist eine Variante zu den rheinischen Feldhamstern und den westfälischen Bachneunaugen.

(Beifall von der CDU)

Das sind Argumentationen, mit denen unliebsame Vorhaben verhindert werden sollen. Es handelt sich auf dem Marienfeld aber nicht um einen Eingriff in die Natur, sondern um Gestaltung von Natur.

(Beifall von der CDU)

Das ist ein wichtiger Unterschied - unser gesamtes Land Nordrhein-Westfalen ist eine geschichtlich geprägte Kulturlandschaft -, ganz besonders wichtig für ein Rekultivierungsgebiet, wie es ein Tagebau nun einmal ist.

Ganz nebenbei würde das Abräumen des Hügels erhebliche Kosten verursachen. Etwa 5.000 LKW-Ladungen Kies müssten transportiert und entsorgt werden. Ein erstes Angebot belief sich auf annähernd 800.000 €. Mit einer solchen Maßnahme würden Natur und Erinnerung zugunsten eines mehr als fragwürdigen Begriffs von Natur zerstört.

Das Gelände gehört zurzeit der Weltjugendtags gGmbH, die es im Falle einer Nutzung als Erinnerungsort kostenlos übertragen würde. Zurzeit liegt das Gelände noch auf Kerpener und Frechener Gebiet. Klärungen der Zuständigkeiten sind aber offensichtlich möglich und vorgesehen. Gemeinsam mit den Kommunen, dem Kreis und dem Eigentümer soll sich die Landesregierung wegen der hohen Bedeutung dieses Ortes für die dortige Region und für unser gesamtes Land um eine gute landschaftspflegerische oder künstlerische Lösung bemühen. Wie das aussehen kann, wird den beteiligten lokalen, kulturellen und kirchlichen Stellen überlassen bleiben müssen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Dr. Thomas Sternberg (CDU): Zu wünschen wäre etwa ein Wettbewerb, vielleicht unter jungen Künstlerinnen und Künstlern, die eine Markierung des Erinnerens finden können. Jedenfalls wären der schlichte Altartisch und der karge Stuhl während der Feiern formale Zeichen, die eine Anregung sein könnten.

Ich komme zum Schluss. - Es gibt eine politische Verantwortung des Landes auch für positive Erinnerungen.

(Beifall von der CDU)

Diese können Anregung und Anstoß sein für internationale Begegnung und Verständigung. Was gelungene Erinnerungskultur ist, zeigt uns das Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf beste Weise. Nur: Es bedarf der frühen Wahrnehmung des Erhaltungswerts, ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Ende kommen.

Dr. Thomas Sternberg (CDU): Ja.

... bevor der Hügel im aktuellen Eifer weggeräumt wird. Wir haben die Chance, in einer Region, die unter dem Tagebau wesentliche Teile Ihrer Geschichte verloren hat, einen markanten Punkt zu bewahren und zu neuer Identität beizutragen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Dr. Thomas Sternberg (CDU): Ich komme zum letzten Satz. - Dass das auch einen touristischen und ökonomischen Effekt haben wird, ist zwar nicht wichtigster Grund, soll aber auch nicht unerwähnt bleiben. Ich glaube, wir sollten hier die Chance zu einer Erinnerungskultur nutzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. - Für die FDP-Fraktion hat Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ziemlich genau vier Wochen erlebte die Stadt Köln, die umliegenden Städte und Gemeinden und unser Land insgesamt ein außerordentlich eindrucksvolles Treffen von Jugendlichen aus fast 200 Ländern. Zu Hunderttausenden waren sie angereist, um auf Einladung der katholischen Kirche unter dem Motto „Wir sind gekommen, um ihn anzubeten“ ihren Glauben zu feiern und miteinander zu diskutieren. Es wurde bis spät in die Nacht diskutiert, gemeinsam Musik gemacht, ausgelassen auf den Straßen getanzt, fröhliche Gesichter, bunte Fahnen aus aller Welt schmückten das Straßenbild: eine tolle Veranstaltung aufgrund des herausragenden Engagements vieler ehrenamtlicher Helfer und des hervorragenden Einsatzes unserer Polizei- und Ordnungsbehörden. Allen ehrenamtlichen Helfern im Namen des Hauses - das kann ich wohl für alle Fraktionen des Hauses sagen - ein herzliches Dankeschön!

(Allgemeiner Beifall)

Die Veranstaltung war eine tolle Visitenkarte für unser Land Nordrhein-Westfalen. In weltweit 45.000 Zeitungsartikeln und insgesamt 11.000 Fernsehminuten wurde über diesen Weltjugendtag berichtet. Ich war zu diesem Zeitpunkt in Seattle, State Washington, USA. Es wurde sogar in den amerikanischen Zeitungen - sogar auf Seite 1 - und in den CNN-Nachrichten darüber berichtet. Es war schon ein tolles Erlebnis, sagen zu können: In Nordrhein-Westfalen, wo ich zu Hause bin, findet eine solche Veranstaltung statt.

Der Höhepunkt waren ganz ohne Zweifel die beiden Gottesdienste unter Leitung von Papst Benedikt XVI. auf dem Marienfeld in Kerpen. Der zentrale Ort und der Blickpunkt dieser Feiern war ein aufgeschütteter Hügel.

Wie jedes Ereignis ging auch der Weltjugendtag zu Ende. Aber der Hügel blieb. Deswegen stellt sich insbesondere wegen der beträchtlichen Rückbaukosten die Frage: Was passiert mit die-

sem Hügel? Wie kann er erhalten bleiben und eine gute Gelegenheit sein, die Erinnerung, die für viele Menschen mit diesem Ort verbunden ist, wach zu halten, aber auch durch eine Ausgestaltung zu einem Ort der Begegnung, des Miteinanders zu werden durch Kultur- und Freizeitveranstaltungen und internationale Begegnungen, die dort stattfinden könnten.

Wir sprechen uns dafür aus, dass dieser Hügel erhalten bleibt, dass wir gemeinsam mit den Eigentümern, den Kirchen, den Kommunen überlegen, wie wir diesen Ort erhalten und daraus einen Ort der Begegnung gestalten können.

Wir bitten dafür um Ihre Unterstützung. Wir werden im Hauptausschuss darüber noch eingehender beraten. Dort wird wohl auch zur Sprache kommen, welche Pläne die Eigentümer haben. Ich würde mich über eine gemeinsame Initiative des gesamten Landtags freuen,

(Beifall von FDP und CDU)

um diesen Begegnungsort zu erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vier knappe Anmerkungen zum vorliegenden Antrag ohne Wiederholung dessen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben:

Erstens. Ja, der Besuch eines in Deutschland geborenen Papstes in dieser Art und Weise im Jahr 2005 war und ist ein historisches Ereignis. Diesem historischen Ereignis war angemessen, was mehr als Begleitumstände waren, nämlich dass das Ganze im Zusammenhang mit dem Weltjugendtag passierte. Hunderttausende von Jugendlichen haben dort motiviert ihr Engagement gezeigt. Wir hatten es im Zusammenhang mit dem Besuch des Papstes mit einem Dialog der Religionen zu tun.

Nicht zuletzt - auch das ist erwähnt worden; ich will mich dem gerne anschließen - hat die Region bewiesen, dass sie angemessen gegenüber einem solchen Ereignis auftreten kann. Ich springe über meinen Schatten als Westfale, wenn ich insbesondere in Richtung der Kölnerinnen und Kölner ein riesiges Kompliment ausspreche: Manchmal ist ein mediterraner Zug ganz hilfreich bei solchen Veranstaltungen.

(Demonstrativer Beifall und Heiterkeit von der CDU)

Die zweite Anmerkung, meine Damen und Herren, bezieht sich auf etwas, was der Kollege Sternberg im Zusammenhang mit Veröffentlichungen genannt hat: Dort habe ein Abwägungsprozess insbesondere mit ökologischen Belangen stattzufinden. Ich will nicht verhehlen - das sage ich auch vor dem Hintergrund desjenigen, der über zwei Jahre mit den konkreten Vorbereitungen und Planungen beschäftigt war -, dass dieser Abwägungsprozess im Zusammenhang mit dem ursprünglich vorgesehenen Gelände umfassend und intensiv gemacht worden ist.

Nicht hier im Plenum, aber außerhalb wäre ich gerne bereit, meine persönliche Beurteilung dieses Abwägungsprozesses und der Gründe, die dort vorgebracht worden sind, zu verdeutlichen. Ich glaube, dass wir es uns in der Sache nicht leicht gemacht haben.

Das bedeutet aber drittens, meine Damen und Herren, dass man hier über seinen Schatten springen muss, jedenfalls diejenigen, die noch zögerlich sind. Man braucht ein Gefühl für die historische Dimension dieses Besuches und darf das nicht, verehrter Herr Kollege Sternberg, mit dem Feldhamster in Verbindung bringen - dem sollten wir endlich seine Ruhe gönnen; die hat er verdient -, wenn wir es mit dem Thema ernst meinen, das Sie in den Vordergrund Ihres Antrags gestellt haben.

Wir sollten ein Gefühl dafür entwickeln, dass dieses historische Ereignis auch ein historisches Dokument verdient. In einigen Jahren werden wir über ein Bodendenkmal sprechen, das erhaltungswürdig ist, auch das will ich in Erinnerung rufen. Das Ganze muss vernünftig in den notwendigen Abwägungsprozess eingebracht werden.

Vierte und abschließende Bemerkung: Ja, ich signalisiere für die SPD-Landtagsfraktion Zustimmung zum Anliegen des Antrags von CDU und FDP. Wir regen an, dass wir in den Beratungen des Hauptausschusses, wenn wir der Empfehlung zur Überweisung folgen, einige Punkte klären, die klärungsbedürftig sind, wenn wir uns schon mit der Angelegenheit beschäftigen, und zwar:

Wie sieht es mit der Finanzierung, Pflege und Wartung aus? Welche Vorstellung gibt es, was Konzepte der kulturellen Nutzung anbelangt? Wie sieht es mit den gegenwärtigen Eigentumsverhältnissen aus? Dazu ist schon etwas gesagt worden. Wenn das so ist und in diesem Rahmen zu regeln ist - umso besser. Ich denke aber, dass nichts dagegen spricht und es die Ernsthaftigkeit

des Anliegens unterstreicht, wenn wir diese Punkte im Rahmen der anstehenden Beratungen noch klären.

Wenn es uns dann noch gelingen würde - vielleicht kann man das in einen Wettbewerb einbeziehen -, einen anderen Namen als „Weltjugendtagshügel“ zu finden, fände ich das des Schweißes der Edlen wert. Er hört sich etwas sperrig an; aber vielleicht wird uns das noch gelingen. Dann kann das Ganze zu einem vernünftigen Abschluss gebracht werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, CDU und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kuschke. - Für Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Anspruch, über den Schatten zu springen, ist gut gemeint, aber - das kam in allen Beiträgen bis auf eine kleine Randbemerkung bei Herrn Kuschke nicht vor -: Was kostet es, über den Schatten zu springen? Das taucht nirgendwo auf. Das gehört vernünftigerweise aber dazu.

Bei allem Respekt für das große Ereignis, auch für die Freude in der Region - ich selbst habe in Aachen die Pilger aus Belgien kommend am Haus vorbeiwandern sehen -, will ich diesen Eindruck nicht schmälern; aber es gibt auch andere Reaktionen. Eine Besuchergruppe hat mich heute gefragt: Zu welchem Thema musst du reden? - Ich habe den Antrag gezeigt. Darauf kam die Frage: Habt ihr eigentlich nichts Wichtigeres zu tun, als über den Erhalt des Hügels zu reden?

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich habe ihnen geantwortet: Seitdem die neue Koalition dran ist, reden wir über ganz andere Themen. Wir reden darüber, ob man in der Schule ein Kopftuch tragen darf. Wir reden über die Standspur auf der B 1 und über Reiterstaffeln. Wir haben eine neue Ministerin, die durch das Haus läuft und nach Weihnachtsbaumstandorten sucht. Wir haben auch an anderen Stellen ein ganz anderes Niveau in der Debatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Als mein Fraktionsvorstand am Montag gesagt hat, dass ich zu dem Thema reden soll, bin ich Montagmittag nach Kerpen gefahren und habe mir den Standort angesehen. Ich war bei den Feierlichkeiten nicht dabei und wollte diesen Hügel einmal kennen lernen.

Man muss ein bisschen vorsichtig sein, ob man sich im Gedenken an dieses gute Ereignis nicht etwas vormacht, wenn man meint, diesen Hügel zu einigermaßen vernünftigen Kosten erhalten zu können. Man kommt an das Gelände nicht heran. Das ist ein ruhiges Naherholungsgebiet für Fußgänger und Radfahrer. Sie laufen gut 2,5 km, bis Sie den Hügel erreichen.

Das Gelände darum herum, wo die Million Leute gewesen ist, wird im Moment wieder aufgearbeitet. Das heißt - das ist auch vernünftig bei solch einer Veranstaltung -, die Straßen, die so verlegt sind, dass man sie wegnehmen kann, werden ordnungsgemäß wieder beseitigt. Das Gelände soll wieder als Ackerland aufbereitet werden, und mittendrin liegt der Hügel.

Darunter muss sich niemand, der nicht da war, etwas Besonderes vorstellen. Darum herum sind die Halden. Das ist nichts anderes als ein 12, 15 m hoher aufgeschütteter Hügel mit einer Teerstraße, der als landschaftliche Erscheinung im Vergleich zu anderen nichts Besonderes ist. Deswegen habe ich auch kein Problem damit, wenn er erhalten bleibt. Er fällt nicht weiter negativ auf. Es ist kein dramatischer Landschaftseingriff. Diese Probleme kann ich nicht erkennen.

Nur: Man sollte sich nicht vorstellen, dass man mit dem Erhalt des Hügels etwas Besonderes schafft. Man kann dort ein paar Schautafeln und Bilder von dem Ereignis aufstellen. Wer dort wandert, spazieren geht oder mit dem Rad fährt, kann sich an der Stelle daran erinnern.

Unterschwellig steckt aber auch hinter dem Gedanken - das ist bei solchen Gelegenheiten immer so -, aufwendigere Einrichtungen zur Naherholung zu installieren. Ich will nur daran erinnern, dass anlässlich der Feiern auf dem Marienfeld 8.000 Dixi-Klos dorthin geschafft worden sind. Wer dort größere Veranstaltungen durchführen will, muss an der Stelle eine richtige Infrastruktur schaffen. Das bedeutet Investitionen. Er muss es auf Dauer für Autos und Busse zugänglich machen. Ob das irgendeinen Sinn macht, wage ich ernsthaft zu bezweifeln. Das ist nach meiner Überzeugung aber in starkem Maß eine kommunale Sache. Die Kommunen vor Ort müssen an dieser Stelle wissen, ob sie es erhalten und unterhalten können.

Aufgrund des ursprünglich vorgesehenen Abrisses zählt für mich das Argument mit dem Geld nicht so sehr. Die Weltjugendtags gGmbH, die dieses Bauwerk errichtet hat, muss ja auch Rückstellungen gebildet haben, um es wieder zu beseitigen. Schließlich gab es die bauliche Auflage, dass die Flächen und auch der Hügel wieder be-

seitigt werden. Wenn man sich vernünftig dahin gehend verständigt, dass der Unterhalt gewährleistet wird, wenn das Ganze nicht abgerissen wird, sondern den Radfahrern und Fußgängern dient, habe ich, ehrlich gesagt, kein Problem damit.

In dem Fortbestand des Hügels kann ich auch keinen massiven Eingriff in Natur und Landschaft gegenüber dem bisherigen Status erkennen.

Ich warne nur davor, sich in der positiven Erinnerung an dieses sicherlich einmalige Ereignis ein Stück weit etwas vorzumachen und zu glauben, man könne aus diesem einen Akt etwas schaffen, was sich auf Dauer finanziell trägt und was auch wirklich schön in der Landschaft steht. Davor warne ich; denn auch an anderen Stellen haben wir so etwas gehabt. Und so viel Geld, dass man noch in aufwendiger Weise bauliche Einrichtungen ergänzen kann, ist an keiner Stelle vorhanden.

Deswegen ist meines Erachtens ein bisschen Vorsicht, ein bisschen Skepsis angebracht. Ich kann das alles verstehen. Ich habe in Gesprächen auch mitbekommen, dass es für die in der Umgebung wohnenden Leute wirklich ein unglaubliches und auch sehr positives Erlebnis war, den Weltjugendtag mit seinen ganzen Veranstaltungen zu sehen und die 1 Million Menschen dort zu erleben. Aber Vorsicht nach vorne! Das Erhalten dieses Hügels ist noch das kleinere Problem. Alles, was anschließend daran hängt, ist unter Umständen mit noch wesentlich mehr Kosten verbunden.

Mit meinem letzten Satz kann ich wieder an die Einleitung anknüpfen. Aus meiner Sicht ist nicht ganz klar, warum dies nun unbedingt ein landespolitisches Thema ist. Es ist Sache der Kommunen vor Ort. Wenn sie das machen wollen, kann das Land sie an dieser Stelle positiv begleiten. Eigentlich ist es aber nicht Sache des Landtags, zu schauen, was mit diesem Gelände passiert. - Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Priggen. - Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Breuer das Wort. Bitte schön.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Priggen, wenn wir über diesen Hügel reden, sollten wir uns meines Erachtens schon bewusst machen, warum wir heute darüber reden und warum sich so viele Leute gerne an den Weltjugendtag erinnern. Der Weltjugendtag

hat vielen Menschen Hoffnung gemacht. Vielen Menschen ging es auch darum, dass unsere Welt nicht von Krieg, Intoleranz und Hunger regiert wird. Der Weltjugendtag hat den jungen Menschen Hoffnung gemacht, dass sich die Fragen unserer Zeit nicht im Materiellen erschöpfen. Und immerhin war es - Herr Kuschke hat es angesprochen - die erste Auslandsreise des neuen Papstes Benedikt, die ihn nach Nordrhein-Westfalen geführt hat.

Der Besuch und die Begeisterung der Pilgerinnen und Pilger, die Fröhlichkeit und die Zuversicht haben in unserem Land einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

(Beifall von der CDU)

Die Fröhlichkeit der Pilger hat auch eine gute Laune in Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen geschaffen. Wenn wir den Schwung dieser Tage für viele unserer Aufgaben bewahren, wäre das ein sehr schöner Beitrag.

Nordrhein-Westfalen hat sich als weltoffener Gastgeber für Papst Benedikt und Hunderttausende Pilger präsentiert. Der Papst und die jungen Menschen aus aller Welt haben ein schönes, vielfältiges und ungemessen starkes Land erlebt. Dieses Bild unseres Landes haben nicht nur die Hunderttausende Pilger aus allen Teilen der Welt nach Hause mitgenommen; dieses Bild unseres Landes haben auch Millionen Menschen an den Fernsehschirmen in nahezu allen Ländern, in allen Kontinenten erfahren können.

Wie sehr die jungen Menschen ein neues Bild unseres Landes nach Hause mitgenommen haben, können Sie übrigens erfahren, wenn Sie im Ausland sind und darauf angesprochen werden. Übrigens sind wir auch auf unserer Polenreise darauf angesprochen worden. Es gab dort viele junge Leute, die sich mit diesem Weltjugendtag an Nordrhein-Westfalen erinnern.

Der Weltjugendtag ist sicherlich mit vielen Orten verbunden - natürlich mit Köln, aber ebenso mit Bonn und Düsseldorf sowie mit vielen Städten und Gemeinden im ganzen Gebiet. Dennoch wird ein Ort immer in ganz besonderer Weise mit dem Weltjugendtag verbunden sein, nämlich das Marienfeld bei Kerpen. Wer erinnert sich nicht an die eindrucksvolle Vigil und die Abschlussmesse, an die überwältigende Gemeinschaft von über 1 Million Pilgerinnen und Pilgern?

Wer diese Gottesdienste und diese Gemeinschaft miterleben durfte, versteht die jungen Menschen gut, die nach dem Weltjugendtag gesagt haben: Zu dem Weltjugendtagshügel des Marienfeldes

wollen wir auch mal wieder zurückkehren. - Deshalb kann ich den Wunsch der Menschen gut verstehen, denen es wichtig ist, den Weltjugendtagshügel des Marienfeldes für die Zukunft zu erhalten.

Die Begegnungen mit vielen Menschen bestärken mich auch darin, diesen besonderen Ort der Begegnung und des Zeichens für eine gemeinsame Zukunft jetzt nicht einfach - in der Sprache der Jugend formuliert - platt zu machen, sondern ihn als Ort der Begegnung für die Zukunft zu erhalten.

Deshalb begrüße ich den Antrag der Koalitionsfraktionen sehr. Ich kann allen Beteiligten zusichern, dass die Landesregierung dieses Anliegen im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften unterstützen wird.

Herr Priggen, ich weiß sehr wohl, dass es noch sehr viele Fragen im Detail zu klären gibt und auch noch viele Probleme zu lösen sind. Ich weiß aber auch, dass uns das nicht daran hindern darf, jetzt ein gemeinsames politisches Zeichen zu setzen. Denn all das, was der Weltjugendtag und der Besuch des Papstes uns in Nordrhein-Westfalen geschenkt und gebracht haben, war nicht etwas für wenige Tage, sondern ist etwas, was bleibt und was alle am Weltjugendtagshügel des Marienfeldes immer wieder finden werden.

(Beifall von der CDU)

Deswegen teile ich auch nicht Ihre Einschätzung, das sei eigentlich eine Sache der Kommune vor Ort. Ich weiß, dass wir alle in Deutschland, aber gerade in Nordrhein-Westfalen von diesem Ereignis profitiert haben. Deswegen freue ich mich, dass dieser Antrag eingebracht worden ist. Ich finde, dass Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle doch einen Beitrag der Koordinierung und Hilfe leisten sollte. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Breuer. - Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/212** an den **Hauptausschuss** - federführend -, an den **Kulturausschuss** sowie an den **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Hauptausschuss erfolgen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? -

Nein. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

7 80.000 Betreuungsplätze bis 2010 schaffen - Ausbau der Betreuung von Unterdreijährigen beschleunigen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/195

Ich eröffne die Beratung und erteile als erster Rednerin Frau Hack von der SPD-Fraktion das Wort.

Ingrid Hack (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen leben zurzeit 563.000 Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren, für die eine fast hundertprozentige Betreuung zur Verfügung steht. Erreicht wurde dies - das sei hier nochmals erwähnt - durch jahrelange vorausschauende Politik der SPD in Nordrhein-Westfalen.

Die Zahl der drei- bis sechsjährigen Kinder wird in den kommenden Jahren aus unterschiedlichen Gründen sinken. Schon 2007 werden 43.000 drei- bis sechsjährige Kinder weniger als noch 2004 ein Betreuungsangebot benötigen.

Dafür gibt es zahlreiche Gründe: unterschiedliche Lebensentwürfe, die Veränderung von Lebensentwürfen, die Veränderung der ökonomischen Situation. Aber einer der Gründe für die zurückgehende Kinderzahl ist trotz aller Anstrengungen auch eine nach wie vor unzureichende Betreuungssituation.

Ebenso unumstritten ist, dass verlässliche Angebote für Kinder unter drei Jahren pädagogisch und gesellschaftlich dringend erforderlich sind.

Für das Kind - das ist die erste und wichtigste Zielsetzung unseres Antrags - eröffnet frühe Förderung, also früher als eben in der Regel bisher, bessere Entwicklungschancen. Sie bietet bessere Lernmöglichkeiten und beeinflusst die Persönlichkeitsbildung des Kindes positiv.

Für die gesellschaftliche Bedeutung, die viel zitierte Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, die zweite Zielsetzung unseres Antrags, gilt ebenfalls, dass ihre Umsetzung ganz wesentlich von der Angebotssituation im Betreuungsbereich abhängt.

Wir begrüßen daher die Pläne der Landesregierung ganz ausdrücklich, diese Situation für Mütter

und Väter zweijähriger Kinder deutlich zu verbessern und der durch die SPD-geführte Bundesregierung geschaffenen Verpflichtung nachzukommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: So sind wir!)

- Ja, so sind wir. - Ihre Ankündigung, Herr Minister Laschet, für 20 % der unter dreijährigen Kinder Betreuungsplätze zu schaffen, ist eine sehr erfreuliche Fortschreibung unserer Pläne. Das können Sie gerne in unserem Wahlprogramm nachlesen.

(Beifall von der SPD)

Wir können Ihr Vorhaben nur unterstützen. Dazu stellen wir auch diesen Antrag, um dieses Vorhaben zu beschleunigen.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, werden unserem Antrag - so er denn im Ausschuss behandelt werden wird - natürlich nur zustimmen können.

(Beifall von der SPD)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen - ganz im Sinne der von Ihnen in Aussicht gestellten Kampagne für ein familienfreundliches Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir gemeinsam verhindern wollen, dass Kinder in Nordrhein-Westfalen zu einer Minderheit werden, müssen wir die Kommunen und die freien Träger in die Lage versetzen, verlässliche, qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Angebote zu machen.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen Müttern und Vätern noch besser als bisher ermöglichen, Erziehungs- und Berufsarbeit zugleich ausüben zu können, und dies nicht erst nach dreijähriger - ich nenne es einmal so - Pause, die oft genug unfreiwillig erfolgt.

Insbesondere für die wachsende Zahl alleinerziehender Väter und Mütter - dies sind in Nordrhein-Westfalen fast eine halbe Million Menschen - ist die Lösung der Betreuungsfrage für ihre Kinder von absolut zentraler Bedeutung.

Wir wollen, dass die Zahl der angebotenen Plätze für Kinder unter drei Jahren - dies sind zurzeit in Nordrhein-Westfalen 11.000 - bis 2010 auf 80.000 gesteigert wird. Damit würde 80.000 Kindern mehr Förderung, weil frühere Förderung gewährt und ihren Eltern eine bessere Perspektive gegeben für das Zukunftsprojekt Kind.

Dies soll in drei Schritten erfolgen.

Die bereits in diesem Jahr frei werdenden und frei gewordenen Plätze werden für Zweijährige angeboten. Eine Verbesserung der institutionellen Betreuung mit qualifiziertem Personal und gesicherter Qualität der Betreuung ist die wünschenswerte Folge.

Ein zweiter Schritt soll ab dem Kindergartenjahr 2006/2007 die Schaffung von Gruppen zur besonderen Förderung zweijähriger Kinder garantieren, sodass bis 2010 hier 20.000 neue Plätze zur Verfügung stehen.

Nicht zuletzt sollen in einem dritten Schritt 4.000 Plätze in selbst initiierten Eltern-Kind-Gruppen realisiert werden, die in Stadtteilen mit hoher sozialer Benachteiligung immer noch weniger vertreten sind als anderswo, in diesen Stadtteilen aber besonders als integrationspolitisches Element wirksam sein können und deshalb förderungswürdig sind.

Wir wissen, dass in sozial belasteten Vierteln die Eigeninitiative von Müttern und Vätern für die Betreuung ihrer Kinder eher seltener ist, weil sie große zeitliche und oft auch genug finanzielle Ressourcen erfordert. Diese stehen eben dort vielen Familien nicht in dem Maße zur Verfügung, das für wirkungsvolle und nachhaltige Eigeninitiative gerade notwendig ist.

Meine Erfahrungen aus einem oft als schwierig titulierten Kölner Stadtteil, aus Chorweiler, zeigen aber, dass diese Ressourcen da sind. Wir müssen sie anstoßen. Wir müssen sie anschieben und auf den Weg bringen, aus meiner Sicht vor allem bei Familien mit Migrationshintergrund.

Die Aktivierung dieser Mütter und Väter leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Integrationsarbeit in ganzen Stadtteilen für die Kinder und für die Eltern, sprich: für alle.

Wir fordern Sie auf, diese Schritte, die bestens investiertes zusätzliches Geld kosten werden, in einem detaillierten Konzept darzustellen, voranzubringen und die Ausgaben für die Umsetzung dieser Schritte bei der Haushaltsaufstellung zu gewährleisten.

Dass diese Schritte notwendig sind, ist, wie wir feststellen konnten, auch Ihre Position. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Hack. - Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! So ein Antrag sorgt schon für viel Getöse und manchmal auch für ein bisschen Geschichtsklitterung. Frau Hack, ich will Ihnen ja zugute halten, dass Sie neu in diesem Hause sind, aber die vorausschauende Politik der Landesregierung beruhte darauf, dass es im Bund einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gegeben hat, der vor vielen Jahren deshalb entstanden ist, weil das die Voraussetzung dafür war, dass man sich im Bundestag zum Thema § 218 überhaupt einigen konnte.

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig! - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Frau Löhrmann, Frau Merkel hat sehr deutlich gesagt, dass sie da Ministerin war, dass sie aber aus anderen Gründen nicht zugestimmt hat. Es ging nicht um den Rechtsanspruch.

(Zurufe von der SPD)

Das hat sicherlich auch etwas mit Gewissen zu tun.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Im Interview hat sie ein bisschen gemogelt!)

- Nein, sie hat nicht gemogelt, sondern hat durchaus die Wahrheit gesagt. Wir wollen immer wieder festhalten, meine Damen und Herren, dass uns der § 218 diesen Rechtsanspruch beschert hat. Das vergessen viele Leute in unserem Land immer wieder.

(Gisela Walsken [SPD]: Beschert! - Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Nun aber zu Ihrem Antrag „80.000 Betreuungsplätze bis 2010 schaffen - Ausbau der Betreuung von Unterdreijährigen beschleunigen“. - Glauben Sie wirklich, Sie müssten uns zum Jagen tragen? Nein, wenn Sie in die Koalitionsvereinbarung oder in die Regierungserklärung schauen, müssten Sie erkennen, dass die Verbesserung der Betreuung der unter Dreijährigen dort ebenso fest verankert ist wie die Bemühungen um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Lassen Sie mich bitte aus der Koalitionsvereinbarung zitieren. Dort heißt es:

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allen Dingen für Frauen zu erleichtern, werden wir die Förder- und Arbeitsbedingungen in den Kindertageseinrichtungen verbessern und die Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln. Diese Familienzentren wer-

den als Vermittlungszentrum für Tagesmütter und Tagesväter, als Zentrum für vorschulische Sprachförderung, zur schulvorbereitenden Einrichtung für schulpflichtige, aber nicht schulreife Kinder und zu einem Knotenpunkt des familienunterstützenden Netzwerkes in den Kommunen.

An anderer Stelle heißt es:

Wir wollen die unbefriedigende Betreuungssituation, insbesondere für die unter Dreijährigen gemäß der bundesgesetzlichen Vorgaben ausbauen.

In der Regierungserklärung führte Ministerpräsident Rüttgers aus:

Wir werden durch eine Veränderung des Gesetzes über die Tageseinrichtungen für Kinder die Kommunen in die Lage versetzen, ein entsprechendes Angebot in den frei werdenden Kindergartengruppen zu schaffen. Wir werden die Kommunen von möglichst vielen Bau- und Betriebsstandards befreien. Damit schaffen wir Schritt für Schritt eine Steigerung der Betreuung von unter Dreijährigen von heute 2,8 % auf 20 %.

Ich denke, das ist ein ehrgeiziges Ziel.

Sie verweisen in Ihrem Antrag auf das Tagesbetreuungsausbaugesetz. Sie sprechen von geschaffenen rechtlichen Rahmenbedingungen, verschweigen aber, dass die in dieser Diskussion angedachte Finanzierung über die sogenannten Einsparungen in Hartz IV eine Luftnummer sind. Wir werden hier deutlich die Hilfe des Bundes einfordern.

Ferner fordern Sie mehr Möglichkeiten, frei werdende Kindergartenplätze für unter Dreijährige zu nutzen. Warum haben Sie das in der Vergangenheit so wenig getan?

(Britta Altenkamp [SPD]: Haben wir doch! Würde von Ihnen kritisiert!)

Im Gegensatz zu Ihrer Regierungszeit sind wir da schon erheblich tätig geworden. Ich bin sicher: Wir werden auf diesem Weg Stück für Stück weiter gehen.

(Beifall von der CDU)

Sie verweisen in Ihrem Antrag auf die Verpflichtung der Kommunen, und das passt eigentlich nicht zu der Aussage von Frau Hack, die gesagt hat: Wir werden die Kommunen unterstützen. -Sie haben das in Ihrem Antrag so deutlich als Auftrag der Kommunen formuliert, dass man daraus entnehmen muss, dass Sie es machen wie bisher

nach dem Motto: Wir beschließen ein Gesetz und schaffen eine Verantwortung, und die Kommunen sollen zahlen. - Genau das wollen wir nicht.

Als Sie in der Opposition Anträge gestellt haben, kam aus Ihren Reihen - ich habe das hier häufig gehört - die Frage: Woher nehmen Sie das Geld? An welcher Haushaltsstelle soll das verankert werden? Ich frage mich, warum Sie sich jetzt nicht selber mit der gleichen Elle messen. So weit sind Sie anscheinend noch nicht. Ich denke, Sie müssen noch einiges nachlesen. Oder aber ich muss daraus schließen, Sie wissen sehr genau, dass Sie Ihre Forderungen so, wie Sie sie gestellt haben, gar nicht finanzieren können. Vermutlich haben Ihre Haushälter in der Fraktion, die ja über den Schuldenberg dieses Landes am besten Bescheid wissen, Ihnen dies schon so gesagt. Dieser Antrag ist also Wahlkampf und Populismus.

Jetzt lassen Sie mich noch auf einen anderen wesentlichen inhaltlichen Unterschied zum Thema Tagesbetreuung der unter Dreijährigen eingehen. Sie fordern in Ihrem Antrag 80.000 Betreuungsplätze weitgehend in organisierten Kindertagesstätten oder Gruppen.

Meine Damen und Herren, wir werden weitere Tagesbetreuungsplätze für unter Dreijährige schaffen. Das haben wir so gesagt, und das werden wir auch tun. Wir werden dies aber nicht nur in Einrichtungen tun, sondern auch über ein Mehr an Tagesmüttern und Tagesvätern. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Angebot im Sinne der Kinder notwendig und richtig ist. Ich verweise hier auch auf die amtierende Bundesfamilienministerin Schmidt:

Betreuung durch Tageseltern zeichnet sich durch große Flexibilität im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Aber für mich ist noch wichtiger: Betreuung durch Tagesmütter und Tagesväter ist in vielen Fällen eine gute Lösung für Kinder unter drei Jahren, weil für diese Kinder eine Unterbringung oder eine Betreuung in Gruppen pädagogisch manchmal nicht sehr sinnvoll ist.

Die Vermittlung von qualifizierten Tageseltern wollen wir an die Familienzentren anbinden. Das hat etwas mit unserem Anspruch an Qualität und Verlässlichkeit zu tun. Daran werden wir nach Kräften arbeiten. Jedoch lassen wir uns von Ihnen auch durch diesen Antrag nicht unter Druck setzen. Für uns gilt der Grundsatz: Qualität vor Schnelligkeit. Schaufensteranträge wie der Ihrige bringen uns nicht aus diesem Konzept.

Mit Ihrem Antrag beschreiben Sie ein wichtiges Thema für diese Legislaturperiode. Die Antwort, wie es umgesetzt werden soll, bleiben Sie uns

aber an vielen Stellen schuldig. Wir werden unsere Vorstellungen finanziell untermauern müssen. Dies können wir aber erst solide und belastbar tun, wenn die Eckdaten des Haushaltes vorliegen. Deshalb freue ich mich, wenn der Antrag überwiesen wird und wir in den Fachausschüssen im Sinne der Kinder und sicherlich auch der Eltern diskutieren können. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kastner. - Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht wirklich überraschen, dass ich die Zielsetzung des Antrags im Wesentlichen unterstütze, unter anderem schon deshalb, weil er nichts anderes beschreibt als die von der alten Landesregierung zu Beginn dieses Jahres abgestimmten Ziele zur Betreuung unter dreijähriger Kinder.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die sind hier beinahe wortwörtlich aus den damals erstellten Papieren übernommen worden.

Die neue Landesregierung hat sich diese Ziele zu Eigen gemacht und verkauft sie jetzt als ihre eigenen. Ob und in welcher Form nun die Umsetzung kommt, werden wir in Zukunft sehen. Ich stelle also fest: Große Übereinstimmung über alle Fraktionen hinweg, die alte und die neue Landesregierung haben identische Ziele.

Wenn es nun diesen gemeinsamen Konsens gibt, warum dann dieser Antrag? Klarer Fall: Der Wahlsonntag steht vor der Tür, und es ist eine letzte Gelegenheit, im Parteienwettbewerb noch einmal Profil zu zeigen. Das allerdings wird mit dem Antrag nicht erreicht. Ich sage deutlich: Das, was der Antrag inhaltlich bietet, ist mir zu wenig und zeugt eher von einer gewissen Profilschwäche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können nicht dabei stehen bleiben, in trautem Einvernehmen lediglich die Quantität der Versorgung festzulegen, sondern wir müssen Qualitätsstandards festschreiben und damit klar definieren, in welcher Form und mit welchen Angeboten die notwendige Betreuung von 20 % erreicht werden soll.

Durch die vorgesehene Überweisung an den Fachausschuss bietet sich immerhin die Möglichkeit, darüber zu diskutieren und das Thema zu vertiefen. Wir müssen es auch vertiefen. Wir wer-

den intensiv darüber beraten müssen, wie hoch der Anteil der institutionellen Plätze, das heißt der in Kitas neu eingerichteten Plätze sein muss, wie viel von Tagesmüttern abgedeckt werden soll und wie zum Beispiel die Betreuung in Spielgruppen, die keinem Vater und keiner Mutter eine Berufstätigkeit ermöglichen, auf die 20 % angerechnet wird.

Wir werden die Landesregierung daran messen, ob sie das gemeinsame Ziel mit qualitativen Angeboten umsetzt oder ob sie letztlich auf Schmalspur- und Billigangebote ausweicht. Es muss, meine Damen und Herren, ganz zentral um die Frage gehen, wie wir ein bedarfsgerechtes Angebot realisieren können. Das reine Beschwören einer gemeinsamen Kraftanstrengung - so erfreulich es ist, dass wir hier zumindest an diesem Punkt gemeinsam angekommen sind -, reicht nicht aus. Stecken wir also die Beschwörungsformeln weg und reden wir über Lösungen.

Bündnis 90/Die Grünen vertreten eine klare und eindeutige Position. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab einem Jahr.

(Beifall von den GRÜNEN - Zurufe von der SPD)

Denn wir wissen - das haben die Erfahrungen im Kindergartenbereich deutlich gezeigt -: Nur mit diesem einklagbaren Rechtsanspruch wird das gesteckte Ziel auch tatsächlich erreicht werden. Das ist die grüne Position. Ich gehe davon aus, dass Sie diese wie so viele andere unserer Positionen in diesem Bereich früher oder später übernehmen werden, spätestens in zwei, drei Jahren, wenn es wieder auf Wahlkämpfe zugeht.

Erinnern wir uns: Schon zum Ausbau der institutionellen U-3-Betreuung mussten wir viele im Hause tatsächlich zum Jagen tragen, Frau Kastner. Sie wurden getrieben von Eltern, Arbeitgebern und Grünen sowie von den veränderten gesellschaftlichen Realitäten. Wir wissen, dass sich gerade in der CDU bis heute viele schwer damit tun, diese veränderten Realitäten anzuerkennen: die Realität, dass sich Familie und die Erziehung von Kindern heute vielfach in anderen Settings als in der traditionellen Familienstruktur vollzieht, die Realität, dass junge Mütter schon sehr bald nach der Geburt wieder in den Beruf zurückkehren wollen, und die Realität, dass für viele - nicht nur für alleinerziehende Mütter - schlicht die ökonomische Notwendigkeit zur Rückkehr in den Beruf besteht.

Viele dieser Eltern wollen oder können aber mit der Rückkehr in den Beruf nicht warten, bis ihre

Kinder zwei Jahre alt sind. Diese Fixierung auf Zweijährige, die sich auch im Antrag findet, haben wir immer für verfehlt gehalten. Denn das Entscheidende für das Angebot ist der Bedarf. Der Bedarf muss sich an den Bedürfnissen der Kinder und der Eltern orientieren. Der ist vielfältig und setzt nicht erst für Zweijährige ein. Schon heute werden in den Einrichtungen die Kleinen ab vier Monate betreut. Warum soll diese Möglichkeit erst für Kinder ab zwei Jahren ausgebaut werden?

Der Kinder- und Jugendbericht konstatiert auch, dass Babys schon sehr früh in Einrichtungen betreut werden können. Aber nicht nur das: Sie öffnen sich damit auch sehr früh für außerfamiliäre Bildungsprozesse. Auch das müssen wir nutzen. Außerdem: Was meinen Sie, wie viele Jugendämter froh wären, könnten sie Babys oder Kleinkinder aus Problemfamilien schon sehr früh in Einrichtungen unterbringen, und zwar möglichst in Form einer Ganztagsbetreuung?

Leider - aber das hier nur am Rande - fehlen die Begriffe „Ganztag“ und „Bildung“ in Ihrem Antrag völlig. Aber das sei Ihnen verziehen; vielleicht verbergen sie sich ja hinter dem allgemeinen Begriff Qualität.

Abschließend noch einmal der Appell, dass wir uns beim Ausbau der U-3-Betreuung von den guten Erfahrungen bei der Einführung des Rechtsanspruchs für Kindergartenkinder leiten lassen sollten. Das war ein harter Weg - das wissen wir alle -, aber es ist für die U-3-Betreuung der einzige Weg, den Erfolg zu garantieren und dort anzukommen, wo wir hinwollen, nämlich zur bedarfsgerechten Betreuung der Kleinen in hoher pädagogischer Qualität mit dem Anspruch auf Bildungsvermittlung und nicht zuletzt zu Betreuungszeiten, die auf die Elternwünsche abgestimmt sind.

Vielleicht gelingt es mir, Sie in den Ausschussberatungen von diesem Weg zu überzeugen. Ich freue mich auf die gemeinsamen Beratungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Asch. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist völlig klar, dass die Intention, die mit diesem Antrag verbunden ist, vom ganzen Haus - von der alten Koalition wie wohl auch von der neuen Koalition - geteilt wird. Darüber gibt es hier keinen Dissens.

Ich will ausdrücklich sagen, dass die FDP die Ziele unterstützt, die mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz des Bundes verbunden waren. Wir haben uns im Deutschen Bundestag bei diesem Gesetz auch nur deshalb enthalten, weil die Finanzierungsseite des Bundes - ich will das einmal diplomatisch ausdrücken - „ungeklärt“ war und immer noch ist. Darin war vorgesehen, wie Sie wissen, die sogenannten Einsparungen aus Hartz IV den Kommunen zur Verfügung zu stellen, um so dem bedingten Rechtsanspruch des Tagesbetreuungsausbaugesetzes gerecht werden zu können.

Jetzt sieht es so aus, dass wir nicht von Einsparungen durch Hartz IV ausgehen müssen, sondern zumindest teilweise von Mehrausgaben. Insofern will ich sagen: Die Geschäftsgrundlage des Tagesbetreuungsausbaugesetzes ist noch nicht gegeben. An der Stelle wird möglicherweise eine neue Bundesregierung zu anderen finanziellen Bestimmungen kommen müssen.

Im Übrigen will ich ausdrücklich betonen, dass das Tagesbetreuungsausbaugesetz eben nicht von einer Bedarfsdeckung von 20 % ausgegangen ist. Das war im Referentenentwurf zwar so vorgesehen, ist aber nicht in dieser Weise ins Gesetzblatt gekommen. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz geht nur von 230.000 Plätzen aus, die bundesweit geschaffen werden sollen, und nicht von 20 %.

Es ist der nordrhein-westfälische Generationen- und Familienminister gewesen, der für die Koalition hier feststellt hat, dass 20 % der unter Dreijährigen mit einem Betreuungsangebot erreicht werden müssten. Das ist eine Konkretisierung, eine politische Zusage, die in Nordrhein-Westfalen und nicht auf Ebene des Bundes getroffen worden ist.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Das muss hier zur Klarstellung einmal gesagt werden. Da verhilft Ihnen bei der Einschätzung der tatsächlichen Lage und der Ausgangslage ein Blick ins Gesetzblatt, Herr Jäger. Das zum Konsens.

Einen Dissens gibt es in diesem Haus bei der Frage der institutionellen Kinderbetreuung. Der ist offensichtlich, und den müssen wir miteinander fachlich diskutieren.

Ich will für meine Fraktion feststellen: Wir sind der Auffassung und sehen uns darin auch durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt, dass vor dem zweiten Lebensjahr immer häufiger atypische Betreuungsbedürfnisse bestehen, also ein Platz nicht durchgehend, sondern möglicherweise

an wechselnden Tagen oder auch nur einige Stunden in Anspruch genommen werden soll.

Ich sehe hier Zustimmung seitens der Fraktion der SPD. Deshalb will ich mal fragen, warum in altersgemischten Gruppen nur Ganztagsplätze belegt werden können. Ich habe in der vergangenen Legislaturperiode eine Anfrage gestellt, ob es nicht die Möglichkeit gibt, dort nur stundenweise oder halbtags einen Platz in Anspruch zu nehmen. Seitens der alten Landesregierung wurde gesagt: Nein, das widerspricht der Lebenswirklichkeit. - Jetzt sehe ich hier Zustimmung.

(Beifall von der FDP)

Ich hätte mir gewünscht, dass diese Einsicht etwas früher gekommen wäre.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das widerspricht der Wirklichkeit, was Sie da sagen!)

- Na, na, na. Ich habe die Drucksache noch ganz gut im Kopf. Sie ist auch auf meiner Webseite für jeden einsehbar. Ich würde empfehlen, dass wir die Sachen zu den Akten legen, das war ja auch die alte Regierung.

Richtig ist jedenfalls, dass wir vor dem zweiten Lebensjahr eine flexiblere Form der Betreuung brauchen. Die kann durch Tagespflege sehr gut geleistet werden. Nicht alle Kinder brauchen eine institutionelle Kinderbetreuung.

(Beifall von FDP und CDU)

Ab dem zweiten Lebensjahr verhält es sich anders, übrigens auch deshalb - Frau Asch, ich spreche jetzt besonders Sie an, weil Sie einen Rechtsanspruch für Kinder ab dem ersten Lebensjahr eingefordert haben -, weil dann auch das Erziehungsgeld ausläuft. Damit ist auch eine andere rechtliche Würdigung geboten.

Deshalb sage ich ganz klar: Der Ansatz der Fraktion der SPD und auch der der Landesregierung scheinen mir hier eher gerechtfertigt zu sein. Danach wird nämlich der zweite Geburtstag als Bezugspunkt genommen. Für meine Fraktion will ich erklären: Wir können uns auf mittlere Sicht einen Rechtsanspruch ab dem zweiten Geburtstag vorstellen, wie das von der SPD/FDP-Regierung in Rheinland-Pfalz bereits gesetzlich vorgesehen ist. Das wird auch aus finanziellen Gründen nicht sofort gehen. Auf mittlere Sicht könnte das im Rahmen eines Bausteinkonzeptes aber eine Ergänzung sein, um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zu verbessern.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen will: Was passiert hier nun konkret? Ich stelle mir die Frage,

weshalb dieser Antrag seitens der SPD überhaupt erforderlich ist.

Die Koalition hat doch gesagt, dass Familienzentren entstehen sollen und dass an vielen Kindertageseinrichtungen Tagespflegezentren eingerichtet werden sollen. Das ist doch eine Ankündigung, die jetzt gerade in der Phase der Konkretisierung ist. Wenn ich das richtig sehe, gibt es im Oktober im Ministerium einen Workshop zum Thema Familienzentren. Dort sollen Gespräche mit den Experten geführt werden. Das ist längst auf dem Weg. Da bedarf es also nicht der Aufforderung durch die SPD.

Auch bezüglich der Umwandlung von nicht benötigten Kindergartenplätzen für unter Dreijährige hat es ja eine Veränderung der rechtlichen Grundlage gegeben. Die Budgetvereinbarung ist flexibilisiert worden. Auch hier muss ich der SPD leider noch mal zumuten, einen Blick zurückzuwerfen, weil hier zu Unrecht dargestellt wird, es bestehe Einvernehmen, dass die frei werdenden Kapazitäten im Kindergartenbereich für unter Dreijährige zur Verfügung gestellt werden können.

Ich gehe jetzt nicht auf den Punkt ein, dass Demographiegewinne gemäß einem alten Kabinettsbeschluss aus den GTK-Betriebskosten abgeschöpft werden sollten. Darauf will ich jetzt gar nicht eingehen. Ich will stattdessen auf einen konkreten Fall zu sprechen kommen. Ich erinnere mich noch sehr gut - im zuständigen Ausschuss wurde sogar darüber berichtet -, dass in Langenfeld genau das beantragt worden war. Nach Budgetvereinbarungen sollten nicht benötigte Kindergartenplätze für unter Dreijährige zur Verfügung gestellt werden. Frau Asch erinnert sich aus ihrer Tätigkeit beim Landschaftsverband Rheinland vielleicht auch noch daran.

Was ist passiert? - Nichts! Das Ministerium hat gemauert und das nicht genehmigt. Es hat erst umfangreicher Korrespondenz - auch ich habe da übrigens korrespondiert - mit der Vorgängerministerin und Berichten in den Ausschüssen bedurft, bis es dort überhaupt zu einer Genehmigung kam. Insofern begrüße ich es sehr, dass die neue Landesregierung die Budgetvereinbarung in diesen Punkten flexibilisiert und den politischen Willen bekräftigt hat, die 89.000 Kindergartenplätze, die bis 2010 entfallen, hier zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Sie sind herzlich eingeladen, den Prozess, den die neue Landesregierung entschieden eingeleitet hat, zu begleiten. Der Aufforderungen,

die Sie mit Ihrem Antrag vorgelegt haben, hätte es dazu aber nicht bedurft. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Lindner. - Jetzt spricht Herr Minister Laschet für die Landesregierung.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit ihrem Antrag fordert die SPD wie schon so häufig in dieser Woche letztlich nichts anderes als das, was sie in ihrer Regierungszeit nicht auf die Beine gebracht hat.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass der Ausbau der Zahl der Plätze für die unter Dreijährigen eine zentrale Aufgabe der Politik ist, aber ich stelle fest: Sie hätten dieses Angebot in Ihrer Regierungszeit längst ausbauen können. Wir haben einen Deckungsgrad von 2,8 %. Das ist Ihre miserable Schlussbilanz in diesem Punkt. Diesen ersten Punkt sollte man sich anschauen, bevor man solche Anträge schreibt.

Zum Zweiten, der Legendenbildung von Frau Hack, wer den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchgesetzt hat. Sie können nicht allen Ernstes behaupten, dass das durch Ihre Landesregierung entschieden wurde. Es war die Regierung Helmut Kohl zu Beginn der 90er-Jahre. Sie hat etwas aufgeholt, was in diesem Land nötig war. Es gehört zur Redlichkeit, dass man das sagt, wenn man hier ans Rednerpult tritt.

Die Antwort der neuen Landesregierung ist klar: Wir wollen die unbefriedigende Situation, die wir vorgefunden haben, verbessern, um für mehr unter Dreijährige Betreuung zu ermöglichen. Sie wissen, dass wir infolge des Geburtenrückgangs sehr viele Kindergartenplätze in den nächsten Jahren nicht mehr benötigen. In der Koalitionsvereinbarung ist zum Ersten festgelegt, dass diese Plätze mit der Schaffung unserer Familienzentren für die unter Dreijährigen genutzt werden sollen. Zum Zweiten soll den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, dort, wo Bau- und Betriebsstandards das behindern, im Gespräch mit den Kirchen, den Trägerverbänden und anderen zu agieren, damit dieser bürokratische Wust, der zurzeit besteht, verschwindet und es kindgerecht ermöglicht wird, Betreuungsplätze zu schaffen. Auch das wird eine Aufgabe der neuen Landesregierung sein.

Zu dieser Versorgungsstruktur gehört auch, dass man nicht nur in den klassischen Kategorien denkt. Wir möchten durchaus sowohl betriebliche

als auch private Förder- und Betreuungsangebote ermuntern. Ich werde in den nächsten Tagen dabei sein, wenn in Aachen eine private Kindertageseinrichtung eröffnet. Ein Betrieb schafft diese, weil er den Frauen, die bei ihm beschäftigt sind, Betreuungsmöglichkeiten bieten will. Ich werde in diese Einrichtung hineingehen und noch einmal ausdrücklich dazu ermutigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dazu gehören auch Tagesmütter und -väter. Diese erhalten durch die zum 1. Oktober erfolgende Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes einen neuen Status.

Sie sollen in den Familienzentren, die wir schaffen wollen, wo die Betreuung der unter Dreijährigen, die Vermittlung von Tagesmüttern und Tagesväter und Familienberatung zusammengeführt werden sollen, tätig werden können und viel individueller als alle Vorschriften, die man landesweit verbindlich festlegt, dem Betreuungsnotstand abhelfen, den wir fast mit 2,8 % haben.

Dazu ist allerdings eine fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung erforderlich. Wir wollen die Betreuungsinfrastruktur eben nicht nur quantitativ ausbauen, sondern wir wollen auch den Bildungsauftrag, den diese Einrichtungen haben, stärker in den Blick rücken. Jedes Ergebnis von Pisa sagt Ihnen doch, dass man bei der frühkindlichen Bildung anfangen muss und nicht erst in der Schule.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Deshalb greift - da muss ich Frau Asch völlig Recht geben - der SPD-Antrag viel zu kurz. Man kann den Landtag doch nicht allen Ernstes ein Programm bis 2010 beschließen lassen, in dem es nur um Zahlen geht und in dem so gut wie keine Silbe über Qualität von Bildung, über frühkindliche Bildung und über alles das, was da inhaltlich passieren soll, steht. Insofern ist das, was Sie vorgelegen, ein Schauantrag.

(Beifall von CDU und FDP)

Er wird den Kindern nicht gerecht, er wird dem Bildungsanspruch nicht gerecht. Dieser Stil wird sich mit der neuen Landesregierung ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt, an dem der Antrag zu kurz greift: Sie reden nur über die Zweijährigen, aber nicht über die Kinder ab vier Monaten. Auch für die sollten wir das schaffen. Ich weiß, dass ein Rechtsanspruch da nicht finanzierbar ist. Aber wenn man es nicht einmal

mehr als Ziel formuliert, wenn man nicht einmal darüber spricht, sondern nur ganz strikt Grenzen festlegt, wird man der Situation ebenfalls nicht gerecht.

Ich denke, dass der Zuschnitt des neuen Ministeriums - Familie, Frauen und Generationen werden diese Aufgabe zusammen schultern; wenn man das nicht auseinander reißt, wird der besondere Beitrag auch der Bildung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstrichen - die Möglichkeit eröffnet, diese Familienzentren mit Leben zu erfüllen.

Wir wollen bis zum Jahre 2010 das Betreuungsangebot auf 20 % ausweiten. Zu den zurzeit vorhandenen 37.826 Plätzen hat das Land nach Abstimmung mit den Trägerverbänden die Voraussetzungen für weitere 16.500 Plätze geschaffen. Dies konnte durch die schon erwähnte Flexibilisierung der Budgetvereinbarungen erreicht werden - ebenfalls mit einem Programm aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Insofern habe ich bei diesen Themen nur die schlichte Bitte an die SPD: Lassen Sie Symbolanträge! Lassen Sie uns über Substanz reden! Es ist in diesem Land lange genug Symbolpolitik gemacht worden.

(Beifall von der CDU)

Wir wollen die Qualität verbessern. Und dazu lade ich Sie herzlich ein.

(Beifall von der CDU - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Kopftuchgeschichte ist auch Symbolpolitik!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Altenkamp von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich bei den vielen Ankündigungen, die ich in den letzten Wochen von der neuen Landesregierung gehört habe, unterscheiden wollte zwischen Symbolen und substantiellen Ideen, wie dieses Land verändert oder nach vorne gebracht werden sollte, ginge das wahrscheinlich 5:0 für Symbolpolitik aus. Also werfen Sie uns hier bitte nicht vor, Symbolpolitik zu machen.

(Beifall von der SPD - Widerspruch von der FDP)

Wenn Sie die Flexibilisierung oder auch das Sozialfondsprogramm ansprechen, dann tun Sie nicht

so, als wenn Sie das erfunden hätten, sondern seien Sie wenigstens so ehrlich und geben zu, dass das Dinge sind, die die alte Landesregierung auf den Weg gebracht hat,

(Beifall von der SPD)

eben mit dem Ziel, 80.000 Betreuungsplätze hier in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Dieses Ziel haben wir hoffentlich immer noch gemeinsam. Und darum geht es in unserem Antrag.

Frau Kastner, Sie sagen: Dieser Antrag war nicht notwendig, das steht doch alles in der Koalitionsvereinbarung. - Lesen Sie die Koalitionsvereinbarung vor! Dann wird deutlich: Da steht überhaupt nichts drin. Das ist so unkonkret, dass man wirklich einmal nachfragen muss: Wollt ihr tatsächlich mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige schaffen oder wie darf man das alles verstehen? Ich habe Ihren Äußerungen jetzt entnommen, dass das so gemeint war. Aber der geneigte Leser kommt da nicht von alleine drauf.

Wir wollen mit unserem Antrag drei beziehungsweise vier ganz entscheidende Punkte noch einmal nach vorne stellen. Das Versorgungsziel ist, für 20 % der Zweijährigen ein Betreuungsangebot zu schaffen. Das ist kein Rechtsanspruch für Kinder ab einem oder zwei Jahren. Mit Verlaub: Da muss man auch ein bisschen realistisch bleiben. Man könnte das fordern, aber es ist einfach unfair, das zu tun, wenn man ganz genau weiß, dass die finanziellen Möglichkeiten dafür im Augenblick nicht da sind.

Wir wollen darüber hinaus einen sukzessiven Aufwuchs. Auch das ist, denke ich, erstens eine Frage der Fairness. Zweitens muss man sich aber auch überlegen: Welche Partner haben wir da als Land? Das kann das Land ja gar nicht alleine machen.

Der dritte Punkt ist: Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen. Jetzt kommen wir einmal zu der Frage des Rechtsanspruchs. Dabei - das hat Frau Hack angesprochen - geht es nicht darum, wer es erfunden hat, einmal abgesehen davon, dass es eine ziemlich breite Koalition der Frauen im Bundestag gegeben hat, was die Umsetzung des § 218 betraf. Das ist das eine. Das andere ist, dass hier in Nordrhein-Westfalen beschlossen worden ist, dass die Kommunen mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nicht alleine gelassen werden, sondern dass das Land Nordrhein-Westfalen da deutlich mithilft, auch in finanzieller Hinsicht.

(Beifall von der SPD)

Als der Rechtsanspruch auf Bundesebene beschlossen worden ist, hat die CDU hier im Land übrigens nicht mitgemacht. So weit zur Geschichtsklitterung!

Letzter Punkt: Primäre Zielgruppe sind für uns die Zwei- bis Dreijährigen. Warum? Weil nach drei Jahren die Elternzeit zu Ende ist und der Bedarf dann am allergrößten ist. Herr Lindner, ich bin voll an Ihrer Seite, zumal ich es im Moment auch in meiner Familie erlebe. Gerade für Null- bis Zweijährige wollen Eltern oftmals nur eine flexible Betreuung haben, das heißt: eine Woche ja, eine Woche nein. Meine Schwester ist Freiberuflerin: Die braucht mal eine Kinderbetreuung, dann braucht sie 14 Tage keine Kinderbetreuung. Da müssen flexible Angebote gemacht werden. Da kann Tagespflege ein Angebot sein, aber es gibt auch andere Angebote.

Deshalb sage ich Ihnen: Es ist nicht das Ministerium gewesen. Sehen Sie sich einmal die Bewilligungslage in einigen Landesjugendämtern an! Flexible Angebote, die ein bisschen mehr waren als Tagespflege, aber noch nicht ganz eine Kindertageseinrichtung waren, hatten bei den Landesjugendämtern keine Chance auf Bewilligung. Vor diesem Hintergrund muss ich Ihnen sagen: Wir alle gemeinsam werden noch eine Menge dicke Bretter bohren müssen, um die Flexibilisierung, die wir uns gerade für diese Zielgruppe alle wünschen, auch tatsächlich zu erreichen.

Unsere Unterstützung haben Sie dabei. Es hat nicht immer an unserer Dickschädigkeit oder am Ministerium gelegen. Es hat auch daran gelegen, dass Bürokratie in diesem Land aus einem bestimmten Selbstverständnis heraus Flexibilisierung erschwert. Daran, das glaube ich, werden Sie sich mindestens genauso die Zähne ausbeißen, wie wir es auch an vielen Stellen getan haben.

Ein letzter Punkt: Wir unterscheiden uns in der Tat in der Einschätzung der Tagespflege, wenn es darum geht, dass wir eine Priorität bei der Betreuung durch institutionelle Einrichtungen vor der Tagespflege haben wollen. Das fordern wir nicht nur, weil wir wollen, dass die Kommunen weiterhin bezahlen müssen, sondern weil wir aus der Lebenserfahrung wissen, dass für die Gruppe der zwei- bis dreijährigen und älteren Kinder Eltern die institutionellen Einrichtungen viel stärker nachfragen als Tagespflege und andere Angebote. Die Tagespflege ist bei der Wahl der Eltern an vielen Stellen eine Kompensation. Deshalb sagen wir: In der kommunalen Kompetenz soll die Tagespflege bestehen bleiben.

Dabei sei mir der Hinweis gestattet: Auf meine Frage, wie sich denn der Aufbau der Familienzentren zur Frage der Konnexität verhält und wie das Land Nordrhein-Westfalen die Familienzentren finanziell unterstützen will, sagte der Minister: Das sei nicht nötig. - Vor diesem Hintergrund können wir alle gemeinsam gespannt sein, wie das gehen soll.

Ich bin der Auffassung, dass wir von der Empfehlung des DJI zum Thema Tagespflege ausgehen sollten, um in einer Anhörung oder einem Expertengespräch zu gucken, ob man daraus nicht einen Leitfaden für Kommunen entwickeln kann. Denn Tagespflege hat vielfach auch das Problem, dass sie zu unverbindlich ist oder ihre Qualität an vielen Stellen Zweifel bei den Eltern hervorruft. Das ist ein Punkt, an dem wir über die Verlässlichkeit der Qualität und das Angebot in ganz Nordrhein-Westfalen reden müssen. Da kann man die Empfehlung des DJI durchaus zu Grunde legen, um zu Handreichungen, Leitfäden oder anderen Dingen kommen. Es geht uns nicht darum, jetzt wieder eine neue Verordnung auf den Weg zu bringen, um die Kommunen zu quälen.

Vor diesem Hintergrund bin ich mir ziemlich sicher: In unserem Antrag geht es nicht nur um eine numerische Vergrößerung der Anzahl der Betreuungsplätze. Es geht an dieser Stelle darum, deutlich zu machen, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2010 selber verpflichten wird, für mindestens 20 % der Kinder unter drei Jahren ein Angebot der Ganztagsbetreuung zu schaffen.

Unsere Auffassung ist, das möglichst durch institutionelle Einrichtungen zu machen. Aber ich denke, wir werden im Ausschuss darüber reden, welche anderen Nuancen und Wege es möglicherweise noch gibt, um zu einem breiten Angebot zu kommen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Nun hat noch Herr Abgeordneter Lindner von der FDP-Fraktion ums Wort gebeten. Bitte schön.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur noch vier kurze Ergänzungen und Klarstellungen vornehmen.

Erstens. Hier ist gesagt worden, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sei vom Bund beschlossen und die Länder und Kommunen seien damit alleingelassen worden. Das ist ein alter

Irrtum, das ist falsch. Damals sind bei der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern den Ländern und Kommunen Mittel in einer Größenordnung von etwa 400 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden.

Zweitens. Aus unserer Sicht ist die Tagespflege bis zum zweiten Geburtstag das leistungsstärkste Angebot unter der Voraussetzung, dass sie zum einen qualifiziert wird - das muss noch erfolgen - und zum anderen, dass die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten für die Familien in diesem Punkt verbessert werden.

Drittens. Es ist gesagt worden, der Rechtsanspruch ab dem zweiten Geburtstag sei unrealistisch. Das ist aus meiner Sicht nicht richtig und verkennt die Situation, dass der Betreuungsbedarf zwischen dem vierten Lebensmonat und dem dritten Lebensjahr exponentiell steigt. Das heißt, der Rechtsanspruch ab dem zweiten Geburtstag bedeutet eine Inanspruchnahme von vielleicht 60 % der Plätze. Bei unseren Altersjahrgängen und dem demographischen Wandel ist es durchaus rechenbar und möglich, das zu finanzieren.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, jetzt ist die Redezeit auch schon abgelaufen.

Christian Lindner (FDP): Vierter und letzter Punkt, das ist auch nur ein Satz: Diejenigen, die sich jetzt so für Kinder einsetzen, haben noch im letzte Haushaltsjahr 125 Millionen € bei den Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen eingespart. Das müssen wir hier auch noch einmal in Erinnerung rufen. - Danke schön, Herr Präsident.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deswegen schließe ich die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/195** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** - federführend - und an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Widerspricht jemand dieser Überweisungsempfehlung? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dies beschlossen.

Ich rufe auf:

8 Die Abschiebepaxis in NRW muss dringend geändert werden

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/206

Ich eröffne die Beratung und erteile als erster Rednerin Frau Abgeordneter Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Artikel 1 des Grundgesetzes des Bundesrepublik Deutschland lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ - Artikel 6 lautet: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ - Meine Damen und Herren, es erscheint verwunderlich, warum man in einem deutschen Parlament über das Grundgesetz und über Menschenrechte diskutieren sollte. Aber wir sind der Auffassung, dass wir es tun müssen. Wir müssen es leider tun.

Schauen wir in den Hochsauerlandkreis: In der Nacht zum 24. August dieses Jahres wurde eine Mutter mit einem schwerstbehinderten Kind und einem Kleinkind, eine Familienfamilie, nach Mitternacht aus ihrer Wohnung geholt, während der Vater auf der Nachtschicht war. Morgens kam er von der Arbeit und fand die Wohnung leer vor. Ein Verfahren vor der Härtefallkommission wurde durch die Behörden nicht abgewartet. Ebenfalls im Hochsauerlandkreis sprang ein Familienvater in Panik vor der Abschiebesituation vom Balkon.

Der Superintendent des Kirchenkreises Arnsberg, Lothar Kuschnik, kritisiert in der Lokalpresse aus meiner Sicht zu Recht massiv diese Abschiebepaxis als Nichtachtung der Menschenwürde. Beispiele aus anderen Landesteilen lassen sich anführen.

Worum geht es? Es geht besonders um zwei Dinge: zum einen die immer wieder vorkommende getrennte Abschiebung von Familien, bei der ich unterstelle, dass diese getrennte Abschiebung von Familien bewusst von den Behörden inszeniert wird, um den Abschiebedruck auf den hier verbleibenden Teil zu erhöhen, der wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht abgeschoben kann.

Ferner geht es um kranke Menschen, um suizidgefährdete Menschen, um Menschen mit schweren psychischen Störungen, die aus Deutschland abgeschoben werden. Es geht, meine Damen und Herren, schlicht um Menschenrechte und um

Menschenrechtsverletzungen, die in Nordrhein-Westfalen leider viel zu oft stattfinden.

Es sind schwierige Entscheidungen - das will ich nicht verleugnen -, vor denen Ausländerbehörden gestellt werden, wenn es um die sogenannten inlandsbezogenen Vollstreckungshindernisse geht. Es geht hier nicht um Bleiberecht oder um Asylverfahren - diese sind abgeschlossen -, sondern darum, inwieweit der Ermessensspielraum einer Behörde ausgenutzt und gesagt wird: Ist der Mensch reisefähig oder nicht? Ist die Krankheit ein Abschiebungshindernis oder nicht?

Für diesen Ermessensspielraum, der zugegebenermaßen schwierig zu handhaben ist, hat die letzte rot-grüne Landesregierung den Ausländerbehörden einen Kriterienkatalog vom 16. Dezember 2004 an die Hand gegeben sowie eine Checkliste zur Vorbereitung und Durchführung von Rückführungen entwickelt. Diese Erlasse sind mit der Absicht erstellt worden, den Ermessensspielraum für die Ausländerbehörden im Sinne der Flüchtlinge auszunutzen, um humanitäre Mindeststandards zu sichern. Das, meine Damen und Herren, wird in diesem Land nicht umgesetzt.

Johannes Schäfer, Vorstand der Diakonie Hochsauerland-Soest e. V., schreibt in einem offenen Brief an den Kreisdirektor des Hochsauerlandkreises Winfried Stork - ich zitiere aus dem offenen Brief, Pressemitteilung vom 1. September 2005 -:

„Ich klage nicht an, weil Sie“

- also Herr Stork -

„das Recht gebeugt haben. Ich klage an, weil Sie das Recht so unbarmherzig, unnachgiebig und unwürdig umsetzen.“

Weiter heißt es:

„Lieber Herr Stork, bei der Umsetzung von Rechtsprechung gibt es immer einen Ermessensspielraum, in dem Gerechtigkeit und Barmherzigkeit Grundgedanken unserer Kultur eine bestimmende Rolle einnehmen können. Eine Familie derart zu behandeln und auseinander zu reißen entspricht meines Erachtens nicht den Maßstäben von christlicher Nächstenliebe und Humanität. Im Übrigen widerspricht es auch dem Geist unseres Grundgesetzes.“

So weit Johannes Schäfer an den Kreisdirektor des Hochsauerlandkreises.

Meine Damen und Herren, im Grundgesetz steht nicht: Die Würde des deutschen Menschen ist un-

antastbar. Sondern dort steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich halte hier ein Eingreifen des Innenministeriums für dringend geboten, um diese Abschiebep Praxis zu stoppen. Herr Minister, es reicht aus meiner Sicht nicht aus, in Stellungnahmen beispielsweise gegenüber dem Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen, der sechs problematische Einzelfälle dokumentiert hat, oder in der Antwort auf meine Kleine Anfrage, in der ich ebenfalls Einzelfälle dokumentiert habe, zu betonen, dass in den angesprochenen Fällen die Rückführungen in rechtlich einwandfreier Art und Weise durchgeführt worden seien. Das mag alles legal sein, was dort passiert.

Aber ist es auch legitim, Herr Minister, Kranke abzuschleppen und die Abschiebung nur unter dem Aspekt zu betrachten, jemanden lebend von A nach B zu transportieren, Familien zu trennen, bewusst Kinder in unmögliche Situationen zu bringen? Vor allem kritisiere ich jedoch die nächtlichen Überfallkommandos, durch die die Menschen aus dem Schlaf gerissen werden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist beendet.

Monika Düker (GRÜNE): Wir fordern Sie auf, die Ausländerbehörden zu verpflichten, den Informations- und Kriterienkatalog vom Dezember 2004 umzusetzen und geltend gemachte Krankheiten gewissenhaft durch die jeweiligen Fachärztinnen und Fachärzte überprüfen zu lassen.

Wir fordern Sie auf, dass diese Abschiebungen in jedem Einzelfall ernsthaft abgewogen und humanitäre Standards bei der Abschiebep Praxis geachtet werden.

Nicht mehr, aber auch nicht weniger fordern wir. Herr Innenminister, werden Sie tätig und machen Sie dieser Abschiebep Praxis in unserem Land endlich ein Ende!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Kruse von der CDU-Fraktion das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussionen zur Ausländerpolitik insgesamt, aber vor allem zur Vollziehbarkeit der Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer werden sehr häufig bei uns im

Land emotional geführt. Sie, Frau Kollegin Düker, haben dazu gerade ein weiteres Beispiel geliefert.

Immer wieder wird, und zwar aus unterschiedlichen Gründen, eine sogenannte Altfall- oder Bleiberechtsregelung gefordert, um ausreisepflichtigen Ausländern ein Aufenthaltsrecht zu verschaffen. Aus meiner Sicht empfiehlt es sich nicht, in Veranstaltungen, die ja von vielen Menschen besucht werden, zu Einzelfällen Stellung zu nehmen, weil dazu die Kenntnis der Aktenlage, sprich des vollständigen Vorganges notwendig wäre. Ich erwähne dies deswegen, Frau Kollegin Düker, weil Sie in Ihrem Antrag genau solche Einzelfälle aufgeführt haben, die schon längst von den Behörden dieses Landes und von den Gerichten abgearbeitet sind. Im Übrigen haben Sie zu einem dieser Einzelfälle am 6. Juli 2005 eine Kleine Anfrage gestellt, die Ihnen am 17. August 2005 aus meiner Sicht im Vergleich zu früheren Arbeitsabläufen relativ zügig sowie außerordentlich erschöpfend und umfassend beantwortet worden ist; ich verweise auf die Drucksache 14/109.

Von daher ist Ihr Antrag, Frau Kollegin Düker, überflüssig. Dies vor allem auch deswegen, weil die Punkte, die Sie unter „IV. Handlungsbedarf“ anführen, weitgehend durch die Gerichte entschieden sind, insbesondere durch einen Beschluss des Oberverwaltungsgerichts vom 16. Dezember 2004. Ich erinnere daran - das gehört mit in diese Debatte -, dass es nicht Aufgabe eines Parlaments ist, Urteile und Beschlüsse von Gerichten zu kritisieren und damit in die verfassungsrechtlich geschützte Unabhängigkeit der Gerichte einzugreifen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Es geht um Ermessensspielraum!)

Wir werden mit der neuen Landesregierung, Frau Düker, darauf achten, dass die Rechtsvorschriften in der ausländerrechtlichen Praxis beachtet werden.

Ich finde es abenteuerlich, dass Sie die Vorgehensweise der Ausländerbehörden im Land Nordrhein-Westfalen - so haben Sie es gerade formuliert - als „nächtliche Überfallkommandos“ bezeichnen. Das ist eine schlimme Sprache, die Sie hier verwendet haben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Da bin ich nicht die Einzige! Das sagen auch andere so!)

Die im Zuwanderungskompromiss niedergelegte Grundentscheidung, die wir ja in einem mühsam erarbeiteten Kompromiss auf Bundesebene erzielt haben, ist für uns sowohl in der Praxis der Aus-

länderbehörden als auch des Innenministeriums Leitvorgabe.

Aufgrund der Vorgaben des Aufenthaltsgesetzes sind die Ausländerbehörden grundsätzlich verpflichtet, den Aufenthalt ausreisepflichtiger Ausländer zu beenden, wenn diese ihrer Pflicht zur Ausreise aus dem Bundesgebiet nicht freiwillig nachkommen. Das ist die Rechtslage. Die Erfüllung ist nicht einfach.

Lassen Sie mich zu Abschluss, weil die Redezeit zu diesem Antrag außerordentlich knapp ist, einen Aspekt ansprechen, der aus meiner Sicht ebenso wichtig ist: Die CDU-Fraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode deutlich gemacht, dass wir großen Handlungsbedarf bei der Integration dauerhaft und rechtmäßig in Nordrhein-Westfalen lebender Ausländer sehen. Wir haben die Integrationsoffensive betrieben. Wir haben das erste Integrationsministerium in Deutschland eingerichtet.

(Beifall von der CDU)

Unsere Regierungspolitik wird sich nicht im Schönreden, im Wegschauen, im Verharmlosen und in der Tabuisierung von Besorgnis erregenden Fehlentwicklungen erschöpfen. Wir werden in der Regierung vielmehr eine aktive Politik betreiben, um diese Menschen zu unterstützen und ihnen zu helfen, in der deutschen Gesellschaft und in der Arbeitswelt möglichst gut Fuß zu fassen.

(Beifall von der CDU)

Ihr Antrag, Frau Düker - ich wiederhole es -, ist überflüssig, weil die Fälle von den Gerichten entschieden und abgearbeitet worden sind

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

und weil Ihre Fragen durch die Antwort der Landesregierung ausreichend und erschöpfend für Sie beantwortet worden sind. Deswegen ist Ihr Antrag abzulehnen.

(Beifall von der CDU - Monika Düker [GRÜNE]: Das hat doch nichts mit Gerichten zu tun! Es geht um Ermessen! - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Dr. Rudolph, SPD-Fraktion, das Wort.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Grünen greift eine Problematik auf, die sich - das müssen wir ehrlich zugeben - in der Regel abseits der Öffentlichkeit abspielt. Deswegen ist es gut,

dass sich das Parlament mit dieser Angelegenheit beschäftigt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist unbestritten und klar, dass gesetzliche Ausreiseverpflichtungen, sofern ihre Erfüllung nicht freiwillig erfolgt, von den zuständigen Ausländerbehörden durchgesetzt werden müssen, wenn im Einzelfall keine Abschiebungshindernisse vorliegen. Ich gebe auch gerne zu: Es kann sicherlich Gründe geben, weshalb Abschiebungen außerhalb der üblichen Tageszeiten vorgenommen werden müssen.

Jetzt ist der Fall eingetreten, dass uns nach den letzten Sammelabschiebungen in Nordrhein-Westfalen zunehmend alarmierende Berichte aus einigen Städten und Kreisen des Landes erreichen,

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

nach denen Gesetze in einer Art und Weise vollzogen wurden, die zu großem menschlichen Leid geführt hat.

(Beifall von den GRÜNEN und Ralf Jäger [SPD])

Deswegen möchte ich im Namen des gesamten Hauses sagen können, dass bei jedem Gesetzesvollzug die Beachtung der Menschenwürde und der Grundrechte nicht aus dem Blick geraten darf.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Denn es geht - auch da muss Klarheit bestehen - immer noch um Menschen und nicht um Transportgüter.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das gilt besonders dann, wenn Familien mit Kindern betroffen sind. Es ist - dass muss jeder, auch Sie, Herr Kollege, zugeben - problematisch, wenn Familien bei Abschiebungen getrennt werden, wenn es dazu kommt, dass schlaftrunkene Kinder aus den Betten geholt werden, nachts in Autos gesetzt werden und frühmorgens in einem Flugzeug sitzen, das sie in ein fernes Land und eine Umgebung bringt, die ihnen völlig fremd ist.

Die Abschiebungen zu kostengünstigen Flugzeiten sind sicherlich die eine Seite, jedoch dürfen die humanitären Aspekte dabei nicht außer Acht bleiben.

Inzwischen gibt es eine Erklärung, eine klare Absprache zwischen dem Kirchenkreis, dem Hochsauerlandkreis und der Kreisverwaltung, wonach der Kreis jetzt nachgegeben hat und zugesteht,

dafür sorgen zu wollen, dass solchen Härten, wie sie durch nächtliche Abschiebungen entstehen, in Zukunft vermieden werden. Das liegt, so glaube ich, im Interesse des ganzen Hauses und stellt einen Gesetzesvollzug dar, der so weit in Ordnung ist.

Die vom Innenministerium herausgegebene Checkliste bietet darüber hinaus bei Abschiebungen eine wichtige Orientierung.

Ich will noch einen weiteren Punkt nennen: Ich halte es nicht für hinnehmbar - das ist auch in der letzten Zeit eingetreten -, dass Betroffenen im Sicherheitsbereich von Flughäfen anwaltliche Unterstützung verwehrt wird. Das ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar. Das darf nicht sein. Es darf in einem Rechtsstaat keinen rechtsfreien Raum geben - auch nicht im Sicherheitsbereich des Frachtflugteils internationaler Flughäfen, über die diese Abschiebungen abgewickelt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Abschiebungen sind die Ultima Ratio. Sie stehen am Anfang einer Entscheidung, die einem hier lebenden Ausländer sagt: Du darfst nicht in Deutschland bleiben. Du musst zurück in dein Heimatland.

Wir wissen alle: Es geht in vielen dieser Fälle, Herr Kollege Kruse, um langjährige Kettenduldungen

(Lachen von Theo Kruse [CDU])

von Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, die teilweise seit über zehn Jahren hier leben, die einen Arbeitsplatz haben, deren Kinder bei uns geboren wurden und die in deutsche Kindergärten und Schulen gehen. Jeder von uns hat wohl in seinem Wahlkreis einen solchen praktischen Fall vor Augen.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

Deswegen ist es für jeden von uns immer ein großes Problem, mit diesen Dingen umzugehen. Man kann diese Fälle nicht allein zu Aktenfällen oder zu Aktenzeichen machen.

(Theo Kruse [CDU]: Stimmt!)

Nun wurde auf Folgendes hingewiesen: Seit Anfang dieses Jahres gilt ein neues Zuwanderungsrecht. Mit dem Kompromiss hat Deutschland akzeptiert, dass es ein Einwanderungsland ist. Es darf sich der Aufgabe, die Zugewanderten zu integrieren, nicht verschließen.

Leider gab es keinen politischen Konsens über das Problem der Kettenduldung und die Regelung der sogenannten Altfälle.

(Theo Kruse [CDU]: Siehe Schily!)

- Das können Sie bestätigen.

(Theo Kruse [CDU]: Siehe Schily!)

Es ist dringend nötig, dass wir eine deutschlandweite Regelung hierfür brauchen, weil Zehntausende von Menschen in Nordrhein-Westfalen davon betroffen sind. Nachdem sich unser früherer Innenminister Fritz Behrens in der Innenministerkonferenz für ein allgemeines Bleiberecht für langjährig geduldete, in die Gesellschaft wirtschaftlich und sozial integrierte Ausländer eingesetzt hat, möchten wir gern wissen, ob der jetzige Innenminister diese Linie fortführt.

Ein letzter Punkt: Ich möchte den Blick kurz auf ein weiteres Problem lenken. Uns sind Fälle bekannt geworden, bei denen es zu Abschiebungen kam, obwohl die Härtekommission des Landes oder der Petitionsausschuss des Landtags angerufen waren. Es ist deshalb wünschenswert, wenn vonseiten des Innenministeriums eine klare Weisung an die Ausländerbehörden erginge, für die Dauer des Verfahrens von Abschiebemaßnahmen abzusehen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Das hat - ich komme zum Schluss - auch etwas mit Respekt vor dem Petitionsausschuss als Organ des Landtags zu tun.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Es sollte eine Regelung geben. Aber für die Härtefallkommission gibt es sie nicht. Deswegen meine abschließende Bitte an Sie, Herr Innenminister, auch hier für Klarheit zu sorgen. - Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Orth, FDP-Fraktion, das Wort.

Dr. Robert Orth^{*} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Grünen „Die Abschiebep Praxis in NRW muss dringend geändert werden“ geht auf eine Thematik zurück, die sich sicherlich nicht für polemische Auseinandersetzungen eignet, da es sich häufig um Kinder, schwache und kranke Menschen handelt.

(Beifall von der SPD)

- Klatschen Sie nicht zu früh! Gerade vor diesem Hintergrund wundert es uns, dass Sie einen Artikel aus der „taz“ zum Teil unkommentiert übernehmen und diesen Artikel, der auf präventive Art und Weise das Innenministerium und auch den Innenminister in seiner Person in die Kritik bringt, einfach so weitergeben. Das können wir so nicht akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Es geht natürlich um Fragen der Humanität. Es geht darum, dass Menschen einen langen Zeitraum hier waren und dass wir sie leider häufig zu lange in Ungewissheit darüber gelassen haben, ob sie nun hier bleiben dürfen oder nicht.

Selbst wenn die Antragsteller wissen - ich habe Zweifel daran -, dass ihr Verfahren im Ergebnis negativ beschieden wird, machen sie sich doch Hoffnungen. Sie leben in unserem Land und richten sich darauf ein, hier bleiben zu können. Anschließend findet es dann so nicht statt, wie sie es sich vorgestellt haben.

Wer das Asylrecht in seiner jetzigen Form und auch das Ausländerrecht in einer sinnvollen Weise erhalten oder weiterentwickeln will, der muss dies irgendwann konsequent vollziehen. Das muss auch in diesem Hause akzeptiert werden. Sonst stellen wir die Akzeptanz des Ausländer- und Asylrechts insgesamt infrage.

Wir vertrauen dabei in erster Linie auf die Behörden. Wir werden aber auch kritisch nachfragen, wenn es Anlass zu Fragen gibt. Wenn man Einzelfälle herausgreift, dann erwarte ich - Frau Düker, Sie sind schon fünf Jahre Parlamentsprofi -, dass man dies im Innenausschuss thematisiert, dass man meinetwegen dreimal nachfragt. Ich persönlich kann nicht erkennen, an welcher Stelle wir eine neue Positionierung der Politik in Nordrhein-Westfalen brauchen.

Wir reden hier -vermeintlich- über Einzelfälle, von denen wir nicht einmal wissen, ob sie so wie dargestellt abgelaufen sind. Dass wir die Politik, die die Vorgängerregierung angestoßen hat, nun plötzlich ändern müssen, ist einfach nicht zu erkennen. Wollen Sie mit Ihrem Antrag im Prinzip sagen, dass Sie in den letzten fünf oder zehn Jahren mit Rot-Grün falsch gehandelt haben?

Erklären Sie mir einmal, was wir konkret im Vergleich zu den Vorjahren ändern müssen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Innenminister Dr. Ingo Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch den Antrag der Grünen beschäftigen wir uns heute mit einem überwiegend bundesrechtlich bestimmten Thema.

(Monika Düker [GRÜNE]: Stimmt gar nicht!)

Die Spielräume für das Land sind eng, soweit wir überhaupt von Spielräumen sprechen können. Die gegenwärtige Gesetzes- und Erlasslage ist übrigens noch durch und durch geprägt durch Rot-Grün. Es hat keine Rechtsänderung gegeben. Das muss man deutlich sagen.

Warum dieser Antrag? Was hat sich verändert? Die Rechts- beziehungsweise Vollzugspraxis ist unverändert. Auch in all den Jahren, in denen die Verantwortung in den Händen der jetzigen Opposition lag, kam es zu derartigen bedauerlichen, aber im Einzelfall nicht vermeidbaren Fällen. Gleich komme ich darauf zurück.

Was hat sich geändert? Der Wähler hat Ihre Rolle geändert. Das führt dazu, dass Sie nun aus der Rolle der Opposition heraus Verfahren kritisieren, die Sie früher als Regierung stets mit zu verantworten hatten.

(Beifall von CDU und FDP)

Man muss schon ein schlechtes Gedächtnis haben, um einen solchen Antrag so kurz nach der Wahl einzubringen. Sie schildern zwei Fälle, von denen einer noch in Ihrer Regierungszeit stattfand. Der andere tauchte vier Tage nach Ernennung der Landesminister auf. Da zu behaupten, hier hätte sich irgendetwas grundlegend ändern können, ist einfach kurzsichtig.

Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, unterstellen den 93 kommunalen Ausländerbehörden, sie hielten sich nicht an das für alle geltende Ausländerrecht und die besonderen Vorgaben meines Hauses und betrieben eine unmenschliche Rückführungspraxis. - Dies weise ich mit aller Deutlichkeit zurück.

Frau Düker, ich finde es unverschämt, den Namen eines leitenden Beamten einer Kreisverwaltung hier wörtlich zu zitieren und ihm mit solchen Worten zu schmähen. Die Leute tun ihre wahrlich nicht einfache Arbeit. Das sage ich Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich weiß gerade von dem Kollegen, den Sie angesprochen haben, dass er sich sehr bemüht,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Was für ein Staatsverständnis! - Zurufe von den GRÜNEN)

die Dinge human abzuwickeln.

Nordrhein-Westfalen hat - einmalig in der Bundesrepublik - auf diesem Gebiet besondere Standards gesetzt. Das sind gerade die im Antrag erwähnte Checkliste sowie der Informations- und Kriterienkatalog. Frau Düker, dort ist all das, was Sie ins Nebulöse ziehen wollen - inlandsbezogene Abschiebungshindernisse und die OVG-Rechtsprechung - konkretisiert. Es geht unter Wahrung eines rechtlich und humanitär einwandfreien Vollzugs um die konsequente und zügige Durchsetzung von gesetzlichen Ausreisepflichten.

Mein Haus ist allen in dem Antrag geschilderten Einzelfällen nachgegangen. Herr Kollege Dr. Orth und Herr Kruse haben das schon erwähnt. Die Stellungnahmen der Ausländerbehörden ergeben keine Anhaltspunkte dafür, dass die jeweiligen Rückführungen nicht in rechtlich einwandfreier Art und Weise durchgeführt worden sind.

Zu der Sache selbst ist Folgendes zu sagen: Wegen der Ferienzeit mussten die Abflugzeiten für zwei Charterflüge aufgrund der Slotsituation am Flughafen Düsseldorf ausnahmsweise auf 8:40 Uhr festgelegt werden. Das heißt, es geht überhaupt nicht um irgendwelche nächtlichen Überfallkommandos, sondern um Abflugzeiten, die Sie auch im privaten Verkehr erleben. Das ist bedauerlich, aber es ist so. Es ist auch in der Vergangenheit in Ausnahmefällen so veranlasst worden.

Wann immer möglich wurden und werden frühe Abflugzeiten bewusst vermieden. Beispielsweise hat die zuständige Bezirksregierung Düsseldorf für den nächsten Charterflug nach Istanbul eine Abflugzeit von 12 Uhr angesetzt. Sie wird das so weit als möglich auch für künftige Flüge tun.

Diese Fakten sind den Kritikern bereits schriftlich dargelegt worden. Sie werden jedoch wissentlich ignoriert. Sie können sicher sein ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Steffens?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Von Frau Steffens, ja.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben eben Frau Düker dafür gerügt, dass sie Beamte kritisiert hat, und gesagt, das dürfe man nicht tun. Sind Sie sich darüber im Klaren, dass Frau Düker nur Herrn Johannes Schäfer von der Diakonie zitiert hat?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Zunächst einmal hat sich der Herr inzwischen entschuldigt. Zum Zweiten ist es ein geschickter Trick, Dritte als Zeugen zu benennen, um sich das selber zu Eigen zu machen. Das ist genauso schlimm.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie können sich sicher sein, dass ich im Einzelfall bei Feststellung von Verstößen aufsichtsbehördliche Maßnahmen ergreifen werde. Bisher bestand dazu aber kein Anlass.

Eine Rückführung und die damit verbundenen Zwangsmaßnahmen sind physisch und psychisch sehr belastend; ich möchte das hier gar nicht beschönigen. Jeder hat aber als vollziehbar Ausreisepflichtiger grundsätzlich die Möglichkeit, freiwillig auszureisen - und das über viele Jahre -, um so die zwangsweise Durchsetzung unnötig zu machen.

Diese freiwillige Ausreise wird auch unterstützt. Aus den von Bund und Land hälftig finanzierten Programmen der Internationalen Organisation für Migration werden zum Beispiel die Reisekosten bestritten. Gegebenenfalls können auch Reisebeihilfen oder Wiedereingliederungshilfen in Anspruch genommen werden. Die vom Land ebenfalls geförderte Rückkehrberatung ist darauf gerichtet, diese Rückkehrhilfen aufzuzeigen und den Betroffenen bei der Beantragung zu helfen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, Ihre Redezeit ist beendet.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ja, aber ich habe eine Zwischenfrage beantwortet.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Diese Zeit wurde abgezogen.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich sehe sehr wohl, dass aus humanitären Gründen die Regelungen immer wieder überdacht werden müssen. Die aus humanitären Gründen als unbefriedigend empfundenen Regelungen des Zuwanderungsgesetzes sind in der Frühjahrs-IMK im Juni 2005 intensiv erörtert worden. Der Vorschlag Berlins für eine allgemeine Bleiberechtsregelung hat dort keine Mehrheit gefunden. Gleichwohl gibt es Signale für

eine erneute Befassung der IMK mit diesem Thema.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, Herr Präsident: Die Rückkehrpolitik des Landes ist unter Wahrung eines humanen Vollzugs darauf ausgerichtet, die Ausreisepflicht zügig durchzusetzen. Eine Durchsetzung der Abschiebung um jeden Preis ist hiermit nicht vereinbar. Allerdings müssen die Rückzuführenden zumutbare Erschwernisse in Kauf nehmen, wenn sie die ihnen angebotene freiwillige Rückkehrmöglichkeit nicht wahrnehmen wollen. - Danach handeln wir, und deswegen bitte ich, den Antrag abzulehnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zur Geschäftsordnung hat sich der Abgeordnete Remmel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet.

Johannes Remmel^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantrage ich zu diesem Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in **Drucksache 14/206**. Sie haben gerade gehört: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat gemäß § 43 der Geschäftsordnung **namentliche Abstimmung** beantragt.

Diese namentliche Abstimmung erfolgt durch Namensaufruf. Ich bitte deswegen Frau Abgeordnete Beer, mit dem Namensaufruf zu beginnen, und Sie alle bitte ich, laut und deutlich entweder „Ja“ oder „Nein“ zu sagen oder zu erklären, dass Sie sich der Stimme enthalten. - Frau Abgeordnete Beer.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage.)

Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben. Ich bitte nun die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. Die Abstimmung ist geschlossen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung bekannt, wobei ich noch einmal darauf hinweisen möchte, dass es für die Schriftführer sehr schwer war, bei

dem Lärmpegel alles mitzubekommen. Für die Zukunft sollten wir uns etwas anderes überlegen.

Abgegebene Stimmen: 155. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein stimmten 95 Abgeordnete. Damit ist der **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/206** mit Mehrheit **abgelehnt**.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Wir kommen zu:

9 Zwangsheirat ächten - Opfer unterstützen - Zwangsehen vorbeugen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/198

Ich weise auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/252** hin und eröffne die Beratung. Als erste Rednerin hat Frau Ruff-Händelkes von der SPD-Fraktion das Wort.

(Unruhe - Dieter Hilser [SPD]: Sorgen Sie mal für Ruhe, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, darf ich um Ruhe bitten. Gespräche sollten außerhalb des Plenarsaals geführt werden.

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Zwangsheirat beschäftigte die Fraktionen schon in der letzten Legislaturperiode. Was bedeutet Zwangsheirat? - Unter Zwangsheirat verstehen wir eine Eheschließung, bei der einer oder beide Ehepartner durch Druck zu einer Eheschließung gezwungen werden. Das ist eine Menschenrechtsverletzung, die wir als modernes Land nicht dulden können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Erfreut haben wir als SPD-Fraktion die Ankündigung von Herrn Minister Laschet in der letzten Sitzung des Frauenausschusses vernommen, der ganz besonders im Interesse der Frauen die Interessen der Frauen vertreten will, die von Gewalt betroffen sind. Wir alle wissen, bei der Zwangsheirat handelt es sich in der Hauptsache um ein Problem von jungen Mädchen und Frauen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die häufigsten Gründe der Zwangsverheiratung sind nach bisherigen Erkenntnissen die Beibehaltung der traditionellen Machtverhältnisse in der Familie und

vermeintlich religiöse Motive. Wer sich mit fundierten Erkenntnissen über das Thema Zwangsheirat beschäftigt, wird feststellen: Da liegt noch ganz viel im Dunkeln.

Unsere Aufgabe und Verantwortung im Land NRW wird sein, zunächst herauszufinden, wie groß das Ausmaß der von Zwangsheirat bedrohten Frauen und vor allen Dingen jungen Mädchen ist. Als ganz besonders problematisch empfinden wir den Zustand, dass viele Bedrohte noch minderjährig und vor allen Dingen schulpflichtig sind. Dem gilt unsere ganz besondere Verantwortung.

Meine Damen und Herren, zunächst sind Maßnahmen zu ergreifen, um erst einmal das Ausmaß zu bestimmen und im Zusammenhang damit auch die Auswirkungen zu sehen.

Wie Sie erkennen können, haben wir in unserem Antrag im Einzelnen aufgeführt, was wir unter einem Handlungskonzept verstehen, das von uns beziehungsweise von der Landesregierung gefordert wird.

Wir halten auch die Einbeziehung von Expertinnen und Experten für unverzichtbar. Ganz besonders wichtig ist aber die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, meine Damen und Herren.

Viele von Ihnen wissen, dass nach einem Gesetzentwurf des Bundesrates beabsichtigt ist, mit § 234b Strafgesetzbuch ein Strafmaß von sechs Monaten bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe einzuführen. Bis jetzt ist es so, dass Nötigung beziehungsweise schwere Nötigung nach § 240 Strafgesetzbuch mit höchstens fünf Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden kann. Das macht noch einmal ganz deutlich, welchen Stellenwert das Thema Zwangsheirat hat.

Ein ganz besonderes Augenmerk setzen wir auf die Prävention. Hier soll das von uns geforderte Handlungskonzept vielseitige Maßnahmen entwickeln. Bewährt hat sich die Kooperation zwischen Jugendämtern, Frauennetzwerken, Schulen und Polizei. Sie ist schon heute in Form von runden Tischen gegen Gewalt vorhanden. Sie muss aber weiter ausgebaut und intensiviert werden.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal auf den Anfang meiner Ausführungen zurückkommen. Frau Präsidentin ... Nein, Herr Präsident! Das kann bei der ersten Rede passieren, meine Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich unseren Minister Laschet aus dem Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik vom

25. August 2005: „Denn es ist eine Frage der Menschenrechte, dass Frauen Schutz vor Gewalt finden können.“

Meine Damen und Herren, wir unterscheiden zwischen Zwangsheirat und arrangierter Eheschließung und wissen um die Schwierigkeit der Definition und die fließenden Übergänge. Aber die Ermittlung von Daten ermöglicht es uns überhaupt, die Differenzierung vorzunehmen. Sie ist die Voraussetzung für die zum Schutz der Betroffenen nötigen Maßnahmen.

Wir sehen einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur Bekämpfung der Zwangsheirat.

Lassen Sie uns im Frauenausschuss und in allen anderen beteiligten Ausschüssen noch einmal grundlegend über das Thema Gewalt diskutieren, insbesondere über Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Wir als SPD-Fraktion werden dem Überweisungsvorschlag für unseren Antrag und den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen; das ist selbstverständlich. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen und hoffe, dass wir zu einer gemeinsamen Entscheidung im Sinne unseres Antrages kommen können, Herr Minister Laschet. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Nun hat Frau Westerhorstmann von der CDU-Fraktion das Wort.

Maria Westerhorstmann^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die freie Wahl des Lebenspartners ist ein Menschenrecht. So steht in Art. 16 Abs. 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Die Ehe darf nur aufgrund der freien und vollen Willenseinigung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden.“ Doch die aktuellen Meldungen über Ehrenmorde zeigen, dass mitten unter uns tagtäglich dagegen verstoßen und jegliches geltende Recht abgelehnt wird.

So könnte man meinen, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag zur Zwangsverheiratung genau richtig liegt. Doch ob es der Sache dienlich ist, im Alleingang vorzupreschen, wage ich zu bezweifeln, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. In der vergangenen Legislaturperiode wurde doch vereinbart, im Ausschuss gemeinsam einen Antrag über dieses wichtige Thema zu erarbeiten. Hierzu kam es bedauerlicherweise nicht mehr. Man einigte sich dann darauf, das von allen Seiten für wichtig befundene Thema in einem ge-

meinsamen Antrag in der neuen Legislaturperiode auf die Tagesordnung zu setzen.

Nunmehr präsentieren Sie uns entgegen der im Frauenausschuss getroffenen Vereinbarung einen Antrag, der uns gut bekannt ist, handelt es sich bei diesem Antrag doch, abgesehen von marginalen Veränderungen, um den alten Entschließungsantrag aus der letzten Wahlperiode. Da frage ich mich schon, ob es der SPD hier um die Sache geht, was ich natürlich hoffe, oder ob dahinter nur Wahlkampfgeplänkel steckt.

(Zuruf von der SPD)

Immerhin sind am Sonntag Bundestagswahlen. Von daher drängt sich natürlich ein gewisser Zusammenhang auf.

Immerhin war es die CDU-Fraktion, die dieses Thema in der vergangenen Legislaturperiode mit dem Antrag „Zwangsehen verhindern“ angestoßen hat.

(Zuruf von der SPD: Aber nachher zurückgezogen!)

Erst danach folgten schließlich Anträge der SPD, der Grünen und der FDP.

In der gemeinsamen Debatte kam man dann zu dem Ergebnis, dass man sich mit diesem Thema intensiver auseinander setzen müsse. Der Ausschuss für Frauenpolitik führte daher ein Sachverständigengespräch zum Thema Zwangsheirat durch. Über alle Parteien hinweg war man sich einig. Alle Fraktionen sahen Handlungsbedarf. So wurde vereinbart, einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten.

Leider hat sich die SPD nicht an diese Absprache gebunden gefühlt. So geht man nicht mit Absprachen um, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Es gab in der letzten Legislaturperiode keine Absprache!)

Mir - und ich bin mir sicher, dass ich da für die gesamte CDU-Fraktion spreche - geht es darum, dass wirksame Maßnahmen gegen Zwangsverheiratung auf den Weg gebracht werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, von Zwangsheirat spricht man, wenn mindestens einer der zukünftigen Ehepartner durch die Anwendung von körperlicher oder psychischer Gewalt zum Eingehen einer Ehe gezwungen wird.

Zwangsverheiratungen stellen eine schwer wiegende Menschenrechtsverletzung dar und verstoßen gegen geltende Gesetze. Dennoch werden

sie zu selten strafrechtlich verfolgt. Damit lässt man die betroffenen Mädchen und Frauen, aber auch vereinzelt Männer, die dringend einer Unterstützung bedürfen, allein.

Bereits im Juni 2001 hat die UN-Arbeitsgruppe zu zeitgenössischen Formen der Sklaverei Zwangsverheiratungen als eine der modernen Formen der Sklaverei gebrandmarkt.

Zu lange wurde Zwangsheirat als Problem nicht wahrgenommen und als Familienangelegenheit abgestempelt, die nur die betreffende Familie etwas angeht. Aus Furcht vor Eingriffen in die Privatsphäre haben wir alle zu lange die Augen davor verschlossen und dieses Problem nicht wahrgenommen. Das zeigt sich daran, dass Sie beklagen, dass viel zu wenige Daten vorliegen.

Erst Hilferufe aus den Reihen der betroffenen Frauen und Männer haben zu Reaktionen in Politik und Gesellschaft geführt. In diesem Zusammenhang zitiere ich aus dem Buch von Necla Kelek „Die fremde Braut“:

Alles, was anders ist, steht bei vielen gut meinenten Deutschen unter Naturschutz. Das ist heilig. Daran darf nicht gerührt werden.

Und weiter:

Kritik an fremden Kulturen ist politisch nicht korrekt. Denn jede Kultur wird an sich als Bereicherung erachtet, auch wenn sie barbarische Praktiken gutheißt, wie Zwangsheirat oder Ehrenmorde. Für mich endet diese Seeligkeit, wo Menschenrechte missachtet werden.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Maria Westerhorstmann^{*)} (CDU): Dieser Aussage kann ich voll Folge leisten.

Was das Thema Zwangsverheiratungen angeht, so heißt das für uns: Zwangsverheiratungen, für die sowohl religiöse als auch traditionelle Motive und andere Ehrbegriffe maßgeblich sind, verstoßen gegen unsere Gesetze.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Maria Westerhorstmann^{*)} (CDU): Wir von der CDU-Fraktion wollen Maßnahmen, die zu einer wirklich wirksamen Bekämpfung von Zwangsverheiratungen führen. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, Wege zu finden, die Betroffenen

und potenziell Betroffenen zu erreichen; denn Zwangsverheiratung findet im Verborgenen statt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin, ich hatte Sie zweimal gebeten, zum Schluss zu kommen.

Maria Westerhorstmann* (CDU): Die CDU-Fraktion steht zu ihrem Wort. Wir wollen zusammen mit allen anderen Parteien einen gemeinsamen Antrag erarbeiten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich der Frau Abgeordneten Steffens das Wort.

Barbara Steffens* (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Westerhorstmann, ich bin gern dazu bereit - ich nehme an, auch die SPD-Fraktion -, über einen gemeinsamen Antrag nachzudenken und auch mit Ihnen zu verhandeln.

Nur: Es ist ein bisschen Vergangenheitsfälschung, wenn Sie sagen, es habe die Verabredung gegeben, einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln. Sie waren in der letzten Legislaturperiode noch nicht dabei. Die Historie war aber anders:

Sie haben einen Antrag gestellt. Wir haben als Koalitionsfraktionen einen Entschließungsantrag dazu gestellt, der weiterging. Dann hat Ihre Fraktion kurz vor Ende der Legislaturperiode gesagt: Wir ziehen unseren Antrag zurück, denn dann könnt ihr euren Entschließungsantrag auch nicht mehr befassen, und vielleicht machen wir in der nächsten Legislaturperiode mal was zusammen.

Das heißt, Sie haben die Grundlage dafür, dass wir in der letzten Legislaturperiode dazu hätten einen Beschluss fassen können, einfach vom Tisch gezogen. Da gab es keine Verständigung auf einen gemeinsamen Antrag.

Aber Strich drunter! Wenn Sie jetzt bereit sind, etwas Gemeinsames zu machen, dann gerne. Denn ich finde, das ist ein Thema, bei dem eigentlich alle Fraktionen gemeinsam einen Weg finden müssten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt wende ich mich noch an unseren ehemaligen Koalitionspartner. Das war ja nun in der Vergangenheit - wie eben schon gesagt wurde - ein Antrag, den wir gemeinsam eingebracht hatten und der damals von meiner Vorgängerin Marianne

Hürten mehr oder weniger geschrieben war. Ich finde, es ist im Nachhinein doch ein schönes Geschenk an Marianne, dass Sie jetzt sagen: Ihr Antrag war damals so gut, dass die SPD ihn auch allein einbringt. - Ich bewerte das einfach einmal positiv und gehe davon aus, wir werden zu einer gemeinsamen Verständigung kommen.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Zum Thema! Wir Grüne haben einen Entschließungsantrag vorgelegt, denn wir meinen, es geht noch um sehr viel mehr, als bisher jeweils Antraginhalt war und ist.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, wie eigentlich die unterschiedlichen Ausgangslagen der Frauen aussehen, die in eine solche Situation geraten. Wir haben da nämlich verschiedene Situationen.

Wir haben die Heiratsverschleppung, bei der die betroffenen Frauen und Mädchen zur Eheschließung gezwungen und ins Ausland verschleppt werden. Dabei haben wir ganz massiv das Problem, dass nach sechs Monaten im Ausland für diese Frauen das Rückkehrrecht nach Deutschland erlischt und sie dann eigentlich überhaupt keine Möglichkeit mehr haben, nach dieser Heiratsverschleppung für sich selbst einen Ausweg daraus zu finden.

Wir haben die Situation, bei der Frauen im Ausland gezwungen werden, Männer zu heiraten, und dann im Sinne des Familiennachzugs nach Deutschland geholt werden und hier dann auch keine Möglichkeit haben, sich zu wehren. Denn in dem Moment, in dem sie den Mund aufmachen, droht ihnen die Abschiebung, weil sie keinen eigenen Aufenthaltsstatus haben.

Wir haben aber auch die Situation, dass Frauen, die hier leben, hier dazu gezwungen werden.

Wir haben also viele unterschiedliche Lebenssituationen, Lebensrealitäten der Frauen, in denen sie dazu gezwungen werden.

Wir brauchen auf der einen Seite sehr wohl hier Strukturen, die aufklären im Sinne der Prävention, die beraten und auffangen, aber wir müssen auf der anderen Seite auch ganz klar darüber reden, was denn die aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen sind, damit Frauen überhaupt in die Situation kommen, sich wehren zu können.

Egal, ob wir jetzt über Gewalt gegen Frauen oder über die Gewaltform der Zwangsehe reden: Es sind immer wieder Situationen, in denen sich die Frau individuell die Frage stellt, ob sie sich überhaupt wehren kann oder ob ihr die Abschiebung

droht und ob sie, wenn sie sich wehrt, sozusagen einfach vom Regen in die Traufe kommt. Die Gewalt hier oder die Gewalt da?

Wir müssen diese rechtliche Ebene klar thematisieren und hier zu Änderungen kommen, um den Frauen eine andere Grundlage zu bieten. Also: Der beste Opferschutz ist auf jeden Fall, die Rechte des Opfers auch aufenthaltsrechtlich zu stärken und zu verbessern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen aber - das habe ich eben schon gesagt - natürlich auch die anderen Bereiche. Wir brauchen niedrigschwellige Schutzprogramme für Bedrohte und Betroffene. Wir brauchen die Öffnung von jetzt bestehenden Schutzprogrammen genau für diese Zielgruppe. Wir brauchen mehr Öffentlichkeit für die Themen „häusliche Gewalt“ und „Zwangsehen“. Wir brauchen natürlich auch bei der Präventionsarbeit - wie eben schon gesagt - gerade die Einbeziehung von bestehenden Strukturen, also Schule und Jugendarbeit.

In dem Sinne hoffe ich auf eine konstruktive Beratung im Ausschuss. Ich hoffe darauf, dass wir zumindest eine gemeinsame Basis finden, um das auch gemeinsam umsetzen zu können. Denn es ist im Interesse dieser Frauen und damit auch im Interesse des Landes. - Danke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine kleine Einlage: Ich bin froh, dass es uns Frauen noch nicht gelingt, aus Männern Frauen zu machen, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Aus voller Überzeugung?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ja, aus voller Überzeugung.

Nun zurück zu einem sehr ernsten Thema. - Die Zwangsverheiratung ist eine Menschenrechtsverletzung. Sie verstößt eindeutig gegen die deutschen Gesetze und gegen das Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen. Sie ist daher entschieden zu verurteilen. Es darf nicht akzeptiert werden, dass Migrantinnen ein freies und selbstbestimmtes Leben aufgrund patriarchalisch-

traditioneller oder vermeintlich religiöser Gründe verweigert wird.

Die Praxis hat gezeigt, dass die bisherigen rechtlichen Instrumente nicht ausreichen, um die Zwangsheirat wirksam zu bekämpfen und den Opfern von Zwangsheirat angemessenen Schutz zu gewähren.

Die FDP-Landtagsfraktion ist daher der Auffassung, dass der Gesetzesantrag des Bundesrates vom 8. Juli 2005 „Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat“, der von FDP-Justizminister Prof. Goll auf den Weg gebracht wurde, unterstützt werden muss.

Im Gegensatz zur antragstellenden Fraktion SPD sind wir nicht der Meinung, dass der baden-württembergische Gesetzesantrag durch die vom Bundestag im Februar beschlossene Gesetzesinitiative obsolet ist. Vielmehr ist durch die Schaffung eines über die Nötigung hinausgehenden Strafbestandes ein deutliches Signal in der Öffentlichkeit zu setzen, dass die Zwangsheirat entschieden missbilligt wird. Zwangsheirat muss wirksam geahndet werden können. Auch in zivilrechtlicher Hinsicht sind, wie es das Zwangsheiratsbekämpfungsgesetz vorsieht, die Rechte der Opfer zu stärken. Erwähnt seien an dieser Stelle zum Beispiel das Ehe- und Unterhaltsrecht.

Außerdem müssen Schule und Sozialarbeit, Polizei und Justiz weiterhin für das Thema sensibilisiert werden. Auch Ärztinnen und Ärzte sollten, wie Sie von der SPD es fordern, in die Lage versetzt werden, Opfern von Zwangsheirat helfen zu können. Die bedeutsame Arbeit der Beratungsstellen, der Frauen- und Mädchenhäuser sowie anderer Institutionen, die sich den Opfern von Zwangsheirat annehmen, ist zu unterstützen. Wichtig ist es auch, den Präventionsgedanken nach vorne zu bringen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, all das, was ich bisher vorgetragen habe, ist im Prinzip eine Zusammenfassung, denn dieses wichtige Thema ist im Landtag Nordrhein-Westfalen nicht neu. Neben leidenschaftlichen Debatten sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen fand am 15. Februar 2005 eine Expertenanhörung statt, und im Anschluss kamen die Mitglieder des Frauenausschusses überein, eine gemeinsame EntschlieÙung zu erarbeiten. Wie den Mitgliedern des Frauenausschusses bekannt sein dürfte, war es aus Zeitgründen keiner Fraktion gelungen, einen konkreten Vorschlag bis zum Ende der 13. Wahlperiode zu unterbreiten, auch der SPD nicht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht! - Zuruf von der SPD: Wir hatten einen!)

Großes Erstaunen möchte ich insofern hinsichtlich des Alleingangs der Sozialdemokraten sowie hinsichtlich des Zeitpunkts dieses Antrages zum Ausdruck bringen.

(Zuruf von der SPD: Was ist daran neu? Wir hatten einen!)

Auch die Grünen bringen noch schnell einen Entschließungsantrag zum Thema mit ein. Ein Schelm, wer dabei denkt, dass dies etwas mit der Wahl am kommenden Sonntag zu tun haben könnte.

Ich finde es nicht richtig, dass gemeinsame Absprachen mir nichts, dir nichts über Bord geworfen werden, und ich setze mich ausdrücklich dafür ein, dass eine Entschließung erarbeitet wird, die alle Fraktionen tragen. Ich bitte dabei um Ihre Unterstützung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat der Frauenminister, Herr Minister Laschet, das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über ein Thema, das lange Zeit nicht öffentlich diskutiert wurde. Viel zu lange haben wir die Augen davor verschlossen, dass in unserer Mitte junge Menschen leben, denen eine freie Partnerwahl und ebenso ein selbstbestimmtes Leben versagt werden.

Wir haben viel zu lange mit zweierlei Maß gemessen und toleriert, dass durch körperlichen und psychischen Zwang hauptsächlich junge Frauen und Mädchen, aber vereinzelt auch junge Männer, zur Eingehung einer Ehe gezwungen und dadurch unsere Gesetze und das Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen verletzt werden.

Die Betroffenen haben es oft nicht gewagt, sich gegen eine Zwangsehe zu wehren bzw. sich ihrer zu entziehen. Sie fürchteten Racheakte oder psychische und physische Gewalthandlungen der Familie.

Aber auch ein unsicherer Aufenthaltsstatus - Frau Steffens hat es erwähnt -, fehlende Sprachkenntnisse, die Unkenntnis ihrer Rechte oder fehlendes Einkommen sind häufig der Grund dafür, dass die Betroffenen nicht in die Öffentlichkeit treten, um

Schutz und Hilfe zu suchen. Manche werden sich Jahre später erst bewusst, welchem Zwang sie ausgesetzt waren; denn viele werden von Geburt an dazu erzogen, den Wünschen der Eltern sowie der ganzen Familie respektvoll zu begegnen und ihre eigenen Bedürfnisse dem Wohl und der Ehre der Familie unterzuordnen.

Daneben - ich bin froh, dass das in der Debatte deutlich geworden ist, auch bei der Rednerin der SPD - gibt es die Form der arrangierten Eheschließung. Das müssen wir sorgsam auseinander halten, denn das ist etwas, was bei uns vor wenigen Jahrzehnten durchaus noch üblich war.

(Zuruf von der SPD: Gibt es immer noch!)

Hier sollten wir uns nicht überheblich über andere Kulturen setzen. Für uns ist wichtig: Der Heiratskandidat oder die Heiratskandidatin haben das letzte und entscheidende Wort. Aber es gibt einen Unterschied zwischen der arrangierten Ehe und der Zwangsehe.

Ich stelle in diesem neuen Ministerium fest - der Herr Präsident hat mich als Frauenminister aufgerufen -, dass die Abteilungen Integration und Frauen, die jetzt zusammengefasst sind und beide ihre Ideen zu diesem Thema vortragen, sich sehr gut ergänzen können; denn es hat mit beidem zu tun: mit dem Respekt für andere Kulturen auf der einen Seite und der Einhaltung unserer verfassungsrechtlichen Mindeststandards auf der anderen Seite.

Das ist auch das Ziel unserer Integrationspolitik. Integration ja, aber auf der Basis des Grundgesetzes, auf der Basis unserer Werteordnung. Deshalb können unter keinen Umständen Zwangsheirat, Gewalt gegen Frauen in diesem Land akzeptiert werden.

Deshalb enthält der Antrag, den Frau Ruff-Händelkes begründet hat, viele Positionen, die von der Landesregierung geteilt werden.

(Beifall von der SPD)

Ärztinnen und Ärzte müssen in die Lage versetzt werden, von Zwangsheirat Betroffenen und Bedrohten Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen. Zwangsheirat geht häufig einher mit häuslicher und sexualisierter Gewalt, die sich vielfach auch in Krankheitsbildern manifestiert.

Migranten-Selbsthilfeorganisationen und religiöse Gemeinschaften müssen als Verbündete gewonnen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zwischen der deutschen Gesellschaft und den Migrantenorganisationen sollte kein Gegensatz sein, sondern dies sind unsere Verbündeten.

So sehr man manchmal über die boulevardmäßige Berichterstattung von Hürriyet auch besorgt sein kann, begrüße ich es doch, dass dort jetzt eine Kampagne gegen häusliche Gewalt gestartet wird. Ich selbst werde in Köln an einer dieser Aktionen teilnehmen, um zu würdigen, dass eine Zeitung so etwas macht; denn wir brauchen möglichst große Koalitionen bei diesem Thema.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Berichte und Informationen der Mitarbeiter des Projekts gegen Zwangsheirat und ehrbezogene Gewalt an Frauen und Mädchen, das den Aufbau von Netzwerken, Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung von Selbsthilfegruppen in erster Linie in Köln beinhaltet, sollen ebenfalls in das Handlungskonzept einfließen. Ich denke aber, dass über die Vorschläge der SPD-Fraktion hinaus weitere Überlegungen angestellt werden sollten. Das Thema Zwangsheirat sollte in die Integrationskurse des Bundes, des Sozialtrainings des Landes sowie der Migrantenerstberatung einbezogen werden. Wir sollten über die Errichtung einer Opferhotline nachdenken, und es sollten nicht nur zivil- und aufenthaltsrechtliche Regelungen, sondern auch jugendhilferechtliche Bestimmungen auf den Prüfstand gestellt werden.

Wir haben unmittelbar nach der erwähnten Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg in unserem Haus mit der Erarbeitung eines Handlungskonzeptes begonnen. Ich muss Ihnen sagen, dass ich noch keine abschließende Meinung zu dieser Strafrechtsfrage habe.

Die durch das 37. Strafrechtsänderungsgesetz erfolgte Aufnahme der Zwangsheirat als Regelbeispiel für einen besonders schweren Fall der Nötigung reicht aus meiner Sicht nicht aus. Ob aber ein eindeutiger neuer Tatbestand, wie ihn Baden-Württemberg vorschlägt, rechtlich so gestaltbar ist oder ob wir dadurch nicht neue Probleme schaffen, wollen wir untersuchen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, ihre Redezeit ist beendet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich denke jedenfalls, dass Baden-Württemberg Recht hat mit den Verbesserungen im Ehe- und Unterhaltsrecht.

Die Redezeit geht zu Ende. - Ich denke, dass wir das Spiel „Wer ist der Erste mit Anträgen?“ bei

diesem Thema lassen sollten. Der Inhalt stimmt. Wir sollten zu der Kultur der Integrationsoffensive zurückkehren.

Letzte Bemerkung, Herr Präsident: Eines ist bei dem Thema - auch in der gegenwärtigen Berichterstattung über die Ehrenmorde - wichtig: So scharf man dagegen vorgeht, so klar man dagegen spricht, sollte niemandem ein Anlass geboten werden, Ressentiments gegen Migranten zu wecken oder Pauschalierungen vorzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist am leichtesten möglich, wenn es in dem Bereich einen großen Konsens im Landtag gibt, und dazu lade ich alle ein: die Fraktion, die jetzt so schnell war, aber auch die, die in der letzten Wahlperiode als erste Ideen in die Debatte gebracht haben. Wir sollten dieses Thema zusammen angehen. Das dient dem Menschen und der Sache.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung dieses Tagesordnungspunktes.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/198** und des **Entschließungsantrages** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/252** an den **Ausschuss für Frauenpolitik** - federführend -, an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** und an den **Rechtsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Widerspricht jemand dieser Überweisungsempfehlung? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

10 Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen als Erfolgsmodell für die Zukunft sichern!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/194

Ich eröffne die Beratung. - Als erste Rednerin hat Frau Ruhkemper von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Cornelia Ruhkemper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Landesgartenschauen haben hier in Nordrhein-Westfalen eine über 20-jährige Tradition. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 13 Gartenschauen durchgeführt. Sie sind ein Erfolgsmodell. Andere Bundesländer sind unserem Beispiel gefolgt. Vonseiten der Kommunen und der breiten Öffentlichkeit besteht ein Interesse an dem Fortbestehen von Landesgartenschauen.

Meine Damen und Herren, Landesgartenschauen haben sich längst wegentwickelt von den früheren Geranien- und Primelschauen hin zu einem Werbefenster für die Leistungsfähigkeit der Gartenbauunternehmen. Diese Branche stellt mit 15.000 Beschäftigten und 2.300 Auszubildenden eine nicht zu unterschätzende Wirtschaftskraft in unserem Lande dar. Landesgartenschauen gelten darüber hinaus in den Kommunen als ein wichtiges Instrument zur städtebaulichen Entwicklung und als ein Instrument der Wirtschaftsförderung. Sie sind ein Erfolgsmodell und ein Markenzeichen für Nordrhein-Westfalen. Dieses Erfolgsmodell zu sichern und weiter fortzusetzen ist nach unserer Auffassung richtig und wichtig.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat zwar noch auf Initiative der alten Regierungskoalition Mittel in den Doppelhaushalt 2004/2005 zur Erarbeitung neuer tragfähiger Konzepte für die Weiterführung von Landesgartenschauen bereitgestellt. Fakt ist jedoch: Mit Schließung der Landesgartenschau in Leverkusen endet auch die letzte öffentlich geförderte Landesgartenschau.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Warum denn?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU und FDP, ich weiß, dass auch Sie sich in der Vergangenheit für die Fortsetzung der Landesgartenschauen ausgesprochen haben, und auch Sie, verehrter Herr Minister Uhlenberg, haben bereits zugesagt, dass Landesgartenschauen weiter fortgesetzt werden. Ihr Koalitionspapier sagt jedoch leider nichts über die Zukunft der Landesgartenschauen aus. Sie wollen erst Konzepte und Finanzierungsmodelle erarbeiten lassen. Doch diese Konzepte, meine Damen und Herren von der Koalition, liegen bereits vor. Diese wurden nämlich auf einem von der alten Landesregierung in Abstimmung mit den Gartenbauverbänden veranstalteten Workshop in Rösrath erarbeitet und liegen seit Ende 2004 im Ministerium vor.

Meine Damen und Herren, die Gartenbauverbände und Arbeitsgemeinschaften, mit denen wir uns in einem intensiven Meinungsaustausch befinden,

haben derzeit große Befürchtungen, dass lang erworbenes Know-how abwandern wird, und fürchten den Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Sie warten dringend auf eine klare Botschaft. Sie warten auf ein Signal aus diesem Hause zur Weiterführung der Landesgartenschauen.

(Beifall von der SPD)

Wir von der SPD geben mit unserem Antrag ein erstes Signal und werben dafür, dass wir mit Ihnen gemeinsam einen Weg finden, dass Landesgartenschauen in diesem Lande weiter fortbestehen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Nun hat Herr Abgeordneter Sendker von der CDU-Fraktion das Wort.

Reinhold Sendker (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Jahre 2001 hat in der Stadt Oelde im Kreis Warendorf eine Landesgartenschau stattgefunden, die ich in dieser Debatte als ein Beispiel für viele überaus erfolgreich durchgeführte Landesgartenschauen anführen möchte.

In Oelde waren es seinerzeit 2,1 Millionen Besucher. Das war der bisherige Spitzenwert. In Rheda-Wiedenbrück waren es einige Jahre vorher 1,9 Millionen Gäste, also nicht viel weniger. Allein diese beiden Zahlen machen die großartige Entwicklung und die hohe Akzeptanz der Gartenschauen deutlich und unterstreichen dies. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass dies eindrucksvolle Zahlen sind und dass die Menschen in unserem Lande nicht mehr auf die Gartenschauen verzichten wollen.

(Beifall von der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich deshalb in all den Jahren stets und ausdrücklich für die Fortführung der Landesgartenschauen eingesetzt. Leider konnten wir im zuständigen Fachausschuss in vielen Debatten nicht erkennen, dass sich alle Fraktionen für dieses Ziel stark gemacht haben. Ich erinnere mich sehr genau - damit spreche ich auch meine Vorrednerin an -: Nachdem die ehemalige rot-grüne Landesregierung auf die Ausrichtung der Landesgartenschauen 2004, 2006 und 2007 verzichtete und sich aus der Gartenbaufinanzierung verabschiedet hatte, hieß es, dass man nichts versprechen könne.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Ich darf Ihre Erinnerung auffrischen: Meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, auch Ihre verehrten Kolleginnen und Kollegen haben das seinerzeit mit abgenickt. Folglich gab es von Ihnen in Ihrer Regierungsverantwortung

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: War nichts abgesprochen!)

- bleiben wir mal bei der Sache, Herr Horstmann - kein klares Signal für die Fortsetzung der Landesgartenschauen.

(Edgar Moron [SPD]: Von mir schon!)

Ausgerechnet dies verlangen Sie nun aber von der Landesregierung und von uns. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wenn hier bislang jemand zur Jagd getragen werden musste, dann waren Sie das und nicht wir.

(Beifall von der CDU)

Zum Signal, das Sie hier in der Debatte begehren. Meine sehr verehrten Damen und Herren und Antragsteller von der SPD-Fraktion, die CDU-Landtagsfraktion hat weiß Gott genügend Signale gegeben:

Erstens geschah dies mehrfach in den Fachausschussberatungen anlässlich der Haushaltsplandebatten. Ich kann Sie nur herzlich bitten, die entsprechenden Protokolle einzusehen.

Zweitens darf ich auf die Gespräche mit den Gartenbauverbänden und mit den Landesverbänden der Kleingärtner, die übrigens auch eine ausgezeichnete Arbeit leisten, verweisen.

Drittens verweise ich auf die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP. Dort sind ausdrücklich neue Konzepte und Finanzierungsmodelle für die Landesgartenschauen angekündigt.

Das vierte und wichtigste Signal - lassen Sie mich das mal herausstellen - stammt von unserem Minister Eckhard Uhlenberg. Er stand immer dahinter und hat in dieser Frage eine klare Kante gezeigt. Das muss in dieser Debatte auch mal deutlich gesagt werden.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sendker, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Horstmann?

Reinhold Sendker (CDU): Bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Horstmann.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Leider sind jetzt einige Sekunden verstrichen, Herr Kollege Sendker, aber ich wollte Sie doch etwas fragen.

Ihnen ist doch bekannt, dass der Ausfall dieser Landesgartenschauen - beispielsweise 2006 und 2007 - im Rahmen der Vereinbarung eines zukünftigen Drei-Jahres-Rhythmus für Landesgartenschauen mit den Gartenbauverbänden abgesprochen worden ist. Das ist Ihnen doch sicherlich bekannt, oder?

Reinhold Sendker (CDU): Das ist bekannt. Herr Horstmann, darüber ist eine weitere Finanzierungszusage von der früheren nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht ergangen. Das heißt: Sie haben sich herausgenommen. Das habe ich hier festgestellt und nichts anderes. Bleiben wir bitte bei den Fakten. Das können Sie auch in den Protokollen nachlesen.

(Beifall von der CDU)

All diese Signale wollen Sie nicht gehört haben oder Sie geben sie hier nur zum Teil wieder. Da fragt man sich, welchen besonderen Erkenntniswert unsere Debatte heute eigentlich hat.

Dass die Landesgartenschau in Nordrhein-Westfalen auf eine großartige Entwicklung verweisen kann, dass von jeder Gartenschau für die Städte und ganz besonders für den ländlichen Raum - ich nenne noch mal Oelde und Rheda-Wiedenbrück - enorm viele Synergien und Initialwirkungen mit positiven Folgewirkungen für die Standortfaktoren ausgelöst wurden, dass jede Gartenschau eine eindrucksvolle Dokumentation bürgerschaftlichen Engagements ist und dass zahlreiche Kommunen - ich nenne hier Arnsberg, Haltern, Rietberg und andere - darauf hoffen, mit ihren Gartenbauprojekten baldmöglichst in einer Gartenschau Berücksichtigung zu finden, wissen wir alles. Deshalb fordern wir schon immer ihre Fortführung. Wir haben vor der Wahl auch klar gesagt, dass in der Zukunft neue Finanzierungswege eruiert werden müssen. Davon hat meine verehrte Vorrednerin ja auch gesprochen.

Dass nun aber auch Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der SPD-Fraktion, der Landesgartenschau eine klare Zukunft geben wollen, ist tatsächlich das einzig Neue in dieser Debatte, wenngleich es auch eine späte Erkenntnis ist. Insofern kann die CDU-Landtagsfraktion beim besten Willen keinem Antrag folgen, der längst erledigt ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP, ich finde, so, wie beim Thema Landesgartenschau, sollten die ver-

ehrten Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktionen häufiger zu der Erkenntnis kommen, dass unsere Politikansätze schon immer gut und richtig waren. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP - Edgar Moron [SPD]: Deshalb sind Sie 39 Jahre lang nicht gewählt worden!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sendker. - Als Nächster hat Herr Priggen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Herr Sendker, der letzte Satz war wirklich überflüssig.

Wir haben zwei Ebenen. Auf der sachlichen Ebene hatten wir im Agrarausschuss in den letzten fünf Jahren - da gibt es gar keine Differenz - eine positive Einschätzung der Gartenschauen. Während es in der Vergangenheit auch mal schlechte gegeben hat, gibt es sehr viele - auch die von Ihnen angesprochene in Oelde, aber auch viele andere -, die sehr gut waren. Da hat es eine Entwicklung gegeben. Diese Situation haben wir insgesamt gar nicht im Dissens beurteilt.

Die zweite Ebene, die dort eine Rolle spielt - damit muss man einfach vorsichtig und ehrlich umgehen -, ist die Haushaltssituation insgesamt. Der Haushalt war für uns schwierig - wir haben ringen müssen -, und der Haushalt ist auch für Sie schwierig, auch wenn Sie manchmal den Eindruck erwecken, Sie könnten die Neuverschuldung jetzt noch mehr hochjagen. In Wirklichkeit ist der Haushalt immer noch schwierig.

Auch Minister Uhlenberg wird bei zukünftigen Haushalten sehr sorgfältig überlegen müssen, wofür er Geld ausgibt. Er wird mit Sicherheit nicht sagen können, dass er Landesgartenschauen im früheren Umfang, in der früheren Häufigkeit und mit den früheren Mitteln durchführt. Das kann ich mir nicht vorstellen. Nach allem, was ich von den Haushalten weiß, wäre das auch unverantwortlich.

Das heißt, es wird danach gesucht - darüber haben wir viel diskutiert -, ob es neue Modelle, neue Möglichkeiten gibt, auch mit finanzieller Beteiligung anderer, und ob man einen geänderten Rhythmus vorsieht, dass man sie in einem mehrjährigen Turnus veranstaltet. Der Weg ist vernünftig und richtig. Insofern ist der Antrag, den die SPD-Fraktion eingebracht hat, in der Sache vernünftig.

Sie können ein bisschen Theater machen, dass die SPD jetzt einen solchen Antrag einbringt. Aber das ist geschenkt: Nach dem kommenden Sonntag müssen Sie das irgendwie anders sehen, müssen sich dann auch sachlich mit unseren Anträgen auseinander setzen und dazu Position beziehen.

Fazit von alledem ist: Wir haben in der Sache, was die Bewertung der Schauen angeht, keine Differenzen.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

- Nein, ist ja nicht wahr! Was die Bewertung der Gartenschauen angeht, haben wir keine Differenzen. Herr Sendker, kommen Sie doch einfach auf den gemeinsamen Standpunkt zurück, den wir jahrelang im Ausschuss vertreten haben.

Was die finanziellen Möglichkeiten angeht: Da wird es für Herrn Uhlenberg genauso eng oder noch enger. Wenn er es schaffen sollte, mit anderen zusammen ein Finanzierungsmodell zu entwickeln, das weitere Gartenschauen in einem mehrjährigen Rhythmus möglich macht, dann ist das völlig in Ordnung; das werden wir dann bei den Haushaltsberatungen erleben. Dann gehen wir auch gerne auf die Gartenschauen. Ob er das schafft, wissen wir nicht.

Aber was wir nicht machen sollten, ist - ein Stück weit habe ich Sie so verstanden -, an dieser Stelle zu versprechen, dass es weitergeht, und Herr Uhlenberg muss nachher das Geld organisieren, kann es aber gar nicht. Insofern müssen wir ihn unter Umständen vor Ihren maßlosen Wünschen ein Stück weit in Schutz nehmen. Das werden wir in der Haushaltsdebatte machen.

Der Überweisung stimmen wir natürlich gerne zu. Über die Sache können wir dann im Ausschuss weiterdiskutieren.

(Reinhold Sendker [CDU]: Das hätten wir ein paar Jahre eher von Ihnen erwartet!)

- Die Klarheit über die Gartenschauen - da könnten wir beide wirklich eine Reihe von Protokollen und Terminen durchgehen - ist da gewesen. Ich weiß, dass Sie als engagierter Vertreter der Gartenbauinteressen immer mehr und häufiger Gartenschauen wollten. Mir ist aber auch bekannt, dass alle anderen wussten, dass die Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen. Ich glaube auch nicht, dass Ihre Landesregierung mit Ihrem Minister tatsächlich Gartenschauen in zweijährigem Rhythmus in der alten Art hinkommt. Das wäre auch vom Haushalt her unverantwortlich. Insofern werden Sie da ein bisschen bescheidener. Wenn er zusammen mit anderen Finanziers Gartenschau-

en in einem dreijährigen oder vierjährigen Rhythmus schafft, wäre auch das eine Leistung. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Priggen. - Als Nächster hat Herr Ellerbrock von der FDP-Fraktion das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum großen Teil kann ich dem, was der Kollege Priggen gesagt hat, zustimmen. Die Sachbeschreibung, dass wir eine große Einigkeit hatten, ist richtig. Ihre Erkenntnisse zum Haushalt können wir eigentlich nur dankbar zur Kenntnis nehmen; das ist eine vernünftige Sache.

Das Denken bestimmt das Sein. So sollte es sein. Aber das, was die Kollegin Ruhkemper hier gesagt hat, führt mich zu der Feststellung, dass es bei Ihnen genau umgekehrt ist: Das Sein bestimmt das Denken. Jetzt sind Sie in der Opposition und sagen: Ihr müsst jetzt ganz schnell handeln. - Dabei haben Sie das selbst versemmt. Jetzt sind Sie in der Opposition und sagen letztendlich: Geld muss her! Ihr müsst das in der alten Art und Weise machen.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch Quatsch! Das steht da nicht drin!)

Nein, meine Damen und Herren, das lassen wir Ihnen so nicht durchgehen. Das kann so nicht sein. Da war der Redebeitrag von Herrn Kollegen Priggen sehr viel hilfreicher, weil er viel sachlicher wurde.

Ich erinnere Sie einfach nur einmal daran - ich habe gerade nachgesehen -: Im Haushalt 2003 haben Sie angefangen, die Zuschüsse für die zukünftigen Landesgartenschauen auf null zu fahren. Die Fraktionen von CDU und FDP haben dazu Anträge gestellt. Wir haben gesagt: Lasst doch wenigstens einen Wert von 2 Millionen € stehen. - Jetzt fordern Sie, innerhalb von wenigen Wochen ein Konzept zur Finanzierung der Landesgartenschauen zu erstellen. Aber das liegt nach Ihren eigenen Angaben doch seit 2004 vor. Warum hat die eigene Regierung das denn nicht gemacht? Und das ist das Unredliche daran: Jahrelang haben Sie geschlafen und jetzt sagen Sie, das solle innerhalb von vier Wochen umgesetzt werden!

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist das Unredliche, das muss man anprangern. Das geht so nicht und das lassen wir Ihnen so auch nicht durchgehen.

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht wahr sein, dass gerade Sie von der SPD dies so vorbringen. 1997 sind die strukturellen Veränderungen von Ihnen eingeleitet worden; da ist die letzte Ausschreibung gewesen. Seitdem sind alle Vorbereitungen zu den Landesgartenschauen auch im Einvernehmen mit den Gartenbauverbänden - Kollege Priggen, was Sie dazu gesagt haben, ist völlig klar - heruntergefahren worden. Nachdem Sie das 1997 eingeleitet haben, machen Sie nun die Rolle rückwärts und sagen: Jetzt muss aber alles ganz schnell kommen. - Frau Kollegin, das ist nichts. Das lassen wir Ihnen so auch nicht durchgehen. So werden wir das nicht machen.

Ich kann den Kollegen Uhlenberg eigentlich nur auffordern, zu sagen: Lasst uns überlegen - das hat auch Herr Priggen gesagt -, insgesamt Ja zur Landesgartenschau zu sagen. Wir müssen ein tragfähiges Konzept bekommen. Wir müssen uns über den Rhythmus unterhalten.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist nichts Neues!)

Wir müssen sehen, ob wir neue Finanzquellen erschließen, ob wir das eventuell auf andere Beine stellen. Das ist alles nicht so einfach. Das wollen wir alles machen.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist nichts Neues!)

- Herr Moron, jetzt sagen Sie: Macht das doch! - Sie hätten es doch selbst machen können; die Unterlagen liegen seit 2004 vor. Niemand wird gehindert, hier mitzudenken. Aber jetzt die große Welle zu machen, ohne inhaltliche Substanz, das können Sie vergessen. Das konnten Sie sich jahrelang leisten. Inzwischen sind Sie abgewählt worden. Jetzt können Sie sich das nicht mehr leisten.

(Edgar Moron [SPD]: Jetzt wiederholen Sie sich, Herr Kollege! Immer das Gleiche! Wechseln Sie mal die Platte!)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ellerbrock, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Röken?

Holger Ellerbrock (FDP): Ja klar.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Röken.

Wolfgang Röken (SPD): Herr Kollege Ellerbrock, natürlich geht es auch um Zuschüsse aus dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Aber ist Ihnen

bekannt, dass der größte Teil der Förderung des Landes aus dem Bereich Städtebau und Wohnen, also dem Bereich Stadtentwicklung, kam, was entsprechende Wirkungen auch auf die Standortgemeinden der Landesgartenschauen beinhaltet? Halten Sie es von daher nicht für richtig, dass man insbesondere auch mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr darüber spricht? Denn das sind ja die eigentlichen Wirkungen, die von den Landesgartenschauen langfristig auf die Städte ausgehen.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Röken, ich teile Ihre Auffassung vollkommen. Bei der letzten Landesgartenschau waren rund 5 Millionen € vom MUNLV, aus dem Städtebaubereich kamen noch einmal 4,6 Millionen € hinzu. Diese Zahlen kennen wir alle, die können wir austauschen.

Ich kann Ihnen versichern - ich weiß das aus Gesprächen -, dass der Kollege Uhlenberg mit seinem Kollegen Wittke über diese Problematik genauso sprechen wird, wie Ihre Leute das gemacht haben.

Dass noch andere finanzielle Mittel einzusetzen sind, ist ja richtig. Gleichwohl muss man eines festhalten: Die finanziellen Desaster, die wir hier übernommen haben, schränken den politischen Handlungsspielraum so stark ein, dass ich den Kollegen Uhlenberg um eine Diskussion über die Fortführung der Landesgartenschauen unter der Abteilung „Bereitstellung von Finanzmitteln“ sicherlich nicht beneiden kann. Aber das haben nicht Herr Uhlenberg oder diese Koalition zu verantworten, das ist das Desaster, das wir von Ihnen übernommen haben. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ellerbrock. - Als nächster Redner hat Herr Minister Uhlenberg das Wort für die Landesregierung.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aufforderung an die Landesregierung, sie möge ein Signal zur Fortsetzung der Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen geben und damit auch ein Konzept vorlegen, kommt viel zu spät. Das ist lange geschehen. Alle, die dem Ausschuss angehören, wissen, dass wir uns über diese Frage schon unterhalten haben.

Wenn es die SPD-Fraktion beim ersten Mal nicht begriffen hat, möchte ich es gerne nachholen und

gebe gerne noch mal ein Signal. Kollege Sendker hat in der letzten Zeit genau die Stufen fortgeführt, wie wir das schon in den 90 Tagen, in denen wir jetzt im Amt sind, in die Öffentlichkeit getragen haben.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das tun andere noch viel lieber!)

Ich kann mir auch vorstellen, dass Sie das schlechte Gewissen darüber, dass Sie die Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen platt gemacht haben,

(Beifall von CDU und FDP)

dadurch beruhigen wollen, dass Sie hier solche Anträge stellen.

Es hat sich doch herumgesprochen, wer dafür gesorgt hat, dass wir in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren keine Landesgartenschauen mehr haben. Ich habe doch bei den letzten Haushaltsplanberatungen für die CDU-Fraktion hier gestanden und habe den Antrag zur Vorfinanzierung gestellt. Das ist von den beiden damaligen Koalitionsfraktionen abgelehnt worden. Jetzt schicken Sie heute eine neue Kollegin - mit einer früheren Kollegin, die schon in der letzten Wahlperiode dabei war, hätten Sie das wahrscheinlich auch nicht machen können - ans Rednerpult, die einen Antrag begründen muss, dass Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen wieder eingeführt werden.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Fortgesetzt!)

Ich kann nur sagen: Wenn solche Anträge hier gestellt werden, liegt das alles auf der Linie der Rede, die Frau Kraft im Zusammenhang mit der Regierungserklärung hier gehalten hat: Erinnert mich nicht mehr daran, was wir in den letzten Jahren politisch in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben. Mit der Zeit der Opposition fängt auch für die SPD in Nordrhein-Westfalen eine neue Zeit an. Wir stellen jetzt einfach irgendwelche Anträge, obwohl wir sie ein paar Wochen zuvor noch abgelehnt haben. - Das ist die reale Situation.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Kommen Sie doch mal zu dem Signal!)

Sie haben die Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen zunächst einmal für beendet erklärt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben überhaupt nichts dafür getan, dass es jetzt einen Anfang gibt.

Meine Damen und Herren, auch in der Koalitionsvereinbarung haben wir uns zu der Frage der Landesgartenschauen geäußert. Dort haben wir das festgelegt, was Sie jetzt in Ihrem Antrag vorschlagen - Sie vermissen ja angeblich immer noch umfangreichere Aussagen in der Koalitionsvereinbarung -, nämlich ein Konzept und ein Finanzierungsmodell für Landesgartenschauen zu erarbeiten.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister Uhlenberg, ...

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Aber nur, wenn es mit nicht auf meine Zeit angerechnet wird.

Präsidentin Regina van Dinther: Nein, wir rechnen das nicht an. - Sind Sie bereit, zwei Wortmeldungen von Frau Ruhkemper und Herrn Horstmann zuzulassen?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Aber selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinther: Dann stoppen wir jetzt Ihre Redezeit, und ich erteile zunächst Frau Ruhkemper das Wort. Bitte schön.

Cornelia Ruhkemper (SPD): Herr Uhlenberg, Ihre Einlassung, dass ich eine neue Kollegin bin und eventuell nicht in der Lage gewesen wäre, den Antrag zu begründen, betrachte ich als Unverschämtheit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich denke, auch wenn ich eine neue Kollegin bin, ist es schon ein vernünftiges Ansinnen von uns, hier ein Signal zu setzen.

(Zuruf von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Kollegin, ich möchte gerne Ihre Frage beantworten. Ich rate Ihnen, als Abendlektüre die Protokolle der Landtagssitzung zur Verabschiedung des Doppelhaushaltsplanes der alten Landesregierung zu lesen.

(Beifall von der CDU)

Dann werden Sie möglicherweise - das möchte ich in aller Freundlichkeit sagen, denn ich bin ja an sich auch ein freundlicher Mensch - diesen Antrag, den Sie hier eben für die SPD begründen mussten, als völlig überflüssig und vielleicht sogar als unverschämt ansehen.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Horstmann, bitte.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Minister Uhlenberg, ich habe gleich zwei Fragen. Die erste lautet: Trifft es zu, dass sich der damalige Ministerpräsident Peer Steinbrück bei der Eröffnung der Landesgartenschau in Leverkusen für die Fortsetzung der Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen hat?

Und meine zweite Frage lautet: Wann findet die nächste Landesgartenschau in Nordrhein-Westfalen statt?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ihre erste Frage kann ich beantworten, Herr Horstmann. Der damalige Ministerpräsident Steinbrück hat sich für die Fortsetzung der Landesgartenschauen ausgesprochen. Vielleicht ist es ja auch daran gescheitert, dass der Minister Horstmann, der damals der Landesregierung angehörte, diesen Gedanken des damaligen Ministerpräsidenten Steinbrück neben den anderen Landesministern nicht weiter verfolgt hat.

(Beifall von der CDU)

Natürlich hat Herr Steinbrück das damals gesagt, aber ihm hat doch keiner geholfen. Hinterher hatte er es dann vergessen mit dem Ergebnis, dass diese Aussage absolut folgenlos war und Sie anschließend bei den Haushaltsplanberatungen unsere Anträge pro Landesgartenschau abgelehnt haben.

Ihre zweite Frage, Herr Abgeordneter Horstmann, möchte ich gerne, kann ich Ihnen aber noch nicht beantworten. Das hängt davon ab, wie die Gespräche, auch zur Finanzierung, in der nächsten Zeit verlaufen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, Sie sind heute sehr gefragt. Herr Ellerbrock würde gerne noch eine Zwischenfrage stellen.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ellerbrock, bitte.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister Uhlenberg, könnten Sie bitte die haushaltsrelevante Stelle zitieren, in der sich nach Aussagen von Kollegen Horstmann der Ministerpräsident durchgesetzt und im Haushalt entsprechende Mittel für Landesgartenschauen bereitgestellt hat?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, Herr Kollege Ellerbrock, das kann ich nicht, weil ich diese Haushaltstellen und auch die alten Haushaltspläne nicht immer mit mir herumtrage. Aber es wäre in diesem Fall auch nicht möglich, weil es keinen Ansatz gibt. Ich glaube, das war der Kern Ihrer Frage.

(Heiterkeit)

Es hat einen rein rhetorischen Beitrag von Herrn Ministerpräsident Steinbrück in dieser Frage gegeben, aber man hat ihn, wie so oft, im Regen stehen lassen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ich nicht!)

Es hat ja in der einen oder anderen Frage positive Ansätze von ihm gegeben.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Donnerwetter!)

Aber er ist ja vonseiten der SPD-Fraktion und vonseiten der Grünen in seiner Politik nicht unterstützt worden. Das hat auch zu der Wahlniederlage der SPD bei der Landtagswahl am 22. Mai geführt.

(Zuruf von der CDU)

Aber das ist nur ein Beispiel.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ich ja auch vor dem entsprechenden Fachausschuss am 24. August schon alles zum Thema Landesgartenschau aus heutiger Sicht gesagt habe und dass es mein Ziel ist, die gute Tradition der Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen. Dabei gilt: Für jede neue Landesgartenschau muss sicher sein, dass sie finanziert werden kann. Erst dann wird ausgeschrieben. Unter dieser Prämisse und auf Grundlage der Landesfinanzplanung wird die Landesregierung zusammen mit den Kommunen

und den beteiligten Verbänden das weitere Vorgehen jetzt abstimmen; wir sind also dabei.

Dazu haben wir schon in der vergangenen Woche die ersten Gespräche mit den Verbänden des nordrhein-westfälischen Gartenbaus geführt, das wissen Sie ja auch. Herr Horstmann hat ja eben noch die Verbände dafür verantwortlich gemacht, dass es keine Landesgartenschauen gegeben hat. Weitere Beratungen sind schon ganz konkret vereinbart.

Meine Damen und Herren, mein Ziel ist es, bis zu den Haushaltsplanberatungen die Ausschreibung für neue Gartenschauen in Nordrhein-Westfalen vorzubereiten, damit keine Zeit verloren geht. In diese Ausschreibungen fließen die Ergebnisse und Empfehlungen des Workshops aus dem Jahre 2004 in Rösrath ein. Die Empfehlungen zu Finanzierungsmodellen, die damals unterbreitet worden sind, wollen wir berücksichtigen und aufgreifen. Wenn der Finanzrahmen und das inhaltliche Konzept stehen, kann ausgeschrieben werden.

Es ist im Übrigen merkwürdig, dass jetzt ein solcher Antrag von der SPD-Fraktion eingebracht wird. Schließlich war es die rot-grüne Landesregierung, die in mehreren Kabinettsbeschlüssen in den letzten Jahren die Finanzierung der Landesgartenschauen scheinbar beendet hat. Also nicht nur die Koalitionsfraktionen haben die Landesgartenschauen beendet, sondern es hat auch entsprechende Kabinettsbeschlüsse dazu gegeben.

Auch die Tatsache, dass wir uns jetzt um die Ausschreibung für die Landesgartenschauen nach 2007 kümmern müssen, macht deutlich, dass Sie dies in der Vergangenheit verschlafen haben.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Ansonsten wäre die Landesgartenschau in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2007 ja schon sicher, Herr Moron. Wenn Sie als Fraktionsvorsitzender Ihrer Verantwortung nachgekommen wären, dann hätten wir 2007 eine Landesgartenschau. So ist das zumindest fraglich. Es ist ja auch eine Frage der Vorbereitung der Infrastruktur, wenn eine Landesgartenschau durchgeführt wird.

Ich möchte noch einmal betonen: Wenn es Ihnen wirklich Ernst damit gewesen wäre, die Landesgartenschauen in unserem Land fortzusetzen, dann hätte Sie nichts daran gehindert, diese Ausschreibung nach dem von Ihnen veranstalteten Workshop im Jahre 2004 vorzunehmen und bereits im Jahre 2004 zu veröffentlichen. Das wäre genau das Signal gewesen, das Sie jetzt von der

neuen Regierung erwarten und das Sie selber nicht gesetzt haben. Es ist völlig richtig, dass die Landesgartenschauen nicht nur aus dem Einzelplan 10 mitfinanziert werden. Von daher werde ich in gute Gespräche mit meinem Kollegen Wittke eintreten, weil die Landesgartenschauen ja aus beiden Häusern finanziert werden.

(Edgar Moron [SPD]: Reden Sie lieber mit Herrn Linssen, der muss das Geld geben!)

- Haben Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege?

(Edgar Moron [SPD]: Ja!)

- Bitte schön.

Edgar Moron (SPD): Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sicher sind, dass Ihnen der Finanzminister die entsprechenden finanziellen Mittel in den von Ihnen immer so reklamierten schwierigen Haushaltslagen zur Verfügung stellen wird, um beispielsweise nach dem Jahr 2007 eine entsprechende Landesgartenschau seitens des Landes zu finanzieren?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Auch diese Frage, Herr Kollege Moron, ist rhetorisch. Sie kennen das Prozedere. Ich bin natürlich auf die entsprechende Unterstützung des Finanzministers angewiesen. Der weiß das auch. Natürlich wird das im Rahmen unserer Möglichkeiten bei den kommenden Haushaltsplanberatungen und bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes berücksichtigt werden müssen. Wenn wir genug Geld hätten, dann wäre das kein Problem. Sie haben wahrscheinlich die Zwischenfrage gestellt, weil Sie das noch einmal hören wollten.

(Edgar Moron [SPD]: Ihr macht lauter Versprechungen, Ihr habt aber nichts!)

Herr Kollege Moron, wenn Sie uns die 110 Milliarden € Schulden nicht hinterlassen hätten, dann wäre diese Debatte überflüssig, dann hätten wir möglicherweise schon die entsprechenden Entscheidungen.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber Sie haben Angst vor Ihrer eigenen Courage bekommen, in Nordrhein-Westfalen noch Landesgartenschauen durchzuführen. Deswegen sollten Sie sich als alter Fahrersmann

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

bei Ihrer neuen Kollegin entschuldigen, dass die heute diesen Antrag begründen musste. Eine

neue Kollegin schickt man nicht mit solch einem Antrag ins Feuer.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. - Meine Damen und Herren, auch wenn es noch viele Widerworte gibt, möchten wir nun doch zum Schluss der Beratungen kommen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/194** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

11 Ein deutliches Nein den CDU-Planspielen zur Einführung einer PKW-Maut!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/193

Ich weise auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der **Drucksache 14/257** hin.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Wißen von der SPD-Fraktion.

Bodo Wißen (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als gelernter Historiker neigt man dazu, Beispiele für heutiges Handeln in den Bezug zur Vergangenheit zu setzen. So hat auch die aktuelle Diskussion um die Erhebung einer PKW-Maut historische Beispiele. Denn die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Straßen, Brücken, Tunneln und Gebirgspässen hat eine mehr als tausendjährige Geschichte.

Die Geschichte der Wegezölle hat allerdings nichts an Aktualität verloren. Erst gestern berichteten verschiedene Presseorgane von der Absicht der wallonischen Regionalregierung, ab Januar 2006 eine PKW-Vignettenpflicht einzuführen. Damit würde das Autofahren auf einer zentralen europäischen Magistrale, nämlich der Verbindung

des Ruhrgebiets und der Rheinschiene nach Frankreich und Großbritannien, erheblich verteuert.

Es ist nicht verwunderlich, dass in Zeiten knapper öffentlicher Mittel überall nach möglichen neuen Einnahmequellen gesucht wird. Auch die Begründung der PKW-Maut gleicht sich überall. Insbesondere sollen nämlich ausländische Autofahrer die neue Mautpflicht zu einem erträglichen Geschäft machen. Wie das Beispiel aus dem südlichen Belgien zeigt, erleben wir so mitten im enger zusammenrückenden Europa anscheinend eine Renaissance der mittelalterlichen Kleinstaaterei.

Zurück nach Deutschland: Das Thema PKW-Maut passt offenbar nicht in den Merkel'schen Wahlkampf. Daher hat sich die Kanzlerkandidatin in der jüngsten Ausgabe der „ADAC motorwelt“ zu der Forderung einer PKW-Maut auf deutschen Straßen ablehnend geäußert.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Hört bloß keiner drauf!)

Interessant ist jedoch: Gleichzeitig erarbeiteten die unionsgeführten Bundesländer Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines Beschlussvorschlages für die nächste Verkehrsministerkonferenz der Länder Strategien zur Einführung einer Autobahnvignette für PKWs.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, der frühere sozialdemokratische Verkehrsminister aus Nordrhein-Westfalen hat solchen Plänen nachweislich im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz mit eindeutigem Votum eine Absage erteilt. Damit war das Thema für Nordrhein-Westfalen vom Tisch. Da hilft es auch nichts, wenn der heutige christdemokratische Verkehrsminister versucht, Vorlagen, die klar und deutlich während seiner Amtszeit erstellt wurden, seinem Vorgänger in die Schuhe zu schieben, und dies offensichtlich aus Angst davor, Merkel könnte ihn aufgrund dieses Widerspruchs wieder ausbauen, woraus auch immer, um auf einen interessanten Artikel in der „Zeit“ hinzuweisen. Eindeutig ist doch, dass die Union mal wieder mit einer gespaltenen Zunge spricht.

Im Gegensatz dazu: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat eine langjährige Position zur PKW-Maut - unabhängig davon, ob wir uns gerade im Wahlkampf befinden oder nicht.

(Zurufe von der CDU)

Denn die Maut-Frage ist eine klassische Gerechtigkeitsfrage. Es geht darum, ob die Gebührener-

hebung bewirkt - hören Sie zu -, dass sich nur sozial Bessergestellte die Vorteile guter Verkehrsbedingungen erkaufen können. Unterprivilegierte Bevölkerungsschichten wären so von den Lebensadern unseres Landes abgeschnitten. Dass dies auch auf die Verkehrssicherheit Auswirkungen hat, muss ich wohl nicht extra erwähnen.

Meine Damen und Herren, für Sozialdemokraten war und ist Verkehrspolitik immer auch ein Stück Sozialpolitik. Eine PKW-Maut kommt daher für uns nicht infrage. Diese Diskussion ist für die SPD seit langem geklärt. Daher sagen wir ein deutliches Nein zu den CDU-Planspielen zur Einführung einer PKW-Maut. - Was sagen Sie? - Danke.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Wißen. - Das Wort hat jetzt Herr Aßbrock von der CDU-Fraktion.

Wolfgang Aßbrock (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor wenigen Tagen, Anfang September, die ADAC-Zeitung „motorwelt“ bekam, habe ich natürlich auch das Interview gelesen. Aber ich habe einen ganz anderen Schluss daraus gezogen: Der Noch-Bundeskanzler Schröder lehnt die Maut strikt ab, und die zukünftige Bundeskanzlerin Angela Merkel hält auch nichts von dieser Maut.

Dann habe ich etwas naiv für mich gedacht: Das Thema hat im Bundestagswahlkampf nichts zu suchen. Das ist damit wahrscheinlich erledigt. Deshalb hat sich mir auch leider der Antrag der SPD-Fraktion nur sehr oberflächlich erschlossen. Er scheint irgendetwas mit dem Ereignis am kommenden Sonntag zu tun zu haben. Man kann über den Antrag der SPD insofern nur sehr stauen.

Meine Damen und Herren von der SPD, es wird Ihnen ohnehin nicht gelingen, was Sie seit zwei Tagen hier versuchen, uns in die schwarze Abkassierer-Ecke zu stellen,

(Zurufe von Sören Link [SPD] und weiteren Abgeordneten der SPD)

wie Sie es in Ihrer Pressemitteilung vom 1. September angekündigt haben. Ähnliche Versuche sind - wie gesagt - gestern bereits kläglich gescheitert. Meine Damen und Herren, die wahren Abkassierer sitzen bei Rot-Grün. Denn unter der rot-grünen Bundesregierung hat die Besteuerung des Straßenverkehrs drastisch zugenommen.

(Zuruf von der SPD: Zum Thema!)

Seit 1998 sind die Belastungen durch Mineralölsteuer, Ökosteuer und Kfz-Steuer von 38 Milliarden € auf aktuell über 50 Milliarden € gestiegen.

(Zuruf von der SPD: Mehrwertsteuer!)

Die Schmerzgrenze für Autofahrer ist längst überschritten. Die Haltung der CDU-Fraktion zur Einführung der PKW-Maut ist deshalb völlig klar und eindeutig: Wir sagen dazu ein klares und unmissverständliches Nein.

(Beifall von der CDU - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wer ist „wir“?)

Ein weiteres Schröpfen der Autofahrer mit der PKW-Maut ist mit der Union nicht zu machen. Meine Damen und Herren, wir teilen ausdrücklich und uneingeschränkt die Position des Verkehrsministers Oliver Wittke, der sie in der Sitzung des Landtags am 1. September bereits vorgetragen hat: Mit uns wird es heute und morgen keine PKW-Maut geben.

Ausdrücklich möchten wir Minister Wittke darin zustimmen, dass er den unter rot-grüner Verantwortung begonnenen Planspielen zur Einführung der PKW-Maut eine klare Absage erteilt hat. Er hat sein Haus angewiesen, alle unsinnigen Arbeiten sofort zu beenden.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Aßbrock, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Link?

Wolfgang Aßbrock (CDU): Gerne doch.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte, Herr Link.

Sören Link (SPD): Da Sie gerade schön auf die bundespolitische Ebene abgehoben haben, die nicht direkt mit dem Antrag zu tun hat, und da Sie sich beklagt haben

(Zuruf von der CDU)

- lassen Sie mich doch bitte ausreden -, dass unter Rot-Grün die Belastung des Autoverkehrs so enorm zugenommen hat, möchte ich Sie fragen, ob Sie mit mir der Meinung sind, dass durch die von Ihnen geplante Mehrwertsteuererhöhung die Belastung der Autofahrer nochmals um zwei Prozentpunkte zunimmt?

Wolfgang Aßbrock (CDU): Herr Link, unser Thema ist gerade die PKW-Maut und nicht die Mehrwertsteuer. Ich glaube, das Hohe Haus hat

sich mit dieser Frage schon einmal intensiv befasst.

(Sören Link [SPD]: Dann beantworten Sie doch einfach die Frage! - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie waren eben bei der Mineralölsteuer!)

Richtig scheint zu sein, dass in der letzten Sitzung der Verkehrsministerkonferenz eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingesetzt wurde, ein Modell für die Einführung der PKW-Maut zu erarbeiten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Gegen meine Stimme!)

Wenn es richtig ist, dass Sie sich, Herr Abgeordneter Dr. Horstmann, als damals zuständiger Verkehrsminister gegen einen solchen Beschluss gestellt haben,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: So ist es!)

frage ich mich, warum Sie als damaliger verantwortlicher Minister überhaupt zugelassen haben, dass Ihr Haus weiter an dieser Thematik arbeitet und überflüssige Planspiele durchführt.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie haben nun im Antrag den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg als Ihren Kronzeugen aufgeführt. Meine Damen und Herren, erstens leben wir nicht in Baden-Württemberg, und zweitens gibt es in der CDU keine Denkverbote; auch das will ich an dieser Stelle sagen.

Nun könnte der geneigte Zuhörer leicht den Eindruck gewinnen, als hätte es in der SPD überhaupt keine Sympathie für die Einführung einer PKW-Maut gegeben. Meine Damen und Herren, dieser Eindruck ist falsch. Wenn ich richtig nachgelesen habe und mich richtig erinnere, waren es Anfang 2004 die Bundesminister Stolpe und Clement, die ebenfalls nach der Einführung der PKW-Maut gerufen haben. Und es waren Berater der rot-grünen Bundesregierung, die im Dezember 2004 die Diskussion um eine PKW-Maut ausdrücklich anheizten.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Aßbrock, Herr Link hat schon wieder eine Zwischenfrage. Wollen Sie sie beantworten?

Wolfgang Aßbrock (CDU): Im Moment möchte ich fortfahren.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte. Das ist Ihre Entscheidung.

Wolfgang Aßbrock (CDU): Damals sagte Werner Rothengatter, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums und Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe, voraus, dass nach der Bundestagswahl - damals ging er noch von 2006 aus - das Mautsystem für PKW eingeführt wird. Er hat weiteren Zuspruch vom Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiegand, der in der Maut eine Möglichkeit sah, Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle könnte ich weitere namhafte SPD-Vertreter nennen, beispielsweise den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller, der sich nahtlos in die Reihe der Befürworter eingereiht hat.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Meine Damen und Herren, wer im Glashaus sitzt, sollte - das haben wir auch schon an dieser Stelle gehört - bekanntlich nicht mit Steinen werfen.

Die Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 1. September mit der Überschrift „Hannelore Kraft: Beim Abkassieren bricht die CDU alle Rekorde - Pendlerpauschale weg, dafür kommt die PKW-Maut“ ist meiner Ansicht nach schon der Gipfel der Unverfrorenheit und liegt völlig neben der Sache.

(Beifall von der CDU)

Ich persönlich bin in Wahlkampfzeiten bereit, holzschnittartige Äußerungen hinzunehmen. Aber, meine Damen und Herren, auch Wahlkämpfe entschuldigen nicht jede wahrheitswidrige Behauptung.

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist dieser Pressebericht peinlich. Er sollte von der SPD dringlich überdacht werden.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag war und ist gegen eine weitere Verteuerung der Mobilität durch zusätzliche staatliche Abgaben. Schon heute ist Autofahren hierzulande mit am teuersten im europäischen Vergleich.

(Zuruf von der SPD: Deshalb erhöhen Sie die Mehrwertsteuer!)

Auf den Anstieg der Belastungen unter Rot-Grün seit 1998 habe ich eben verwiesen.

Mit den heutigen enormen Belastungen durch Mineralölsteuer, Ökosteuer und Kfz-Steuer haben

die Autofahrer eigentlich einen Anspruch auf gute und sichere Straßen mehr als verdient. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur gehen immer weiter zurück.

Heute Morgen war in der „Welt“ die neue Gift-Liste des Bundesministers der Finanzen zu lesen. Auch darin war deutlich zum Ausdruck gebracht: Auch unter Rot-Grün würden die Investitionen im Verkehrsbereich in den nächsten Jahren weiter zurückgehen. Mit Zustimmung der Präsidentin darf ich einen Auszug zitieren: Von den 23 Milliarden € im Etat des Verkehrsministeriums sollen 3,2 Milliarden gestrichen werden.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

1,7 Milliarden, die bisher die Gemeinden für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erhalten, sollen wegfallen. Außerdem soll das vom Kanzler Gerhard Schröder angekündigte Sonderprogramm für Verkehrsinvestitionen wieder einkassiert werden. Dann noch eine sehr interessante Bemerkung: „Für Sportboote soll eine Vignettenpflicht eingeführt werden.“

Meine Damen und Herren, das ist die Politik von Rot-Grün. Wir wollen einen weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ohne weitere Belastungen der Autofahrer. Außerdem - das möchte ich an dieser Stelle nicht verschweigen - ist eine PKW-Maut bürokratischer Aufwand und von daher unzumutbar und sinnlos. Deshalb sagen wir ein klares Nein zur PKW-Maut. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Aßbrock. - Als Nächster hat Herr Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich frage mich schon, warum wir diese Debatte überhaupt führen.

(Zuruf von Gerhard Lorth [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege Lorth, gemacht, gemacht! Ich frage mich schon, warum wir diese Debatte überhaupt führen, zumal das Glashaus an verschiedenen Stellen sitzt. Es ist nicht so, dass das allein wegen des Antrags der SPD ist, sondern es hat auch etwas mit dem sehr vehementen Auftritt des Ministers in der vorletzten Plenardebatte zu tun, als er so getan hat, als hätte er durch einen Handstreich Pläne zur Einführung der Maut aus Nordrhein-Westfalen heraus verhindert.

Es hat auch etwas damit zu tun, dass in Baden-Württemberg ein Verkehrsminister sitzt, der das in der Verkehrsministerkonferenz diskutieren ließ. Und es hat auch etwas damit zu tun, dass die CSU in ihrem Umweltprogramm im Jahre 2003 eine Maut beschlossen hat und sie eingeführt haben wollte. Mit all dem hat das etwas zu tun.

Nur ist das nicht besonders aktuell. Insofern war es überflüssig, dass sie diesen Stein aus dem Glashaus heraus geworfen haben, Herr Minister. Es ist letztlich auch überflüssig, dass wir diese Debatte heute um diese Zeit führen.

(Beifall von der CDU)

Herr Aßbrock, nachdem so viel Überflüssiges gesagt worden ist, möchte ich Ihnen wenigstens ein paar sachliche Argumente entgegenhalten. Meine Damen und Herren, es ist so, dass die Maut unter anderem aus ökologischen Gründen, wenn sie für den Verkehr von PKW erhoben würde, unsinnig ist. Sie ist unter anderem deswegen unsinnig, weil sie neben dem Erhebungsaufwand auch dazu führen würde, dass das nicht mehr nach Spritschluckern, nach Emissionen und in Zukunft zum Beispiel nach Lärm differenziert wird. Das alles spricht dagegen.

Es spricht alles dafür, dass wir weiter ein vernünftiges, intelligentes, ausdifferenziertes System zum einen über die Kraftfahrzeugsteuer haben, zum anderen - Sie sollten sich das hinter die Ohren schreiben, ich sage das so deutlich - aus einem ökologischen Anteil an der Mineralölsteuer, nämlich der Ökosteuer.

Wenn Herr Aßbrock hier so tut, als sei das etwas Verwerfliches und des Teufels, dann darf ich daran erinnern, dass Ihr Kanzler Kohl, dem unter anderem eine Umweltministerin Merkel - ich glaube, sie spricht von „dienen“ - gedient hat, eine Mineralölsteuer in seiner Amtszeit durchgesetzt hat, die weit über der Ökosteuer liegt, die den Renten zugute kommt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie auch an dieser Stelle wieder auf dem Rückzug sind. Da wird von einer perspektivischen Rücknahme eines Teils der Ökosteuer geredet. Ich sage Ihnen voraus: Diese Perspektive verengt sich zu einem Scheuklappenblick spätestens nach dem 18. September. Sie haben dann wieder damit überhaupt nichts zu tun. Sie entdecken dann wieder irgendwelche Erblasten, aus denen heraus Sie das alles nicht mehr wahrhaben wollen, was Sie gesagt haben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ihr Wort in Gottes Ohr!)

Ich kann auf jeden Fall aus meiner Sicht für unsere Fraktion nur an Sie appellieren, dass Sie in den nächsten Jahren diese Debatte sachlicher führen, als Sie das in den letzten Jahren in der Opposition gemacht haben.

(Christof Rasche [FDP]: Meine Güte!)

Sie werden in den nächsten Jahren das Problem haben, dass Sie manche Ihrer Äußerungen aus der Opposition einholen. Manche Äußerung eines Ministers, der sich etwas leichtfertig hinstellt und so tut, als ob er andere daran hätte hindern müssen, Böses zu tun, wird ihn auch noch einholen, wenn nämlich demnächst die Landesverkehrsminister Ihrer Couleur mit dem Bundesverkehrsminister Ihrer Couleur zusammensitzen und überlegen, welche Schweinereien sie begehen können.

Sie werden von all dem, was Sie angekündigt haben, zurückzunehmen, nichts zurücknehmen. Sie werden es aufstocken. Sie werden das gleiche Spiel machen, das Sie auch mit der Mehrwertsteuer machen. Sie als FDP werden das gleiche Spiel machen. Sie werden es anprangern und hinterher umfallen, wie Sie das bei der Mehrwertsteuer auch fünfmal gemacht haben. Das alles wird passieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass Sie mit uns zusammen ein intelligentes System der Besteuerung vorantreiben und sich mit uns zusammen intelligent dafür einsetzen, dass das auch europaweit gemacht wird, dass Sie weiter die Maut bei den LKWs vorantreiben und ausdifferenzieren, dass Sie aber auch weiter mit uns zusammen ein Besteuerungssystem schaffen, das einen Anreiz dazu bietet, dass sich die Automobilindustrie intelligenter aufstellt, als sie es in den letzten Jahren getan hat.

Ihre Umweltminister, Ihre Finanzminister in den Ländern haben zum Beispiel verhindert, dass der Einsatz von Rußpartikelfiltern vorangetrieben wurde, indem sie verhindert haben, dass Anreize durchgesetzt wurden. Sie werden sich diesen Punkten in den nächsten Jahren stellen müssen. Das Geschreie, geschätzter Kollege Lorth, wird dann auch nicht davon ablenken.

Die ganze Debatte um eine Maut ist jedenfalls meiner Meinung nach nur ein Anlass, sich das gegenseitig noch einmal vorzuhalten, und sie hat den Wert, dass wir in ein paar Monaten manches im Protokoll nachlesen können. - Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Becker. - Für die FDP spricht nun Herr Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Becker, ich muss schon sagen: Ihr Auftreten hier strotzt vor Überheblichkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie sagen allen anderen Leuten hier im Plenum, dass das, was diese sagen, überflüssig sei; nur Sie hätten als Einziger die Weisheit gefressen, und nur Sie würden sachliche Argumente bringen. Herr Becker, das ist falsch, das ist überheblich. So kann man meines Erachtens niemanden von Argumenten überzeugen.

Hier geht es um eine Maut-Debatte, und eine Maut-Debatte führt man dann, wenn der Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen unterfinanziert ist. Das ist in der Tat der Fall. Der Aus- und Neubau von Maut-Straßen ist unterfinanziert. Eigentlich wäre die Debatte über die Einführung einer PKW-Maut überflüssig. Sie wird nur deshalb geführt, weil die rot-grüne Bundesregierung - gemessen an den tatsächlichen Notwendigkeiten - viel zu wenig für den Erhalt und den Ausbau der Bundesfernstraßen investiert. Das ist doch klar.

Der tatsächliche Bedarf in Deutschland beträgt mindestens 6 Milliarden € jährlich. Der Bundesverkehrswegeplan sieht einen Bedarf von 5,2 Milliarden € pro Jahr vor; das sind Ihre Zahlen, Herr Horstmann.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wo soll das herkommen?)

Im Bundeshaushalt 2005 sind aber nicht 5,2 Milliarden €, sondern nur 4,6 Milliarden € und in den Folgejahren nur 4,3 Milliarden € vorgesehen. Es fehlen also jährlich mindestens 1,5 Milliarden €,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wo soll das herkommen?)

um diese Ziele, die Sie sich selber gesteckt haben, zu erfüllen.

Zur Finanzierung des Straßennetzes ist im Grunde aber genug Geld vorhanden: Über 50 Milliarden € im Jahr kassiert die öffentliche Hand vom Kraftverkehr, aber nicht einmal 10 % dieser Einnahmen fließen als Investitionen in die Bundesfernstraßen zurück.

Meine Damen und Herren, wir müssten heute keinen Investitionsstau beklagen, wenn der Bund seine Zusagen in Bezug auf die LKW-Maut eingehalten hätte. 2001 hat der damalige Bundesverkehrsminister Bodewig die Erhebung einer nutzerabhängigen Maut für schwere LKW auf Autobahnen angekündigt und - man höre - zudem versprochen, die Nettoeinnahmen zusätzlich für Verkehrsinvestitionen einzusetzen. Ich betone „versprochen“ und „zusätzlich“.

Stattdessen hat der Bund die klassischen Investitionsmittel so stark gekürzt, dass trotz der Maut nicht einmal eine Verstärkung, sondern sogar eine Absenkung der gesamten Verkehrsinvestitionen erfolgt ist. Das ist die Verlässlichkeit, wie sie bei Herrn Bodewig deutlich geworden ist, und das ist offensichtlich die Verlässlichkeit der SPD.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat durch die Art und Weise, wie sie mit der LKW-Maut verfahren ist, das Vertrauen der Bevölkerung in die Verkehrspolitik nachhaltig geschädigt. Wenn sich die SPD mit Blick auf den kommenden Sonntag als Retter der Autofahrer aufspielt, dann ist das absolut unehrlich. Denn Rot-Grün hat das Autofahren in Deutschland in den vergangenen Jahren systematisch verteuert. Die Steuerbelastung, Herr Becker, des Straßenverkehrs ist seit 1998 um über 30 % gestiegen.

Meine Damen und Herren, der uns hier vorliegende Antrag ist überflüssig und sachlich falsch formuliert. Sie sprechen erstens von Verunsicherung. Für die Verunsicherung haben Sie schon vor langen Jahren gesorgt; ich habe Ihnen das Beispiel von Herrn Bodewig genannt.

Zweitens. Sie sprechen von Planspielen der CDU für eine LKW-Maut. Hier in Nordrhein-Westfalen gibt es keine Planspiele der CDU für eine LKW-Maut. Wie könnten wir so einem Antrag zustimmen, obwohl Sie etwas darstellen, was es hier in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht gibt?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sicher ist sicher!)

Meine Damen und Herren, Regierung und Koalition sprechen sich eindeutig gegen zusätzliche Belastungen für die PKW-Fahrer aus.

Jetzt komme ich am Schluss,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sehr gut!)

meine Damen und Herren, zum zweiten Absatz in Ihrem Antrag, und da geht es offensichtlich um den ehemaligen Verkehrsminister; vielleicht geht es um kleine Eitelkeiten, und vielleicht geht er gleich noch einmal in die Bütt. Tatsächlich hat der

vorige Verkehrsminister Anfang April einem Arbeitsauftrag in der Verkehrsministerkonferenz nicht zugestimmt.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Richtig!)

- Fakt. Das wird nicht bestritten, Herr Horstmann.

Aber bis auf Mecklenburg-Vorpommern konnten Sie kein einziges SPD-geführtes Land davon überzeugen, mit Ihnen zu stimmen. Es ist doch schon mächtig verdächtig, wenn die meisten SPD-geführten Länder wieder anders handeln als Sie.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was ist mit den FDP-Leuten?)

Und trotz seiner Ablehnung des Arbeitsauftrages hat sein Haus noch weit vor der Landtagswahl und noch weit vor dem Termin, an dem ein anderer Minister das Haus übernommen hat, dieses Arbeitspapier, diesen Arbeitsauftrag maßgeblich ausgeführt. Es ist also nachweislich unter Ihrer Führung in Ihrem Haus geschehen, obwohl Sie es in der Verkehrsministerkonferenz abgelehnt haben. Herr Dr. Horstmann, das ist doch völlig widersprüchlich.

Man schaue sich auch das Datum dieser Verkehrsministerkonferenz an: Sie fand Anfang April, wenige Wochen vor der Landtagswahl statt. Offensichtlich war nicht Ihre innere Überzeugung Grundlage für Ihre Ablehnung in der Verkehrsministerkonferenz; dann hätten Sie auch hinterher in Ihrem Haus für Ordnung gesorgt. Nein, Grundlage war offensichtlich die Landtagswahl. Genau so ist es heute mit der Bundestagswahl. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Rasche. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt keine Planspiele der CDU zur Einführung einer PKW-Maut. Die neue Landesregierung lehnte beziehungsweise lehnt die Einführung einer PKW-Maut gestern, heute und morgen ab.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Und übermorgen?)

Ich habe die in Kenntnis und mit Billigung meines Amtsvorgängers aufgenommenen Arbeiten an einem ergebnisoffenen Papier zur nutzerfinanzierten Straßeninfrastrukturfinanzierung gestoppt. An hilflosen Wahlkampffaktionen der SPD mit dem

Herrn Staatsminister a. D. an der Spitze beteiligt sich diese Landesregierung nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, die SPD schickt jetzt noch einmal Herrn Dr. Horstmann ans Mikrofon. Bitte schön, Herr Dr. Horstmann.

Dr. Axel Horstmann¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zweck der Debatte ist verwirklicht, eigentlich sogar mehr als verwirklicht. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen. Gleichwohl, Herr Minister Wittke, ...

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

- Nein, ich muss bestimmten Falschdarstellungen widersprechen, und zwar so, dass die Öffentlichkeit sie auch wahrnimmt und sie auch parlamentsprotokollfähig werden.

Natürlich handelt es sich um CDU-Planspiele bei der PKW-Maut. Weil Sie den Antrag, den die SPD-Fraktion hier eingebracht hat, in der inhaltlichen Aussage und der Zielsetzung überhaupt nicht abändern, wollen Sie nur davon ablenken, dass es sich um CDU-Planspiele handelt.

Ich war Teilnehmer dieser Verkehrsministerkonferenz, über die schon mehrere gesprochen haben. Fakt ist: Insbesondere der baden-württembergische Kollege - damals Stefan Mappus, Umwelt- und Verkehrsminister in Baden-Württemberg - hat die Pläne auf dieser Verkehrsministerkonferenz mit Nachdruck vertreten,

(Beifall von der SPD)

mit Unterstützung insbesondere der der Union angehörenden Kolleginnen und Kollegen. Das war dort leider die übergroße Mehrheit, wie ich hinzufügen möchte. Herr Kollege Rasche, von der FDP war auch der eine oder andere dabei, zum Beispiel Herr Kollege Bauckhage aus Mainz. Ich erinnere mich sehr gut daran. Aber keine Landesregierung in Deutschland hat sich diese Forderung der Mehrheit der Fachminister bisher zu Eigen gemacht, außer der baden-württembergischen. Der baden-württembergische Ministerpräsident Oettinger, den ich in dieser Woche schon einmal zitiert habe, sagte in seiner Regierungserklärung:

„Langfristig werden wir jedoch nicht umhinkommen, die Finanzierung des Bundesfernstraßenbaus insgesamt auf ein nutzerbezogenes Modell umzustellen - also auf Maut oder

übergangsweise auf Vignette. Der Weg, der mit der LKW-Maut gegangen wurde, muss konsequent fortgesetzt werden.“

Es gibt nur eine politische Kraft in Deutschland, die die PKW-Maut ernsthaft verfolgt, und das ist die CDU in Baden-Württemberg.

(Beifall von der SPD)

Deswegen ist es zutreffend, in diesem Zusammenhang von CDU-Planspielen zu sprechen.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist doch völlig unsinnig!)

Nun zu der Frage, wer das Ganze in Nordrhein-Westfalen zu verantworten hat. Noch immer befindet sich in den Unterlagen für die Verkehrsministerkonferenz im Oktober dieses Jahres, Herr Minister Wittke, ein Papier mit dem Titel „Weiterentwicklung der Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur - Beschlussvorschlag“. Darüber steht: Innenministerium Baden-Württemberg und Ministerium für Bauen und Verkehr NRW.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aha!)

Noch interessanter ist, Herr Kollege Rasche, darüber steht das Datum 24. August 2005. Ich glaube, dass man sich unter ernsthaften Leuten nicht darüber unterhalten muss, wer die politische Verantwortung für einen solchen Beschlussvorschlag zu tragen hat. Das kann doch wohl nicht anders sein, als dass derjenige die Verantwortung dafür trägt, der zu diesem Zeitpunkt das Amt in der Regierung versehen hat. Oder lässt das Ganze eine andere Deutung zu?

Es gibt eine ernsthafte Debatte darüber. Das weiß ich wohl. Ich finde auch, man kann darüber eine sehr ernste Diskussion führen. Ich war anderer Meinung. Von mir geschätzte Fachkollegen haben diese Auffassung vertreten. Aber was ich unanständig finde, ist, dass politisch nicht verantwortet wird, was hier für eine Verkehrsministerkonferenz erarbeitet wird, und derjenige, der dafür die politische Verantwortung trägt, nicht bereit ist, diese politische Verantwortung zu übernehmen und stattdessen einem Amtsvorgänger die Verantwortung dafür in die Schuhe schieben will, der selbst gegen diesen Arbeitsauftrag gestimmt hat.

(Beifall von der SPD)

Nun sage ich Ihnen, was passieren wird. Natürlich werden nach der Bundestagswahl die Pläne wieder aus der Schublade geholt. Herr Oettinger hat schon erklärt, dass das, was Frau Merkel gesagt hat, für ihn nicht maßgeblich ist. Warten wir doch einmal ab, wie die Verkehrsministerkonferenz

ausgeht und wie das Votum zu einem Papier lauten wird, in dem steht: Die VMK hält die folgenden Maßnahmen für zeitnah umsetzbar. Dann kommt: Einführung einer Autobahnvignette für alle Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht unter 12 t. - Das sind wohlgerne alle Kraftfahrzeuge.

Ich sage es Ihnen voraus, darüber wird es eine ernsthafte Debatte geben. Ich sage Ihnen auch, wie das Argument lauten wird, warum man abermals sein Wort brechen wird. Es wird ungefähr so lauten wie die Aussage des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers in der gestrigen Debatte über Studiengebühren: Ja, ich war dagegen. Ich habe einsehen müssen, dass man seine Meinung ändern kann und an dieser Stelle ändern muss. Wir wollen etwas tun - jetzt nicht für die Hochschulen - für die Straßeninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen, und deshalb müssen wir die Nutzerinnen und Nutzer eben doch zur Kasse bitten.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wer weiß denn nicht, dass es so laufen wird?

Im Übrigen sind Sie uns noch eines schuldig. Im Wahlprogramm der CDU für die Landtagswahl, beschlossen im März, ist die Rede von einem Sonderprogramm Verkehrsinfrastruktur 2010, nachdem Sie langatmige Ausführungen über den schlechten Straßenzustand in Nordrhein-Westfalen gemacht haben. Dieses Programm ist bisher nirgendwo aufgetaucht: weder in der Koalitionsvereinbarung noch in der Regierungserklärung. Ich bin gespannt, wo es ist. Vielleicht wartet es darauf, dass Pläne für eine PKW-Maut aktualisiert werden, um dann wieder aus der Schublade geholt zu werden.

Ich habe gesagt: Der Zweck der Debatte ist verwirklicht - weiter gehend, als ich das vermutet habe. Sie wollen gleich beschließen - das wird sicher auch geschehen -: Die Landesregierung wird aufgefordert, zusätzliche Belastungen der Autofahrer zu verhindern. - Die einzige politische Kraft, die im Augenblick für zusätzliche Belastungen für Autofahrer eintritt, ist die CDU.

(Beifall von der SPD)

Ich weiß nicht, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ob Sie das gemerkt haben, als Sie den Antrag mit der FDP-Fraktion abgestimmt haben: Es geht ja im Augenblick nur um eine höhere Mehrwertsteuer für die PKW-Nutzung, für den Sprit. Sie sind die Einzigen in Deutschland, die zurzeit Pläne einer Mehrbelastung des Autofahrers verfolgen.

Wenn Sie Ihre Aussagen wirklich ernst nehmen wollen und das per Beschlussfassung ausschließen wollen, wäre es ganz gut, wenn Sie noch der Bundestagswahl erklären würden, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen den Vorstellungen ihrer Kanzlerkandidatin zur Erhöhung der Mehrwertsteuer im Interesse der Autofahrerinnen und Autofahrer in Nordrhein-Westfalen nicht folgt. Das wäre ein schöner Erfolg am späten Abend in diesem Hohen Haus. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, für die FDP spricht Herr Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich hat der frühere Verkehrsminister noch einmal das Wort ergriffen. Ich habe es eben gesagt: Die Steuerbelastung des Straßenverkehrs hat seit 1998 um 30 % zugenommen. Jetzt stellt er sich hier als Retter der Autofahrer hin und bringt Zitate aus anderen Bundesländern. Wollen wir demnächst überall so vorgehen, irgendein Zitat aus irgendeinem Bundesland nehmen und sagen: Selbstverständlich muss das in Nordrhein-Westfalen auch so sein!? - Da werden wir noch eine Menge Spaß bekommen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Antrag aus NRW!)

Ich habe mich in der vergangenen Legislaturperiode oft über Herrn Ex-Minister Dr. Horstmann und den Ablauf im Verkehrsministerium - wie er die Sache dort „im Griff hat“ - gewundert. Jetzt bekomme ich die Antwort darauf: In seinem Haus wurde unter seiner Federführung seit dem 10. oder 11. April bis zum 22. Juni an genau diesem Arbeitspapier maßgeblich gebastelt. Diese Arbeit über mehrere Monate will er nun der neu gewählten Regierung in die Schuhe schieben.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Herr Dr. Horstmann, nehmen Sie doch bitte Ihre Verantwortung für sich in Anspruch und schieben Sie sie nicht irgendwelchen Leuten, die nichts dafür können, in die Schuhe.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das meinen Sie doch nicht im Ernst!)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Rasche, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Link?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Gleich, wenn ich fertig bin. - Herr Dr. Horstmann, Sie reden so schön von

Planspielen. Ich kann mich gut an die Planspiele von Rot-Grün erinnern. Hier im Plenum wurden über Monate und Jahre Träumereien in den Raum gestellt: Der Metrorapid kommt. Er ist finanziert. Der Metroexpress kommt. Er ist noch viel eher finanziert.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das waren nun nicht die Grünen! Das war SPD/FDP!)

Sie haben gesagt: Der Anteil am Bundesverkehrswegeplan wird sich von 16 auf 22 % erhöhen. - Nichts ist passiert, Herr Dr. Horstmann. Das waren alles nur Planspiele. Ihre Verantwortung sollten Sie übernehmen und nicht dem neuen Minister in die Schuhe schieben. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Jetzt noch die Wortmeldung von Herrn Link. Bitte schön. - Außerdem gibt es noch eine Wortmeldung von Herrn Horstmann. - Bitte, Herr Link.

Sören Link (SPD): Ich mache es auch ganz kurz, abgesehen davon, dass Sie heute Morgen eine ganze Aktuelle Stunde mit Zitaten aus Bayern begründet haben und uns jetzt vorhalten, wir würden Zitate hineinbringen. Das lassen wir aber hinten wegfallen.

In Ihrem Entschließungsantrag steht: Die Landesregierung wird aufgefordert, zusätzliche Belastungen der Autofahrer zu verhindern. - Sind Sie mit mir der Meinung, dass die von der CDU geplante Mehrwertsteuererhöhung eine zusätzliche Belastung ist, und insofern Ihre Landesregierung heute von Ihnen aufgefordert wird, genau dagegen Position zu beziehen?

(Beifall von der SPD)

Christof Rasche^{*)} (FDP): Erstens habe ich hier noch nie ein Zitat aus Bayern gebracht. Ich glaube auch, dass das bei der FDP nur sehr selten vorkommt.

Zweitens rede ich hier für die FDP-Fraktion. Das, was in dem Entschließungsantrag steht, kann ich für die FDP voll unterstreichen. - Herr Dr. Horstmann.

Dr. Axel Horstmann^{*)} (SPD): Da keine Geschichtsfälschung Eingang in das Protokoll finden soll, möchte ich Ihnen mit dieser Frage gerne die Gelegenheit geben zu bestätigen, dass es nicht Rot-Grün war, die die Pläne für einen Metrorapid in Nordrhein-Westfalen verfolgt haben, sondern

seinerzeit SPD und FDP. So viel Ehrlichkeit sollte an den Tag gelegt werden.

Die Frage, die ich stellen möchte, Herr Kollege Rasche: Ist es nicht so, dass diese Debatte für Sie eine probate Gelegenheit im Vorfeld der Entscheidung am Sonntag ist, darauf aufmerksam zu machen, dass die FDP im Gegensatz zur CDU eine Mehrwertsteuererhöhung bisher ablehnt und sich mit diesem gemeinsamen Antrag offenbar gegenüber der CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen durchsetzt?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Dr. Horstmann, kein Problem. Welche Gelegenheit ich ausnutze, um irgendetwas zu transportieren, suche ich mir selber aus. Die können Sie nicht für mich aussuchen.

Der Metrorapid stand als Ziel im Koalitionsvertrag von Rot-Grün. Die Grünen haben zum Koalitionsvertrag Ja gesagt, den Metrorapid aber hinten herum kräftig bekämpft. Die FDP war für das Projekt, aber beerdigt, Herr Dr. Horstmann, haben Sie es.

(Beifall von FDP und CDU - Minister Dr. Ingo Wolf: So ist es!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön. - Das Wort hat jetzt noch einmal Herr Minister Wittke. Bitte schön.

(Minister Dr. Ingo Wolf: Totengräber des Metrorapid!)

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Staatsminister a. D., vier Bemerkungen in aller Kürze:

Erstens. Wir befinden uns hier im nordrhein-westfälischen, nicht im baden-württembergischen Landtag.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das klang aber heute Morgen anders!)

Zweitens. Bei der Verkehrsministerkonferenz im Oktober dieses Jahres in Warnemünde wird es kein Papier mit Nordrhein-Westfalen im Titel geben, das in einer wie auch immer gearteten Art und Weise Stellung zur Einführung einer PKW-Maut nimmt. Das habe ich gestoppt. Das wollten Sie. Das haben Sie in Ihrer Verantwortung erarbeiten lassen. Das wird es nicht geben.

(Beifall von CDU und FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Dann ziehen Sie zurück!)

Drittens, Herr Staatsminister a. D.: Auch bei der Amtsleiterkonferenz in der kommenden Woche wird es kein Papier geben, wo Nordrhein-Westfalen im Titel auftaucht, das sich in irgendeiner Weise mit der Einführung einer PKW-Maut befasst.

Viertens, Herr Staatsminister a. D., stelle ich fest, dass Sie vor diesem Hohen Hause keine Aussage dazu getroffen haben, dass in Ihrer Verantwortung und mit Ihrer Billigung in Ihrem Hause an einem ergebnisoffenen Papier gearbeitet wurde, das zum Ziel hatte zu untersuchen, wie die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland künftig nutzerfinanziert getragen werden kann.

Das haben Sie zu verantworten. Ihr Antrag ist ein Rohrkrepiere allererster Güte. Der Schuss ist kräftig nach hinten losgegangen, Herr Staatsminister a. D.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragstellerinnen haben direkte Abstimmung beantragt. Ich lasse deshalb über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/193** abstimmen. Wer stimmt mit Ja? - Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Wer stimmt mit Nein? - Die Fraktionen von CDU und FDP. - Damit ist der Antrag der SPD **abgelehnt**.

Wir stimmen dann ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/257**. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - CDU- und FDP-Fraktion. - Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? - SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Entschließungsantrag **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

12 Öffentliche Fußballübertragungen zur WM 2006 dürfen nicht an immissionschutzrechtlichen Voraussetzungen scheitern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/200

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Herrn Peschkes von der SPD-Fraktion.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jetzt wird es mit Sicherheit ruhiger werden; wir kommen von der hohen Politik in die Niederungen des Sports. Gleichwohl wird die Fußballweltmeisterschaft 2006 das größte Sportereignis sein, das jemals auf deutschem Boden stattgefunden hat.

Heute haben wir dank der neuen Techniken die Möglichkeit, dass alle interessierten Menschen, die nicht in den Besitz von Eintrittskarten gelangen konnten, gleichwohl nicht auf das Erlebnis des gemeinsamen Fußballsehens verzichten müssen.

Möglich gemacht wird dies durch die Übertragung dieser Ereignisse auf Großbildleinwänden. Neudeutsch nennt man das Public Viewing. Infolge des sehr begrenzten Kartenangebots und auch durch den Umstand, dass diese WM in Deutschland stattfindet, wird es im Bereich des Public Viewing Dimensionen geben, die wir bisher noch nicht kannten.

Besucher dieser öffentlichen Übertragungen werden nicht nur Deutsche sein, sondern auch viele ausländische Besucher - insbesondere in den Austragungsstädten, zum Beispiel in Gelsenkirchen. Herr Oberbürgermeister a. D. Wittke ist leider gerade nicht hier.

Zudem dürfen wir davon ausgehen, dass nicht nur die Spiele der deutschen Mannschaft übertragen werden, sondern auch viele Spiele der anderen Mannschaften. Nach der Gruppenphase - das ist das Neue - wird wahrscheinlich sogar jedes Spiel übertragen.

Das bedeutet, dass Tag für Tag, Abend für Abend in den Innenstädten unseres Landes der Bär tanzt - mit Bier- und Verpflegungsständen und allem, was sonst noch dazugehört.

Das bedeutet aber auch, dass es für die Anlieger und Anwohner dieser Übertragungsstätten zu erheblichen Lärmbelastungen kommen wird. Wie sich bereits abzeichnet, sind diese Belastungen nicht nur auf die Dauer des Fußballspiels begrenzt; denn neben den direkten Fußballübertragungen auf den Bühnen wird es komplette Schauprogramme mit Musik und mehr geben, die sich im Einzelfall bis weit nach Mitternacht erstrecken werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

In Kenntnis dieser Umstände hat uns ein Hilferuf des Sportausschusses des Deutschen Städtetages erreicht, der auf die Problematik des Immissionsschutzgesetzes in Bezug auf die Anlieger dieser Übertragungsstätten hinweist. Bisher steht

das Immissionsschutzrecht solchen Übertragungen im Grundsatz entgegen. Zwischen 22 Uhr und 6 Uhr morgens sind die darin genannten Werte und Regelungen zu beachten.

Im Klartext heißt das, dass diese öffentlichen Übertragungen im Grunde nicht stattfinden dürften. Zwar haben die Städte und Gemeinden das Recht, Ausnahmeregelungen auszusprechen. Das gilt aber nur für singuläre Ereignisse, beispielsweise eine Kirmes oder ein Schützenfest. Ob dieses Recht auf Ausnahmen auch für einen Zeitraum von über vier Wochen trägt - und das bei Tag für Tag stattfindenden Veranstaltungen -, erscheint nach Expertenmeinung höchst fraglich.

Wie ich der Presse entnommen habe, hat die Landesregierung - ich meine, es war Frau Thoben - diese Problematik ansatzweise erkannt. Ich will auch nicht verschweigen, dass Herr Wolf sich im Sportausschuss schon entsprechend geäußert hat. Die Landesregierung will die Biergärten für die Dauer der WM bis nach 22 Uhr geöffnet halten. Das ist ehrenwert, bedeutet aber nur, dass die tagsüber gültigen Dezibel-Werte auch auf die Zeit nach 22 Uhr ausgedehnt werden dürfen.

Damit wird man dem vorhandenen Problem aber nicht gerecht. Es ist schon jetzt zu erkennen, dass diese Werte in Biergärten bei einem Fußballspiel leicht überschritten werden. Ich weise nur auf frei werdende Emotionen bei Elfmeterschießen, Torjubel und Fehlentscheidungen der Schiedsrichter hin. Wer dieses Problem mit einer Änderung der Biergartenverordnung lösen will, springt zu kurz.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Veranstalter - in der Regel sind das unsere Städte oder ihre Gesellschaften - nehmen für dieses Public Viewing sehr viel Geld in die Hand. Zwischen 200.000 und 600.000 € sind im Gespräch.

Deshalb brauchen unsere Städte Planungssicherheit. Es reicht nicht, sie auf ihren Ermessensrahmen hinzuweisen. Die Städte müssen davon ausgehen können, dass das städtische Ordnungsamt nicht auf Antrag eines Anwohners nach 22 Uhr plötzlich die Veranstaltung abbricht oder gar für den nächsten Tag eine einstweilige Verfügung erwirkt, die den gesamten Übertragungen entgegensteht.

Ich verkenne keineswegs den berechtigten Schutz der Anlieger und Anwohner. Ihre Belastungen sind so klein wie möglich zu halten. Deshalb sind wir gegen Wildwuchs. Diese öffentlichen Übertragungen müssen in einem geordneten Raum erfolgen.

Wir wollen aber auch, dass die Städte verlässliche Rechtsvorgaben haben. Wir wollen nicht, dass nordrhein-westfälische Gerichte über die Durchführung von öffentlichen Übertragungen entscheiden müssen. Das können wir den Städten und den Anwohnern, aber auch den in- und ausländischen Besuchern nicht zumuten. Das Land ist also in der Pflicht.

Meine Damen und Herren, ich habe hier auf jegliche Polemik verzichtet, weil ich davon ausgehe, dass alle Fraktionen diesem Überweisungsvorschlag zustimmen werden. Ich hoffe weiter, dass uns die Landesregierung in Kürze Vorschläge im Geiste dieses Antrages vorlegen wird. Ich bin mir sicher, dass diese Vorschläge dann eine breite Mehrheit im Plenum finden werden. Die Fußball-WM ist ein Ereignis von großem gesellschaftspolitischem und nicht von parteipolitischem Interesse.

(Beifall von der SPD)

Millionen Menschen werden die Spiele live erleben. Weltweit werden Menschen an den Bildschirmen sitzen. Der begleitende Slogan zur WM heißt: „Die Welt zu Gast bei Freunden.“ Es liegt an uns, der Welt in den Wochen der WM zu zeigen, dass sie wirklich bei Freunden zu Gast ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Peschkes. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Holger Müller das Wort.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon überraschend, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag doch noch auf die Tagesordnung dieser Plenarsitzung hat setzen lassen; denn mit Schreiben vom 9. August 2005 hatte ihr sportpolitischer Sprecher uns angekündigt, ihn auf die Tagesordnung der Sitzung des Sportausschusses im Oktober setzen zu lassen. Davon sind wir dann auch ausgegangen. Es ist schon ein Glück für uns, dass er jetzt schon kommt; denn ohne diesen SPD-Antrag hätten wir als CDU die WM wahrscheinlich völlig vergessen.

Nun zu dem Antrag im Einzelnen - ich verkürze -: Die von Ihnen geforderten Punkte und auch die eben aufgezählten Punkte sind an Banalität kaum zu übertreffen.

(Beifall von der CDU)

Zusammenarbeit mit den Kommunen, verlässliche Auslegungshilfen, gemeinsame Entwicklung von Sicherheitskonzepten, Unterrichtung des Land-

tags - wer könnte dagegen schon etwas haben? Als ob wir das nicht schon seit langem wüssten und erst jetzt damit beginnen müssten!

Noch viel interessanter ist die Liste der Unterzeichner. Wenn ich sie lese, bin ich restlos begeistert, wie viel Prominenz der untergegangenen Führungsriege die SPD aufbieten muss, um so wenig zustande zu bringen. Da kann ich nur feststellen: Das ist wahrlich ein Meisterstück des intellektuellen Gigantismus.

(Beifall von der CDU - Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

- Es ist ja doch noch Leben in Ihnen.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie haben einen Fehler gemacht! Jetzt haben Sie meine Aufmerksamkeit!)

- Ja. Es freut mich ja, dass noch Leben in Ihnen ist.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Müller, es gibt eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Vesper. Möchten Sie sie zulassen?

Holger Müller^{*)} (CDU): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann geben wir Herrn Vesper mal ein bisschen Saft. Bitte schön.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Kollege Müller, könnte es sein, dass es eine geheime Übereinkunft gibt, dass jeder und jede, der oder die diesen Antrag unterschrieben hat, dann als Belohnung eine Karte zu einem WM-Spiel bekommt?

(Allgemeine Heiterkeit)

Holger Müller (CDU): Dieser Gedanke liegt mir völlig fern. Ich weiß es nicht. Herr Dr. Vesper, die Frage können wir ja im Sportausschuss vielleicht noch einmal intensiv diskutieren. Dann haben wir ja Zeit dafür.

Bei der Fußball-WM 2006 in unserem Land müssen natürlich die organisatorischen und sicherheitstechnischen Voraussetzungen stimmen und deshalb vorher entsprechend abgearbeitet werden. Dazu gehören die Aufstellung von Großleinwänden zur Spielübertragung, die Verlängerung der Öffnungszeiten der Außengastronomie und die Ausweitung des Ladenschlusses, Kulturprogramme und vieles mehr.

Es ist doch völlig klar, dass die entsprechenden Ministerien die Aufgabe haben, die rechtlichen Regelungen für ein gelungenes Weltfest herzu-

stellen, obwohl das in unserem bürokratisierten Land ja schon schwierig genug ist. Aber da habe ich volles Vertrauen in die Landesregierung.

In einer Presseerklärung vom heutigen Tage - man wundert sich ja sowieso, was für eine Hektik vor dem 18. September noch ausbricht - ...

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wundern tut man sich nur bei Ihrer Rede, Herr Müller! Sonst ist alles klar!)

- Ja, wunderschön. Ich freue mich darüber, dass ich Sie um diese Zeit kurz vor Mitternacht noch unterhalten kann. Das muss ich schon sagen.

(Allgemeine Heiterkeit)

... fordert die SPD-Fraktion ebenfalls zum Thema Fußball-WM 2006 die Gewährleistung der Sicherheit der Übertragung auf öffentlichen Plätzen - als wenn das nicht alles schon bundesweit und international längst in der Planung wäre, übrigens auch durch Ihren Innenminister. Irgendwie läuft die SPD hinter der Musik her.

(Beifall von der CDU - Zuruf von der CDU: So ist es!)

- Ja, aber das ist ja in Ordnung, solange wir die Musik machen.

(Beifall von der CDU)

Pflicht und Aufgabe ist es für uns alle: Bei der WM muss sich Deutschland bestens präsentieren. Jeder, und zwar jeder gerade auch im Ausland, erwartet von uns eine perfekte Organisation. Aber das ist doch nur ein Teil der Veranstaltung. Entscheidend ist doch die Umsetzung des Mottos „Zu Gast bei Freunden“.

In den letzten 23 Jahren war ich selbst bei 17 Welt- und Europameisterschaften im Fußball und in der Leichtathletik,

(Zurufe: Boah!)

unter anderem in den USA, in Mexiko und in Japan. Jetzt gleich können Sie „Boah“ sagen: Immer auf eigene Kosten, Herr Dr. Vesper!

(Beifall von CDU und FDP)

Die organisatorische Perfektion einer solchen Veranstaltung ist die Voraussetzung für viel mehr, nämlich für die sympathische Darstellung des Gastgeberlandes einerseits und für das Wohlbefinden aller Gäste andererseits, und zwar auch für das Wohlbefinden der eigenen Landsleute.

Ich meine ausdrücklich, dass sich die Aktivitäten nicht nur auf 18 Großstädte im Land beschränken dürfen, sondern dass jede kleine Stadt und jedes

Dorf auch mitfeiern soll und mitfeiern will. Ich habe das zum Beispiel 1990 in Italien erlebt. Das ganze Land feierte und nicht nur die Spielorte. So muss eine Weltmeisterschaft sein.

Übrigens haben wir ja bereits beim Weltjugendtag erfahren, wie ein solch gelungenes Ereignis unserem Land dient, und die WM ist noch viel größer. Dafür wollen wir und werden wir - auch gemeinsam, nehme ich an - alles tun.

Ich weiß genau - jeder, der die Materie kennt, weiß das auch genau -:

(Marc Jan Eumann [SPD]: Der Ball ist rund!)

Die Fans feiern nicht nur ihre Mannschaften, sondern zunehmend auch sich selbst, und je schöner die Feier, umso besser die Erinnerung an das Gastgeberland. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wirklich schwierig, diese Rede zu toppen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

weil Herr Müller eigentlich schon alle wichtigen Aspekte, die bei diesem großen Thema überhaupt denkbar sind, angesprochen hat.

Wir wissen jetzt: Er ist wirklich weit herumgekommen und schon überall gewesen. Ich würde gern beim DFB anklopfen, ob Sie nicht für die letzten Monate noch mit der Organisation der WM beauftragt werden können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber es geht um ein ernstes Thema. Deswegen sollten wir als Erstes beschließen - in diesem Landtag natürlich sorgfältig vorbereitet durch den Sportausschuss -, dass Deutschland Weltmeister wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass dann, wenn das eintreten sollte, irgendwelche immissionschutzrechtlichen Bedenken, Herr Uhlenberg, gegen die Feiern in allen Städten unseres Landes ins Feld geführt werden könnten.

Public Viewing, also die Großveranstaltungen am Rande der Spiele, ist außerordentlich wichtig. Als Sportminister habe ich mich sehr dafür eingesetzt,

dass akzeptable Bedingungen geboten werden. Denn wir wissen alle, nur wenige Fans können Karten erhalten. Viele Fans sind darauf angewiesen, das großartige Erlebnis der Fußballweltmeisterschaft über die Bildschirme zu verfolgen, und sie wollen das gern gemeinsam tun. Deswegen ist es gut, dass Public Viewing möglich ist.

In der Tat finden die Veranstaltungen meistens abends statt. Von daher muss es auch möglich sein, dann abends anschließend den Sieg zu feiern oder die Niederlage zu betrauern. Ich persönlich sehe da die Konfliktlage nicht ganz so brisant, wie das im SPD-Antrag zum Ausdruck kommt. Ich gehe davon aus, dass man das wird regeln können.

Der letzte Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist sehr wichtig, weil wir insofern eine große Verantwortung tragen: Dieser Antrag wird an den Sportausschuss überwiesen. Dann wird es unter Umständen eine Anhörung geben. Es müssen natürlich alle Aspekte beachtet und beraten werden. Eventuell muss der Umweltminister hinzugezogen werden. Wir müssen aber aufpassen, dass wir den Antrag noch vor der WM verabschieden. Denn sonst müsste die WM am Ende noch verschoben werden, und das wollen wir ja alle nicht. - Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle freuen uns auf die Fußball-WM in Deutschland. 3,2 Millionen Gäste werden insgesamt erwartet, ein großer Teil davon in Nordrhein-Westfalen.

Dem Public Viewing, der Übertragung der WM-Spiele auf Großleinwänden, kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu. Diese Veranstaltungen der Übertragung auf den Großleinwänden sind eine hervorragende Gelegenheit für die ausstragenden Städte, für die heimischen Fans und für die auswärtigen Gäste, gemeinsam die Fußball-WM zu erleben, auch wenn die Stadien längst voll sind und die Tickets längst vergriffen sind.

Die Landesregierung wird die immissionsschutzrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, die Städte und Gemeinden werden rechtzeitig informiert. Allerdings mussten diese Städte und Gemeinden lange darauf warten, denn die alte Landesregierung hat sich dieser Aufgabe leider nicht angenommen.

Die Sicherheitsaspekte werden im Zusammenhang mit der Austragung der Fußball-WM eine große Rolle spielen. Die SPD fordert die Landesregierung auf, umgehend mit den betroffenen Kommunen und der Polizei sowie den Rettungskräften Sicherheitskonzepte für die Veranstaltung zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, das ist alles längst geschehen, das ist alles in Arbeit und ist auch kein Geheimwissen aufseiten der Koalition. Denn all das können Sie im Internet nachlesen. Sie kennen die Adressen. Sie brauchen also keine Anträge zu stellen, deren Antworten Sie selber lesen können.

Auf der Bundesebene hat die Innenministerkonferenz längst eine Projektgruppe unter Federführung des Landes Nordrhein-Westfalen eingerichtet und wird sich um die Sicherheit auf Bundesebene in Verbindung mit den Spielen in Nordrhein-Westfalen bemühen. Auch dieses können Sie im Internet unter www.wm2006nordrhein-westfalen.de völlig unkompliziert nachlesen.

Von daher erübrigt sich auch Ihr Antrag, denn die Forderungen, die Sie dort stellen, sind teilweise längst erfüllt oder ihre Erfüllung ist in Arbeit und sie werden erfüllt. Vor diesem Hintergrund ist auch dieser SPD-Antrag der Schlusspunkt einer langen und an der Bundestagswahl orientierten Reihe von Anträgen von SPD und teilweise von den Grünen, die in dieser Plenarwoche gestellt worden sind.

Herr Vesper, wenn Sie sagen, man kann Siege lautstark feiern und Niederlagen ertränken, dann sollten wir das gemeinsam auf irgendeine Art und Weise am kommenden Sonntag tun. - Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Rasche. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue Landesregierung hat ein erhebliches Interesse daran, dass die Durchführung der Spiele der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Nordrhein-Westfalen sichergestellt wird und dass sich Nordrhein-Westfalen den nationalen wie internationalen Fans dieses nicht nur aus Sicht des Sports bedeutenden Ereignisses als weltoffenes und liberales Land präsentiert.

Hierzu hat die Landesregierung unmittelbar nach Amtsantritt zahlreiche Aktivitäten entfaltet: Es wird rechtzeitig vor der Weltmeisterschaft 2006 großzügige Regelungen im Zusammenhang mit der Außengastronomie geben. Die Durchführung öffentlicher Fußballübertragungen wird sichergestellt und die Sportanlagenlärmschutzverordnung wird geändert.

Anhand der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung hat sich herausgestellt, dass die von der Bundesregierung erlassene Sportanlagenlärmschutzverordnung an einzelnen Spielstätten in Deutschland die Durchführung der Fußballspiele gefährden kann.

Insofern befindet sich zurzeit eine Änderung dieser Verordnung in Vorbereitung. Die Landesregierung hat mit ihrer Stellungnahme zum Änderungsentwurf sichergestellt, dass diese Änderung insbesondere die in Nordrhein-Westfalen befindlichen Spielstätten berücksichtigen wird.

Zu den in dem Antrag besprochenen öffentlichen Fußballübertragungen hat die neue Landesregierung zwischen den betroffenen Ressorts eine Regelung verabredet, nach der sowohl dem allgemeinen Interesse an diesen Veranstaltungen als auch den Belangen der betroffenen Anwohner Rechnung getragen wird. Ein besonderes Augenmerk wurde hierbei auf die Frage gerichtet, wie für die durchführenden Kommunen ein möglichst hohes Maß an Rechtssicherheit erreicht werden kann.

Es ist insofern nach Ansicht der Landesregierung nicht ausreichend, die Kommunen auf die bereits bestehenden Möglichkeiten zu verweisen, entsprechende Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. Vielmehr soll durch eine entsprechende Regelung im Landes-Immissionsschutzgesetz auch der Wille der Landesregierung und des Gesetzgebers deutlich werden, die Public-Viewing-Veranstaltungen zu ermöglichen. Die Landesregierung ist der Ansicht, dass hier nicht die für alltägliche Lärmsituationen einschlägigen Regelungen angewendet werden sollten, sondern dass es für diese besondere Situation großzügigerer Regelungen bedarf.

(Beifall von der CDU)

Hierbei darf der Schutzanspruch der Anwohner nicht außer Acht gelassen werden. Gleichzeitig ist jedoch angesichts der zu erwartenden und auch gewünschten Feiern der Fans eine erhöhte Toleranz gefordert, die angesichts dieses herausragenden Ereignisses in den allermeisten Fällen sicherlich auch vorhanden sein wird.

Die Durchführung der im Zusammenhang mit der Weltmeisterschaft geplanten Aktivitäten erfordert von allen an der Vorbereitung Beteiligten ein hohes Engagement. Die Landesregierung wird ihren Beitrag leisten, damit - soweit dies durch landesweite Regelungen möglich ist - ein verlässlicher und rechtssicherer Rahmen gesetzt wird.

Die Gemeinden sind aufgefordert, durch sachgerechte Regelungen vor Ort einen den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepassten Ausgleich der betroffenen Interessen herbeizuführen. Hierbei werden die staatlichen Umweltbehörden jede mögliche Unterstützung leisten.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes in Bezug auf die Regelungen zur Außengastronomie wie auch zu den Public-Viewing-Veranstaltungen ist in Vorbereitung. Nordrhein-Westfalen wird hiermit die gastfreundlichsten Regelungen zur Außengastronomie in Deutschland erhalten und ist auch derzeit das einzige Bundesland, das eine gesetzliche Regelung zum Public-Viewing plant.

Die neue Landesregierung setzt damit ein Zeichen, indem sie dem geänderten Freizeitverhalten Rechnung trägt, die Aktivitäten zur Durchführung der Weltmeisterschaft 2006 unterstützt und dafür Sorge trägt, dass Nordrhein-Westfalen weit über seine Grenzen hinaus als das wahrgenommen wird, was es ist: ein modernes, weltoffenes und gastfreundliches Land.

Zudem hat die Landesregierung sich in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auf Erleichterungen für die Außengastronomie geeinigt. Hierzu sieht schon die Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien eine deutliche Erweiterung bis 24 Uhr vor. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wird das Landes-Immissionsschutzgesetz geändert werden, sodass der Betrieb der Außengastronomie in den wesentlichen Fällen bis 24 Uhr ermöglicht wird.

Zugleich wird das Umweltministerium den Kommunen Hilfestellungen für die Lösung eventueller, darüber hinausgehender Problemfälle vor Ort geben.

Damit geht Nordrhein-Westfalen weit über das hinaus, was in anderen Bundesländern gilt oder derzeit geplant ist. Mit den neuen Regelungen wird damit einem großen Bedürfnis der Öffentlichkeit und der Wirtschaft Rechnung getragen. Für die Fußballweltmeisterschaft setzt die neue Landesregierung mit den Regelungen zur Liberalisierung der Außengastronomie ein deutliches Zeichen für ein weltoffenes Nordrhein-Westfalen.

Auch die Gewährleistung der Sicherheit bei den Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft ist für die neue Landesregierung selbstverständlich.

Das Innenministerium trifft derzeit gründliche Vorbereitungen, um auch unter Sicherheitsaspekten einen störungsfreien Ablauf der Veranstaltungen zur Fußballweltmeisterschaft zu gewährleisten. Unter Federführung des Innenministeriums wurden bereits die Kommunalbehörden, Polizeibehörden und Bezirksregierungen in die Vorbereitungen auf diese Veranstaltungen eingebunden. Die beteiligten Behörden bestätigen eine gute Zusammenarbeit. Ferner wurden unter Federführung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalens bundeseinheitliche Standards für Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Public-Viewing-Veranstaltungen erarbeitet. Diese Standards liegen den polizeilichen Einsatzkonzepten in Nordrhein-Westfalen zugrunde.

Die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens und die anreisenden Fans können sich also darauf verlassen, dass die Landesregierung und die Polizei alles Menschenmögliche tun, um die Sicherheit der Veranstaltungen zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, das wäre es für heute. Ich möchte mich beim Präsidenten herzlich bedanken, dass ich, obwohl ich meine Redezeit überschritten habe, den letzten Teil auch noch vortragen konnte, weil er wohl zur allgemeinen Information und für die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen von besonderer Wichtigkeit ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/200** an den **Sportausschuss** - federführend -, an den **Innenausschuss**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Sportausschuss stattfinden. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

13 Einsetzung eines Unterausschusses „Bergbausicherheit“

Antrag
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
auf Zustimmung zur Einsetzung
eines Unterausschusses
gemäß § 47 Abs. 2 GeschO

Vorlage 14/45

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Ich lasse deshalb gleich über die **Vorlage 14/45** abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmig so **beschlossen**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum zu seiner **nächsten Sitzung** wieder ein für Mittwoch, den 28. September 2005, 10 Uhr, und fordere Sie auf, am kommenden Sonntag von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. - Herzlichen Dank.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:33 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Niederschrift

über die **namentliche Abstimmung** zu Punkt 8 der Tagesordnung

Betr.: Die Abschiebep Praxis in NRW muss dringend geändert werden - Drucksache 14/206

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
1	Frau Altenkamp	SPD	X		
2	Frau Apel-Haefs	SPD	abwesend		
3	Frau Asch	Grüne	X		
4	Herr Aßbrock	CDU		X	
5	Herr Becker, Andreas	SPD	X		
6	Herr Becker, Horst	Grüne	X		
7	Frau Beer	Grüne	X		
8	Herr Dr. Behrens	SPD	X		
9	Herr Dr. Berger	CDU		X	
10	Herr Biesenbach	CDU		X	
11	Herr Billmann	CDU		X	
12	Herr Bischoff	SPD	abwesend		
13	Herr Börschel	SPD	X		
14	Herr Bollenbach	CDU		X	
15	Herr Prof. Dr. Bollermann	SPD	abwesend		
16	Herr Prof. Dr. Bovermann	SPD	X		
17	Herr Brakelmann	CDU		X	
18	Herr Breuer	CDU	entschuldigt		
19	Herr Dr. Brinkmeier	CDU		X	
20	Herr Brockes	FDP		X	
21	Frau Brüning	CDU		X	
22	Frau Brunert-Jetter	CDU		X	
23	Frau Brunn	SPD	X		
24	Herr Burkert	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
25	Herr Clauser	CDU		X	
26	Herr Deppe	CDU		X	
27	Herr Dieckmann	SPD	abwesend		
28	Frau van Dinther	CDU		X	
29	Frau Doppmeier	CDU		X	
30	Herr Dr. Droste	CDU		X	
31	Frau Düker	Grüne	X		
32	Herr Einmahl	CDU		X	
33	Herr Eiskirch	SPD	X		
34	Herr Ellerbrock	FDP		X	
35	Herr Ellinghaus	CDU		X	
36	Herr Engel	FDP	entschuldigt		
37	Herr Eumann	SPD	X		
38	Frau Fasse	CDU		X	
39	Herr Fehring	CDU		X	
40	Frau Fischer	SPD	X		
41	Frau Freimuth	FDP		X	
42	Herr Garbrecht	SPD	abwesend		
43	Herr Gatter	SPD	abwesend		
44	Frau Gebhard	SPD	abwesend		
45	Herr Giebels	CDU		X	
46	Frau Gießelmann	SPD	X		
47	Frau Gödecke	SPD	X		
48	Frau Gottschlich	SPD	X		
49	Herr Groschek	SPD	abwesend		
50	Herr Große Brömer	SPD	abwesend		
51	Herr Grunendahl	CDU		X	
52	Herr Dr. Hachen	CDU		X	
53	Frau Hack	SPD	X		
54	Frau Hammelrath	SPD	X		
55	Herr Haseloh	SPD	X		
56	Frau Hendricks	SPD	X		
57	Herr Henke	CDU		X	
58	Herr Hilser	SPD	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
59	Frau Höhn	Grüne	entschuldigt		
60	Herr Hollstein	CDU		X	
61	Herr Dr. Horstmann	SPD	abwesend		
62	Herr Hovenjürgen	CDU		X	
63	Frau Howe	SPD	X		
64	Herr Hüsken	CDU		X	
65	Herr Jäger	SPD	X		
66	Herr Jarzombek	CDU		X	
67	Herr Jörg	SPD	abwesend		
68	Herr Jostmeier	CDU		X	
69	Herr Jung	SPD	X		
70	Herr Kaiser, Klaus	CDU		X	
71	Herr Kaiser, Peter	CDU		X	
72	Frau Kastner	CDU		X	
73	Frau Keller	CDU		X	
74	Herr Kemper	CDU		X	
75	Herr Kern	CDU		X	
76	Herr Keymis	Grüne	entschuldigt		
77	Frau Kieninger	SPD	X		
78	Herr Killewald	SPD	abwesend		
79	Herr Kleff	CDU		X	
80	Herr Klein	CDU		X	
81	Frau Klöpper	CDU		X	
82	Herr Knieps	CDU		X	
83	Herr Körfges	SPD	abwesend		
84	Frau Koschorreck	SPD	X		
85	Frau Kraft	SPD	X		
86	Herr Kramer	SPD	entschuldigt		
87	Frau Krauskopf	SPD	X		
88	Herr Kress	CDU		X	
89	Herr Krückel	CDU		X	
90	Herr Kruse	CDU		X	
91	Herr Kuhmichel	CDU		X	
92	Herr Kuschke	SPD	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
93	Herr Kutschaty	SPD	X		
94	Herr Laumann	CDU		X	
95	Herr Lehne	CDU		X	
96	Herr Leuchtenberg	SPD	abwesend		
97	Herr Lienenkämper	CDU		X	
98	Herr Lindner	FDP		X	
99	Herr Link	SPD	X		
100	Herr Dr. Linssen	CDU		X	
101	Frau Löhrmann	Grüne	X		
102	Herr Löttgen	CDU		X	
103	Herr Lohn	CDU		X	
104	Herr Lorth	CDU		X	
105	Herr Luckey	CDU		X	
106	Herr Lux	CDU		X	
107	Frau Meurer	SPD	X		
108	Frau Milz	CDU		X	
109	Herr Möbius	CDU		X	
110	Frau Monheim	CDU		X	
111	Herr Moron	SPD	X		
112	Herr Müller	CDU		X	
113	Frau Nell-Paul	SPD	X		
114	Herr Ortgies	CDU		X	
115	Herr Dr. Orth	FDP		X	
116	Herr Palmen	CDU		X	
117	Herr Dr. Papke	FDP		X	
118	Herr Peschkes	SPD	X		
119	Herr Dr. Petersen	CDU		X	
120	Herr Pick	CDU		X	
121	Frau Pieper-von Heiden	FDP		X	
122	Herr Post	CDU	abwesend		
123	Herr Preuß	CDU		X	
124	Herr Priggen	Grüne	X		
125	Herr Rasche	FDP		X	
126	Herr Ratajczak	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
127	Herr Reck	CDU		X	
128	Herr Recker	CDU		X	
129	Herr Remmel	Grüne	X		
130	Herr Röken	SPD	X		
131	Herr Römer	SPD	abwesend		
132	Herr Dr. Romberg	FDP		X	
133	Herr Dr. Rudolph	SPD	X		
134	Frau Rühl	CDU	abwesend		
135	Herr Dr. Rüttgers	CDU		X	
136	Frau Ruff-Händelkes	SPD	X		
137	Frau Ruhkemper	SPD	X		
138	Herr Sagel	Grüne	X		
139	Herr Sahnen	CDU		X	
140	Frau Schäfer	SPD	abwesend		
141	Herr Schartau	SPD	X		
142	Herr Schemmer	CDU		X	
143	Herr Schick	CDU		X	
144	Herr Schittges	CDU		X	
145	Herr Schmeltzer	SPD	X		
146	Herr Schmitz	CDU		X	
147	Herr Schroeren	CDU		X	
148	Herr Schulte, Bernd	CDU		X	
149	Herr Schulte, Hubert	CDU	abwesend		
150	Herr Schultheis	SPD	X		
151	Frau Schulze	SPD	X		
152	Frau Schwarz-Schumann	SPD	entschuldigt		
153	Herr Seel	CDU		X	
154	Herr Sendker	CDU		X	
155	Herr Sichau	SPD	abwesend		
156	Frau Sikora	SPD	X		
157	Herr Solf	CDU		X	
158	Herr Stahl	CDU		X	
159	Frau Steffens	Grüne	X		
160	Herr Steinbrück	SPD	abwesend		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
161	Herr Prof. Dr.Dr. Sternberg	CDU		X	
162	Herr Stinka	SPD	entschuldigt		
163	Herr Stotko	SPD	X		
164	Frau Stotz	SPD	X		
165	Frau Talhorst	SPD	abwesend		
166	Herr Tenhumberg	CDU		X	
167	Frau Tillmann	SPD	X		
168	Herr Töns	SPD	entschuldigt		
169	Herr Trampe-Brinkmann	SPD	X		
170	Herr Tüttenberg	SPD	X		
171	Herr Uhlenberg	CDU		X	
172	Herr Unruhe	SPD	X		
173	Frau Veldhues	SPD	X		
174	Herr Dr. Vesper	Grüne	X		
175	Frau Walsken	SPD	X		
176	Frau Watermann-Krass	SPD	X		
177	Herr Weisbrich	CDU	abwesend		
178	Frau Westerhorstmann	CDU		X	
179	Herr Westkämper	CDU		X	
180	Frau Wiegand	SPD	abwesend		
181	Herr Wilp	CDU		X	
182	Herr Wirtz, Axel	CDU		X	
183	Herr Wirtz, Josef	CDU		X	
184	Herr Wißen	SPD	X		
185	Herr Witzel	FDP		X	
186	Herr Dr. Wolf	FDP		X	
187	Herr Wüst	CDU		X	
Ergebnis			Ja: 60	Nein: 95	